

Wahlen: Labour behauptet – Tories abgeschlagen

Am 10. Oktober fanden in England die Wahlen zum 47. Unterhaus statt. Sie verschafften der Labour-Party, die im letzten halben Jahr eine Minderheits-Regierung gestellt hatte, die absolute Mehrheit – allerdings eine sehr knappe (siehe Tabelle). Dabei sieht die Steigerung von guten 2 % nach weniger aus, als sie ist: mehrere Umstände benachteiligten Labour bei dieser Wahl:

1. Die relativ geringe Wahlbeteiligung gegenüber den Wahlen im Frühjahr begünstigt Parteien mit großen Stammwählerschaften, wie z.B. die Tories.

2. Die Vorhersagen der Umfrage-Institute, die einen hohen Labour-Vorsprung (bis zu 19,5 %) prophezeit hatten, wirkten sich demobilisierend auf Labour-Wähler aus.

Weiter zeigt das Ergebnis, daß die Zeiten eines eindeutigen, stabilen Zwei-Parteien-Systems (z. Wahlergebnis 1970) in England vorerst vorbei sind. Die Liberale Partei bot sich den Wählern als Alternative zu den beiden „Klassenparteien“ (Tory: Unternehmerpartei; Labour: Gewerkschaftspartei) an (in erster Linie richtete sie sich allerdings in ihrer demagogischen Propaganda gegen die Arbeiter und deren Klassenkampf gegen die Unternehmer). Sie sprach viel von dem Ziel einer „unabhängigen“ und von sich als der „unabhängigen“, „dritten“ Kraft, die diese Einigung zustande bringen würde. Die Liberale Partei übernahm so objektiv die Funktion eines Auffangbeckens mit Abfluß in die rechte Richtung für die von den großen Parteien Enttäuschten. Mit dieser Politik schafften die Liberalen schon im Frühjahr den Durchbruch und konnten ihren Stimmenanteil weitgehend halten.

Auch die Erfolge z.B. der schottischen Nationalisten, die die Unzufriedenheit der Schotten mit der Londoner Strukturpolitik artikulierten auf Kosten der Tories, zeigen in diese Richtung: die Hoffnung, kleine unbekannte Parteien werden endlich eine Politik im Interesse der Bevölkerung machen. Wie zu erwarten, schlug diese Entwicklungstendenz noch nicht bei den verschiedenen linken, sozialistischen und trotzkistischen Parteien und Gruppen, die sich zur Wahl gestellt hatten, zu Buch.



Wie die Bourgeoisie zusammenhält

Das 46. Unterhaus, das im Februar dieses Jahres gewählt worden war, hat keine 200 Tage überdauert. Das ist nicht überraschend, es war schon unmittelbar nach der Wahl im Frühjahr von Neuwahlen im Herbst gesprochen worden. Der Grund dafür lag im Wahlausgang, der keiner Partei eine klare Mehrheit eingebracht hatte. Die Konservativen hatten nach vierjähriger offen reaktionärer Regierung 8,3 % ihrer Stimmen eingebüßt. Labour hatte es währenddessen nicht geschafft, sich als glaubhafte „linke“ Alternative aufzubauen, sondern verlor auch, und zwar 5,7 % gegenüber 1970.

Nachdem es die Liberalen abgelehnt hatten, mit den Konservativen eine Koalitions-Regierung (hatte es bis dahin auch noch nie in England gegeben) zu bilden, übernahm Labour als stärkste Unterhaus-Fraktion (mit

durch die Erpressung mit der Drei-Tage-Woche im Dezember 73/Januar 74 einschüchtern. Und auch in anderen Teilen der Arbeiterklasse deutete sich seit Herbst 1973 ein Anschwellen der Kämpfe an (Feuerwehrlente, Eisenbahner – s. AK 40 und 43).

Die Situation war zwar nicht so, daß die Bourgeoisie mit der Arbeiterklasse „nicht mehr fertig geworden wäre“, sie hätte natürlich durch Einsatz von Militär den Bergarbeiterstreik zerschlagen können. Aber der politische Preis, den sie dafür hätten zahlen müssen – größere Klarheit

1. Statt Antistreikgesetz und Arbeitsgerichtshof – Sozialpartnerschaft und Schlichtungskommission

Ganz kurz nochmal zum Antistreikgesetz:

- Den Gewerkschaften wurde die Registrierungspflicht aufzuerzwingen, mit der das „Mitspracherecht“ staatlicher Stellen bei Statutenfragen – also innergewerkschaftlichem Aufbau, Grad der Demokratie, der Autonomie von Vertrauensleuten usw. – eingeführt werden sollte. Gewerkschaften, die sich nicht registrieren ließen, verloren die bis dahin geltende Steuerfreiheit. Bis auf einige kleinere Gewerkschaften ließ sich die Mehrheit der englischen Gewerkschaften trotzdem nicht registrieren. Der Druck der Basis gegen Gesetz und Registratur ist bis heute enorm groß.

- Ein „Arbeitsgerichtshof“ wurde installiert, der darüber entschied, welche Streiks „legal“, welche „illegal“, welche Forderungen der „illegalen“, „berechtigten“ oder „unberechtigten“ waren und der Geld- und Gefängnisstrafen gegen einzelne Arbeiter und ganze Gewerkschaften verhängte.

- Durch Gerichtsbeschlüsse konnten so Streiks zu „illegalen Aktionen“ erklärt werden. Aufgrund dieses Gesetzes wurden Anfang des Jahres sechs Bauarbeiter zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt (s. AK 40).

- Die „Friedenspflicht“ – bis dahin eine völlig unbekannte Sache für die englischen Arbeiter – wurde eingeführt. Bis dahin hatten sie begonnen zu streiken, wann immer sie es

Die „France“ sollte stillgelegt werden, jetzt ist sie besetzt

Die „France“, das größte Passagierschiff Frankreichs, soll am 15. Oktober aus dem Verkehr gezogen werden. Das zur staatlichen Gesellschaft „Transat“ gehörende Schiff wird jährlich mit ca. 100 Millionen Franc (ca. 55 Mill. DM) subventioniert, „und ist von daher für den Staat nicht mehr tragbar“.

Für die etwa 1.000 Mann Besatzung bedeutet dieser Plan den Verlust ihrer Arbeitsplätze. In Frankreich ist die Arbeitsmarktsituation für Seelute ohnehin alles andere als rosig. Die Kapazität der französischen Passagier- und Handelsflotten ging von 786 auf 496 Einheiten zurück. 20.000 Be-

schäftigte wurden wegrationalisiert („die tat“ Nr. 40).

Die Besetzung des Schiffes entschloß sich, den Kampf gegen die Stilllegung aufzunehmen und besetzte die „France“. Ministerpräsident Chirak verbot der Besatzung, ihren Heimathafen Le Havre anzulaufen – es sei denn, die Mannschaft gehe dort von Bord. Andernfalls solle sie auf dem Meer bleiben, gegebenenfalls bei ankommenden Stürmen den Kriegsmarinestützpunkt Brest anlaufen.

Die Seelute beschlossen sich darauf nicht ein und flossen, im Hafen Le Havre vor Anker zu gehen, um de-



Seit Herbst 73 in England: ein neues Erwachen...

Demonstration von 400 Elektrizitätsarbeitern durch London Ende September letzten Jahres. Sie unterstützten damit ihre Forderung nach mehr Lohn. Die Parole „Smash the Tory Norm“ (Zerschlagt die Tory-Norm) richtet sich gegen die gesetzliche Beschränkung der Lohnerhöhung auf ca. 7 % im letzten Jahr durch die Tory-Regierung.

(fünf ganzen Stimmen Vorsprung vor den Tories!) die Regierung.

Diese Labour-Minderheitsregierung stand im Frühjahr vor der undankbaren Aufgabe, die Interessen der Bourgeoisie an einer weiteren Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und ihrer politischen Entrechtung einer zunehmend unzufriedenen und kämpferischen Arbeiterklasse gegenüber durchzusetzen.

Für die englische Bourgeoisie geht es gegenwärtig darum, die englische Wirtschaft und Gesellschaft sozusagen „EG-reif“ zu machen. Schon vor Jahren war von den anderen europäischen Imperialisten mehr oder weniger durch die Blume gefordert worden, erst einmal die eigene Arbeiterbewegung zu „befrieden“, um nicht die „englische Krankheit“ (die Kampfbereitschaft der englischen Arbeiterbewegung) auf den Kontinent zu exportieren.

Das 1971 in Kraft getretene Antistreikgesetz wurde damals allgemein als „Eintrittskarte“ der englischen Imperialisten für die EG verstanden. Im weiteren muß die englische Bourgeoisie ein umfangreiches Rationalisierungsprogramm durchführen, um mit ihrer im Vergleich relativ überalterten Wirtschaft überhaupt konkurrenz- und überlebensfähig zu bleiben.

Bei der Durchsetzung dieser Politik mit der brutalen Hohnhammermethode waren die Konservativen auf Schwierigkeiten gestoßen. Heutzutage ist im Frühjahr zurückgekehrt, weil er sich nicht mehr in der Lage sah, seine Lohnpolitik der Arbeiterklasse gegenüber durchzusetzen: einer ihrer militantesten Teile – die 260.000 Bergarbeiter – kämpften dreieinhalb Monate gegen die Tory-Regierung und ihr 7 % Lohnangebot. Sie ließen sich auch nicht

der Arbeiter über den Charakter des kapitalistischen Systems – schien ihr zu groß. Das Überwachen zu Labour, die Schwerpunktverlagerung weg von einer offen reaktionären Politik – hin zur süßlich-bürgerlichen „linken“ Politik der Sozialdemokraten schien geraten. (Das heißt allerdings nicht, daß die englischen Kapitalisten nicht gleichzeitig die Faschisierung vorantreiben und bereits jetzt den Übergang zur offen arbeitgeberfeindlichen Regierungsform einer Militärdiktatur vorbereiten, wie sich an den kürzlich veröffentlichten Putschplänen hoher Militärs (s. vorletzte Nr. des AK) bewies).

Besonders deutlich läßt sich dieser Taktikwechsel nachweisen anhand des Übergangs von der Tory-Politik mit Antistreikgesetz, Lohnkürzung und dem Beitritt Englands zur EG. Der erste Schritt nach einem solchen Taktikwechsel war erst einmal die Abschaffung des Lohnkürzungs- und des Antistreikgesetzes, das „grundsätzlich infragestellen“ des EG-Beitritts. Das ist dann Labour auch in diesem letzten halben Jahr geräuschvoll und mit viel „linkem“ Pathos. Und das ist es auch, was bei den jetzigen Wahlen positiv zu Buch geschlagen hat.

Eine ganz andere Frage ist, wodurch denn das Abgeschaffte ersetzt werden soll – und das läßt sich beweisen, daß Labour- und Gewerkschaftsführung auch keine grundsätzlich andere Politik als Tory gegen die Arbeiter durchzusetzen bemüht ist. Orientiert wird auf „Mitbestimmung“, Illusionen und „freiwillige“ Unterordnung unter die Kapitalinteressen, wobei die Drohung mit der offen reaktionären Tory-Politik die Labour-Vorstellungen als das „kleinere Übel“ hinstellen soll.

für notwendig hielten und konnten nicht dazu verpflichtet werden. Preiserhöhungen oder Produktivitätssteigerungen durch Erhöhung des Arbeitsstempes hinzunehmen, wie bei uns in der BRD.

Dieses Gesetz schaffte die Labour-Regierung in diesem Sommer ab. Zweifellos ist dies ein großer Erfolg der englischen Arbeiter. Um so aufmerksamer müssen sie allerdings beobachten, was die Bourgeoisie stattdessen „anbietet“. (Schon hier flücht über den Betrag an: Die Forderung der Arbeiter war „Kill the Bill“ – also „Zerschlagt das Gesetz“ und richtete sich gegen die staatliche Regulierung ihrer Kämpfe gegen die Kapitalisten. Die Forderung war nicht „Ersetzt das Gesetz durch ein weniger hartes“).

Ab 31. Juli 1974 gilt das sog. „Gesetz über die Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen“ (Trade Union & Labour Relations Act – TULRA) – das erste von insgesamt drei geplanten Gesetzen, die das Antistreikgesetz ersetzen sollen:

- Eine unabhängige Schlichtungskommission (Conciliation and Arbitration Service – CAS), von Gewerkschaften und Unternehmern besetzt, soll die Aufgaben des Arbeitsgerichtshofes übernehmen.

- Die Friedenspflicht wurde zwar abgeschafft, aber darauf hingewiesen, daß Verträge mit Laufzeiten von 12 Monaten abzuschließen seien, wobei sich die Gewerkschaftsführung auch schon eifrig bereit erklärt hat. (Natürlich bedeuten festgelegte Laufzeiten bei Lohnkämpfen faktisch „Friedenspflicht“ für die Arbeiter während dieser Frist.)

- Zwar wurde die Bestrafung von „illegal“ streikenden Arbeitern abgeschafft, aber offensichtlich – einer



Das Beispiel der „France“ macht auch in Italien Schule. Der italienische Passagierdampfer „Michelangelo“ läuft mit Transparenten behängt in den Hafen von Genoa ein: Ausdruck des Protestes der Mannschaft, die eine Stilllegung befürchtet.

IMPRESSUM
Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13, Rütchbahn 35, verantw.
Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 12.500
Erscheinungsweise: dreiwöchentlich
Verkaufspreis: 80 Pfg. Verlagskonten:
Dresdner Bank, Kto. Nr. 461 8378
J. Reents, und Postcheckkonto Ham-
burg Nr. 240 595, J. Reents

WIRTSCHAFTS- UND ARBEITERKAMPF

Fortis. England

Meldung der „Sunday Times“ vom 1.9.74 zufolge – nur bei Streiks, die „ausschließlich britische Wirtschaftsinteressen betreffen“. Das bedeutet, daß die Arbeiter nicht legal kalifornische Grapefruit oder südafrikanische Orangen boykottieren dürfen. Mit anderen Worten, in diesem Kernpunkt ändert sich z.B. für die Arbeiter der riesigen US-amerikanischen Ford-Werke überhaupt nichts! Diese entscheidende Einschränkung ist deutscher Ausdruck des enormen Einfluß anderer imperialistischer Mächte in Großbritannien (besonders USA und BRD). Wilson hat allerdings während des Wahlkampfes versprochen, im Falle einer „stabilen Mehrheit“ diese Einschränkung fallen zu lassen. Man wird sehen...

Im neuen Gesetz ist keine rückwirkende Amnestie enthalten – d.h. also, die verurteilten Bauarbeiter von Shrewsbury sitzen nach wie vor im Gefängnis. Ein Gesetzentwurf, der vorsah, die den Gewerkschaften in den letzten Jahren aufgezogenen Steuern (wegen Nicht-Registrierung) von rund 10 Millionen Pfund zurückzahlen, ist abgelehnt worden. Auch hier hat Wilson Versprechungen für die nächste Regierungsperiode gemacht.

2. Statt Lohndiktat – „Sozialkontrakt“

Dem Lohndiktat der Tories mit seinen drei Phasen (s. Tabelle) folgen die „freiwillig“ akzeptierten Lohnteilnahmen des „Sozialkontrakts“. Sein Kernstück besteht darin, daß sich die Gewerkschaften damit einverstanden erklären, keine Lohnerhöhung über die Preisentwicklung hinaus zu fordern. Angekündigt worden war von der Labour-Regierung stattdessen im Frühjahr eine „Umverteilung des Wohlstands“ (Denis Healey, Finanzminister) und eine Finanzpolitik, bei der „die Reichen vor Wut aufbeulen werden“. Die Unverschämtheit, die „sozialen Kontrakt als „Sozial“ zu bezeichnen, wird an folgendem klar:

Die englische Arbeiterklasse hat in den letzten zwei Jahren einen massiven Lohnabbau – wesentlich stärker als hier in der BRD – hinter sich:

	Lohnabschneidungen	Preissteigerungen
1. Phase	Apr. 73 – Sep. 73	Apr. 73 – Sep. 73
2. Phase	Apr. 73 – Sep. 73	Apr. 73 – Sep. 73
3. Phase	Apr. 73 – Sep. 73	Apr. 73 – Sep. 73

Es besteht also ein enormer Nachholbedarf; keinesfalls haben die Arbeiter Grund, sich auf den Ausgleich der Preissteigerungen zu beschränken. Außerdem sind die offiziellen Preisangaben immer zu niedrig angesetzt; erst jetzt spricht man von 20 %, obwohl diese Steigerungsrate für einen Arbeiterhaushalt bereits im letzten Winter erreicht worden war und mittlerweile bei weit über 20 % liegen dürfte.

Überhaupt nicht berücksichtigt wird im „Sozialkontrakt“ natürlich die Steigerung der Ausbeutung durch Rationalisierung und Steigerung der Produktivität.

Die jährliche Delegiertenkonferenz des Gewerkschaftsdachverbandes TUC in der ersten Woche des Septembers in Blackpool stimmte dem „Sozialkontrakt“ zu und konkretisierte ihn auch gleich: zwischen 8 und 15 % sollen die Forderungen der Arbeiter liegen dürfen! Diese Lohnteilnahme liegt jetzt schon deutlich unter den derzeit offiziell bekanntgegebenen Preissteigerungen!

3. England raus aus der EG??

In den letzten Wochen konnte man viel davon in den Zeitungen lesen, daß Wilson den Wählern im Falle einer Wiederwahl der Labour Party ein Referendum (Volksabstimmung) versprochen habe, ob England in der EG bleiben soll oder nicht. Tatsächlich hat er dies vernebelt mit einer neuen Formulierung von der „Abstimmung des Volkes an den Wählern“. Das kann man verstehen, daß nach Abschluß der Neuverhandlungen abwärts Neuwahlen angesetzt werden und Labour sich mit seinen Verhandlungsergebnissen zur Wahl stellt. Das stellt die englische Volk dann vor die tolle „Alternative“, entweder Tory zu wählen, deren Pro-EG-Kurs ja bekannt ist, oder Labour – das „kleinere Übel“. Eine zweite Möglichkeit, die Parole von der „Abstimmung des Volkes an den Wählern“ zu interpretieren, besteht darin, das Referendum – als sogenannter „Vertreter des Volkes“ –



... der spontanen Streikämpfe ...

Bergarbeiter aus Kent verlassen morgens nach der Nachtschicht die Grube. Die schwere Arbeit und schärfste Rationalisierung treibt die Unfallziffer in den Gruben in die Höhe. (s. Artikel)



... gegen Inflation, Rationalisierung, Lohndiktat ...

Krankenschwestern des Charing Cross Krankenhauses in Fulham hatten mit 200 anderen Krankenhaus-Angestellten eine Versammlung ab, um für ihre Forderung nach 55 % mehr Lohn zu demonstrieren. Die Krankenschwestern gehören zu den am schlechtesten bezahlten Arbeiterinnen: so verdient eine Hilfschwester oder Schwesternschülerin nicht mehr als 110,- DM in der Woche. Im Mai fanden in den meisten größeren Städten Englands größere Demonstrationen von Krankenschwestern statt und leisteten eine Welle von kleineren Streiks, Überstundenboykotts und Boykotts der Privatstationen in englischen Krankenhäusern ein. In der nächsten „INTERNATIONALE“ werden wir ausführlich über die Streiks der Krankenschwestern berichten.

abstimmen zu lassen. Davon war be-

abstimmen zu lassen. Davon war bereits im Mai dieses Jahres die Rede. Entgegen früheren Wahlversprechungen scheint derzeit auch Labour kein Referendum zu wollen, in dem der Beitritt selbst zur Wahl gestellt wird, denn es wird von niemandem bezweifelt, daß ein solches Referendum negativ ausgehen wird, also für Austritt aus der EG. Denn den Beitritt Englands zur EG haben die englischen Imperialisten beschlossen. Die bewußte Verlogenheit der Labour-Führer wird daran deutlich, daß Außenminister Callaghan bereits im April 1974 ausdrücklich betonte, daß seine Regierung nicht Verhandlungen mit dem Ziel des Austritts aus der Gemeinschaft anstrebe. („FR“, 2.4.74) Im Juni äußerte sich Genscher befriedigt (!), daß „Callaghan Änderungen der Gemeinschaftsverträge ausgeschlossen hätte“ („FR“, 5.6.74).

1974 – ein neuer Streikrekord

Bereits vor der Regierungsübernahme durch die Labour Party nahmen die spontanen – durch die Arbeiter selbst begonnenen – Streikämpfe mächtig zu.

In den neuesten Streikstatistiken spiegelt sich diese Entwicklung deutlich wider: Bereits jetzt ist die Zahl der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage um 2.600.000 höher als die für ganz 1973; im letzten Jahr waren es insgesamt 7.197.000 Tage, bis Ende August dieses Jahres bereits 9.868.000! Eine wesentliche Rolle bei dieser Steigerung spielt sicherlich der dreieinhalb-monatige Bergarbeiterstreik. Um eine qualitative Aussage über diese Zahlen zu treffen, müßte man allerdings Angaben über die Zahl der beteiligten Arbeiter und Angestellten haben; darüber, um wie viele Streiks es sich dabei handelte usw. Dazu bestehen bezeichnenderweise jedoch keine Statistiken.

Eine Aussage läßt sich allerdings schon treffen: es handelt sich bei den Streiks in erster Linie um ökonomische Streiks, also um Forderungen nach mehr Lohn. Erst in zweiter Linie gab es Kämpfe gegen die Entlassung oder Einschüchterung von Vertrauensleuten. Kaum bekannt sind Streiks für politische Forderungen,

wie z.B. noch 1971 gegen das Tory-Antistrikegesetz. So sind sowohl der Sozialkontrakt als auch das neue Gewerkschaftsgesetz unseres Wissens relativ sang- und klanglos, abgesehen von kritischen Artikeln in sozialistischen und trotzkistischen Zeitungen, über die Bühne gegangen. In der Praxis allerdings wird von den Arbeitern weder der Sozialkontrakt, noch das neue Gesetz (s. B. was die Laufzeit von Verträgen angeht, vor deren Ablauf keine Streiks begonnen werden sollten) eingehalten. Die Forderungen, die gegenwärtig Gegenstand von Streiks sind (Docker, Bergarbeiter, Krankenschwestern, Ford-Arbeiter...) sind wesentlich höher als die ausgehandelten Lohnleitlinien: zwischen 30 und 50 %.

Von den wichtigsten Kämpfen dieses Jahres (Krankenhauspersonal, Docker, Bergarbeiter, Fordarbeiter u.a.) wollen wir kurz auf die Bergarbeiter eingehen.

Bergarbeiter

Nach 14-wöchigem Kampf hatten die 260.000 Bergarbeiter im Februar dieses Jahres durchschnittliche 30 % Lohnerhöhungen erkämpft, obwohl die Tory-Regierung mit erpresserischen Maßnahmen wie Notstandsreaktion, Drei-Tage-Woche und Stromrationalisierung versucht hatte, ihr Lohn-

diktat von 8 % durchzusetzen. Den Bergleuten geholfen hatten die Docker, die keine ausländische Kohle verladen; die Eisenbahner, die sich weigerten, Kohle zu transportieren; Kraftwerker, die keine Streikbrecherkohle in den Elektrizitätswerken verfeuerten (siehe AK 43).

Jetzt stehen neue Verhandlungen an. Die Kohlebehörde, Verwaltungsorgan der seit 1950 verstaatlichten Kohlegruben, hat mit der Gewerkschaftsführung einen sog. „Produktivitätsplan“ ausgetüftelt, der das Interesse der Bourgeoisie an umfassender Rationalisierung, Senkung der Belegschaften um 25-Tausende und Steigerung der Produktivität – sprich Ausbeutung – verkörpert.

Es ist darin vorgesehen, den Lohn der Bergarbeiter an ihre Leistung zu koppeln: eine bestimmte Fördermenge, auf die man sich noch einigen wird, wird gleich 100 % gesetzt. Lohnerhöhungen wird es erst dann geben, wenn eine Grube mehr als 75 % dieser Menge fördert. Erreicht eine Grube 100 %, so gibt es eine zusätzliche Prämie von 12,50 Pfund (etwa 80 DM) pro Woche. Für 110 % beträgt die Prämie 17,50 Pfund (110 DM) und für 120 % dann 22,50 Pfund (140 DM) pro Woche.

Mit diesem im oberen Bereich vergleichsweise „fetten“ Angebot (22,50 Pfund sind auf den Lohn eines Untertagebau-Arbeiters gerechnet etwa 50 %) soll ein gefährlicher politischer Angriff auf die Solidarität der Kumpel verdeckt werden: ein Arbeiter wird gegen den anderen ausgespielt, der Stärkere gegen den Schwächeren, der Gesunde gegen den Kranken, der Junge gegen den Alten, eine produktive Kohlenmine gegen eine nicht so ergiebige usw. Die Ausbeutung soll im gleichen Maß zunehmen, wie die Solidarität unter den Arbeitern abnimmt.

W. McLean, Führer der schottischen Bergarbeiter, Mitglied der revisionistischen Communist Party, sagte: „Ich bin aus Prinzip gegen Produktivitätsabkommen. Seit 1971 werden alle Bergleute, die überall die gleiche Arbeit tun, gleich bezahlt. Dieser Plan ist ein Versuch, die Mitglieder (der Gewerkschaften) zu spalten und die Macht der Gewerkschaften zu zerstören.“

Der reaktionäre „Daily Telegraph“ schreibt ganz offen über die Motive der Kohlebehörde: „Sir Derek (Präsident der Behörde) und seine Kollegen waren strikt gegen ein nationales Abkommen, in dem die Prämien zwischen allen 260.000 Arbeitern der Kohlebranche aufgeteilt werden. Sie sagen, daß dies dem Männern in den modernen (!) Gruben den Anreiz nehmen würde, die Kohle schneller zu fördern.“ („Daily Telegraph“, 4.10.74)

Es geht also um das Herauswurzeln des „unmodernen“ – sprich unprofitablen – Kohlegruben; dort soll die Arbeitsanpassung so groß und der Lohn so niedrig sein, daß immer mehr Arbeiter von selbst diese Gruben verlassen.

Seit Gruben schlossen rationalisieren die Kapitalisten im Bergbau wie in kaum einem anderen Wirtschaftszweig. Die Zahl der Bergleute wurde wie folgt abgebaut:

Zahl der Bergleute:	
1870	1.800.000
1939	770.000
1949	720.000
1962	556.000
1969	442.000
1971	280.000
1974	260.000

Die Verstaatlichung des Bergbaus Anfang der 50er Jahre durch die damalige Labour-Regierung hatte eine enorme Konzentration und Steigerung der Produktivität zur Folge: von 1949 bis 1960 verringerte sich die Zahl des Bergarbeiters um ein Sechstel, die Zahl der Gruben aber um ein Drittel. In der gleichen Zeit wurde die Fördermenge pro Arbeiter pro Schicht um ein Drittel hochgetrieben. Die Löhne der Bergarbeiter fielen von der 1. Stelle der englischen Lohnskala auf die 15.

Die Unfallstatistiken sprechen eine grausige Sprache über das Leben der Bergarbeiter in den englischen Minen – und über ihren Tod:

Unfälle auf 150.000 Arbeits-schichten				
1955	1960	1964/65	1965/66	1967/68
127	144	186	210	212

Eine Steigerung der Unfälle mit zunehmender Rationalisierung um jährliche 9 %.

In einem Bericht, den Bergarbeiter von Yorkshire während des 69er Streiks über ihre Lage geschrieben haben, heißt es: „Die Hälfte von ihnen (von den Überlebenden – AK) ist über 50, die meisten von ih-



... gegen Faschismus der englischen Gesellschaft ...

„Smash the Nazi Front“ – Zerschlagt die „Nazi-Front“

5.000 Menschen demonstrieren Ende August in Leicester gegen die faschistische „National Front“ – eine zunehmend aktive Organisation, die den Rassismus offen auf ihre Fahnen geschrieben hat. „England den Engländern“ ist eine ihrer Hauptparolen und richtet sich gegen die große Gruppe von Gastarbeitern, die aus den ehemaligen Commonwealth-Ländern nach England gekommen sind.

Die „National Front“ – von den Antifaschisten „Nazi Front“ genannt – hatte eine Demonstration durch Stadtteile von Leicester angekündigt, die überwiegend von farbigen Arbeiterfamilien bewohnt sind. Eine frische Provokation!

Die große antifaschistische Demonstration hinderte sie daran, diese Provokation auszuführen.

Forts. England

nen sind Männer, deren Verletzung und Alter sie von der Untergrube fernhalten. Kürzliche Untersuchungen in dem Kohlebergwerk von Derbyshire lassen darauf schließen, daß ein Drittel aller heute arbeitenden Bergarbeiter eine Verletzung oder eine Krankheit erlitten haben, die ernsthaft genug sind, um sie entweder von öffentlichen Entschädigungen oder von besonderen Beihilfen des Managements abhängig zu machen.

Für die Söhne der Bergleute besteht in den traditionellen Kohlenrevieren kaum eine andere Berufsmöglichkeit, als auch in den Schacht einzufahren. Die Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten ist überproportional hoch: ganze Dörfer und Städtchen verfallen, weil die Familien in andere Industriegebiete ziehen müssen.

Arbeitslosigkeit in Gebieten mit viel Bergbau im Januar 1971
(Durch die Größe der Gebiete wird das Bild allerdings etwas abgeschwächt; so gibt es beispielsweise nur in Süd-Wales große Gruben, wo die Arbeitslosigkeit mit Sicherheit wesentlich über den angegebenen 5,4% liegt)

Nordengland	6,8 %
Wales	5,4 %
Schottland	7,0 %
Yorkshire/Humber-shire	4,5 %
Groß-London / Südostengland	2,5 %

Der neue Produktivitätsplan sollte eigentlich im November in Kraft treten. Für den 2. und 3. Oktober hatte die Gewerkschaftsführung eine Abstimmung der Mitglieder der größten Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM (Na-

tional Union of Mineworkers) angesetzt. Ganz offensichtlich wurde aber in den Wochen vorher auf Schicht- und Betriebsversammlungen, daß vor allem in den Bezirken mit den weniger produktiven Gruben eine haushalts-Abkehrung des Planes durch die Arbeiter zu erwarten war.

Diese starke Opposition der Basis gegen den Produktivitätsplan spiegelt

sich auf der Konferenz der NUM-Führer am 26.9. in London wider. Die Delegierten von Schottland, Süd-Wales, Kent, Durham, Midland und Yorkshire sprachen sich gegen den Plan aus. Als Joe Gormley, Präsident der NUM, dem oppositionellen Delegierten Arthur Scargill (Yorkshire) nach einer heftigen Debatte das Wort entzog, verließ die 16-köpfige York-

shire-Delegation die Konferenz.

Draußen demonstrierten mehrere hundert Kumpel gegen den Plan. Als Lawrence Daly (ehemals Mitglied der revisionistischen CP, jetzt Gewerkschaftsführer des rechten Flügels) die Konferenz verließ, mußte eine Polizeikette ihm eine Gasse durch wütende Arbeiter bahnen. Er wurde geschubst, seine Jacke wurde ihm run-

tergerissen und die Menge forderte in Sprechchören „No Deal!“ (kein Handel!).

Die nächste Sitzung der Exekutive der Bergarbeitergewerkschaft lehnte dann den Plan angesichts der massiven Proteste mit 21:4 Stimmen lieber ab. Die Abstimmung wurde erst einmal verschoben, um – wie es hieß – mit der Kohlenbehörde ein „höheres Angebot“ auszuhandeln. D. h. der Köder wird etwas fetter gemacht, damit die Arbeiter das Gift der Rationalisierung und Spaltung dann – im Hinblick auf kurzfristige Verbesserungen ihrer Existenz – schlucken sollen.

Die Kämpfe der Bergarbeiter in den letzten Jahren gehören zu den wichtigsten der englischen Arbeiterklasse.

1962: rund 130.000 Kumpel streikten ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung für mehr Lohn und die 40-Stunden-Woche. Nach der Bildung einer „unabhängigen Untersuchungskommission“ stellten sie allerdings auf Empfehlung der örtlichen Sekretäre ihre Kämpfe ein, bevor eine Zusage gemacht worden war.

1972: durchbrachen die 280.000 Kumpel in mächtigen Streikaktionen und mit der Unterstützung breiter Teile der Arbeiterklasse die Lohnleihen der Tories. Die reaktionäre Heath-Regierung wagte damals nicht, das gerade in Kraft getretene Anti-Streikgesetz anzuwenden.

1974: wegen des insgesamt 14-wöchigen Kampfes der Bergleute trat die Tory-Regierung zurück, Lohndiktat und Anti-Streikgesetz mußten zurückgenommen werden.

Für die Zukunft der englischen Arbeiterbewegung ist es von großer Bedeutung, ob die Solidarität in diesem wichtigen Teil der Arbeiterklasse durch den Produktivitäts-Plan zerfressen wird.

Chemiekontinue

K. B. Gruppe Hamburg



... für „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ...

Ende September besetzten 400 Arbeiterinnen der SEI-Fabrik (Salford Electrical Instruments) in Lancashire/Nähe Manchester ihr Werk. Am Sonntag, den 29.9., war es einer kleinen Gruppe von ihnen gelungen, sich am Pfortner vorbeizumogeln. Sie verbrachten

die Nacht in der Fabrik und wurden am Montagmorgen durch ihre Kolleginnen verstärkt, von denen sich ein Teil als Streikposten vor dem Werk aufstellten.

Seitdem halten sie das Werk besetzt. Diese Besetzung ist der Höhe-

punkt eines inzwischen 7-Wochen dauernden Streiks für die Forderung nach einer Prämie, die ihre Forderung nach einer Prämie, die ihre männlichen Arbeitskollegen für die gleiche Arbeit erhalten, und die den Frauen immer vor-enthalten wurde.

Portugal: Ein Reisebericht

Nirgendwo in Europa ist der Gegensatz zwischen arm und reich so krass wie in Portugal: auf dem Lande kleinste Felder, teilweise mit Lehmhütten, wo Kinder den ganzen Tag mit zwei kleinen Obstkörben sitzen und auf Touristen warten neben riesigen Grundbesitzen und den dazugehörigen „Herrensitzen“, in den Städten Geschäfte und Villenviertel, die sich durch nichts von den „unseren“ unterscheiden. Findet man jedoch mal einen Durchgang in die Hinterhöfe: kaum meterbreite Gassen, senkrechtstehende Familien in einem Raum (nebst mehreren Hunden), bettelnde Frauen und Kinder.

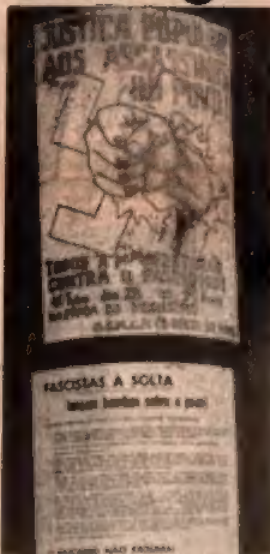
Da die Lebensmittelpreise im Verhältnis zum Mindestlohn (3.300 Esc., ca. 330 DM), den sowieso nur ein bezogener Teil des Volkes wirklich erhält, enorm hoch sind (so sind sogar teilweise Grundnahrungsmittel fast so teuer wie bei uns, importiertes Obst wie Bananen sogar teurer, Milch wird in Dörfern häufig von einem einmal am Tag durchfahrenden Laster verkauft), sind Frauen und vor allem Kinder zum Nebenverdienst gezwungen, als Schuhputzer, Bauchladenverkäufer, in Kneipen, auf dem Land oder eben durch Betteln.

Das politische Verhalten der Bevölkerung ist gekennzeichnet durch eine ungeheure Wachsamkeit gegen über allen politischen Ereignissen, auf solchen, die mit „großer Politik“ auf den ersten Blick nicht viel zu tun haben. Dies wird an mehreren Beispielen deutlich:

Vor einem Plakat im Zentrum Portos versammelten sich über mehrere Tage durchgehend 50 bis 100 Faschisten, um über einen empörenden Vorfall zu diskutieren: Ein heimgekehrter Soldat, der durch seine Erlebnisse im Kolonialkrieg gruseligst war, hatte einen Priester angebettelt, worauf dieser ihn zusammen-schlug. Diese Diskussionen machten auch deutlich, daß die Kirche ihre bislang unangestastete Macht nicht mehr unkontrolliert ausüben kann.

Überall an den Wänden und auf Plakaten sind Forderungen nach „Volksjustiz“ aufgestellt. Wie stark diese Forderungen im Volk verankert sind, erkannten wir bei einem Gespräch mit einem portugiesischen Seemann, den wir in einem Arbeiter-viertel am Hafen von Porto kennen-lernen. Er erzählte von den Foltermethoden der „Fides“ (Geheimpolizei), die mehrere seiner Bekannten am eigenen Leib in der Station am gegenüberliegenden Ufer (mit angrenzender Friedhof) erfahren hatten. Daß die Portugiesen nach dem 25. April daran gingen, diese Verbrechen zu rächen, zeigte uns ein ins Wasser gestürzter Wagen eines Geheimpolizisten.

Ein Geheimpolizist aus diesem Viertel hatte es vorgezogen, sich lieber selbst umzubringen. Daß das Volk die Bekämpfung der Geheimpolizei lieber selbst in die Hand nimmt, als dies der „neuen“ Regierung zu über-lassen, zeigt das berechtigende Mißtrauen im Volk gegenüber den staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Faschisten. Beim „Gefängisaufstand“



Antifaschistische Plakate

der inhaftierten Fide-Angehörigen rückte Polizei zum Schutz der Faschisten an, da die versammelten Antifaschisten gefordert hatten, daß man diese Faschisten ruhig zulas-sen solle, man würde schon mit ihnen fertig werden.

Die Plakate über sogenannten „schweigenden Mehrheit“ (in Wirklichkeit eine rechte Minderheit), die zur Demonstration am 29.10. aufriefen, (die aber von der antifaschistischen Bewegung verhindert wurde, siehe AK 50), waren schon am nächsten Tag größtenteils wieder abgerissen.

Daß auch die Angst vor der bewaffneten Staatsmacht nicht mehr so groß ist, demonstriert folgendes Beispiel: Bei einer Demonstration der Dockarbeiter, die von 200 Soldaten mit Gewehr im Anschlag aufgefaßt werden sollte, machten sich die Dock-er mit der Parole: „Wir waren auch mal Soldaten, ihr werdet auch wieder Arbeiter, wir sind eine Klasse“ den Weg frei.

Wir hatten Gelegenheit, zwei Ver-anstaltungen revolutionärer Organi-sationen miterleben. Die erste war eine Chile-Solidaritätsveranstaltung am 11. September in Porto. Überall in der Stadt hingen Plakate, die auf diese Veranstaltung hinwiesen. Ein Lautsprecherwagen fuhr durch die Innenstadt, der zur Veranstaltung auf-rief. Veranstalter waren eine Anzahl kleinerer Organisationen, hauptsäch-lich studentische politisch-kulturelle

Organisationen, wie z.B. das Theater der Universität Porto (TUP). Teilwei-se handelte es sich dabei um studentische Organisationen der O.C.M.L.P. (Kommunistische Marxistisch-Leninistische Organisation Portugals), die besonders in Porto arbeitet.

Auf der Veranstaltung waren etwa 3.000 bis 3.500 Leute aus allen Schichten des Volkes, mit Ausnahme der ersten Schichten.

Neben Kurzreferaten wurde die Veranstaltung hauptsächlich von einer Polit-song-Gruppe und revolutionärem Theater getragen. Die politischen Lieder hatten offensichtlich bekannte Melodien, zu denen neue Texte geschrieben worden sind. Alle Veranstaltungsteilnehmer machten begeistert mit. Wer den Text nicht kannte oder im Songbuch nicht mitlesen konnte, klatschte den Rhythmus und sang den Refrain mit.

Das Theater versuchte die jüngste Geschichte Chiles anhand der konkreten Situation der chilenischen Arbeiter und Bauern darzustellen. Obwohl wir so gut wie kein Wort verstanden, konnten wir den Verlauf des Stücks sehr gut verfolgen, da es pantomimisch sehr ausdrucksstark war. Die Organisierung des bewaffneten Widerstandes wurde z.B. dargestellt, in-

Möglichkeit ist, der Bevölkerung die Lehren aus Chile verständlich zu machen und die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes darzustellen.

Zum 18. September, dem 4. Jahrestag der Gründung des MRPP (=Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats, bekannt aus verschiedenen AK und dt-Artikeln) rief der MRPP zu Veranstaltungen in 17 verschiedenen Orten in Portugal auf. Das wurde sogar in der bürgerlichen Presse bekanntgegeben. Der MRPP ist zweifellos die bedeutendste revolutionäre Organisation in Portugal. Wir besuchten die Veranstaltung in Lissabon. Als wir ankamen, marschierte gerade ein kleiner Demonstrationzug unter Sprechparolen in die Veranstaltungshalle. In der Vorhalle waren Bücherstände. Die „Luta Popular“, die Zeitung der MRPP, die schon seit Monaten wieder verboten ist und die an diesem Tag neu herausgekommen war, fand reißenden Absatz. Sie wurde trotz des Verbots offen verkauft. Fast jeder kaufte sich eine, einige hatten sogar vier oder fünf.

Auch die „O Tempo e o Modo“, eine Zeitschrift, die sehr enge Kontakte zum MRPP hat und mit dessen Linie übereinstimmt, wurde verkauft. Über den Büchertischen hingen Bilder



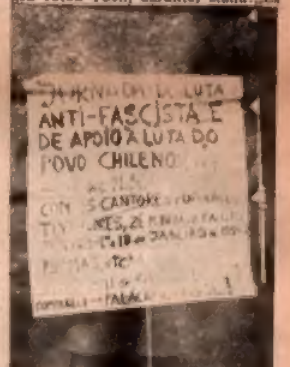
Straßendiskussionen wie hier in Porto, sind heute ein alltägliches Bild in Portugal

dem die von den Faschisten nieder-geschossenen Arbeiter wieder aufstehen, Waffen in den Händen hatten und die faschistischen Soldaten abknallten.

Die Zuschauer waren auch hier begeistert mitgegangen. Sicherlich hat diese Veranstaltung nicht ein aus-gesprochen hohes politisches Niveau, aber hier haben wir gelernt, daß eine solche Veranstaltung auch eine gute

von zwei Genossen. Diese beiden seien die ersten Genossen von MRPP, die Opfer des Faschismus geworden sind, wurde uns gesagt. Der eine, der Student Ribeiro Santos, ist bei einer Demonstration erschossen worden, der andere, ehemaliger Herausgeber von „O Tempo e o Modo“, kam vor einigen Monaten auf sehr mysteriöse Weise bei einem Autounfall ums Leben.

Beindruckend war das Bild, das sich uns bot, als wir die Haupthalle betraten. Antwort waren etwa 6.000 bis 7.000 Leute, hauptsächlich jün-ger, einige Soldaten in Uniform. Überall waren rote Fahnen und Spruchbänder zu sehen. Vorn hingen große Bilder mit den Köpfen von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao, auf einem riesigen roten Tuch, darunter stand: „Es



Aufruf zu einer Chile-Veranstaltung

liebe die Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats!“ Die Veranstaltung begann mit einer Gedenkminute für den erschossenen Genossen. Nachdem eine Grußadresse von Saldanha Sanchez, dem Herausgeber von „Luta Popular“, der im Gefängnis sitzt, verlesen wurde, hielten verschiedene Genossen der Bündnisorganisationen der MRPP Reden über den Kampf vor und nach dem 25. April und über die aktuellen Aufgaben. Der MRPP hat verschiedene Bündnisorgani-sationen, z.B. Jugend-, Studenten-, Frauen-, Bauern-, und Soldatenorgani-sationen. Die Soldatenorganisation ist illegal, alle anderen sind legal seit dem 25. April, arbeiten aber auch il-legal.

Auffällig war, daß zwischen den Beiträgen die Leute auftraten und mit erhobenen Faustten Parolen schrien, u.a. auch immer wieder: „Es lebe der MRPP!“ So gut wie alle An-wesenden beteiligten sich an diesen Sprechchören. Es fiel sogar auf, daß sich in einer Ecke eine Anzahl von ca. 20 Leuten nicht beteiligten.

Als wir fragten, wurde uns gesagt, daß diese Leute Revis seien, von denen man noch irgendwelche Provoka-tionen erwarte. Sie verzogen sich aber nach einiger Zeit. Die Atmos-phäre auf der Veranstaltung verdeutlicht uns ein wenig, mit welcher Be-geisterung und Entschlossenheit die Genossen des MRPP den Kampf für den Sozialismus führen und jedem faschistischen Angriff den militanten Kampfgeist jedes einzelnen Genossen entgegenstellen.

Genossen der Bezirksgruppe Harburg/Wilhelmsburg des KH/Gruppe Harburg und des SSB (Studenten)

Italien

Haftbefehle und Ermittlungen gegen Generäle, Geheimdienstler und Polizeiführer

In der ersten Oktoberhälfte führte die italienische Regierung einen „großen Schlag“ gegen Beteiligte an Attentaten und faschistischen Staatsstreichsversuchen durch. 73 Wohnungen wurden durchsucht, 20 Haftbefehle ausgestellt (acht der Betroffenen konnten verhaftet werden, zwölf sind „flüchtig“), gegen 53 Personen wird ermittelt.

Es geht bei dieser Aktion lediglich um eines von mehreren Putsch-Unternehmen, nämlich um einen Staatsstreich, der in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember 1970 begonnen sollte.

Chef dieses Unternehmens war der (im August in Spanien gestorbene) Faschist J. Valerio Borghese. Unter dem Pseudonym baute Borghese die Terrortruppe „X Mas“ auf, die den Partisanenkampf unterdrücken und die Bevölkerung einschüchtern sollte. 1948 wurde Borghese als Kriegsverbrecher zu 12 Jahren Haft verurteilt, aber – ebenso wie die meisten deutschen und italienischen Kriegsverbrecher – kurz darauf amnestiert und frei gelassen.

Seine faschistische Vergangenheit trug Borghese den Posten eines Ehrenpräsidenten der neofaschistischen Partei MSI ein. 1967 trat er formal aus der MSI aus und gründete die „Fronte Nazionale“, deren Aufgabe u.a. darin bestand, dunklere Geschäfte für die MSI abzuwickeln (Finanzierung der MSI durch Kapitalisten, Kontakte zu den alten Faschisten in der Hierarchie der Armee usw.).

Borghese „Fronte Nazionale“ wurde auch in Verbindung mit dem faschistischen Bombenanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank vom 12. Dezember 1969 (12 Tote) gebracht; am 24. Dezember „verschwand“ der Finanzverantwortliche vom 12. Dezember 1969 (12 Tote) „verschwand“ der Finanzverantwortliche der „Fronte Nazionale“, Armando Calzolari. Erst am 28. Januar 1970 wurde er gefunden – mit dem Kopf nach unten in einem Brunnen „ertrunken“, am Stadtrand von Rom. Es hieß dann bald, Calzolari sei gegen den Anschlag auf die Bank gewesen und habe „zuviel gewußt“.

In der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember 1970 sollte dann ein Putsch beginnen. Hierüber sind bisher nur wenige Details bekannt, die das Unternehmen noch in einem recht dilettantischen Licht erscheinen lassen. Danach verfügten die „Putschisten“ nur über etwa 200 bewaffnete Forstaufseher (1) und 50 bewaffnete Faschisten der Organisation „Avanguardia nazionale“. Die Faschisten von „Avanguardia nazionale“ sollten das Innenministerium „besetzen“ und drangen auch tatsächlich bis in das Gebäude vor. Die Forstaufseher sollten das Gebäude der RAI (Rundfunk/Fernsehen) „besetzen“, kamen aber nicht bis dorthin, da das ganze Unternehmen plötzlich abgeblasen wurde.

Wegen des Putschplans wurden damals u.a. verhaftet: Sandro Sacucci, Fallschirmjägeroffizier; Major Mario Rosa; Oberleutnant Giovanni de Rosa; Remo Orlandini, Kapitän; Giuseppe Lo Vecchio, Oberst der Luftwaffe. Borghese selbst konnte nicht rechtzeitig ins faschistische Spanien absetzen.

Mangelnde Beweise wurden die verhafteten Faschisten jedoch später wieder freigesetzt. Sandro Sacucci (als inzwischen Abgeordneter der MSI (1)) geworden, was ihn vorerst davon bewahrte, daß der jetzt wieder gegen ihn vorbereitete Haftbefehl in Kraft treten kann.

Unter den jetzt, im Oktober 1974, vier Jahre nach dem Putschversuch, Verhafteten sind:

Luciano Berti, ehemaliger Inspektor im Landwirtschafts- und Forstministerium – er kommandierte die 200 faschistischen Forstaufseher, die die RAI „besetzen“ sollten.

Enzo Capanna, Polizeimajor.

Salvatore Pecorella, Major der Carabinieri. Ihm unterstand die polizeiliche Bewachung des Viminale (Regierungswertel in Rom) durch rund 1.000 Carabinieri. Er sorgte dafür, daß der bewaffnete Trupp von „Avanguardia nazionale“ ungestört bis ins Innenministerium vordringen konnte.

Carabinieri-Major Lorenzo Pinto, zur Zeit des Putschplanes in Florenz.

Nicht vollstreckt werden konnte ein Haftbefehl gegen Giuseppe Casaro, General der Luftwaffe; er hat sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht.

Unter den in diesem Zusammenhang durchsuchten Wohnungen ist auch die des General Fanelli, Stabs-

chef der Luftwaffe bis 1971. Gegen den General Vito Miceli wird wegen „Begünstigung“ ermittelt. Miceli war bis zum Juli dieses Jahres Chef des Geheimdienstes SID und wurde dann Kommandant des 3. Armeekorps.

Ihm wird vorgeworfen, von den Putschvorbereitungen Borgheses gewußt, aber nichts unternommen zu haben! Tatsächlich wird hier aber nur ein kleines Stück der viel umfassenderen Verantwortlichkeiten Miceli's deutlich.

Wenige Tage vor diesem „Schlag“ der Regierung gegen einige der fa-



Andreotti

schistischen Putsch-Planer waren schon wegen eines weiteren Putsch-Planes der MSI-Faschisten verhaftet worden. Der Plan bestand darin, Ende Oktober zunächst mehrere Politiker zu entführen und zu ermorden (u.a. den Gewerkschaftsführer Lama, den FCI-Führer Berlinguer und zwei Minister), Büros der Linken anzugreifen, Bomben zu legen usw. Dies sollte Reaktionen der Arbeiterklasse hervorrufen, die dann wiederum zu einem „Eingreifen“ von Armee und Polizei und letztlich zur faschistischen Diktatur sollten.

In AK 45 – nach dem faschistischen Mordanschlag in Brescia – schrieben wir: „Verschwörungen“ wie diese müßten recht dilettantisch und kaum ernst zu nehmen sein. Man muß dabei aber bedenken, daß alle diese Zirkel von Mächtigen-Faschisten, die jeder für sich genommen kaum gefährlich sind, zusammengeknüpft werden durch den italienischen Geheimdienst, der in allen diesen Verschwörerkreisen anwesend ist...

Das bestätigt sich auch hier, wenn z.B. in einem scheinbar lächerlichen Putschversuch mit 200 faschistischen Förstern u.ä. gleichzeitig der damalige Chef der Luftwaffe und des Geheimdienstes verwickelt sind.

Der „Schlag“ der Regierung gegen einige der Putschisten wurde durch eine „Enttüllung“ des Verteidigungsministers Andreotti (DC) Ende September vorbereitet. Andreotti sprach davon – was im Grunde alles anders als sensationell ist, aber von der Regierung bisher in dieser Klarheit nicht ausgesprochen wurde – daß es in den letzten Jahren drei Putschversuche gegeben habe. Zum einen den von Borghese im Dezember 1970; dann im Januar 1974 und schließlich im August.

Über die beiden letzten ist kaum etwas bekannt. Bekannt ist allerdings, daß es seit dem von Palästinensern durchgeführten Anschlag auf dem Flughafen Fiumicino (Rom) am 17. Dezember 73 und der folgenden Besetzung des Flughafens durch Fallschirmjäger mehrere Wochen lang Alarmmeldungen aus den bewaffneten Kräfte gab, die in „Frohalarmanen“ und Truppenbewegungen in zahlreichen italienischen Kasernen, vor allem am 26./27. Januar, stüpften.

Ähnliche „Alarme“ gab es im August wieder, vor allem am 14.-18. August. Dies muß auch in Zusammenhang gesehen werden mit dem Austritt Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO zu genau diesem Zeitpunkt und den in den folgenden Tagen durchgeführten Truppenbewegungen und Flottenmanövern der USA in und um Italien (vgl. AK 50, S.7). Ein weiteres Alarmzeichen war die Besetzung des römischen Bahnhofs Termini durch mehrere Hundert Polizisten und Carabinieri am 29. August – unter dem Vorwand, die bis an die Zähne bewaffneten Bullen wollten (nach dem

Anschlag der Faschisten auf den Zug Rom-München am 4. August) nachsehen, ob vielleicht wieder irgendwo eine Bombe versteckt sei!

Andreotti selbst schied sich zunächst über die näheren Umstände der drei Putschpläne aus und nannte auch nicht die darin Verwickelten. Die illustrierte „L'Espresso“ brachte daraufhin einen Artikel, in dem eine Reihe von Namen genannt wurden. Darunter der Luftwaffen-General Fanelli, dessen Wohnung inzwischen durchsucht wurde (s.o.). Ferner Miceli, ehemaliger Chef des SID, gegen den jetzt ermittelt wird; General Pichiotti, Vizekommandant der Carabinieri; General Ferrara, Chef des Stabes der Carabinieri; Admiral Roselli-Lorenzini, ehem. Stabschef der Marine...

Ein weiteres Schlaglicht auf das weitverzweigte Netz von Putschvorbereitungen wirft die Affäre um Edgardo Sogno, einer der Führer der rechtsgerichteten „Liberalen“ Partei (PLI), die enge Verbindungen zur christdemokratischen Rechten unter-

Die Wohnung von Sogno wurde Ende August durchsucht; ebenso die Wohnungen seiner Kumpane Enrico Martini, Andrea Borghesio (Kommunalarbeiter der Christdemokraten in einem Ort bei Pavia) und Felice Mutino (ehemaliger Provinzsekretär der Christdemokraten). Der Vorwurf gegen sie lautet: „Kontakte mit Exponenten der subversiven Rechten, die wegen Wiederaufbau der faschistischen Partei verfolgt werden und terroristischer Aktionen verdächtig sind“.

Sogno und seine Kumpane gehö-

in einem Kibbuz in Israel gelebt hatte und die Nacht vor dem Anschlag im Haus eines faschistischen Funktionärs verbracht hatte, wollte sich als „Anarchist“ ausgeben! Schließlich kam heraus, daß er in den 50er Jahren V-Mann von „Pace e libertà“ gewesen war... (Vgl. AK 29, S. 18).

Zurück zu Sogno: Dieser wurde 1971 Vizepräsident der FIVL, dem „Traditionsverband“ der „weißen“ Partisanen. Im Juli 1974 gab er erstmals seine Zeitschrift „Difesa Nazionale“ (Nationale Verteidigung) heraus, die vor allem an Offiziere verschickt wurde. In der Nummer 1 wurde z.B. verkündet: „In den für dieses Land entscheidenden Momenten haben wir immer kleine Minoritäten gehabt, einzelne Männer, die stets eingegriffen haben und die Verantwortung für große Entscheidungen übernommen haben...“

Sogno stand in engem Kontakt zu Scicluna, der einen ähnlichen „antifaschistischen“ Hintergrund wie Sogno hat. Er war nach dem Krieg Agent der alliierten Militärverwaltung in Italien, vor allem Verbindungsmann zu den Turiner Kapitalisten. Als solcher war er eng mit dem antikommunistischen „Roll back“ bei Fiat in den 50er Jahren verknüpft (systematische „Säuberung“ der Fiat-Betriebe von kommunistischen Arbeitern, Unterdrückung jeder auch nur gewerkschaftlichen Tätigkeit). Scicluna ist für seine Verdienste mit dem Posten eines Filialleiters von Fiat auf der Insel Malta abgefunden worden – falls er dort nicht (man bedenke) die strategische Position Maltas, dessen Regierung sich ähnlich wie der gestürzte zyprische Prä-

über Gewerkschaftsführer und Politiker angelegt hatten. Negative Folgen hat dieser Skandal wahrscheinlich nur für den Polizeibeamten gehabt...

Auch Cefis, Chef des Konzerns Montedison, hat – wie kürzlich bekannt wurde – einen heißen Draht zum Geheimdienst: von ihm bestochene SID-Agenten legten ihm regelmäßig „geheimstes“ Spitzelmaterial über Politiker und Gewerkschafter vor.

Erinnert sei daran, daß Ende August einer der reichsten Kapitalisten Italiens, Mario Pinggino, verhaftet wurde, da er im Verdacht steht, die im letzten Jahr aufgelegene Putschzentrale „Windrose“ (finanziell unterstützt zu haben (zu dieser Verschwörung gehörten mehrere Generäle, andere hohe Offiziere und MSI-Funktionäre).

Derselbe Verdacht wird von der revolutionären Linken auch gegen den Finanzkapitalisten Sindona geäußert. Sindona baute nach dem Krieg „aus dem Nichts“ mit Unterstützung der alliierten Militärverwaltung ein gigantisches Wirtschaftsimperium auf, ging aber jetzt an seinen eigenen Gaunereien und Spekulationen zugrunde; gegen ihn läuft – bisher nur wegen seiner Wirtschaftsverbrechen – ein Haftbefehl, dem er sich durch Verschwinden entzogen hat.

Als am 12. Dezember 1969 eine Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank explodierte (16 Tote) und alle Parteien, einschließlich der Revisionisten, sich auf die „Anarchisten“ jagt machten, war er allein verantwortlich, sich und zwei „Anarchisten“ jagt machten, war er allein die revolutionäre Linke – und hier vor allem „Lotta Continua“ – die die Faschisten als Urheber des Blutbads kennzeichneten, die sich auf eigene Faust (z.T. durch fortschrittliche Juristen u.a. Beamte unterstützt) um die Ermittlungen machten, und die das Wort von der „strage di stato“, Blutbad des Staates, aufbrachten. Wie genau dieses Wort zutrifft, offenbar sich heute sogar in den Ermittlungen und Verhaftungen des Staatsapparats.

Prinzipiell dürfen die Voraussetzungen für ein Putsch innerhalb des Staatsapparats in der BRD kaum anders sein als in Italien: genau wie in Italien wurde auch in der BRD nach dem Krieg die Hierarchie von Geheimdiensten, Militär und Polizei mit Hilfe alter Faschisten aufgebaut (insbesondere der Aufbau des BND mit alten Gestapo-Skudern), gleichzeitig mit großer Einflußnahme des US-Imperialismus und seines CIA. In Italien wie in der BRD führen tausende Fäden von der Christdemokratie (CDU/CSU) zu faschistischen Organisationen und Gruppen, zu hohen Militärs und Geheimdienstlern. In Italien wie in der BRD bespielt die Geheimdienste sogar bürgerliche Politiker. Genau wie die italienische DC war auch „unsere“ CDU/CSU direkt an den Putschvorbereitungen gegen die Regierung Allende in Chile beteiligt. Wenn allerdings in der BRD Putschpläne wie in Italien bisher nicht bekannt wurden, so liegt das im immer noch erheblich ruhigeren Verlauf der Klassenkämpfe in der BRD – verglichen mit Italien – begründet.

Warum aber heute in Italien diese „Ermittlungen“, diese „Enttüllungen“, diese Verhaftungen des Staatsapparats gegen einige seiner führenden „Diener“ (Generäle, Polizeioffiziere, hohe Geheimdienstler etc.)? – „Lotta Continua“ vom 15.10.74 warnt u.ä. zu Recht – sowohl vor einer „Unterstützung dieser Vorgänge“ („alles bloß ein Manöver“) wie auch einer Überreaktion („Die Kapitalisten wollen die Putschisten erledigen, die Putschfrage nimmt ab“). LC schreibt, daß diese Maßnahmen zum einen ein „großes Manöver“ der Regierung seien (erwarten durch die Klassenkämpfe und die Krise der DC), daß sie aber andererseits der „qualitativen neuen Tendenz“ der „Bildung eines Putschblocks“ entsprechen, „der auf der militärischen Macht basiert und fortschreitend selbständiger gegenüber der politischen Macht ist“. LC sieht daraus die Schlußfolgerung, daß längerfristig die Gefahr der „Partei des Staatsstreichs“ nicht etwas abnimmt, sondern zu-



Fürst Valerio Borghese (links) Röh: Ende 1970 nach einem Putsch-Versuch nach Spanien. (Rechts: Rachele Mussolini.)

ren zum besonders eng mit dem Großkapital und mit den USA verbundenen Teil der schwarzen Verschwörung (trame nera), was u.a. mit ihrer „antifaschistischen Vergangenheit“ zusammenhängt: Sie kommandierten im letzten Krieg „weiße“ Partisaneneinheiten – also Einheiten, die im Dienst der Alliierten (USA, Großbritannien) und der sich vom Faschismus Mussolinis lösenden Teile der italienischen Bourgeoisie standen.

Nach dem Krieg verhalfen seine ausgezeichneten Verbindungen Sogno zunächst zu einer Karriere im diplomatischen Dienst und dann in der NATO.

1954 gründete Sogno zusammen mit Luigi Cavallo (berühmter Agent provocateur des CIA) die faschistische Terrororganisation „Pace e libertà“ (Friede und Freiheit), faschistische Terrororganisationen mit ähnlichen Namen wurden – unter direkter Mitwirkung des CIA in der Zeit des aggressiven „Roll back“ („Zurückdrängung“ des Sozialismus) auch in anderen imperialistischen Ländern gegründet – so der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ in der BRD (vgl. Artikel „Strauß, seine alten und neuen Freunde“ in diesem AK).

Sogno „Pace e libertà“ machte bereits Schlagzeile, als im Mai 73 ein Faschist eine Handgranate in Mailand warf (vier Tote). Dieser Mörder, der die letzten beiden Jahre

sident Makarios um eine unabhängige Politik bemüht) noch ganz andere Aufgaben wahrnimmt.

1971 wurde durch die Initiative eines mutigen Polizeioffiziers, der die Abwesenheit seines Vorgesetzten nutzte, bei Fiat eine große Menge geheimdienstliches Material beschlagnahmt. Der Fiat-Konzern hatte zahl-



Faschist Almirante

reiche Polizisten, Geheimdienstler u.ä. beschäftigt (die z.T. bei ihm als „Flörner“ etc. in den Lohnlisten geführt wurden), die in seinem Auftrag nicht nur die Arbeiter bespitzelten, sondern auch umfangreiche Karteien

Neue Offensive des japanischen Imperialismus

Im Leben dieser oder jenen Landes geschieht es nicht selten, daß irgendein einzelnes Ereignis Licht auf seine gesamte Politik wirft — und dabei zeigt, inwieweit die tatsächlichen Phrasen offizieller Repräsentanten entspricht. Ein solches Ereignis, das die Situation des heutigen Japan und die darauf basierende Außenpolitik enthüllt, waren die anti-imperialistischen Demonstrationen in Bangkok und Jakarta zu Beginn dieses Jahres anlässlich der 'Goodwill'-Reise des japanischen Premier Tanaka durch mehrere Länder Süd-Ostasiens, (wir berichten darüber im AK 39).

Tanaka vertrat seine Mission — nach eigenen Angaben — als Teil einer langfristig angelegten Kampagne zur „Hebung des japanischen Ansehens“ in der südostasiatischen Region und zur Vertiefung und Ausdehnung der allseitigen Kooperation, die für diese Länder „eine Notwendigkeit (1) und durchaus gewinnbringend (2) sei“ (so Tanaka, lt. „FAZ“ vom 19.1.74).

Tatsache dagegen ist — und das haben die Massendemonstrationen gegen den japanischen 'Partner' in Indonesien und Thailand hervorgerufen — daß Japan nach seiner Niederlage im 2. Weltkrieg erneut zu einer imperialistischen Macht aufgestiegen ist und gerade im südostasiatischen Raum eine Reihe von Ländern wirtschaftlich ausplündert und die zumeist faschistischen Diktaturen über die Völker politisch stützt.

Der Premier des japanischen Imperialismus hatte sich in einer Zeit zu politischen Konsultationen ins Ausland begeben (im Herbst des vergangenen Jahres war Tanaka bereits durch die Metropolen Westeuropas gerollt), die die grundlegenden inneren und äußeren Schwierigkeiten Japans unübersehbar zutage getreten waren:

Während noch 1968 das Brutto-Produkt Japans real um 14,4 Prozent und auch noch im darauffolgenden Jahr um 11,9 Prozent gestiegen war, nahm es 1970 nur noch um 10,5; 1971 um 6,3 und 1972 um 9,2 Prozent zu. Für das laufende Haushaltsjahr dürfte sich — ähnlich der Entwicklung in anderen imperialistischen Ländern — eine reale Steigerungsrate von nur noch 2,5 Prozent ergeben.

Unter den imperialistischen Ländern ist Japan derzeit mit einer Inflationsrate von — sage und schreibe — 26 Prozent 'Tabellenspitze'!

(Angaben nach „Horizont“ 7/74)

Waren in den zurückliegenden Jahren für den japanischen Imperialismus hohe Überschüsse im Außenhandel typisch, so hat sich auch hier das Bild grundlegend gewandelt. Die Handelsbilanzüberschüsse wuchsen zunächst von 1 Milliarde Dollar (1969) auf 5,1 Milliarden Dollar (1972). Dagegen 1973: Japan verzeichnete im vergangenen Jahr das höchste Zahlungsbilanzdefizit seiner Geschichte. Einem Bericht des japanischen Finanzministeriums zufolge beträgt das Defizit 10,07 Mrd. Dollar (1). „(Süddeutsche Zeitung“ vom 22.1.74). Nach einer Notiz des „FAZ“ vom 10.5.74 hat sich das außenwirtschaftliche Minus Japans in den ersten drei Monaten dieses Jahres um weitere zwei Milliarden Dollar vergrößert — und die OECD sagt für dieses Fiskaljahr ein Leistungsbilanzdefizit Japans von 7 Mrd. Dollar voraus! („Die Welt“, 25.4.74).

Die Gold- und Devisenvorräte des Landes schmolzen „auf die Minimalgrenze“ (1). „FAZ“ vom 10.5.74, während die Währungsvorräte im Februar '73 noch rund 19 Mrd. Dollar betragen hatten („Horizont“, 15/74).

Diese Entwicklung veranlaßte Tanaka unlängst in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer von der „größten wirtschaftlichen Prüfung seit dem Kriege“ zu sprechen. („HB“, 16.9.74)

Natürlich ist es nicht so, daß der japanische Imperialismus unmittelbar vor dem Zusammenbruch, 'Bankrott' oder 'Abgrund' steht — schwarzmalerische Parolen dieser Art, die in den zurückliegenden Monaten häufig in der großbürgerlichen japanischen Presse zu finden waren (namentlich während der sogen. 'Energiekrise') dienen allein Propagandazwecken.

Aber der sich rapide verschärfende Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Hauptmächten, den europäischen und vor allem den US-Imperialisten um Einflußgebiete, Absatzmärkte und Rohstoffquellen; das stetige Vorrücken der Befreiungsbewegungen in verschiedenen Teilen der Welt und auch die Versuche verschiedener Rohstoff-Förderländer aus der '3. Welt' über kartellähnliche Absprachen einen besseren Verkaufspreis bei den imperialistischen Einkäufern zu erzielen (z.B. beim Erdöl und bei verschiedenen NI-Metallen); — all diese Faktoren haben Bedingungen geschaffen, die es für den japanischen Imperialismus (ebenso wie für seine hauptsächlichen Konkurrenten) notwendig machen, seine Politik und Wirtschaft auf allen Gebieten neu auszurichten.

Dabei „deutet (alles) darauf hin, daß die strategischen Überlegungen Tokio zunehmend davon beeinflusst werden, daß von den einigen großen Finanzgruppen beherrschte Land

- sich mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln auch nicht annehmend selbst versorgen kann,
- über keine auch nur halbwegs ausreichenden entsprechenden Auslandsgelder verfügt,
- für seine Exportoffensive weder

eine eigene Freihandelszone noch eine Zollunion nutzen kann

- keine eigene, wenn auch nur regionale Leit-, Reserve- und Handels- und kein eigenes internationales bedeutendes Finanzzentrum besitzt,
- keinen eigenen Militärstützpunkt — und kein eigenes Paketsystem beherrscht, sich auch auf keine von ihm politisch abhängige Staatsgruppe stützen kann.

(„Horizont“, Nr. 7/74).



„Frühjahrsoffensive“ 74

Vor dem Hintergrund allzu zuspitzender internationaler Widersprüche sprach bereits Anfang 1970 der damalige japanische Premier Sato von „einer Zeit der Wende“ in der Geschichte Japans — wo es gelte eigene Ziele zu formulieren, „anstatt sich auf andere Staaten zu orientieren“. Japan müsse sich Aufgaben setzen, „die voll und ganz der Stellung unseres Landes und unseren nationalen Besonderheiten (1) entsprechen“ (zit. nach „Horizont“, Nr. 12/74).

Zur Rohstoffsituation des japanischen Imperialismus

Außer der BRD gibt es auf der Welt kein imperialistisches Land, das von Rohstoffbezügen aus dem Ausland „abhängiger“ wäre als Japan. Im einzelnen stellt sich die Situation so dar, daß Japan heute vom Ge-

samtverbrauch importieren muß —

Erddöl	97 %
Kohle	ca. 50 %
Kokskohle zur Stahlverhüttung	80 %
Eisenerz	nahezu 100 %
Nickel	100 %
Zinn	97 %
Kupfer	80 %
Zink	70 %
Blei	65 %
(Angaben nach „Handelsblatt“, 3.7.74)	

Was die Rohstoffsituation Japans aus imperialistischer Sicht zumindest ebenso prekär wie die hohen Importquoten erscheinen läßt, das ist die regionale Konzentration der Bezugsquellen: „Auch wenn die Außenhandelsstatistik Japans bei den Rohstoffimporten über 100 Lieferländer ausweist — in der Regel (entfallen) auf nur 2 bis 3 Länder 70 bis 90 Prozent der Gesamtversorgung“ („HB“, 3.7.74).

Erdöl: Japan, das weltgrößte Importeur von Erdölprodukten ist, bezieht rund 70 Prozent aller Ölimporte aus dem Nahen und Mittleren Osten, allein aus dem Iran kommen hiervon mehr als die Hälfte; Indonesien ist der Lieferant von weiteren 10 Prozent.

nennt vor allem zwei Gründe: „Erstens sind die Lieferländer relativ stabile Industriestaaten. Zweitens gelang es den Japanern, ihre Kokskohlevorgänge durch langfristige Lieferverträge und durch Direktinvestitionen bereits heute bis in die Mitte der achtziger Jahre hinein weitgehend abzusichern.“ („HB“, 3.7.74).

Eisenerz: Der Welt zweitgrößte Käufer ist Japan beim Eisenerz. Die Nähe zu vollständiger Abhängigkeit von Importen bei diesem wichtigen Rohstoff haben die japanischen Imperialisten durch eine stärkere regionale Streuung der Bezugsquellen zu mildern versucht.

Dennoch bezieht das japanische Großkapital zur Zeit rund 40 Prozent seiner Eisenerzimporte von Australien; weitere 20 Prozent kommen aus den lateinamerikanischen Ländern Chile, Peru und Brasilien. In der Rangliste der Lieferanten folgt sodann Indien.

Auch hier gilt — wie bei den Kokskohleimporten — „daß Japans Versorgung bis weit in die achtziger Jahre hinein bereits heute gesichert ist“ („HB“, 3.7.74) — und zwar ebenfalls durch Direktinvestitionen und langfristige Lieferverträge mit den Förderländern.

NE-Metalle: Das große Ausmaß der Importabhängigkeit auch in diesem Bereich wird unterstrichen durch eine starke Konzentration auf wenige Lieferländer: „Beim Bauxit, dem Primärstoff für die Aluminiumproduktion, kommen 98 % aus Australien, Indonesien und Malaysia. Tonerde wird fast ausschließlich aus Australien importiert. Bei Zinn werden Erze und Konzentrate allein aus Australien bezogen. Feitrigzinn kommt zu 97 % aus Malaysia, Indonesien und Thailand. Kupfer wird zu 70 % aus Kanada und von den Philippinen bezogen. Zinn kommt zu fast 80 % aus Peru, Kanada und Australien. Blei wird zu 85 % aus Kanada und Peru eingeführt“ („HB“, 3.7.74).

Der reale Einfluß des japanischen Großkapitals auf die Rohstoffquellen in diesem Bereich (durch Direktinvestitionen etc.) ist zur Zeit noch weit von seinen imperialistischen Zielen entfernt: so stammen z. B. beim Kupfer nur ein Fünftel aller japanischen Bezüge aus Produktionsstätten, in denen japanisches Kapital steckt. („HB“, 3.7.74).

Waren- und Kapitalexport

Waren- und Kapitalexport

Die Tatsache, daß der japanische Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg trotz seiner verheerenden Niederlage und trotz seiner vergleichsweise schwachen ökonomischen Positionen außerhalb der Landesgrenzen erneut ein bedeutendes imperialistisches Wirtschaftspotential aufbauen konnte (und erneut zu einer der führenden imperialistischen Mächte der kapitalistischen Welt aufzusteigen vermochte) ist a) auf allgemeine äußere Bedingungen und b) auf die besondere Bourgeoisiepolitik der japanischen Bourgeoisie und ihres Staates zurückzuführen:

a) „Das Wirtschaftswachstum der entwickelten kapitalistischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte unter besonders günstigen Verwertungsbedingungen. Der 20 Jahre hindurch — als Folge von Wirtschaftskrisen und Weltkrieg — nicht befriedigte Bedarf hatte sich zu einem ungeheuren Nachholbedarf aufgestaut... (insbesondere dauerhafte Konsumgüter ... waren die begehrtesten Objekte ...) sodaß die entsprechenden Industriezweige jahrelang für den Nachholbedarf zu produzieren vermochten ...“

Die geographisch begrenzten, aber ökonomisch die ganze kapitalistische Welt berührenden Kriege (Korea, Nah-

Hauptindikatoren der japanischen Wirtschaft (1970 = 100)

	1971	1972	1973	Jan. 74	Feb. 74	März 74	April 74
Industrieproduktion	100,7	118,2	128,5	133,6	137,9	139,9	—
Lebenshaltung des Herstellers	118,3	128,5	137,1	144,4	148,3	150,7	—
Warenexportleistung des Herstellers	100,7	118,2	128,5	133,6	137,9	139,9	—
Bezugsleistung	100,7	118,2	128,5	133,6	137,9	139,9	—
Großhandelspreis	100,7	118,2	128,5	133,6	137,9	139,9	—
Konsumgüterpreis	100,7	118,2	128,5	133,6	137,9	139,9	—
Konsumgüterpreis (Preis)	100,7	118,2	128,5	133,6	137,9	139,9	—
Exportpreis (Preis)	100,7	118,2	128,5	133,6	137,9	139,9	—
Importpreis (Preis)	100,7	118,2	128,5	133,6	137,9	139,9	—

Quelle: Nihon Keizai

„Vietnam“ führten weiterhin dazu, daß zuerst in den USA, später in allen entwickelten kapitalistischen Staaten die Produktionskapazitäten weitgehend ausgelastet werden konnten. Wie die BRD vom „Korea-Boom“ profitierte, so profitierten Japan und die südostasiatischen Vasallenstaaten der USA — vom „Vietnam-Boom“ (B. Altner, Die Weltwirtschaftskrise, S. 22 - 23).

Im Laufe von nur zwanzig Jahren sind die Exporte Japans „fast um das dreifache (1) gestiegen und die Einfuhren haben sich um das sech-



Bilder wie dieses sind im Alltag des japanischen Klassenkampfes nichts Ungewöhnliches. Folkskisten vertriehen strotzende Bundeswehrkrieger, die gegen die Forderung und die Verschärfung ihrer Lebensbedingungen. Für den Markt haben Japaner Werkstoffe bereits eine landesweite Arbeitslosigkeit erzeugt.

zehnfache erhöht“ (in der Zeit von 1953-73, Ann. AK) lt. HB, 3.7.74.

Derartige Wachstumsraten sind natürlich in Zukunft kaum mehr möglich — aufgrund der veränderten äußeren und inneren Bedingungen, denen sich das japanische Großkapital gegenüber sieht. Die japanische Regierung kommt darin in ihrem neuesten „Wirtschaftsweltbuch“ auch zu der Einschätzung, daß es in Zukunft gelte, „eine Strukturveränderung herbeizuführen, deren Schwerkraft für die Industrie darin zu liegen habe, anstelle des Imports von Rohmaterialien die Einfuhr von Fertig- und Halbfertigerzeugnissen aus den

USA, anstelle des Imports von Rohmaterialien die Einfuhr von Fertig- und Halbfertigerzeugnissen aus den Rohstoffländern zu fördern und zu diesem Zweck die eigene Produktion in eben jene Länder zu verlegen (1)“ (lt. „HB“ 16.9.74).

Die ungeheuren Überschüsse an Kapital, die der japanische Imperialismus in den zurückliegenden Jahren anhäufen konnte, sind profitabler in „Billiglohnländern“ der „Dritten Welt“ und auch in anderen, entwickelten Ländern der kapitalistischen Welt zu investieren, wo das japanische Monopolkapital seinen Einfluß insgesamt erweitern will.

Die expansionistischen Ziele des japanischen Imperialismus sind nur auf Kosten und darum gegen den schärfsten Widerstand der betroffenen Völker in den Entwicklungsländern erreicht und der westlichen imperialistischen Hauptmächte — vor allem des US-Imperialismus — andererseits zu verwirklichen.

b) Die japanische Kapitalistenklasse und der ihr dienende Staat konnten jedoch vor allem wegen der besonders intensiven Ausbeutung der japanischen Arbeiterklasse (und dann auch anderer Völker) größere Teile des Weltmarktes erobern. Die extrem niedrigen Lohnkosten und die kaum nennenswerten Aufwendungen für den sozialen Bereich garantierten den Kapitalisten eine überdurchschnitt-

liche Profitrate und ermöglichten es, daß Japan in nahezu allen Produktbereichen fast dreißig Jahre lang billiger als die Konkurrenten anbieten und verkaufen konnte.

Noch heute ist es in Japan so, daß z.B. „in der Eisen- und Stahlherstellung, bei chemischen Produkten wie Kunstfasern und Kunststuf-

Forta. Japan

ger, sowie im Kraftwagenbereich... die Lohnkosten... nur die Vorkosten der amerikanischen Kosten (behalten) (FAZ, 18.5.74).

Zusätzliche Wettbewerbsvorteile verschaffte der japanische Staat durch exportorientierte Großbourgeoisie dadurch, daß:

- Exporte gefördert und Importe bis in die sechziger Jahre hinein durch Restriktionen verschiedenster Art begrenzt wurden;

- die Großhandelspreise (der Basiswert auch für den Außenhandel) durch staatliche Subventionen mit Ausnahme des letzten Jahres (1973) „nahezu konstant“ gehalten wurden. (H. FAZ, 18.5.74).

Eine „vielfährige Serie von Wachstumsraten, die stets über der zehnprozentmarke lagen“ (HB, 16.9.74) war Folge und Ausdruck der allgemeinen Bedingungen und dieser konkreten Politik.

Der neue außenpolitische Kurs des japanischen Imperialismus – flexibel und extrem heuchlerisch

Der japanische Imperialismus war mit Hilfe des US-Großkapitals wieder auf die Beine gekommen – und erfüllte in der antikomunistischen Globalstrategie des US-Imperialismus die Rolle des Statthalters im asiatischen Raum.

Bis Anfang der sechziger Jahre galt das Wort des japanischen Premiers Tanaka, daß „die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten für Japan das gleiche wie die Luft für den Menschen sind. Ohne sie können wir nicht mehr atmen!“ („Horizont“ 12/74).



In dem Maße allerdings, wie Japan

in dem Maße allerdings, wie Japan aus seiner Rolle als Juniorpartner der USA herauswuchs und auf den Märkten der Welt als ernstzunehmender Konkurrent des US-Imperialismus auftrat, entwickelten sich die Widersprüche zwischen beiden Ländern unübersehbar: die „traditionellen Bindungen“ wurden zu Feinden des gegenseitigen Expansionsdrangs.

Vor allem im asiatisch-pazifischen Raum (aber nicht nur dort!) unternimmt das japanische Großkapital enorme Anstrengungen, um seine Vormachtstellung auszubauen – auf Kosten des Hauptkonkurrenten in dieser Region, des US-Imperialismus. Die bereits seit 1966 bestehenden, allerdings nur lose strukturierten Integrationsformen, „Asiatischer und Pazifischer Rat“, „Konferenz für ökonomische Entwicklung in Südostasien“ und die „Pazifische Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung“ sollen unter japanischer Vorherrschaft zu einer konkurrenzfähigen „Gemeinschaft“ ausgebaut werden.

Während „der Waren- und Kapitalexport und das Streben nach einem möglichst großen Imperium bis 1943 unlösbar mit Aggressionskriegen verbunden (waren), probiert es Japan wegen der veränderten Bedingungen (im internationalen Kräfteverhältnis, Ann. AK) jetzt mit neuen Methoden“ („Horizont“, 7/74).

Gegenüber den Ländern Südostasiens und des pazifischen Raums hat das japanische Großkapital in den zurückliegenden Jahren bereits eine Außenwirtschaftspolitik betrieben, die diese Länder in zunehmender Abhängigkeit von Japan gebracht hat. Permanent steigende Exportüberschüsse sicherten ihm in mehreren Ländern die Kontrolle über den größten Teil des Außenhandels; sicherten Rohstoffimporte für mehrere Jahrzehnte und ermöglichten vor allem auch japanische Direktinvestitionen (meistens in Form von Anteilsgeschäften und in Form „gemeinsamer Betriebe“).

Obwohl Nordamerika mit 32,6 % des japanischen Außenhandelsumsatzes 1972 (und 29,6 % 1973) noch

immer Hauptpartner der japanischen Monopolbourgeoisie ist und auch Westeuropa (mit 42 - 13,9 %) eine nicht unbedeutende Rolle spielt, wurden bereits 1973 fast ein Drittel des Handels mit den Ländern Südost- und Südamerika, mit Australien/Neuseeland, und Südafrika realisiert. Weitere 20 Prozent der Umsätze entfielen auf den Nahen und Mittleren Osten, Afrika und Lateinamerika. (nach „Horizont“, 7/74).

Im Jahre 1973 registrierte die OECD im Falle Japan den „stärksten privaten Kapitalstrom in Richtung Dritte Welt, der jemals bei einem Mitgliedstaat ermittelt werden konnte“ (nach „Unternehmensbrief“, 25.7.74).

Der Nettowachstum, den der japanische Imperialismus bei Auslandsinvestitionen im zurückliegenden Steuerjahr (von März '73 bis März '74) erzielte, betrug 73 Milliarden Dollar. „Damit haben die Japaner in einem einzigen Jahr mehr im Ausland investiert als ihre Investitionen in Übersee zum Ende der sechziger Jahre insgesamt betragen haben!“ („FAZ“, 27.9.74).

Bemerkenswert ist dabei nicht nur das enorme, sprunghafte Wachstum der japanischen Auslandsinvestitionen (1972 verdoppelte der japanische Imperialismus seinen Kapitalexport, 1973 steigerte er ihn im Vergleich zum Vorjahr immerhin um rund 50 Prozent!), sondern auffällig sind vor allem auch die Veränderungen in der regionalen Streuung: von dem 1973 exportierten Kapital entfielen

29 % auf die Länder Asiens
24 % auf Nordamerika und
26 % auf die Länder Lateinamerikas („FAZ“, 27.9.74).

„Noch ein Jahr zuvor (1972, Ann. Red.) hatte Asien mit knapp 70 Prozent (bei der öffentlichen Bilanz waren es sogar 99 Prozent) eindeutig den Vorrang gehabt, gefolgt von Lateinamerika mit 16,6 Prozent“ („SZ“, 10.7.74).

Die Gesamtsumme des japanischen Kapitalexports hat heute bereits die 10 Milliarden-Dollar-Grenze überschritten – die „FAZ“ vom 27.9.74 nennt die Zahl von 10,27 Mrd. Dollar. Hier muß allerdings angemerkt werden, daß dieser Betrag nur die von der staatlichen Notenbank erteilten Kapitalexportlizenzen erfasst, nicht mitgerechnet wurden „Abschreibungen“, „Reinvestitionen aus zurückbehaltenen Gewinnen (ausländische Niederlassungen, Ann. Red.) oder Kreditaufnahme durch japanische Unternehmer auf fremden Kapitalmärkten“ („FAZ“, 27.9.74).

Die tatsächliche Summe der vom japanischen Imperialismus getätigten Auslandsinvestitionen liegt damit wesentlich höher!

Von den gesamten Kapitalexporten des japanischen Imperialismus fließen bisher

24 % nach Nordamerika,
23 % in die Länder Asiens und
19 % nach Europa. („FAZ“).

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr (1973) – als 43 Prozent der Investitionen auf den verarbeitenden Bereich, 16 Prozent auf die Rohstoffförderung, 13 Prozent auf den Handel und 10 Prozent auf den Bereich der Banken und Versicherungen entfielen – „fällt der relativ hohe Gesamtanteil der rohstoffbezogenen Investitionen auf, der (bei allen bisherigen japanischen Kapitalexporten – Ann. Red.) auf 35 Prozent (!) geschätzt wird“ („FAZ“, 27.9.74).

Die große „Abhängigkeit“ des japanischen Imperialismus von Rohstoffimporten wird – nach einer Vorausschätzung der Mitsui-Bank – dazu führen, daß in Zukunft die rohstoffbezogenen Auslandsinvestitionen Japans nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu den anderen Anlagebereichen noch wesentlich erweitert werden: Bis 1980 wollen das japanische Großkapital und sein Staat die Auslandsinvestitionen auf die Riesensumme von 48,7 Milliarden Dollar steigern – „davon würden 41 Prozent auf rohstoffbezogene Investitionen entfallen, der Anteil der Direktinvestitionen im verarbeitenden Bereich jedoch auf 37 Prozent leicht sinken“ („FAZ“, 27.9.74).

Beim Export von Kapital geht es – wie bereits Lenin in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ nachwies – nicht allein darum, daß die Imperialisten Höchstprofite anstreben, sondern um die Kapitalverwertung und damit die kapitalistische Herrschaft überhaupt:

- Kapitalexport, um den Warenexport zu fördern –
- Kapitalexport, um Rohstoffquellen in Besitz zu nehmen oder auszubauen –
- Kapitalexport, um neue Länder zu erschließen –
- Kapitalexport, um ausländische Industrien unter Kontrolle zu bringen –

- Kapitalexport, um faktische oder potentielle Verbündete militärisch oder ökonomisch zu stärken –
- Kapitalexport, um ökonomische oder politische Zugeständnisse zu erhalten, und nicht zuletzt Kapitalexport und Kapitalverwertung, um ökonomische und soziale Krisen abzuwehren“ (nach Nehls, Frankfurt 1970).

Um die neue Offensive (Waren- und Kapitalexport) optimal durchführen zu können, vollzogen die japanischen Imperialisten in ihrer Außenpolitik – seit den sechziger Jahren – als „unmögliches“ galten: So gegenüber der VR China und der Sowjetunion, mit denen heute nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen über den Abschluß von „Friedens- und Freundschaftsverträgen“ verhandelt wird; so gegenüber den Staaten des Nahen Ostens, als Japan im Dezember 1973 der UNO-Resolution 242, die den Abzug der israelischen Besatzungstruppen aus allen besetzten arabischen Gebieten fordert, seine Zustimmung gab und damit von den arabischen Regimes in den Kreis „der befreundeten Staaten“ aufgenommen wurde; so gegenüber den Ländern „Schwarzafrikas“, deren Vertrauen sich die japanischen Imperialisten zu erwerben hofften, indem sie gegen die Apartheidspolitik der faschistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien Stellung nahmen.

Die Kreditzusagen (bzw. bereits getätigte Abkommen) des japanischen Imperialismus an/mit den Ölförderländern des Nahen und Mittleren Ostens belaufen sich auf insgesamt 3 Milliarden Dollar (nach „Die Zeit“, 26.4.74).

Die größte Einzelsumme fließt davon in den Irak – nämlich 1 Milliarden Dollar (das sind rund 2,5 Milliarden DM!). Es handelt sich hier um einen „Mischkredit“ von japanischen Großkapitalisten einerseits und dem japanischen Staat andererseits. „Mit dem Kredit werden unter anderem eine Gasverflüssigungsanlage, eine Ölraffinerie, ein petrochemisches Werk, eine Zement- und eine Düngemittel-fabrik finanziert.“ Japan selbst wird natürlich die Produktionsanlagen an den Irak liefern, diese dort installieren und seine „Spezialisten“ mitschicken.

Das Abkommen sieht nämlich vor, „das japanische Fachleute im Irak als Ausbilder fungieren und gleichzeitig praktische Techniker in Japan ausgebildet werden sollen“ („SZ“, 19./20.1.74).

Der Irak mußte sich ferner dazu verpflichten, im „Gegenzug“ in den kommenden zehn Jahren 160 bis 200 Millionen Tonnen Öl bzw. Ölprodukte an Japan zu liefern.

Mit dem Iran, wobei Japan immerhin rund 50 Prozent seines Mittelost-Öls bezieht, ist ein ähnliches Geschäft in Vorbereitung. Auch hier bietet der japanische Imperialismus einen Kredit von 1 Milliarde Dollar an – scheint jedoch bisher noch nicht die erwünschten „Gegenleistungen“ vom Schah-Regime zugesichert bekommen zu haben. Hier sei nur kurz angemerkt, daß das Engagement zahlreicher imperialistischer Mächte (u.a. auch der BRD) im Iran besonders groß – und damit der Konkurrenzkampf unter den imperialistischen Wölfen besonders scharf ist.

Bis zum 7.2.74 hatte sich das japanische Großkapital – auch einer

● Algerien erhielt 12 Mrd. Yen (Einzelheiten sind noch nicht bekannt); „Auch mit Jordanien und dem Sudan wird über Yen-Kredite verhandelt“.

Mit Koweit, Abu Dhabi und Saudi Arabien laufen ebenfalls Verhandlungen über Kredit-Geschäfte in Milliarden Dollar-Höhe (1) (Angaben nach „HB“, 5.3.1974).

Ferner wurde im Juli dieses Jahres bekannt, daß die Japan Oil Development Co. für über 300 Millionen Dollar (!) eine Förderkonzession in Abu Dhabi (Persischer Golf) von der British Petroleum (BP) erworben – und damit in einem weiteren Land des Mittleren Ostens direkt Fuß gefaßt hat („Handelsblatt“, 17.7.74).

Der japanische Imperialismus beschränkt sich jedoch keineswegs darauf, in den arabischen Ölförderländern Fuß zu fassen (durch Direktinvestitionen und Kreditgeschäfte), sondern ist bestrebt, sich in praktisch allen Kontinenten Ölleuten zu sichern – und sich vor allem auch bei der Erschließung neuer Erdölfelder einen hervorragenden Platz zu sichern:



Japanische Antimperialisten demonstrieren gegen den US-Imperialismus, der auf dem Inseln über 150 Stützpunkte unterhält

- Mit Großbritannien laufen gegenwärtig noch Verhandlungen über eine Beteiligung japanischer Firmen bei der Ausbeutung der Nordsee;
- in Kanada will der japanische Imperialismus mit der Rieseninvestition von 6 Mrd. Dollar einsteigen „bei der Entwicklung der kanadischen Teersände in Alberta“ („Handelsblatt“, 5.3.74);

- Burma hat mit der japanischen Regierung einen Ölpaß zur Erschließung und späteren Ausbeutung der Erdölvorkommen vor der westbirmanischen Küste geschlossen, die von Japan zugesagte Kapital„Hilfe“ sichert diesem neben dem Rohstoff selbst eine 30-prozentige Gewinnbeteiligung (Angaben nach „Handelsblatt“, 11.6.74);

- in Mexiko, das der japanische Premier Tanaka auf seiner jüngsten Reise durch mehrere „zu mittel- und nordamerikanische Länder besuchte, erzielte das japanische Großkapital „grundtätliche Eingänge über die Lieferung mexikanischer Erdöl, beginnend Ende der siebziger Jahre“ („FAZ“, 21.9.74);

- mit der Sowjetunion ist neben einem umfangreichen Wirtschaftskommen (auf das wir später noch genauer eingehen werden) auch eine Summe von 3 Mrd. Dollar in Verhandlungen, die die Sowjetunion „von den Japanern für die Erschließung der Ölfelder bei Tyumen in Westsibirien kreditiert bekommen“ („Süddeutsche Zeitung“, 7.5.74);

- und schließlich konnten die japanischen Imperialisten mit der VR China Ende Januar '74 „einen Vertrag... über die Lieferung von 1,5 Millionen Tonnen Rohöl im Jahr 1974“ abschließen („Handelsblatt“, 5.3.74). Aus einer neuesten Meldung geht hervor, daß die VR China in diesem Jahr sogar 3 Millionen Tonnen Rohöl an Japan liefern wird („FAZ“, 9.9.74).

Japan und die Länder Afrikas

Um mit den jungen, unabhängigen Staaten „Schwarzafrikas“ besser ins Geschäft zu kommen und größeren politischen Einfluß auf diesem Kontinent zu gewinnen, hat die japanische Regierung im Juni dieses Jahres formal die gegen das Rassen-Regime von Südafrika gerichtete „Anti-Apartheid-Resolution“ der UNO (vom Dezember 1973) angenommen. Voraussetzungen war dieser „Wende“ eine Konferenz der japanischen Afrika-Botschafter in Tokio, wo diese ihrem Chef, Außenminister Ohira, „die wachsende Kritik der schwarzafrikanischen Staaten an der leuten Haltung der Japaner gegenüber der Apartheid-Politik Pretorias sowie an den wachsenden japanischen Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika“ vortrugen („Welt“, 7.6.74).

Um einen Sinnwandel in dieser Frage glaubhaft erscheinen zu lassen, verfügte die japanische Regierung, daß mit Wirkung vom 15. Juni 1974 an keine Staatsangehörigen des südafrikanischen Rassen-Regimes mehr Aufenthaltsgenehmigungen zu sportlichen, kulturellen u.ä. Zwecken



Japanische Antimperialisten demonstrieren gegen den US-Imperialismus, der auf dem Inseln über 150 Stützpunkte unterhält

in Japan erhalten werden. Die bisher besten florierenden Handelsbeziehungen zwischen dem Faschisten-Regime und Japan sind davon natürlich nicht betroffen: „Die wirtschaftlichen Beziehungen und der rasch aufblühende südafrikanische Tourismus nach Japan... werden von dem Beschluß nicht berührt“ („Welt“, 8.6.1974).

Wen wundert's, daß die faschistische Presse Südafrikas gelassen schrieb, „man müsse Verständnis für Japan haben, das... die Boykottforderungen der Afrikaner mit einer Maßnahme reagiert habe, die bedeutungslos sei“ („Welt“, 8.6.74).

Der unverständliche Aufforderung der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU), Japan solle sämtliche Handelsbeziehungen zu Südafrika abbrechen, mochten die japanischen Imperialisten ebenso wenig nachkommen wie einer Auflage der Vereinten Nationen, keinerlei wirtschaftliche Beziehungen zum Rassen-Regime in Rhodesien zu pflegen. Obwohl Japan auch den UNO-Sanktionen gegen Südafrika zugestimmt hat – ja sogar 1969 seinerseits noch eine „Handelsperre“ gegen Rhodesien verfügte – wurden Geschäfte großen Stils zwischen Japan und dem Smith-Regime (vor allem Chrom-Importe, die über Südafrika nach Japan gelangten!) von einem Untersuchungsausschuß der UNO unlängst aufgedeckt („Welt“, 7.6.74).

„Der japanische Gesamtexport mit der Südafrikanischen Republik stieg im vergangenen Jahr um rund 50 Prozent auf 1,1 Milliarden Dollar an. Mit dem realistischen Afrika kam der japanische Güterumschlag auf 1,5 Mrd. Dollar (!).“

Angesichts der umfangreichen Wirtschaftsbeziehungen hat Pretoria die Japaner im Lande zu „Ehrenvätern“ – mit den entsprechenden rassistischen Vorurteilen – ernannt“ („Welt“, 7.6.74).

Klar, daß der japanische Imperialismus nicht einmal auch nur ernsthaft erwägt, sich in diesem Lande von seinen Konkurrenten freiwillig die Butter vom Brot nehmen zu lassen! Von den zahlreichen Projekten langfristiger Kooperation zwischen Südafrika und Japan sei hier besonders die Urangewinnung genannt: 43 Prozent der insgesamt 103.000 Tonnen Uran, die Japan bereits heute für seine Bedarfdeckung in den kommenden zehn Jahren durch langfristige Lieferabkommen gesichert hat, werden von südafrikanischen Rassen-Regime kommen (weitere 42% aus Kanada, 8% aus Frankreich etc.) („HB“, 9.9.74).

Die „antirassistische Wende“ in der Außenpolitik des japanischen Imperialismus wird natürlich nie soweit gehen, daß seine politischen und öko-



Mitteilung des Industrie- und Handelsministeriums MITTI – in folgenden weiteren Ländern der arabischen Welt eingekauft:

- Ägypten erhielt einen 38 Mrd. Yen-Kredit zur Räumung des Suezkanals; von dieser Summe sind je 15 Mrd. Yen für Waren und Projekthilfe aus Japan gebunden(!);
- Syrien baut mit einem japanischen Kredit von 30 Mrd. Yen u.a. eine Raffinerie;
- Marokko bekommt runde 3 Mrd. Yen (hier sind Einzelheiten noch nicht bekannt);

ung der Ölfelder bei Tyumen in Westsibirien kreditiert bekommen“ („Süddeutsche Zeitung“, 7.5.74).

- und schließlich konnten die japanischen Imperialisten mit der VR China Ende Januar '74 „einen Vertrag... über die Lieferung von 1,5 Millionen Tonnen Rohöl im Jahr 1974“ abschließen („Handelsblatt“, 5.3.74). Aus einer neuesten Meldung geht hervor, daß die VR China in diesem Jahr sogar 3 Millionen Tonnen Rohöl an Japan liefern wird („FAZ“, 9.9.74).

Fortis Japan

nomischen Ziele Nippons auch nur ansatzweise werden – sondern der spektakuläre, scheinbare Stellungswandel gegenüber den Massenregimes wurde vollzogen, um die jungen Staaten Schwarzafrikas über die wahren Absichten des japanischen Imperialismus zu täuschen, um sich „dort wirtschaftlich und moralisch stärker engagieren“ zu können, wie Japans Außenminister es nannte („Welt“, 7.6.74).

Ein erstes profitträchtiges Projekt konnten die japanischen Imperialisten bereits aufzu: „Unternehmen der japanischen Stahlindustrie haben mit der Regierung von Obervolte einen Vertrag abgeschlossen über die Entwicklung und Ausbeutung der Mangangrube von Tambao, die Reserven von zehn Millionen Tonnen bei einem Erzegehalt von 36,2% aufweisen soll“ („HB“, 10.6.74). Die japanischen Stahlkapitalisten werden die Mine in eigener Regie betreiben und zu diesem Zweck eigene eine Gesellschaft gründen („HB“, 10.6.).

Notwendige Infrastrukturmaßnahmen (u.a. der Bau einer 350 km langen Eisenbahnstrecke) werden durch Gemeinschaftskredite der japanischen und mehrerer westeuropäischer Imperialisten (darunter die BRD und Frankreich) finanziert – Kostenpunkt und damit Kreditsumme für den Eisenbahnbau 56 Millionen Dollar („HB“, 10.6.74).

Japan und die Länder Lateinamerikas

Wie bereits aus der allgemeinen Statistik hervorgeht (s.o.), hat Lateinamerika in den zurückliegenden zwei Jahren als Empfängerland japanischer Direktinvestitionen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Der Handel Japans mit den Ländern dieses Kontinents expandiert kräftig.

Gegenüber den Ländern Lateinamerikas war ein Kurswechsel der japanischen Außenpolitik bisher nicht vonnöten – nach Lesart der japanischen Imperialisten handelt es sich hier (wie auch im südostasiatischen Raum) um eine „Region mit den stabilsten politischen Verhältnissen“ („FAZ“, 23.3.74).

Die reaktionären oder faschistischen Regimes Lateinamerikas sind so recht nach dem Geschmack der japanischen Kapitalisten: Ausländischen Monopolen werden die zahlreichen und umfangreichen Rohstoffquellen zur Ausplünderung ebenso wohlfeil präsentiert, wie die Millionen billiger Arbeitskräfte, Direktinvestitionen der Imperialisten werden mit Steuermitteln gefördert, Gewinne aus Tochtergesellschaften können in der Regel voll transferiert werden; daß die bis aufs Blut ausgepressten und unterdrückten werktätigen Massen Lateinamerikas sich nicht zur Veränderung und schließlich Abschaffung ihres elenden Daseins erheben, das wollen die Bürgerkrieger, Justiz etc. der vom Imperialismus abhängigen Staaten garantieren.

So nimmt es kein Wunder, daß das japanische Großkapital nach dem Sturz der Allende-Regierung und der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur über das chilenische Volk sich anschickte, ganz groß in Chile einzusteigen. Verhandlungen über Direktinvestitionen in Milliarden-Dollar-Höhe (1) laufen gegenwärtig noch zwischen Vertretern der japanischen Regierung und des Pinochet-Regimes.

Sein umfangreichstes und hauptsächlich „Bettungsgebiet“ in Lateinamerika hat der japanische Imperialismus gegenwärtig jedoch im ebenfalls faschistischen Brasilien: „Dieses Land mit seiner rund 700.000 (17) Mitglieder zählenden japanischen Kolonie, steht zusammen mit Indonesien, Australien und Kanada ganz oben auf der Liste potentieller Rohstofflieferanten, für die sich Japan interessiert“ („FAZ“, 21.9.74).

Wenn man den eigenen japanischen Angaben trauen kann, so wurde von Japan bis Ende 1973 in Brasilien für rund 800 Mio. Dollar (1) investiert – „womit Japan vermutlich der dritgrößte ausländische Investor in Brasilien wäre“ („FAZ“, 21.9.74).

Im Vergleich zum heutigen Stand der Dinge muß allerdings die seinerzeitige Position des japanischen Imperialismus in Brasilien als „schwach“ gewertet werden: Als der jüngste Amerikareise auf seiner brasilianischen Faschisten mit seinem Besuch beehrte, konnte er „einen Vertrag über den Bau einer Aluminiumschmelze“ mit der dazugehörigen Kraftwerkanlage im Gesamtwert von drei Milliarden Dollar (11) und ein Zellulose-Projekt „... unterzeichnen“ („FAZ“, 21.9.74).

Japan – Sowjetunion

Der Warenstrom zwischen Japan

und der Sowjetunion (sowie den anderen RGW-Ländern) floß bisher recht spärlich: Im Jahre 1973 konnte das japanische Großkapital nicht einmal ein Zehntel (!) seines USA-Handels (Im- und Exporte Japan/USA addieren sich auf 18,71 Mrd. Dollar) mit den RGW-Ländern realisieren („HB“, 3.7.74 und „SZ“, 13.6.74).

Beschränkungen ergeben sich (und ergeben sich z.T. heute noch) aus der politisch-ökonomischen Struktur der revisionistischen Länder und aus dem exzessiv antikomunistischen Kurs der japanischen Außenpolitik bis Ende der sechziger Jahre.

Ähnlich und parallel zur Entwicklung einer „Neuen Ostpolitik“ durch den westdeutschen Imperialismus formulierten auch die Strategen des japanischen Imperialismus eine „Neue Westpolitik“ zunächst gegenüber der Sowjetunion und später auch gegenüber der VR China.

Nach mehrjährigen Verhandlungen auf höchster Ebene gelangten Regierungsvertreter Japans und der UdSSR 1973 zu einem gemeinsamen Kommuniqué, worin die „allseitige Normalisierung der Beziehungen“ zwischen beiden Ländern (einschließlich dem Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation) angekündigt wird („FAZ“, 27.7.74).

Für 1974 wurde der Abschluß eines Friedensvertrages angestrebt, wozu die gesamte sowjetische Partei- und Staatsführung vom japanischen Außenminister Kimura nach Tokio eingeladen wurde („FAZ“, 27.7.74).

Bereits 1967 nahmen Vertreter Japans und der Sowjetunion Verhandlungen über einen umfassenden wirtschaftlichen Kooperationsvertrag auf. Die Sowjetrevisionisten boten dem japanischen Großkapital eine „Beteiligung an der Erschließung Sibiriens“ an („SZ“, 13.6.74). Die Direktinvestitionen ausländischer Kapitalisten in der Sowjetunion (noch) nicht möglich sind, gestalteten sich die Verhandlungen über die exakten Bedingungen des Tauschgeschäftes äußerst schwierig. Schließlich kam nach siebenjährigen Verhandlungen im April dieses Jahres ein Protokoll zustande, wonach „die japanische Export-Import Bank den Sowjets einen Yen-Kredit über eine Milliarde Dollar zu einem Zinssatz von 6,375% rückerstattet“ („FAZ“, 23.3.74).

Die reaktionären oder faschistischen Regimes Lateinamerikas sind so recht nach dem Geschmack der japanischen Kapitalisten: Ausländischen Monopolen werden die zahlreichen und umfangreichen Rohstoffquellen zur Ausplünderung ebenso wohlfeil präsentiert, wie die Millionen billiger Arbeitskräfte, Direktinvestitionen der Imperialisten werden mit Steuermitteln gefördert, Gewinne aus Tochtergesellschaften können in der Regel voll transferiert werden; daß die bis aufs Blut ausgepressten und unterdrückten werktätigen Massen Lateinamerikas sich nicht zur Veränderung und schließlich Abschaffung ihres elenden Daseins erheben, das wollen die Bürgerkrieger, Justiz etc. der vom Imperialismus abhängigen Staaten garantieren.

So nimmt es kein Wunder, daß das japanische Großkapital nach dem Sturz der Allende-Regierung und der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur über das chilenische Volk sich anschickte, ganz groß in Chile einzusteigen. Verhandlungen über Direktinvestitionen in Milliarden-Dollar-Höhe (1) laufen gegenwärtig noch zwischen Vertretern der japanischen Regierung und des Pinochet-Regimes.

Sein umfangreichstes und hauptsächlich „Bettungsgebiet“ in Lateinamerika hat der japanische Imperialismus gegenwärtig jedoch im ebenfalls faschistischen Brasilien: „Dieses Land mit seiner rund 700.000 (17) Mitglieder zählenden japanischen Kolonie, steht zusammen mit Indonesien, Australien und Kanada ganz oben auf der Liste potentieller Rohstofflieferanten, für die sich Japan interessiert“ („FAZ“, 21.9.74).

Wenn man den eigenen japanischen Angaben trauen kann, so wurde von Japan bis Ende 1973 in Brasilien für rund 800 Mio. Dollar (1) investiert – „womit Japan vermutlich der dritgrößte ausländische Investor in Brasilien wäre“ („FAZ“, 21.9.74).

Im Vergleich zum heutigen Stand der Dinge muß allerdings die seinerzeitige Position des japanischen Imperialismus in Brasilien als „schwach“ gewertet werden: Als der jüngste Amerikareise auf seiner brasilianischen Faschisten mit seinem Besuch beehrte, konnte er „einen Vertrag über den Bau einer Aluminiumschmelze“ mit der dazugehörigen Kraftwerkanlage im Gesamtwert von drei Milliarden Dollar (11) und ein Zellulose-Projekt „... unterzeichnen“ („FAZ“, 21.9.74).

Die Realisierung eines solchen Mammutprogramms ist allerdings aus zwei wesentlichen Gründen (zumindest in nächster Zukunft) unwahrscheinlich:

1. Ist der japanische Imperialismus momentan nicht in der Lage, die vom Sowjets geforderten 7 Milliarden Dollar aufzubringen. Das japanische Großkapital könnte sich nur dann an dem großen Projekt beteiligen, wenn der US-Imperialismus den größten Teil der von der Sowjetunion geforderten Kredite beisteuert – und somit ein dreiseitiges Abkommen zustandekäme. Die „amerikanische Mittfinanzierung“ ... (bedarf) der Zustimmung des US-Kongresses ... Der amerikanische Kongress will US-Kredite an die Sowjets von Moskau Haltung gegenüber den auszuwanderungswilligen Juden in der UdSSR abhängig machen“ („Süddeutsche Zeitung“, 7.5.74).

2. Der Bau einer zweiten transsibirischen Eisenbahn könnte von der VR China abgelehnt werden, weil „die zweite Transib“ ... nicht nur sowjetisches Erdöl befördern

(würde)“, sondern „zugleich ein weiterer Nachschubträger für die Truppen der Sowjetarmee im östlichen Sibirien und an den Küsten des Pazifischen Ozeans“ („Süddeutsche Zeitung“, 7.5.74).

Die Sowjetrevisionisten haben freilich „die Hoffnung auf japanische Kredite für das Transib-Projekt dennoch nicht aufgegeben“ („SZ“, 13.6.74), sondern werben mit besonders günstigen Lieferbedingungen und Preisen (beim Erdöl) um die Gunst der Imperialisten.

Darüberhinaus versuchen die Sowjetführer mit ausgesprochen chauvinistischer Hetze in der offiziellen Propaganda die VR China zu diskreditieren und damit als listigen Konkurrenten auszusuchen. Aus der mannigfaltigen sowjetrevisionistischen Hetzpropaganda hier nur ein Beispiel:

„In dem Organ der sowjetischen Regierung „Iswestija“ warnte vor kurzem ein gewisser W. Kudjawzow die japanischen Imperialisten (!) davon, die Augen vor der „Peking-Politik des Großmachthegemonismus, in erster Linie in Asien“ zu verschließen.

„In der Annahme, daß die japanisch-chinesischen Beziehungen die Abhängigkeit Japans von den USA abzuwenden, geraten die herrschenden Kräfte Japans (!) in ein anderes Extrem (!)“. Kudjawzow unterstellt der VR China, daß die „japanischen Monopole mit der irrischen Perspektive einer Verlagerung der führenden japanischen Technik in den billigen und reichlich vorhandenen (!) chinesischen Arbeitskräften lockt...“

Den Gipfel revisionistischer Vekommenheit offenbaren die Sowjetführer, indem sie behaupten: „Wenn Japan (!) diesen Weg (d.h. der Zusammenarbeit mit der VR China, Ann. AK) geht, wird nichts anderes dabei herauskommen, als daß es sich erneut fremden Interessen unterwirft (!)“ (Übersetzung in „Horizont“, 12/74).

Komplottier lassen sich die tatsächlichen Verhältnisse wohl kaum auf den Kopf stellen.

Japan und die VR China

Japan und die VR China

Bis zum Herbst 1972 bestand zwischen der VR China und Japan ein „abnormer Zustand“. Die japanischen Imperialisten hatten bekanntlich während des 2. Weltkrieges große Teile des chinesischen Territoriums okkupiert, Millionen chinesischer Werktätiger zur Zwangsarbeit deportiert und mehrere Millionen Chinesen ermordet. Erst durch einen jahrelangen Befreiungskrieg war es dem chinesischen Volk gelungen, die japanische Kolonialherrschaft zu brechen und die Invasionstruppen aus dem Lande zu treiben.

Der japanische Imperialismus „normalisierte“ seine Beziehungen jedoch zunächst nicht mit der 1949 gegründeten Volksrepublik, sondern (entsprechend der Globalstrategie des US-Imperialismus) mit dem anti-kommunistischen Regime Tschiang Kai-Scheks in der chinesischen Provinz Taiwan.

Der „Kriegszustand“ zwischen der VR China und Japan wurde erst 1972 in einem „Gemeinsamen Kommuniqué“ der Regierungen beider Länder offiziell beendet erklärt – also 27 Jahre nach Kriegsende, bzw. 23 Jahre nach Gründung der VR China. Zusätzlich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekräftigten die Regierungsvertreter der VR Chinas und Japans in der schon erwähnten „Erklärung“:

„(9) Für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Erweiterung des Personenverkehrs sind sich die Regierung der VR China und die Regierung Japans darin einig, ... Verhandlungen über den Abschluß von Abkommen im Bereiche von Handel, Seefahrt, Luftfahrt, Fischerei u.z.m. zu führen.“

(Zu nach: Peking Rundschau 40/72) Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen folgten alsbald das erste offizielle Handelsabkommen (im Herbst 1973) und ein gegenseitiges Luftverkehrsabkommen (im April dieses Jahres).

Heute – also nur zwei Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der VR China – haben die japanischen Imperialisten „im Wettrennen um den chinesischen Markt“ ... schon die Nase vorn“ („Zeit“, 26.4.74). Während noch im vergangenen Jahr die japanischen Exporte in die VR China nicht einmal den Umfang des Exports nach Taiwan erreichten (nach einer Meldung der Londoner „Financial Times“ exportierte Japan in den ersten acht Monaten des Jahres 1973 nach Taiwan Waren im Wert von 876 Mio. Dollar, in die VR China jedoch nur für 646 Mio. Dollar), stehen bereits für das laufende Jahr und erst recht für die Zukunft Tauschgeschäfte großen Stils an:

Im Mai dieses Jahres erhielten die japanischen Großkapitalisten (der Konzern „Sanippon“) den Zuschlag für den Bau eines Warmwalzwerkes in Wuhan – Kostenpunkt 380 Mio. Mark! Die japanischen Kapitalisten konnten damit ein westdeutsches Firmen-Konsortium aus dem Rennen werfen, das ursprünglich ein integriertes Stahlwerk liefern sollte, jetzt aber nur noch den zweiten Teil des Wuhan-Werkes – ein Kaltwalzwerk – bauen wird (Kosten betragen hier 500 Mio. Mark).

(nach „HB“, 5.6.74) Ein weiteres lohnendes Geschäft – mit einem Wert von 150 Mio. Mark – ist noch im Stadium der Verhandlungen. Es geht dabei um eine Strangum-Anlage, die an das Wuhaner Walzwerk angeschlossen werden soll. Auch hier konkurriert das japanische Großkapital mit dem westdeutschen Konsortium um den Auftrag (lt. „Welt“, 5.6.74).

Nach Angaben der Japan External Trade (JETRO) nahm das Außenhandelsvolumen zwischen der VR China und Japan im ersten Halbjahr 74, verglichen mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres, um fast 60 Prozent zu. Der Handel zwischen beiden Ländern erreichte in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ein Volumen von 1,38 Milliarden Dollar (die japanischen Exporte nach der VR China stiegen um 62 Prozent auf 765,8 Mio. Dollar, während der Import aus der VR China um 55 Prozent auf 616,7 Mio. Dollar anwuchs) (nach „FAZ“, 9.9.74).

Inwieweit derartige enorme Steige-

rungraten im Handel zwischen der chinesischen Volksrepublik und dem japanischen Imperialismus auch in den kommenden Jahren realisiert werden können, wird vor allem von der Bereitschaft und Fähigkeit der VR China abhängen, ihre Exporte nach Japan zu erhöhen – in erster Linie geht es dabei um Erdöl (1973 forderte die VR China bereits fast 40 Mio. Tonnen), aber auch um andere Rohstoffe, an denen der gefragte japanische Imperialismus interessiert ist.

Die VR China hat bisher strikt das Prinzip sozialistischer Staaten eingehalten, nicht mehr zu importieren als zu exportieren – um sich nicht in die Abhängigkeit der Imperialisten zu geben.

Der japanische Premier Tanaka hatte im September 73 während der Vertragsverhandlungen in Peking auf seine Gastgeber den überschwenglichen Toast ausgebracht: „Die Normalisierung der Beziehungen ist der erste Schritt zum Morgen, und ich will mit dem reichenden Strom der Geschichte zu neuen Horizonten (!) voranschreiten“ (FR, 40/72). Diese überspannten Erwartungen werden sich kaum erfüllen!

Immerhin haben sich die japanischen Imperialisten aber durch die spektakuläre Wende in ihrer Politik gegenüber der VR China einen Markt für ihren Export geöffnet und sich darüberhinaus den Weg zu neuen Rohstoffquellen erschlossen.

(Wird fortgesetzt)
Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Portugal Eintägiger Solidaritätsstreik der Tagespresse mit den Arbeitern des „Jornal do Comercio“

Am 22. August waren die Arbeiter des „Jornal do Comercio“, einer Lissaboner Tageszeitung, die sich im Besitz des Banco Borges Branco und damit der imperialistischen Quina-Gruppe befindet, in den Streik

des Vertriebs gebildet hatten, verzichtete der Verlag auf die Auslieferung der fertigen Nummer, so daß am 4. September in Lissabon und Porto keine einzige Tageszeitung erschien. Die Arbeiter von Rundfunk

Porto keine einzige Tageszeitung erschien. Die Arbeiter von Rundfunk und Fernsehen beteiligten sich zwar nicht am Streik, berichteten aber in aller Ausführlichkeit über die Vorgänge beim „Jornal do Comercio“ und den Solidaritätsstreik der Tagespresse.

Mit dieser Aktion, über die am nächsten Tag in allen Tageszeitungen berichtet wurde, gelang es den Streikenden, die zuvor vorhandene Informationsperre massiv zu durchbrechen. Sie waren sich natürlich darüber im Klaren, daß sie gegen das erst kürzlich erlassene reaktionäre Streikgesetz verstießen, das politische und Solidaritätsstreiks grundsätzlich verbietet. Die Regierung hielt ein scharfes Vorgehen gegen die bewußte Überschreitung des von der Bourgeoisie gesetzten Rahmens nicht für opportunistisch, sondern beschränkte sich in einem Kommuniqué auf den Hinweis, daß ... die große Mehrheit der Arbeiter der Presse, obwohl sie in diesem Falle die Lage falsch eingeschätzt hat, sich davon überzeugen läßt, daß die hier eingenommenen Haltung zu keinem positiven Ergebnis führt.“ Dann folgt allerdings die Drohung auf dem Fuß: „Das Streikgesetz wurde gemacht, damit es eingehalten wird. Die Arbeiter haben nunmehr ein Recht, das ihnen jahrzehntlang vom früheren Regime vorenthalten wurde, welches den Streik als Verbrechen betrachtete. Sie müssen aber auch die Pflichten erfüllen, die sich aus diesem Gesetz ergeben. Das Gesetz besteht und wird in Zukunft angewandt werden.“ („Diário de Notícias“, 5.9.).

Die Revisionisten, die bei der Gewerkschaftsversammlung, auf der der Streikbeschluß gefaßt wurde, von den Arbeitern überstimmt worden waren, verurteilten den Streik in gewohnter Weise. Die Journalistenorganisation der PCP für Lissabon wertete den Streik beim „Jornal do Comercio“ als „von Anfang an den Interessen der Arbeiter nicht gemäß“ und verteilte sich zu folgender Analyse: „Da das wesentliche Machtelement des Streiks der Schaden ist, der dem Unternehmer durch die allgemeine Lähmung der Produktion erwächst, liegt es ganz klar auf der Hand, daß in einem ohnehin defizitären Unternehmen dieses Machtelement abgeschwächt wird oder ganz entfällt. Die Arbeiter des Unternehmens Jornal do Comercio“ wissen genau, daß dieses defizitär ist. Aus einer ökonomischen Perspektive läßt daher der Streik in diesem Fall den Unternehmer kalt, der sich ganz nach Belieben auf eine Position der Unnachgiebigkeit zurückziehen kann, ohne daß ihm ein wirtschaftlicher Schaden entsteht.“ Darauf aufbauend wird dann folgerichtig geschlos-

sen und damit der imperialistischen Quina-Gruppe befindet, in den Streik getreten. Sie verlangten die gleichen Löhne und Gehälter wie ihre Kollegen vom „Diário Popular“, das demselben Konzern gehört, seitdem sich gegen die drohende Entlassung von Kollegen nach der beschleunigten Rationalisierung durch Umstellung auf Offsetdruck zur Wehr und forderten die Abberufung des faschistischen Direktors der Zeitung, Carlos Machado, unter dessen Leitung das „Jornal do Comercio“, wie es in einer Mitteilung der Arbeiter heißt, „zu einem Organ der extremen Rechten geworden ist, einem Organ, das die Positionen des großen Monopolkapitals und der Reaktion vertritt, die sich in großem Maßstab bewaffnet und organisiert“ („Diário de Lisboa“, 26.8.).

Mit der Fortdauer des Streiks zeigten sich die Konzernvertreter zunehmend gereizt, über einige ökonomische Forderungen der Arbeiter mit sich reden zu lassen, lehnten aber die Abberufung des Faschisten Machado kategorisch ab – mit der Begründung, dies schaffe einen Präzedenzfall für weitere Unternehmen der Quina-Gruppe („Diário de Notícias“, 2.9.).

Die Arbeiter des „Jornal do Comercio“ unternahmen auf zwei Ebenen Anstrengungen, die ihnen durch Presse- und Streikgesetzgebung erlebte Isolation von der Bevölkerung zu überwinden: Zum einen organisierten sie Versammlungen mit Delegierten anderer Lissaboner Betriebe der Quina-Gruppe, um die Kämpfe der Arbeiter des gesamten Konzerns zusammenzufassen; zum anderen planten sie die Herausgabe einer Streikzeitung, die in der Stadt vertrieben werden sollte. Daraufhin riefen Militär- und Polizeieinheiten alle Zufahrtsstraßen zum Verlagsgebäude ab; als die Zeitung dennoch erschienen war und mit Hilfe von streikenden Arbeitern anderer Betriebe verkauft wurde, besetzten die Truppe das Verlagsgebäude und verriegelten es (vergl. AK 49, S.9).

Am 3. September wurde auf Gewerkschaftsversammlungen der Journalisten, Druckereiarbeiter und Zeitungsverkäufer für den folgenden Tag zu einem 24stündigen Solidaritätsstreik mit den Arbeitern des „Jornal do Comercio“ aufgerufen, der von allen Tageszeitungen in Lissabon und Porto mit Ausnahme von „O Século“ befolgt wurde („O Século“ ist eine Zeitung des Brito-Konzerns, der seine Druckmaschinen auch dem „Avante!“ dem Zentralorgan der revisionistischen PCP, zur Verfügung stellt). Das Verlagsgebäude des „Século“ wurde „unter Polizeischutz gestellt“, um eine störungsfreie Auslieferung der Zeitungen zu gewährleisten; nachdem sich aber bereits Gruppen zur Verhandlung

Portugal nach dem gescheiterten Putschversuch der Rechten: Faschisten nach wie vor eine ernstzunehmende Gefahr!

Unmittelbar nach dem Militärputsch vom 25. April hatten es die portugiesischen Faschisten zunächst für ratsam befunden, vorübergehend unterzutau- chen oder zumindest in der Öffentlichkeit nichts von sich verlauten zu lassen. Das Ziel der Junta war, den „Umgestaltungsprozess“ von der Caetano-Diktatur zu einer parlamentarischen Demokratie nach westeuropäischem Vorbild von oben zu steuern und zu kontrollieren. Es sollte unter allen Umständen vermieden werden, daß das Volk und insbesondere die Arbeiterklasse in diesen Prozeß eingreift und aktiv den antifaschistischen Kampf führt. Deshalb kündigten Sprecher der „Bewegung der Streitkräfte und der Provisorischen Regierung“ – um zum Schein auf die in den Kämpfen der Arbeiter- klasse immer wiederkehrenden Forderungen einzugehen – zwar ein umfassendes „amnestio“ (Sanierung = Entfremdung der Faschisten) in allen Bereichen an, doch ein energisches Vorgehen gegen die Faschisten fand nicht statt.

Die wegen ihrer barbarischen Fol- termethoden berühmte Geheim- polizei Pide (vom Caetano-Regime in „Generalinspektion für Sicherheit“ umgetauft) wurde zwar aufgelöst und rund 1.000 ihrer Mitglieder verhaftet, während mindestens ebenso viele im Lande untertauchen oder sich nach Spanien bzw. in die Kolonien abset- zen konnten; bislang wurde jedoch kein Pide-Mitglied abgeurteilt, und die Pide-Archive über Regimegegner wurden vom Militär nicht etwa ver- nichtet, sondern „an einen sicheren Ort gebracht“.

Die paramilitärische Kampforgani- sation „Legião Portuguesa“ (Por- tugals Legion) wurde zwar aufgelöst, sowie einige ihrer Exponenten vorüber- wegend festgenommen, doch wur- den nur in bescheidenem Ausmaß Waffenlager dieser gut ausgerüsteten Einheit ausgehoben.

Weitere Stützen der faschistischen Macht wie die Polizeitruppe PSP und die „Guarda Nacional Republi- cana“ blieben nach dem Militärputsch so gut wie unangestastet.

Die faschistische Einheitspartei A.N.P. (Acção Nacional Popular) wurde zwar aufgelöst, doch nur we- nige ihrer führenden Mitglieder – und selbst die nur vorübergehend – ent- setzt. So konnten der frühere Staats- präsident Tomás und Ministerpräsi- dent Caetano ungehindert nach Bra- silien ausreisen; Ex-Verteidigungs- minister Silva Cunha und Ex-Innen- minister Moreira Baptista wurden freigelassen; und der frühere Erziehungs- minister Velha Simão wurde sogar zum UNO-Botschafter ernannt.

ischen Forderungen von Opportuni- stischen zusammenbrechen, welche sich als Vertreter des ehrlichen Arbeiters ausgeben, der sich zugunsten von skrupellosen Menschen hintergehen läßt.“ („Jornal do Comércio“, 28.5. 74).

Bei einem Besuch in Brasilien ver- sicherte derselbe Galvão de Melo wenig später dem brasilianischen Außen- minister, der Militärputsch vom 25. April habe vieles mit der brasiliani- schen faschistischen „Revolution“ von 1964 gemeinsam. In einem In- terview mit dem Faschistenblatt „Tempo Novo“ erklärte Galvão de Melo schließlich, das Schlimme an der Pide sei gewesen, „... daß sie die Befugnis zur Untersuchung, Verhaf- tung, Verurteilung und zum Straf- zug auf sich vereint hat“, und fügte hinzu: „Es ist viel schlimmer, gar kei- nen Geheimdienst zu haben, als über einen solchen zu verfügen wie den, der jetzt verschwunden ist.“ („A Verda- de“, 3.9.74).

„Fortgeschrittliche“, „soziale“ und „demokratische“ Faschisten

Mit diskreter Förderung wurde so unter der Hand die Formierung der Reaktion betrieben, die sich zunächst in zahlreichen Splittergruppen zusam- menschoß, wobei sie bezeichnender- weise nicht auf fortschrittliche Be- nennung wie „social“, „democrati- co“, oder „popular“ verzichteten mochte. Noch im Mai wurden faschistische Organisationen wie der „Partido Liberal“, der „Parti- do do Progresso“, „Movimento Fede- ralista Português“ und der „Partido Trabalhista Democrático Português“ gegründet, die sich im August zur „Frente Democrática Unida“ (F.D.U. – Vereinigte Demokratische Front) zu- sammenschlossen. Dieser Zusammen- schluß war u.a. das Ergebnis erster

Die in der F.D.U. zusammenge- faßten Organisationen haben ganz offensichtlich in den industrialisier- ten Distrikten Portugals, wo ihre Veranstaltungen auch von organisier- ten Arbeitern unter die Lupe genom- men werden können, nur wenig zu melden und sind daher bestrebt, vor allem in den ländlichen Bezirken massiv Propaganda zu betreiben, um sich hier eine günstige Basis und Ausgangsposition zu schaffen.

Dabei hat sich bezeichnenderweise gezeigt, daß sie im Alentejo über- haupt keine Erfolge verzeichnen konnten; in dieser vom Latifundien- system beherrschten Region hat ihnen die überwältigende Mehrheit der Land- bevölkerung (Landarbeiter, Klein- pächter und Kleinbauern) eine ein-

Bündnis mit der in der Regierungs- koalition vertretenen rechten P.P.D. orientiert. Der C.D.S. versucht sich das Etikett einer „hochachtbaren“ Gruppierung der rechten Mitte („cen- tro-direita“) zu erwerben. Er verfügt über gute Beziehungen zu den Kon- servativen in Großbritannien und Frankreich. Dazwischen unternimmt er verstärkte Anstrengungen, die von den Arbeitern und Journalisten der Tagespresse Lissabons und Portos ar- richtete Blockade der Pamphlete und Kommunikas der Reaktionen zu durchbrechen, die dazu geführt hat, daß der größte Teil der portugiesi- schen Presse die Reaktionen boy- kottiert. Lediglich „A Capital“ und die Zeitungen der Quina-Gruppe („Jornal do Comércio“, „Diário Po-



25. April: PIDE-Agenten werden von Marine-Soldaten ins Militärgefängnis abgeführt

deutige Abfuhr erteilt. Anders hin- gegen sieht es im Norden Portugals, in der Region Trás-os-Montes, aus, wo sich der „Partido Liberal“ – die einzige der in der F.D.U. vereinigten Gruppen, die überhaupt in nennens- wertem Umfang parteipolitische Ak- tivitäten entfaltet – mit gewissen Er- folgen eine soziale Basis zu schaffen versucht. Diese Region ist vom Mini- fundiensystem geprägt, bei dem Ein- zelbauern winzige Parzellen zumeist als Eigentümer bewirtschaften, und weist mit die höchsten Emigrations- quoten Portugals auf; auch können die Faschisten hier auf massive kleri- kale Unterstützung rechnen.

Eine der wichtigsten reaktionären Organisationen ist der „Partido do Centro Democrático Social“ (C.D.S.), der von den bekannten Faschisten

pular“ und „Comércio do Porto“), druckten bisher reaktionäre Porpa- ganda ab. Um der daraus folgenden Beschränkung auf die Provinzpresse, die allerdings mehrheitlich der reakti- onären Propaganda breiten Raum widmet, und die offenen faschistische Presse (vor allem „Tempo Novo“ und „Bandarra“), die allerdings in verhältnismäßig geringen Auflagen er- scheinen) zu entgehen, plant der C.D.S. die Herausgabe einer eigenen Tageszeitung, die sich als „unab- hängiges und konservatives“ Blatt die „FAZ“ zum Vorbild nehmen soll und als deren Direktoren Personen fungieren, die bei anderen Lissaboner Tageszeitungen dem „amnestio“ zum Opfer fielen. (nach „República“, 14.9.74)

Von der konterrevolutionären Einzelaktion zum Putschversuch

Parallel zum legalen Wiederauf- bau faschistischer Organisationen ent-

wickelte sich in den vergangenen Monaten eine Eskalation offener fa- schistischer Provokationen:

- so meuterten am 12. August die in einem Lissaboner Gefängnis ein- sitzenden PIDE-Mitglieder und zogen sich erst wieder in ihre Zellen zu- rück, nachdem ihre Delegation vom Juntageneral Galvão de Melo zu ei- ner Unterredung empfangen worden war (über die offiziell nichts ver- öffentlicht wurde); eine Protestde- monstration der Bevölkerung vor dem Gefängnis wurde von der Polizei niedergedrückt;
- in Trás-os-Montes organisierten re- aktionäre Organisationen und Kleri- ker gemeinsam massive Sabotage- aktivitäten gegen die Alphabetisie- rungskampagnen, wobei teilweise sich zur Wehr setzende Antifaschisten von faschistischen Pfaffen mit Pistolen bedroht wurden;
- am 24. August wurde in Lavra (Metosinhos) ein Bombenanschlag auf eine lokale C.D.E.-Versammlung verübt, bei dem zwei Teilnehmer verletzt wurden;
- am 8. September wurden in Vila Nova de Caele (Algarve) anti- faschistische Plakatkleber von Reskio- nären mit Pistolen beschossen;
- am 20. September sorgten Mit- glieder der „Associação dos Ex- presos Políticos Antifascistas“ (A.E. P.P.A. – Vereinigung der ehemaligen antifaschistischen politischen Gefan- genen) dafür, daß in Porto das Ge- pack heimkehrender Familienangehö- riger von in Mocimboa stationier- ten PIDE-Mitgliedern kontrolliert wurde – zum Vorschein kamen di- verse Gewehre und Pistolen samt da- zugehöriger Munition.

Dem raschen Aufbau ihrer poli- tischen Organisationen und Schlüger- truppen entsprechend glaubte die Re- aktion schon im Juli ausreichend ge- rüstet zu sein, um einen „konstitu- tionellen Putsch“ zu versuchen; da- bei bediente sie sich des Staats- präsidenten Spínola und des Minister- präsidenten da Palma Carlos und wur- de offensichtlich zumindest von Teil- en der mitregierenden P.P.D. (so vor allem von der Gallionsfigur des frühe- ren „liberalen Flügels“ der faschisti-

Forts. Portugal

nen, daß „Solidaritätsstreiks mit fal- schen Streiks ausruhen einem Irrtum einen weiteren hinzufügen bedeutet“ („A Capital“, 5.9.).

Die Druckerzelle der PCP wirft den Arbeitern des „Jornal do Comércio“ vor, eine „nebensächliche und un- realistische Forderung“ – die Abberufung des Faschisten Machado nämlich – zum Hauptpunkt ihres Streiks erhoben zu haben. Daraus folgt dann natürlich auch die Ab- lehnung des Solidaritätsstreiks, wo- bei der Kampf der Arbeiter des „Jornal do Comércio“ zu allem Über- fluß noch als gegen das Volk gerich- tet deklariert wird: „Ein einfach vor- stelliges Vorgehen der Kollegen dieses Unternehmens entwickelt sich so zu einem nationalen Problem, das we- sentliche Aspekte, wie das Recht des Volkes auf Information, auf Bündis zwischen der demokratischen Volks- bewegung und der Bewegung der Streitkräfte und damit auch den ge- genwärtigen Demokratisierungsprozeß überhaupt einschließt.“ („A Capital“, 5.9.).

Mit diesen eindeutigen Stellung- nahmen haben sich die Revisionisten klar entlarvt und unmißverständlich gezeigt, daß sie die ihnen von der Bourgeoisie zugewiesene Rolle akzeptiert haben: Durch den Aufbau re- formistischer Gewerkschaften und die Verhinderung von Streiks jenes „wahre Klima demokratischer Or- dnung und sozialen Friedens“ (Mini- sterpräsident Gonçalves) in der Ar- beiterklasse durchzusetzen, dessen die portugiesischen Kapitalisten bei ih- ren Vorbereitungen auf den Eintritt in die IG dringend bedürfen.

Die exemplarische Bedeutung ihres Streiks ist auch den Arbeitern des „Jornal do Comércio“ deutlich geworden, die im Verlauf der Aus- einandersetzung ein wesentlich klare- res Bewußtsein von den Voraus- setzungen ihres Kampfes gewonnen haben. Am 12. September gaben sie eine Broschüre mit dem Titel „Der Streik beim Jornal do Comércio“ heraus, deren Erlös jeweils zur Hil- fe für die Streikkasse und zur Ent- schädigung der vom Solidaritätsstreik

der Tagespresse betroffenen Zeitungs- jungen bestimmt war (der gesamte Text liegt uns noch nicht im Wort- laut vor). Im Vorwort dieser Bro- schüre heißt es, daß der Streik zu- nächst als bloße Auseinandersetzung zwischen den 305 Beschäftigten des Unternehmens und den Eigentümern bzw. Verwaltern begann. Weiter schreiben die Arbeiter des „Jornal do Comércio“: „Nach dem 24-stün- digen Solidaritätsstreik fast der gesamten Tagespresse; nach der Unter- stützung durch andere Betriebe der Borges-Gruppe, die sich in moralis- cher, materieller und politischer Hilfe ausdrückte, und durch Tausen- de anderer Arbeiter; nachdem sich unser politisches Bewußtsein und unsere Beharrlichkeit in der Praxis erwiesen haben; nach all dem hat der Streik der Arbeiter des Jornal do Comércio vor aller Augen seine wah- re Bedeutung und Tragweite enthüllt: Letztlich handelt es sich um einen Kampf aller revolutionären Arbeiter gegen alle Reaktionen, seien es nun die Kapitalisten selber oder auch Verwalter und Parteibürokraten.“

Und die Arbeiter des „Jornal do Comércio“ ziehen einen klaren Trennungsschritt zwischen den beiden Lagern: „Im Verlauf dieser Bewegung haben sich zwei mehr oder weniger deutlich verschiedene Kräfte gebildet: Auf der einen Seite die Borges-Gruppe, Institutionen der Regierung (namentlich das Arbeitsministerium) und politische Parteien (namentlich die Kommunistische Partei Portugals); auf der anderen Seite die Arbeiter des Jornal do Comércio und andere Arbeiter, die autonom für die Ver- weigerung ihres Lebens kämpfen“ („Diário de Notícias“, 13.9.).

Als nächsten Schritt riefen die Arbeiter wenige Tage später die strei- kenden Arbeiter anderer Betriebe dazu auf, jeweils drei Delegierte zu einer Versammlung zu entsenden, auf der eine gemeinsame Strategie beraten werden sollte. Der Streik beim „Jornal do Comércio“ dauert immer noch an.

Spanien/Portugal-Kommission
K.B./Gruppe Hamburg



Soldaten des COPCON vertreiben die faschistische Polizeitruppe PSP aus der Lissabener Fernschreibstation und halten sie bezwungen.

Verlautbarungen über die Zulassungs- kriterien für Parteien nach dem neuen Wahlgesetz; eine zur Kandidatur be- rechtigte Partei soll demnach min- destens 15.000 eingeschriebene Mit- glieder nachweisen müssen. In der Gründungserklärung verweisen die fun- damentierenden faschistischen Gruppen zugleich auf die erwünschte Integra- tion aller Parteien, „die in Portugal eine nicht marxistisch inspirierte De- mokratie aufbauen wollen.“ („Diário de Notícias“, 31.8.74)

Freitas do Amaral – von Spínola in den 21-köpfigen Staatsrat berufen – und von Amaro de Costa gesteuert wird und finanziell so hervorragend gepolstert ist, daß er groß angelegte Publizitätskampagnen im nationalen Rahmen durchführen kann. Nach „Expresso“ umfaßt der C.D.S. einen harten Kern aus altgedienten Mit- gliedern der aufgelösten faschisti- schen Einheitspartei, der ein Bündnis mit P.D.U. anvisiert, und einen „zentristischen“ Flügel, der auf ein



Demokratische Soldaten in den ersten Reihen einer antifaschistischen Massendemonstration in Lissabon, zwei Tage vor dem geplanten Aufmarsch der Rechten

Fortis, Portugal

schen Partei, Sô Carneiro) unterstützt. Spínola sollte mit vorgezogenen Präsidentenwahlen, bei denen er seine ganze Autorität als „führende Persönlichkeit bei der Ablösung des Faschismus“ in die Waagschale hätte werfen können, zum Staatspräsidenten mit länger Amtszeit gewählt werden, während da Palma Carlos die Vollmacht erhalten sollte, ein Kabinett nach eigenen Vorstellungen zu bilden. Wie seine Regierung hätte aussehen sollen, erwies sich, nachdem der allzu dilettantisch angelegte und zu offensichtliche Putschversuch schon am Widerspruch der „Bewegung der Streitkräfte“ gescheitert war und da Palma Carlos zurücktreten mußte: unmittelbar darauf gründete er das „Partido Social Democrata Português“ (P.S.D.P.), eine „zentristische“ Organisation, aus der er bald wieder austrat, weil seine Bundesgenossen nicht bereit waren, sich auf eine offene enge Zusammenarbeit mit dem „Partido Liberal“ und ähnlichen Gruppierungen einzulassen.

(Nach „Tempo Novo“, 9.8.) Nach diesem faschistischen Blatt lehnte da Palma Carlos den folgenden Programmpunkt seiner Partei als zu radikal ab: „Verwirklichung des Sozialismus auf demokratischem, nicht-marxistischem Wege unter Zurückweisung aller Formen der Aktion, die zum Totalitarismus, Zentralismus oder Staatsburekratismus führen können.“ Da Palma Carlos hat inzwischen den „Partido Social Democrata Independente“ (P.S.D.I.) gegründet, der im Umfeld der in der P.D.U. zusammengefaßten Gruppen operiert.)

Zum offenen Angriff gingen die Reaktionen Ende September über, nachdem Spínola am 10.9. die „schweigende Mehrheit“ des Landes nachdrücklich aufgefordert hatte, sich gegen „jeglichen Totalitarismus“ zur Wehr zu setzen.

In diesem Zusammenhang ist auch die annähernd zeitgleiche Gründung eines „Partido Nacionalista Português“ (P.N.P.) in Porto zu sehen, der sich in aller Offenheit an ehemalige Mitglieder der „Legião Portuguesa“ und Teilnehmer am Kongreß der „Liga dos Combatentes“ von 1973 wandte, um unter dem Deckmantel einer Sammlungsbewegung die offiziell verbotene faschistische Organisation wiederaufzubauen (bei der „Liga dos Combatentes“ handelt es sich um einen Veteranenbund, der bei seinem Kongreß 1973 in Porto

die Kolonialpolitik Caetanos von rechts kritisiert hatte). In ihren Verlautbarungen rief die Gruppe dazu auf, „den durch den 25. April unterbrochenen Kampf wieder aufzunehmen“ und „zum Aufbau eines plurikontinentalen und multinationalen Portugal beizutragen“, womit sie sich als einzige reaktionäre Organisation offen gegen die Bewegung der Streitkräfte wandte. Dieses Auftreten des P.N.P. erleichterte es der Provisorischen Regierung, ein Verbot dieser Organisation auszusprechen und damit den Eindruck zu erwecken, als ginge sie energisch gegen die Faschisten vor. („República“, 14.9., 16.9. und 18.9.)

Im September also entfaltete die Reaktion eine breit angelegte Kampagne in nationalem Rahmen, mit der sie die „schweigende Mehrheit“ unter der Parole „Ja zu Spínola, Nein zu den Extremisten!“ zu einer „Sympathie- und Unterstützungskundgebung“ für den Staatspräsidenten aufrief, die am 28. September in Lissabon stattfinden sollte. Anonyme Flugblätter mit dem Aufruf zur Kundgebung wurden von Flugzeugen abgeworfen und massenhaft von Kleberkolonnen angebracht, zu deren „Schutz“ bewaffnete Faschisten in schweren Limousinen vorführten; Gegenkassen der Bevölkerung wurden vielfach von der Polizeitruppe PSP verhindert. Die Flugblätter waren in der Lissaboner Druckerei „Liggráfica“ hergestellt worden, die sich im Besitz des Faschisten Brás Monteiro befindet, der zugleich an der Herausgabe des faschistischen Blattes „Bandarra“ beteiligt war und für einen Direktorenposten bei dem „unabhängigen und konservativen“, „FAZ“-ähnlichen Blatt des C.D.S. vorgesehen ist. Des weiteren war an der Durchführung der Publizitätskampagne die Firma Emino-C. Santos beteiligt, deren Teilhaber der führende

Präsident der faschistischen Kampforganisation „Legião Portuguesa“, Henrique Teixeira, ist.

Natürlich konnten die Reaktionen nicht erwarten, daß ausgerechnet die Arbeiter Lissabons und des südlich des Tejo gelegenen Industriegebietes in Scharen zu ihrer „machtvollen Kundgebung der schweigenden Mehrheit“ herbeiströmen würden, mehr revolutionäre Organisationen eine umfangreiche Agitation zur Aufklärung der Bevölkerung über die wahren Hintergründe der scheinbar harmlosen „Sympathiekundgebung“ entfalteten. Die Reformisten (P.S.P.) und Revisionisten (P.C.P. und M.D.P.)

wiesen zwar ebenfalls ausführlich auf die Gefährlichkeit der geplanten Veranstaltung hin, konzentrierten sich jedoch im Verein mit der bürgerlichen Tagespresse darauf, von der Regierung ein Verbot der Veranstaltung zu verlangen, anstatt die Massen zu ihrer Verhinderung zu mobilisieren. Jedenfalls sah sich die Reaktion gezwungen, die Darsteller der „schweigenden Mehrheit“ aus entferntesten Landesteilen heranzukarren; zu diesem Zwecke wurden Bauern aus Trás-os-Montes Freifahrtscheine für die Fahrt nach Lissabon in die Hand gedrückt mit der Auflage, sich als Jubeltruppe an der Kundgebung zu beteiligen.

Zwei Tage vor dem angesetzten Termin fand dann die Generalprobe

statt; die „Liga dos Combatentes“ hatte zu einer Stierkampferveranstaltung in Lissabon geladen, an der als illustre Gäste Spínola, Ministerpräsident Gonçalves, Verteidigungsminister Miguel und Juntageneral Galvão de Melo teilnahmen. Dabei wurde in Anwesenheit des mit Beifallstürmen bedachten Spínola der Aufruf zur reaktionären Kundgebung verlesen, während Gonçalves ausgebuht und niedergeschrien wurde. Noch während der Veranstaltung begann vor den Toren der Stierkampfarena vom Campo Pequeno eine antifaschistische Gegendemonstration. Im Anschluß an die Stierkampfveranstaltung kam es dann zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und antifaschistischen De-

monstranten, die die ganze Nacht andauerten. Während Spínola, Gonçalves und Miguel aus unterschiedlichen Gründen die Veranstaltung vorzeitig verließen, identifizierte sich Galvão de Melo durch geduldiges Ausharren mit ihren Organisatoren. Derselbe Galvão de Melo gab wenig später eine Erklärung ab, in der er ausdrücklich die Zulassung der reaktionären Kundgebung verlangte.

Gegen die faschistischen Umtriebe helfen nur bewaffnete Arbeitermilizen

In richtiger Einschätzung der Absichten der Faschisten errichteten revolutionäre Arbeiter Barrikaden an den Ausfallstraßen von Lissabon, das selbst geschah in Porto, Coimbra und Setúbal, wo die bewaffneten Volkskräfte wie in Lissabon dem Ansturm der faschistischen Polizeitruppe PSP widerstanden, die die Barrikaden räumen wollte. Während bewaffnete Arbeiter bei Faschisten unzählige Waffen beschlagnahmten, ging die Bevölkerung massenhaft auf die Straße und rief die Gewerkschaften der Eisenbahner und der Bus- und Lkw-Fahrer ihre Mitglieder zum Boykott der von den Faschisten bestellten Sonderfahrten auf. In der Nacht vom 27. auf den 28. September bemächtigten sich dann die Reaktionen der Nachrichtenmedien: während Informationsminister Sanches Osório für den Samstag des Erscheinens von Tageszeitungen unterlagte, besetzten faschistische Einheiten von GNR und PSP die Rundfunkstationen. Erst nachdem sich der demokratische Flügel innerhalb der Bewegung der Streitkräfte durchgesetzt hatte, gingen Truppen der Kommandoeinheit COPCON (Comando Operacional do Continente) gemeinsam mit den Arbeitern gegen die Faschisten vor, besetzten ihrerseits die Rundfunksender und verhafteten zahlreiche Faschisten. Die Kundgebung wurde verboten.

Unter den Verhafteten sind zahlreiche Prominente der faschistischen Szene anzurechnen; so

- Franco Nogueira, Außenminister unter Salazar und Caetano;
- Moreira Baptista, Staatssekretär für Information und danach Innenminister der Caetano-Regierung;
- Elmano Alves, Vorsitzender der faschistischen Einheitspartei A.N.P.;
- General Kaula de Atriaga, früherer Oberbefehlshaber der Truppen in

Portugal:

Zusammenarbeit von faschistischen Terrororganisationen und Geheimdienst

Der ARBEITERKAMPF Nr. 49 berichtete über das Aufdecken der internationalen faschistischen Zentrale „Aginter“, die ihren Sitz in Portugal hatte. „Aginter“ war als Nachrichtenagentur getarnt, dahinter steckte die faschistische Organisation „Ordnung und Tradition“. „Arbeitsfeld“ waren Anwerbung von Soldnern für den Kolonialkrieg in afrikanischen Staaten, Mord, Spionage usw. — eine Zentrale zur Unterstützung neokolonialistischer und faschistischer Politik.

An die portugiesischen Faschisten von „Ordnung und Tradition“ sind auch spanische Faschisten, die „Freunde Europas“ (CEDACE) und das auch in Portugal vertretene „Iberische Kreuz“ angeschlossen. Letztere wiederum sind verbunden mit den spanischen Terrororganisationen „Partisanen Christi“ und „Fuerza Nueva“, die von dem Madrider Notar Blas Pinar geführt wird.

Die „Aginter“ hat, wie wir berichteten, weitverbreitete internationale Verbindungen gehabt. Diese reichten bis zur italienischen Terrorgruppe „ordine nero“ („Schwarze Ordnung“), die für verschiedene Mord- und Terror-Anschläge in Italien verantwortlich ist.

Der „Vorwärts“ berichtete in seiner Ausgabe vom 3.10., daß der

Kern der „Aginter“, die Faschistengruppe „Ordnung und Tradition“, auf Betreiben der (maximale aufgebauten) portugiesischen Geheimpolizei PIDE gegründet worden ist!!!

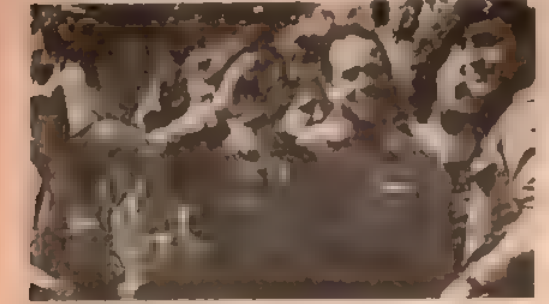
Bedenkt man den speziellen Auftrag der „Aginter“-Zentrale zur Unterstützung insbesondere der portugiesischen Kolonialpolitik, ist mit dem Aufdecken der „Aginter“ was über das portugiesische KP zu gerechnet wird, ein Stich in ein Westnest getan. Es liegt im Interesse der fortschrittlichen Kräfte in Portugal, diese Verbindungen zwischen faschistischen Mordnetzen, Geheimdienst, Staatsapparat ... aufzudecken und die Forderung nach Säuberung des Staatsapparates von allen faschistischen Elementen zu verwirklichen.

„Aginter“ & Co. haben sich inzwischen nach Spanien verzogen, um auf bessere Zeiten zu warten („Vorwärts“, 3.10.). Es heißt, daß über 30.000 (!) ehemalige Soldaten aus Algerien in Alicante (Süd-Spanien) sich zusammengedrängt haben. Darunter sind auch ehemalige Agenten der PIDE. Der Chef der „Aginter“, Yves Guérin-Séraz, soll sich nach seiner Flucht aus Portugal ebenfalls in Alicante aufgehalten haben.

Bezirkskzelle St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

Forto, Portugal

- Mocambique und Hauptwortführer des faschistischen KKK in Caslano,
- Salva Cunha, Kriegsmilitär unter Caslano,
- Manuel Múrias, Herausgeber der faschistischen Zeitschrift „Bandarra“ die nach den Ereignissen vom 26. September verboten wurde,
- Bris Monteiro, Besitzer der Druckerei „Ligérica“, in der die Aufrufe für die reaktionäre Kundgebung gedruckt wurden,
- João Morais Zito, Waffenhändler,
- Botelho Moniz, Kriegsmilitär unter Salazar,
- Almeida Araújo, Generaldirektor des „Partido Liberal“.



Soldaten und antisemitische Volksmilizien übernehmen am 26. September gemeinsam die Kontrolle der wichtigsten Städte in Portugal

Des weiteren wurden u.a. je ein Mitglied der Familien Champalnaud (zweitgrößter Konzern des Landes), Caslano und Jardim (Industrieller aus Mocambique, der den portugiesischen Putsch verurteilt und die Räumung gefordert hatte) verhaftet. Außerdem laufen gegen eine Reihe flüchtiger Faschistenführer Haftbefehle.

Aus den Funden, die das COPCON bei Hausdurchsuchungen nach dem 26. September zutage förderte, kamen auch weitere Einzelheiten der geplanten Aktionen rekonstruiert. So wurde in den Geschäftsräumen eines dubiosen Unternehmens der „SINASF - Sociedade de Investigação Aplicada ao Serviço das Empresas“ (Gesellschaft für angewandte Forschung im Dienste des Unternehmens), die gleichzeitig als Hauptgeschäftsstelle des „Partido Liberal“ diente, ein minutiöser Aufbauplan für einen Rechtsblock vorgefunden, der unter der Bezeichnung „Aliança para o Programa Social“ (Allianz für den sozialen Fortschritt) gebildet werden sollte. Dieser Organisation sollte neben den in der F.D.U. zusammengefassten Parteien, dem C.D.S. und einigen kleineren Rechtsextremgruppen auch der P.P.D. angehören. Der P.P.D. (Partido Popular Democrático) gehört der jetzigen Regierungskoalition an. Seine füh-

geleitet werden sollte die geplante „Allianz“ von den Herren Deslandes (früherer Generalstabschef), de Palma Carlos und Azevedo Pereira (Vorsitzender des „Fundo do Gufbenkian“ Staatsrat (1964)). In den Parteilokalen des reaktionären „Partido do Progresso“ wurden weitere wichtige Unterlagen gefunden. Diese Partei hatte bereits ein genaues Archiv über Angehörige demokratischer und kommunistischer Organisationen, Gewerkschaftsführer und Mitglieder der „Bewegung der Streitkräfte“ angelegt und Umfragen von gefährlichen Flüchtlingen und Brochüren demokratischer und kommunistischer Organisationen gelagert. Daneben wurde eine Aufstellung über Waffen gefunden, die die Partei an derweitig gelagert oder schon verteilt

hatte. Dabei handelte es sich u.a. um 200 Maschinenpistolen, 100 Maschinengewehre, 2.000 G3-Gewehre, 50 Granatwerfer, 50 Mörser, entsprechende Munition und Handgranaten, die Fertigung von Molotow-Cocktails war offenbar in den Parteilokalen selbst vorgesehen worden.

Nach dem verbotenen Rechtsputsch mußten mehrere Mitglieder der Junta und der Provisorischen Regierung zurücktreten, so Verteidigungsminister Fernando Miguel einer der engsten Mitarbeiter von Spínola als dieser noch Gouverneur von Guinea war. Informationsminister Sanches Osório und natürlich Spínola selber.

Zu den gefeuerten Mitgliedern der „Junta“ gehörte vor allem auch Galvão de Melo, der unter Militärschutz aus dem Sheraton-Hotel (ITT), in dem ebenfalls Waffen gefunden worden waren, entflohen wurde. Vor dem Hotel hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die mit dem Ruf „Galvão 21 prision!“ (Galvão ins Gefängnis!) seine Festnahme forderte, nachdem zu allem Überflus bekannt geworden war, daß auf seinem Landgut 60.000 Waffen verschiedener Art gelagert sein sollten („Republica“, 30.9).

Kennzeichnend für das schwanken der Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Bewegung der Streitkräfte ist es jedoch, daß Spínola Gelegenheit erhebt, im Fernsehen eine Abschiedsrede zu halten, in der er ein baldiges wirtschaftliches Chaos prophezeit und beklagt, „daß im Schatten des Programms der Bewegung der Streitkräfte nicht mehr und nicht weniger als ein Sturm auf die Produktionsmittel stattfindet.“ („Republica“, 30.9.74).

Spanien/Portugal Kommission, KB-Gruppe Hamburg



nach „Revolution!“, 4.10.74

Die PFLP stellt Mitarbeit in der Führung der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ ein

Die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) gab Ende September bekannt, daß sie ihre Mitarbeit im Exekutivkomitee, dem führenden Gremium der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), dem Zusammenschluß aller palästinensischen Widerstandsorganisationen, vorläufig einstellen wird. Zwei weitere Organisationen - die an der irakischen Befreiungspartei orientierte Arabische Befreiungsfrente und die sogenannte PFLP-Generalkommando - könnten diesem beitreten.

Wie die PFLP erklärte, wird sie weiterhin im palästinensischen „Nationalkongress“, innerhalb der PLO und in den Volkskomitees in den Lagern der Palästinenser mitarbeiten.

Die Widersprüche der PFLP zu den herrschenden Kräften in der PLO-Führung (Al Fatah, unterstützt von der Demokratischen Volksfront, FPDP) liegen vor allem in den Fragen einer möglichen Teilnahme der PLO an der Genfer Nahostkonferenz, der möglichen Schaffung eines „palästinensischen Staates“ im Gazastreifen und Westjordanland (gegenwärtig von Israel besetzt) sowie die Frage von Kontakten zu den USA und zum jordanischen Regime.

Fatah und FPDP haben sich für eine Teilnahme an der Genfer Nahostkonferenz ausgesprochen, sofern die PLO dort als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt wird. Sie sind bereit, auf einen Teil Palästinas (Gaza und Westjordan) einen „palästinensischen Staat“ zu errichten - als Schritt zur vollständigen Befreiung Palästinas, wie vor allem die FPDP behauptet. Sie sind ferner bereit, auch mit dem jordanischen Regime zusammenzuarbeiten, falls dieses die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennt. Die PFLP behauptet ferner, daß es bereits Kontakte zwischen US-Regierung und PLO-Führung gebe. Dies wird z.B. vom PLO-Vorsitzenden Arafat (Al Fatah) abgestritten, der aber gleichzeitig erklärt, die PLO-Führung habe „das Recht, jegliche Kontakte wahrzunehmen, die sie für die Interessen der Palästinenser für nützlich hält“ (Interview in „Spiegel“ 4/1974).

Die PFLP spricht sich gegen eine Teilnahme an der Genfer Konferenz aus, da diese auf der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates und damit auf der Anerkennung der Existenz Israels in geicherten Grenzen“ beruht. Eine Teilnahme an der Genfer Konferenz bedeute also die Anerkennung Israels. Die PFLP sagte, daß der von den herrschenden Kräften der PLO befürwortete (und von der Sowjetunion unterstützte) „Palästinenserstaat“ (Gaza und Westjordan), falls er zustande käme, ein ökonomisch und politisch vom Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion abhängiges Gebilde wäre.

Die PFLP sagt, daß diese „Politische Lösung“ bedeuten würde, daß man um Tausch gegen die „Anerkennung Israels“ einen palästinensischen „Mini-Staat“ erhalten würde der keine wirkliche Unabhängigkeit hätte. Die PFLP beschuldigt insbesondere die ägyptische Regierung, vor dem US-Imperialismus zu kapitulieren und eine solche „Politische Lösung“ zu fordern, wobei sie von den herrschenden Kräften der PLO-Führung unterstützt wird. (vgl. zu dieser Auseinandersetzung den Artikel „Zwei Linien im palästinensischen Widerstand in DIE INTERNATIONALE Nr. 3; der vollständige Text des Pressekommunikates der PFLP zur Einstellung ihrer Mitarbeit im Exekutivkomitee der PLO wird voraussichtlich in DIE INTERNATIONALE Nr. 8 abgedruckt werden).

Diese Widersprüche im palästinensischen Widerstand, das zum Teil sogar gewaltsamen Ausdruck finden (so gab es bewaffnete Kämpfe zwischen Mitgliedern der FPDP und der PFLP-Generalkommando im Südlibanon) entwickeln sich in einer Situation allseitiger Zuspitzung der Widersprüche im Nahen Osten.

Mitte August führte Israel die größte „probenweise“ Reservistenmobilisierung seit dem Oktoberkrieg letzten Jahres durch. Schon Anfang August waren israelische Truppenkonzentrationen auf der Sinai-Halbinsel gemeldet worden. Im September fanden mehrere große Manöver auf den von Israel seit 1967 besetzten Golan-Höhen statt. Das jüdische Neujahrsfest (Mitte September) wurde mit einem Großalarm verbunden. Die Israelis wurden aufgefordert, bewaffnet in die Synagogen zu gehen.

Israelische „Vergeltungsangriffe“ (Bombardierungen) auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon wurden im September fast täglich geflogen. Die israelische Regierung gab auch offen zu, daß israelische Einheiten schon seit längerem regelmäßig Vorstöße auf libanesisches Gebiet unternahmen. Die libanesischen Regierung hat ihrerseits Mitte September das öffentliche Waffentragen verboten, was sich vor allem gegen die Widerstandskämpfer richtet. Außerdem hat die PLO-Führung, wie Arafat im erwähnten „Spiegel“-Interview sagte - die Einstellung aller Aktionen gegen Israel aus dem Südlibanon unterzogen, „um den Israelis keinen Vorwand zu liefern für Attacken auf unbewaffnete Zivilisten und Flüchtlingslager im Libanon“ (Arafat). Auf Israels Regierung scheint dies allerdings - wie die gesteigerte Terroraktivität Israels gegen den Libanon zu Lande und aus der Luft zeigt - bisher den gewünschten Effekt nicht gehabt zu haben.

Mit dem Gedanken an eine gleichberechtigte Teilnahme der PLO an der Genfer Nahostkonferenz und an



Habisch (PFLP)

einen „palästinensischen Staat“ im Gazastreifen und auf dem „Westbank“ - der vor allem von der Sowjetunion befürwortet wurde und zu dem sich die USA zunächst zweideutig verhalten - hat Erwartungen und Hoffnungen in Teilen des palästinensischen Widerstands geweckt. Tatsächlich läßt sich keine israelische Regierung denken, die einem unabhängigen palästinensischen Staat in Gaza und auf den „Westbanks“ zustimmen würde. Was die USA angeht, so haben diese anscheinend teilweise gegenüber den herrschenden Kräften der PLO taktisch und illusionen zugelassen, während sie inzwischen bemüht sind, die Genfer Konferenz endgültig scheitern zu lassen, um die Frage einer Teilnahme der PLO an dieser Konferenz vom Tisch zu bringen.

Dies legt den Schluß nahe, daß die Frage der Teilnahme der PLO an der Genfer Konferenz und die Frage des „Palästinenserstaates“ vom Imperialismus dazu benutzt wurden, um die Organisationen des palästinensischen Widerstands zu spalten, opportunistische Kräfte zu stärken, ein trügerisches Klima von „politischer Lösung“ zu schaffen. In Wahrheit aber Anfristung und Kriegsvorbereitungen des Zionismus voranzutreiben und dem alten Plan der Vernichtung der palästinensischen Revolutionen näher zu kommen.



Arafat (Fatah), bei Tschon En-Iel

Carlos Altamirano, Führer der Sozialistischen Partei Chiles, zum Tod von Miguel Enriquez

Der Sekretär der chilenischen Sozialistischen Partei, Altamirano, gab zum Tod von Miguel Enriquez eine Erklärung ab, die wir hier nach einem etwas gekürzten Text in der italienischen kommunistischen Tageszeitung „Lotta Continua“ vom 9. Oktober wiedergeben.

Wir meinen, daß diese Erklärung nicht nur den toten Führer des MIR ehrt, sondern zugleich ihren Verfasser, der hier als Beispiel sozialistischer Solidarität auch über scharfe politische Meinungsverschiedenheiten hinweg geht.

„Miguel Enriquez fiel im Kampf. Sein Name steht jetzt unter die großen revolutionären Persönlichkeiten Amerikas.“

Seit mehr als zehn Jahren hatte er die Führung der „Bewegung der Revolutionären Linken“ während der großen Periode der Regierung der Unidad Popular nach der von Miguel Enriquez geführte MIR eine kritische, aber konstruktive Haltung gegenüber der einstigen Regierungsführung ein, deren Führer Allende

Nach dem Staatsstreich hielten Miguel Enriquez und seine Genossen mit großer Festigkeit die Fahne des revolutionären Kampfes gegen den Faschismus hoch. In den ersten Monaten nach dem Putsch, die die härtesten und schwersten waren, haben wir seine unerschütterliche Solidarität

erfahren - in einer Situation, wo sich eigene Sicherheit überhaupt nicht garantieren war.

Nur haben Meinungsverschiedenheiten zu der Taktik, die das Handeln des MIR bestimmte und bestimmt. Unsere Meinungsverschiedenheiten waren und bleiben tief, aber das hat uns nie gehindert, die tiefe Ehrlichkeit seines obersten Führers, seine klare Intelligenz, seinen revolutionären Willen, seinen außerordentlichen Wert und seine Fähigkeit anzuerkennen. Deshalb ist dies nicht bloß ein formaler Nachruf auf einen neuen Märtyrer des revolutionären Kampfes der Völker.

Als Partei haben wir stets die Notwendigkeit betont, den Dialog mit dem MIR aufrecht zu halten. Wir waren entschlossen dagegen, eine Mauer zwischen Unidad Popular und MIR zu errichten, oder - was noch schlimmer gewesen wäre - eine nicht rückgängig zu machende Situation zu schaffen, die zu einem Zusammenstoß hätte führen können zwischen der revolutionären Volksregierung Salvador Allende's und einem Sektor der Linken, der - wenn er auch klein ist - im Kampf unseres Volkes für den Sozialismus von Bedeutung war und ist.

Mit noch mehr Recht haben wir nach dem Putsch die unabdingbare Notwendigkeit betont, die Einheit der politischen Kräfte aufrecht zu erhal-

ten, die den Sieg von 1970 ermöglicht hatten - unter Einschuß des MIR. Es wird dieses Bündnis marxistischer, christlicher und sozialdemokratischer Kräfte sein, das den Kampf gegen den Faschismus mit einer klaren antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Perspektive führen wird. (...)

Die Schlacht geht weiter. Das ist nicht unser Krieg allein. Das ist ein Krieg aller Völker. Die weltweite Krise des Kapitalismus Mißt mit größter Gewalt die Kräfte der Reaktion und des politischen Rückschritts (autoritarismus) hervorgerufen. Ford und Kissinger beanspruchen das Recht, in den abhängigen Ländern zur Verteidigung ihrer machtpolitischen Interessen zu intervenieren, gewiß bezieht sich diese Doktrin nicht nur auf uns Chilenen.

Die internationale Reaktion, die multinationalen Konzerne, spielen die letzte Karte aus, die das Faschismus. Die Menschheit hat jedoch diese Erfahrung schon gemacht und wird sich ihr zweifelslos nicht leicht noch einmal unterwerfen. (...) In Chile wie im Rest der Welt wird das barbarische, verbrochenste und blutige Gesicht der Pinochet weggejagt werden von dem jugendlichen, heldenhaften, mutigen und revolutionären Geist jener wie Miguel Enriquez.

Die chilenische Sozialistische Partei, der Miguel Enriquez - als Freund als Kampfgenosse, als tapferen Kämpfer des Widerstands, als höchsten Führer des MIR, als unerschütterlichen Revolutionär.

CARLOS ALTAMIRANO
Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles
6. Oktober 1974

Spanien

Reaktion schlägt wild um sich — Streikbewegung wächst

Vertreter der Arbeiterkommissionen haben geäußert, daß ausländische Firmen in Spanien öfter die Polizei auf „ihre“ Arbeiter hetzen als sogar die spanischen Kapitalisten. Ein ehmalsiges Beispiel gab hier der Direktor der Bosch-Filiale in Madrid, Bünchelberger. Auf die Forderungen der Arbeiter reagierte er zunächst gar nicht, inhierte Verhandlungen ab. Dann ordnete er „Knüttel frei“ für die Polizei, als sich 300 Bosch-Arbeiter in einer Kirche nahe Madrid befanden, um über weitere Streikmaßnahmen zu beraten.

Mehrere hundert Arbeiter wurden aus ihren Wohnungen heraus verhaftet. Sie wurden Bünchelberger vor, daß er die gefährlichsten Politischen Polizei (Brigada Político Social) die Adressen aller Arbeiter gegeben habe.

Auch an den Arbeitsplätzen erschienen diese Bullen, um die Arbeiter einzuschüchtern und einzelne mitzunehmen. Inzwischen sollen zehn Arbeiter im Gefängnis sitzen, 28 wurden von diesem feinen Drecktor entlassen. Zu den gegen ihn geäußerten Anwürfen hatte dieser wüthige Vertreter des westdeutschen Kapitals nur zu sagen: „Als meine Vermittlungsversuche (sprich Erpressungsversuche) scheiterten, habe ich die in Spanien üblichen Maßnahmen getroffen.“ (DfL, Südb. Zeitung, 11.10.74)

Die Bosch-Arbeiter haben beschlossen, nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, als bis die 28 Kollegen wieder eingestellt sind und über ihre Forderungen verhandelt wird. Inzwischen wird zur Unterstützung ihres Streiks von Kollegen in anderen Betrieben und von fortschrittlichen Priestern in den Kirchen Geld für die Familienangehörigen gesammelt.

Nachdem auch einige Monate lang die demokratische und sozialistische Opposition Spaniens relativ unbehelligt von „Polizoiden“ versammelt konnte, hat die faschistische Polizei im September wieder zweimal hart zugeschlagen. Im Zusammenhang mit einem Bombenanschlag im Café Rolando in Madrid, der von der Polizei der baskischen ETA zugeschrieben wird, wurden sieben bekannte Persönlichkeiten der demokratischen Opposition verhaftet. Eine der Verhafteten, Eva Sastre, Frau des liberalen Schriftstellers Alfonso Sastre, wird sogar mit der Todesstrafe bedroht.

Am 10. September wurde die gesamte „Demokratische Versammlung Kataloniens“ hochgenommen. Die meisten wurden nach wenigen Tagen wieder freigelassen, einige mit hohen Geldstrafen belegt, andere weiter inhaftiert. Für die Freilassung aus dieser Antifaschisten-Konferenz in Barcelona 2.000 Menschen.

Das wieder härtere Vorgehen des spanischen Staates gegen alle Reaktionen der Opposition steht im Zusammenhang mit dem stärkeren Vordringen des ultrarechten Flügels der

stetiams soll allein um 16,6% steigen, um der „wachsenden Subversion“ Herr zu werden (Nach „Süddeutsche Zeitung“, 11.10.74)

Bereits stehen wieder etwa 10.000 Arbeiter im Streik.

Im zweitgrößten Automobilwerk Spaniens, den Fasa-Renault-Werken in Valladolid, kam am Anfang Oktober zum Streik mehrere tausend Arbeiter, weil die Geschäftsführung einen „Betriebsratsplan“ einführen wollte, der eine noch schärfere Ausbeutung vorsah. Die Forderungen der Arbeiter waren: gegen höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und mehr Urlaub. Da die Geschäftsleitung sich weigerte, wurde hauptsächlich zu verhandeln, machten die Renault-Arbeiter eine große Protestdemonstration durch Valladolid. Da bei wurden sie von starken Polizeieinheiten angegriffen, es kam zu regelrechten Straßenschlächereien, bei denen sich die Bevölkerung von Valladolid mit den Arbeitern solidarisierte. Die faschistische Polizei schloß in die Demonstration, ein Arbeiter wurde getötet.

Die Renault-Kapitalisten sperrten danach alle 13.600 Arbeiter einfach aus. Aus allen Teilen Spaniens wurden Polizeikräfte zusammengezogen, um weitere Demonstrationen im Kern zu zerschlagen. Viele Arbeiter wurden festgenommen.

Bei Hispano-Olivetti in Barcelona traten 3.000 Arbeiter in den Streik, um die Wahl eines Betriebsrates in offener Versammlung durchzusetzen. Bisher werden die Betriebsräte geheim gewählt, wobei die Wahlergebnisse behobig verfälscht werden.

Bei der General Electrica Española in Bilbao streikten 2.200 Arbeiter. Sie wurden ausgespart.

Im spanischen Zweigwerk von Bosch in Madrid wird seit Ende September gestreikt. Am 6.10. versammelten sich etwa 500 Bosch-Arbeiter zusammen mit Vertretern der spanischen Opposition (aus Rechtsanwältin, Priester und andere Intellektuelle) in einer Kirche in einem Madrid Vorort, um über die Fortsetzung ihres Streiks zu sprechen. Sie wurden dort von den Bullen überfallen und vorübergehend alle festgenommen und verhört.

Die Bosch-Arbeiter fordern 5.000

Pesceten mehr im Monat (etwa 200 Mark). Im Augenblick verdienen sie ganze 11.000 Pesetas (etwa 500 Mark). Außerdem verlangen sie die 40-Stunden-Woche und 30 Tage Jahresurlaub (nach „Süddeutsche Zeitung“, 11.10.74). Die Forderung von 200 Mark wird derzeit einheitlich von vielen Betrieben gestellt. (Zu den besonderen Schikanen gegenüber den Bosch-Arbeitern hat die westdeutsche Unternehmensführung siehe Kasten).

Am 6.10. wurden 47 Mitglieder der Comisiones, bzw. angebliche Mitglieder der spanischen KP verhaftet, als sie sich in der Nähe von Barcelona trafen. Auch vier anwesende Arbeiter von Fiat Turin wurden mitverhaftet. Sie wollten offenbar über Streikaufrufen im Gebiet von Barcelona beraten. Aus Protest gegen diese Festnahmen legten 4.000 Arbeiter von Seat Madrid die Arbeit nieder.

Spanien/Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU-Gelder für Chile-Putsch

Anfang September war bekannt geworden, daß der Chef des US-Geheimdienstes CIA William Colby schon im Frühjahr vor einem US-Sensationsauschuss erklärt hatte, daß ein Teil der CIA-Gelder zur Finanzierung des faschistischen Staatsstreichs gegen Allende über die christdemokratischen Parteien in Europa nach Chile geflossen ist.

Inzwischen sind die Behauptungen Colbys durch eine Sendung der niederländischen Rundfunkanstalt

Schweizerpartei unter Lica der damals gegen Allende die Präsidentschaftswahl gewann. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang westdeutsche Organisationen im Ausland, die unter dem Deckmantel „kultureller Zusammenarbeit“ oder „Förderung staatsbürgerlicher Bildung“ auf die politische Entwicklung der jeweiligen Länder Einfluß nehmen sollen. Dazu zählen z.B. die westdeutsche „Guthe Institute“, die Friedrich Ebert Stiftung (der SPD) und die Konrad Adenauer Stiftung der CDU/CSU, die mit Vorliebe nach richtungsrichtiger Tätigkeit angesiedelt sind und, wie vom inzwischen aufgelösten „Oslobo“ der SPD bekannt, auch direkte Währungsleistungen, solange sich der westdeutsche Imperialismus noch kein so wirksames Instrument wie den US-Kapitalismus kann.

Bezeichnenderweise hielt sich der CDU-Abgeordnete Heinrich Gwandt Vorsitzender der reaktionären „Konrad-Adenauer-Stiftung“, denn auch mehrmals vor und nach dem Putsch in Chile auf, wobei er auch mit Pinochet zusammentraf. Anschließend reichte er die Massaker an der chilenischen Arbeiterklasse als einen „erforderlichen Akt der Notwehr“ Gwandt ist gleichzeitig Präsidiums-Mitglied eines „Deutsch-chilenischen Freundeskreises“, ebenso sein Gesinnungsfreund Freiherr von Kühlmann-Stumm, ein Rechtsbeug, der anlässlich des Mißtrauensvotums gegen Brandt aus der FDP Bundestagsfraktion ausgetreten ist und der in Chile über 3.600 ha Großgrundbesitz verfügt. (Diese Fläche entspricht der Ausdehnung einer Stadt von knapp 100.000 Einwohnern!)



Prats mußte starben, weil er zuviel wußte

„Prats“ vor einigen Wochen besteuert worden, und zwar aus ebenso befehlendem Munde. Denn die Sendung stütze sich auf eine Reihe von Interviews und Korrespondenzen der „Vara“-Redakteurin Marlene Simons mit dem im argentinischen Exil lebenden früheren Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte, General Carlos Prats, der Ende September in Buenos Aires ermordet wurde. Danach beschuldigte Prats die CDU/CSU und ihre italienische Schwesterpartei DC (Democrazia Cristiana) der direkten Beteiligung an der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur. Beide Parteien hätten vor dem Putsch am 11. September neue Geldsummen zur Finanzierung der Umsturzpläne nach Chile geschmuggelt.

Damit ist nochmals von offizieller Seite bestätigt worden, daß der westdeutsche Imperialismus — wenn auch noch verdeckter — sich ebenso wie der US-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einmischt und an reaktionären Plänen beteiligt war. So finanzierte die CDU/CSU — bzw. die hinter ihr stehenden BRD-Imperialisten — in Chile schon 1964 einen großen Teil des Wahlkampfes ihrer chilenischen

Vor den Interviews hatte Prats die niederländische Journalistin verpflichtet, die von ihm berichteten Tatsachen erst nach seinem Tode zu veröffentlichen, da sonst sein Leben in Gefahr sei. Denn Prats, der von Allende zum Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte ernannt worden war und als Vertreter des Landes galt, hatte viele Beziehungen zur Christdemokratie wie abgeborchen und war eventuell sogar in Putschpläne eingeweiht, da er wenige Wochen vor dem Putsch unvermehrt als Oberbefehlshaber zurücktrat und damit Pinochet schon unter Allende den Weg bahnte.

So konnte Prats auch nach dem Putsch unbehelligt das Land verlassen und in Argentinien um politischen Asyl nachsuchen. Die Vermutung liegt daher nahe, daß Prats beseitigt werden sollte, weil er zu viel über die Staatsstreich-Pläne wußte und darüber zu berichten begonnen hätte. Schon wenige Tage nach den Gesprächen mit der niederländischen Journalistin explodierte eine Plastikbombe, als er und seine Frau ihr Auto besteigen wollten. Beide waren auf der Stelle tot.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

— Gefängnisaufstände in Nordirland

„Schuß mit der Internierung“ u.s.

Den Reportern liefen sie zu, sie wollten mit Vertretern der provisional und official Sinn Féin sowie der UDA und der Protestant Union Volunteer Force sprechen und ihren Aufenthalt erst dann abbrechen, wenn die Regierung den Vertretern der genannten Organisationen zugesichert hätte, daß die rebellierenden Männer in Long Kesh keinerlei Repressionen ausgesetzt seien. Als ein Armees-Hubschrauber über das Gefängnis flog, sammelten sich Frauen aus der Umgebung des Gefängnisses und riefen republikanische Parolen.

Die Gefängnisaufstände waren das Signal für eilig organisierte Solidaritätsdemonstrationen in allen katholischen Landesteilen (besonders in Belfast, Derry, Strabane, Newry und Lurgan). In vielen Orten wurden Autos, Lastwagen und Busse angezündet und andere Barrikaden errichtet. In Belfast kam es zu Kämpfen zwischen republikanisch eingestellten Menschenmengen und der britischen Armee. In New Lodge und der Falls Road wurden Barrikaden aufgebaut. 100 Männer und Jugendliche, teilweise bewaffnet, demonstrierten auf der Falls Road. Einige hundert Meter vom Stadtzentrum entfernt eröffnete die britische Armee das Feuer mit Gasbomben und Gummiprojektilen.

(Das sind die von der bürgerlichen Presse erwähnten Waffen, es ist jedoch mehr als unwahrscheinlich, daß die Armee nicht bei solchen Anlässen die Gelegenheit nutzt, die Schnellfeuerwaffe, mit denen jeder Soldat bewaffnet ist und mit denen sie gezogen und entzündet — Patrouillen gehen, einzusetzen.)

Es gelang der Armee, die Menge aufzulösen, einige Soldaten wurden jedoch durch Schüsse und Steinwürfe verletzt. Von mehreren Seiten versuchten republikanische Demonstranten in das Stadtzentrum zu kommen. Trauben versammelten sich vor einem großen Kinotheater und wollten wissen, wie viele Gefangene aus Long Kesh sich dem belandenden Armeelager und Soldaten. Es kam zu einem handgemein, wobei die britischen Soldaten beschuldigt wurden, die Gefangenen zu verprügeln.

Mehrere hundert wurden durch Arbeitsgruppen zu einer Solidaritätsdemonstration auf die Straße

die in der Nähe vorbeiführt. Die britischen Soldaten griffen mit Kampfgas und Gummiprojektilen (10 bis 15 cm lange Geschosse aus Hartgummi, die zu schweren Prellungen, bei Schüssen ins Gesicht oft auch zur Erblindung führen) an. Hubschrauber mit Scheinwerfern flogen über das brennende KZ. Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Revolte ließ die Armee Kampfgas in riesigen Mengen im KZ selbst ausströmen. Der Umkreis des KZ's war auch am nächsten Tag noch abgesperrt, und es kam zu heftigen Kämpfen zwischen Solidaritätsdemonstranten und Angehörigen der Häftlinge auf der einen und britischer Armee und nordirischer Polizei auf der anderen Seite.

Vom KZ wurde ein ganzer Block mit Gefängniszellen, 70 der 130 Holzbaracken sowie das Krankenhaus und die erst kürzlich angeblich für 50.000 Pfund gebaute Kantine zerstört. 15 Gefängniswärter, 16 britische Soldaten und neun Gefangene wurden verletzt. (Das sind die offiziell zugegebenen Zahlen, in den katholischen Vierteln war jedoch immer wieder von Toten unter den Gefangenen die Rede.)

Wie in Belfast blockierten auch in Derry Demonstranten die Straßen und hielten den Verkehr an Geschäften und Fabriken schlossen mittags niemand arbeitete.

Zwei Autobarrikaden und lange Reihen von Demonstranten blockierten in Newry die Hauptstraße nach Dublin. In Lurgan sammelten sich die rekrutierte Frauen von einer Polizeistation, in Strabane wurde eine große Brücke blockiert. Bereits am 17.10. meldete die bürgerliche Presse die erfolgreiche Niederschlagung der Revolten. Voll Freude konnte die Regierung ankündigen: „Die Gefangenen werden in der Zwischenzeit die notwendige Nahrungstransporte erhalten müssen, die der Zerstörung ihrer eigenen Unterkünfte folgen könnte.“ (Daily Telegraph, 17.10.)

Die britische Armee wird um weitere 15.000 Soldaten auf nunmehr über 15.000 verstärkt.

Der Kampf der „Internierten“ hat jedoch der Arbeiterklasse in ganz Irland und der Welt erneut gezeigt, daß das irische Volk müde gegen die imperialistische Unterdrückung kämpft.

Gesamtd der Bezirksorganisation
Hamburg Wilhelmshagen
KB/Gruppe Hamburg

Erklärung von Edgardo Enriquez zum Tod seines Bruders, Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR

Die Arbeiterklasse, die Unterdrückten in Chile und die Militanten des MIR haben Trauer, sie haben aber auch eine Kriegserfahrung gegen die Diktatur gewonnen.

Der Generalsekretär des MIR, der Genosse Miguel Enriquez, ist im Kampf gefallen, nachdem er zwei Stunden lang mit einer Maschinenpistole in der Hand seinen Feinden Widerstand geleistet hat.

An seiner Seite stand seine Generalin Carmen Castillo, im 7. Monat schwanger, die verwundet und durch die Diktatur verhaftet worden ist.

Mit dem Tod von Miguel Enriquez verlor die Arbeiterklasse Chile den mutigsten und unermüdlichsten Organisator des Widerstands gegen die Diktatur. Der MIR verlor seinen Generalsekretär, seinen Gründer und unbestrittenen Führer.

Aber Miguel Enriquez hinterließ ein Beispiel des Kampfes und eine Partei, die ihn überleben und die der Alptraum von Pinochet und seinen Schergen sein wird. Das Werk des Generalsekretärs des MIR geht mit seinem Tod nicht zu Ende. Der MIR geht aus dieser schwierigen Prüfung gestärkt und höher hervor, entschlossen, seinen einzigen Rückwärtsschritt im Kampf gegen die Diktatur zu dulden.

Ein anderes Mitglied der politischen Kommission des MIR hat das Gewehr des Generalsekretärs und sein

Führung der Partei übernommen. Die Partei von Miguel Enriquez verfügt über Männer, die ihm nachfolgen und die seinem Beispiel und seinem Gedächtnis treu sein werden.

Der heldenhafte Tod von Miguel Enriquez gibt dem außergewöhnlichen Werk dieses Menschen, der knapp dreißig Jahre alt war, als er starb, eine noch größere Tragweite. Er wird als ein Beispiel des Widerstands gegen die Diktatur in der Geschichte der Arbeiter und Bauern Chiles eingetragen.

Vom Staatsstreich bis zu seinem Tod ist Miguel Enriquez an der Führung seiner Partei geblieben. Am Tag des Militärputsches hat er persönlich bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Schergen teilgenommen. Er hat dann die illegale Reorganisation der Partei geführt und hat unermüdlich für die Einheit der chilenischen Linken gekämpft. Miguel und die gesamte Politische Kommission waren und sind davon überzeugt, daß die Partieführung in Chile sein muß. Der MIR wird die Prinzipien des gefallenen Generalsekretärs und sein

kämpferisches und einheitsvolles Vermächtnis anwenden.

Miguel Enriquez ist als ein konsequenter Revolutionär gefallen.

Er schloß mit seiner Maschinenpistole gegen die Schergen. Er kannte die Schwäche nicht und verzichtete nicht. Keiner hat das Recht zu weinen. Sein Name steht jetzt an der Spitze der Namen des Che und anderer Revolutionäre Lateinamerikas, die im Kampf für die Sache der Benutzten gefallen sind, für die Arbeiter und Bauern Revolution.

Wir rufen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Welt dazu auf, eine breite Solidaritätskampagne mit seiner Gefährtin, Carmen Castillo, zu entfachen, um zu verhindern, daß sie durch Pinochet und seine Schergen gefoltert oder ermordet wird.

RUHM UND KIRKE DEM GERALTENEN GENERALSEKRETÄR MIGUEL ENRIQUEZ!
WIR WERDEN AUS DEM NAMN MIGUEL ENRIQUEZ DIE KRIEGSFAHNE DER UNTERDRÜCKTEN MACHEN!
DER MIR WIRD SICH NICHT ERGEBEN!

DAS GEWEHR DES IM KAMPE GEFALLENEN GENERALSEKRETÄRS IST IN NEUEN HÄNDEN, DER WIDERSTAND DES VOLKS WIRD SIEGER!
ES LIEBE DIE ARBEITER UND BAUERN-REVOLUTION VON CHILE!

Edgardo Enriquez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR Peru 7.10.74

Übermittelt am „Revolution“ Nr. 66 vom 11.10.74

Rationalisierung in der Uhrenindustrie

ein Leserbrief

Der Artikel „Entlassungen in der Uhrenindustrie“ im ARBEITERKAMPF Nr. 48 beschäftigte sich mit der Lage in der Metallindustrie (insbesondere der Uhrenindustrie in Wittenberg, Schwenningen und Pforzheim).

Auch in Pforzheim spielt die Uhrenindustrie eine wichtige Rolle. Zwei Drittel der Industriebetriebe gehören zur Gruppe Schmuckwarenindustrie und Feinmechanik (besonders Uhrenindustrie), etwa 70 % der Beschäftigten aller Industriebetriebe und in diesen Branchen beschäftigt. In Pforzheim handelt es sich um wesentlichen um kleine Betriebe. Nur zehn Betriebe haben mehr als 500 Beschäftigte, etwa 500 Betriebe haben weniger als 50, über 300 weniger als zehn Beschäftigte.

In den vergangenen Monaten und zwei Fälle von Werkschließungen publik geworden.

1) 120 Arbeiter und 40 Angestellte der Zifferblätterfabrik Weber & Baral standen am 14.11.73 vor verschlossenen Werkstürzen. Die Firmenleitung hatte ohne jede Ankündigung am Abend zuvor Konkurs angemeldet. Ein Gesellschafter der Firma nannte drei Gründe, die zum Konkurs geführt haben sollen:

- 1) habe es im Frühjahr '73 eine 15-prozentige Erhöhung der Personallisten gegeben, die nicht auf die Preise abzuwälzen gewesen seien;
- 2) sei auch auf der Materialseite eine hohe Preissteigerung eingetreten;
- 3) hätte die stark angezogene Zinsbelastung die Ertragslage des Betriebes zusätzlich verschlechtert.

Diese Behauptungen konnten nur die Absicht verfolgen, vom verantwortlichen Verhalten der Firmenleitung abzulenken. Entgegen den vorliegenden Berechnungen der Unter-

nehmer, der Betrieb sei gesund, stellte die Verwaltungsjahre Pforzheim der IG Metall nach dem Konkurs fest, dass er sich „die finanzielle Decke dieses Betriebes schon lange recht dünn war“ und zweitens von einer Lohn- und Gehaltssteigerung um 15 %, „weder in diesem noch in einem der zurückliegenden Jahre“ die Rede sein konnte.

Dieser Fall zeigt deutlich, wie Kapitalisten mit ihren Arbeitern und Angestellten umgehen, wenn es für ihre Interessen nützlich erscheint. Die Firma Weber & Baral mischte einige wesentliche Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes. Das Gesetz schreibt vor, daß über Personalplanung langfristige zu verhandeln und bei Einschränkungen und Stillelegungen der Betriebsrat vorher zu informieren sei. Außerdem muß der Arbeitgeber in solchen Fällen mit dem Betriebsrat einen Sozialplan aushandeln. Daneben ist laut Kündigungsschutzgesetz eine rechtzeitige Anzeige von Massenentlassungen vorgeschrieben.

2) Die Pforzheimer Firma Rodt & Wenzelberger AG ist einer der bekanntesten Hersteller von Schmuck- und Uhrengehäusen in der BRD. Sie legte zum 31.5.74 ihr Zweigwerk in Bruchsal still, das überwiegend Uhrarmbänder herstellte. Im Zweigwerk waren früher 600 Mitarbeiter beschäftigt. Durch Rationalisierung wurde die Beschäftigtenzahl auf 163 abgebaut. Einführen aus Niedrigpreisländern und steigende Kosten zwangen laut Geschäftsleitung zu weiterer Rationalisierung durch Zentralisierung und damit verbundene Einsparung von Personal. Fast alle weiblichen Beschäftigten hatten auch nach der Schließung noch keine neue Arbeit gefunden. 50 von ihnen reisten Anfang Juni an und demonstrierten vor dem Pforzheimer Werk. Die Firma hatte ihnen bis zu diesem Termin weder den Lohn für den Monat Mai noch die im Sozialplan vereinbarte Abfindung gezahlt. Die Frauen ließen sich auch nicht durch das Angebot des Betriebsrates, gemeinsam ein „Viertel“ Wein zu trinken, von ihren Forderungen nach sofortiger Auszahlung des Lohns und der Abfindung abbringen. Sie lehnten ab und verlangten stattdessen die Erstattung ihrer Fahrtkosten.

Solche Entlassungen bringen zahlreiche Schwierigkeiten für die betroffenen Arbeiter mit sich. Besonders für angelernte Kräfte ist die Chance, eine neue Arbeitsstelle zu finden sehr gering. Ein Ausweichen in verwandte Berufe ist nicht immer möglich. Wie hier kann man auch an weiteren Beispielen zeigen, daß oft in ländliche Gebiete ausgelagerte Fabriken der Konzentration zum Opfer fallen. Die Leidtragenden sind die Lohnabhängigen. Keine noch so schöne Abfindung kann einen neuen Arbeitsplatz ersetzen.

Aus Äußerungen des Rates des Uhrenindustrieverbandes Pforzheim kann geschlossen werden, daß in der ortsnahen Uhrenindustrie in Zukunft mit weiterer Kurzarbeit gerechnet werden muß. Aufgrund des Auftragsrückgangs bis vor den Ferien habe man allgemein ein relativ bedrückendes Geschäftsbild erwartet. Die Situation habe sich Anfang August insofern gewandelt, als die erwarteten Anschlufträge nicht in dem Maße eingegangen seien, wie dies erhofft wurde. Vorliegende Produktionszahlen weisen bei Kleinrührern für das 1. Vierteljahr '74 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ein Minus von 9,4 % aus. Nach Aussage des Rates ist die bisherige relativ günstige Beschäftigungslage in dieser Branche darauf zurückzuführen, daß viele Firmen in der Hoffnung auf das bald einsetzende Weihnachtsgeschäft Uhren und Uhrwerke auf Lager montieren. Der Rat des Uhrenindustrieverbandes wies ausdrücklich auf die Notwendigkeit hin, Kurzarbeit einzuführen, und forderte die Pforzheimer Firmen auf, daraus endlich auch die praktischen Konsequenzen zu ziehen.

Mitglieder der Lehrlingsgruppe des RBJ Pforzheim

Polizeiübung auf dem Gelände der HSW (Hamburger Stahlwerke)

Ende August wurde bei HSW auf dem Werksgelände eine Polizeiebung abgehalten. Diese Übung begann am 27. 8. 74. Vier Tage lang kontrollierte die Polizei mit mehreren Patrouillen Tag und Nacht auf dem Werksgelände. In den Autos der Polizei lagen Maschinenpistolen bereit. Einige Kollegen mußten auf dem Parkplatz unter Polizeikontrolle den Kofferraum ihres Autos öffnen und durchsuchen lassen.

Der Werksschutz war in diese Aktion voll mit einbezogen worden. Am Werkstos wurden die Ausweise und zum ersten Mal auch die Taschen der Kollegen schärfstens kontrolliert. Dunkle Teile des Werksgeländes wurden mit extra aufgestellten Tiefstrahlern taghell ausgeleuchtet.

Arbeit unter Polizeibewachung? Eine Kaserne errichtet?

Noch nicht! Was war geschehen?

Wenige Tage zuvor soll bei der (ebenfalls wie HSW) zum Korf-Konzern gehörenden Firma Mohr und Federhaff in Mannheim ein Bombenanschlag auf das Werk verübt worden sein.

Nach den Feststellungen der Polizei ist lediglich bekannt, daß es eine Explosion auf dem Werksgelände gegeben hat. Für ein Attentat gibt es keine Beweise. Die Polizei stellt jedoch in der von ihr bekannten Weise eine Verbindung her zu einem „Anschlag“, der in Frankfurt auf ein israelisches Verkehrsbüro verübt worden sei. Auch andere Korf-Betriebe sollen von Anschlägen bedroht sein.

Die HSW-Geschäftsleitung setzte diese angebliche Bombendrohung

blitzschnell in direkte Maßnahmen gegen die Arbeiter um. Die Polizei wurde auf dem Werksgelände gehalten und sollte sich vier Tage lang den Betrieb genau anschauen. Der Werksschutz, der bislang nicht offen seine Aufgabe als Einsatztruppe gegen die Belegschaft zeigen konnte, trat in Aktion. Von den Kollegen wurde verlangt, daß sie unaufgefordert ihren Ausweis zeigten, daß die Taschen der Kollegen zu kontrollieren. Das Recht, die Kontrolle seiner Tasche zu verweigern, wurde bei HSW einfach aufgehoben!

Keine Sicherheit für die Kollegen III

In einem Aushang für die Belegschaft bemühte sich die Geschäftsleitung darum, „Verständnis“ bei den Kollegen für die scharfen Kontrollen zu wecken. Dabei ging es darum, die Notwendigkeit der Überwachung durch recht schwachhaft zu machen, daß die „Sicherheit“ ja allen diene. Die Arbeiter sollten ihren Beitrag zur Beizugung leisten, indem sie „auffällige Vorkommnisse“ sofort an den nächsten Vorgesetzten weitermelden. „Verdächtige“ Telefonanrufe sollten ebenfalls sofort weitergemeldet werden.

Die HSW-Kapitalisten haben nicht nur ein kurzfristiges Interesse an der Beibehaltung der verschärften Kontrolle und der Aufmerksamkeit der Kollegen für „besonders Ereignisse“. Die entsprechenden Anordnungen sollen „bis auf weiteres“ bestehen bleiben.

KB/Gruppe Hamburg

Hell, Kiel.

Technischer Fortschritt – für wen?

Rationalisierung war von den HSW-Kapitalisten (zu 60 % bei Siemens) als Investitionsschwerpunkt für 1974 angekündigt worden. Bis heute hat die Geschäftsleitung erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt.

- ein Zielsetzungsband ist eingeführt worden, das eine voll durchgeführte Fertigung, Steuerung der Produktion nach Dringlichkeit und eine fast perfekte Koordination der Arbeitsgänge ermöglicht;
- für die Vorfertigung wurden mehrere vollautomatische Maschinen angeschafft, jede der Olivetti-Maschinen erledigt über 30 Arbeitsgänge;
- wo die Möglichkeit der Vollautomatisierung nicht in dem Maße besteht, d.h. im wesentlichen um elektronischen und elektronischen Bereich, rationalisieren die Kapitalisten durch weitere Zerlegung einzelner Arbeitsprozesse, so wird ehemalige Facharbeit jetzt von un- oder ungelernten Arbeitern gemacht.

kurze Arbeitspause auf und ermöglichen die totale Kontrolle über den Kollegen.

- bei der neuen Schleifmaschine besteht die ganze Arbeit aus stupidem Knöpfen drücken;
- bei der neuen Fräsmaschine wurde den Kollegen von Meister Rosenkranz angekündigt, entweder sie akzeptieren die Lohnkürzungen um eine Mark – weil nun ja kein Akkord mehr gemacht wird – oder sie fliegen raus;
- durch die vollautomatischen Maschinen wird eine ganze Reihe von Facharbeitern ersetzt, sie werden in fremde Abteilungen versetzt und niedriger eingestuft. Bei weiteren Anschaffungen von Vollautomaten und völliger Durchrationalisierung wird die Geschäftsleitung wahrscheinlich Entlassungen größeren Ausmaßes planen;
- Weniger Lohn und schlechtere Arbeit – das bekommen die Facharbeiter auch zu spüren, wenn Fachar-

dermaßen auf den Punkt bringen

- verschärfte Arbeitsetze
- die Arbeit wird immer stumpfender und nervenbelastender, immer erniedrigender
- Lohnkürzungen
- Entlassungen

Mit den Rationalisierungsmaßnahmen gehen verstärkte Ausparungsmaßnahmen der Geschäftsleitung.

Neuerdings gibt es scharfe Kontrollen und Ermahnungen, wenn jemand schon vor Fäulnisbeginn zum Handwischen geht oder schon zwei Minuten vorm Klingelzeichen an der Stempelhöhle steht. Auch bei der Arbeit werden die Kollegen von Meistern und Abteilungsleitern mitrüber bewacht, z.B. ob sie während der Arbeitszeit vom Arbeitsplatz entfernen, öfter miteinander reden oder Alkohol trinken. Die frustrierten Entlassungen wegen Alkohols oder Mitgehenlassens von Ausschub u.ä. haben zugenommen.

Auch nach kurz nacheinander drei offensichtlichen politischen Entlassungen von „KPD ML“ern – die sich sämtlich in bekannter Weise hinterher zu ihrer Organisation „bekannt“ – durchgeführt worden, wegen

- nicht rechtzeitigen Abgebens einer Krankmeldung (obwohl die Betroffenen nachweisen konnten, daß sie die Verpflung nicht verschuldet hatten)

- Bezeichnung eines Meisters als Spitzel der Geschäftsleitung

„... parteipolitischer Betätigung durch Bekanntnis zum radikalen Kommunismus in der BRD nach roteristischem Vorbild und Hinstreben auf Gewalt und Systemveränderung“ (aus der Entlassungsabgrenzung der Geschäftsleitung, laut „Der Rote Heller“, Betriebszeitung der „KPD/ML“).

Der Betriebsrat hat sich bislang durch Ausparnen einzelner Rationalisierungsmaßnahmen einerseits und durch Unfähigkeit andererseits hervorgetan. So meinte ein Betriebsrat zum Zielsetzungsband: „Dadurch habt ihr nur Vorteile keine Nachteile und so“. Als die Kollegen von den Fräsmaschinen nach wegen der Lohnkürzungen in den Betriebsrat wandten, bekamen sie seinen Lieblingsspruch Nr. 1 zu hören:

„Da können wir auch nichts machen“.

Auch der gewerkschaftliche Vertrauensrat hat bislang nicht das geringste gegen die Rationalisierungsmaßnahmen unternommen.

Metallzelle II

KB/Gruppe Kiel

Hanomag / Hamburg-Harburg

KRIPO IM WERK!

Eine angebliche Großfahndung der Polizei führte allem Anschein nach auch zu einer größeren Durchforstung des Hamburger Großbetriebs.

So jedenfalls bei Hanomag. Während der Arbeitszeit tauchten plötzlich bei einem Kollegen zwei merkwürdige Figuren in Begleitung eines leitenden Angestellten auf und wollten wissen, wie denn der Kollege zu seiner Handverletzung gekommen sei. Der Kollege – furchtlich erschauert – wollte wissen, warum sie dies interessiere und wer sie überhaupt seien, wo-

zum nächsten „handverletzten“ Kollegen.

Vielleicht werden ja demnächst auf der Mönckebergstraße Razzien gemacht, wo jeder seinen linken großen Zeh vorzeigen muß, weil jemand mit einer dazwischen Verletzung gesucht wird. Deutlich wird, wem der Polizeischarappat bereits gediehen ist, wenn schon systematisch Betriebe (wo von 1.000 Kollegen mindestens 50 sich täglich eine „Handverletzung“ zuziehen) in Fahndungen „einbezogen“ werden.



Zeigen Sie den großen Zeh! Wir suchen jemand mit einem Hühnerauge!

auf die Typen ihre Hundemaiten zückten und ihm mitteilten, sie seien von der Kripo. Der Kollege, aus noch unerwarteter, wollte jetzt auch noch wissen, wozum denn ginge „Das geht Sie gar nichts an!“, wor die Antwort – vom leitenden Angestellten. So nach und nach stellte sich dann heraus, daß die Kripo in allen Hamburger Großbetrieben einen Verbrecher mit einer Handverletzung suche und deshalb wissen wollte, wo er denn nun zu seiner Verletzung gekommen sei. Der Kollege konnte – glücklicherweise! – nachweisen, daß dies eine Arbeitsverletzung war und die Typen zogen von dannen – wohl

Bei Hanomag gibt es ja schon andere Erfahrungen mit der Polizei: Vor zwei Jahren wurde ein jugendlicher Kollege unter KP-Bewachung aus dem Werk geholt weil er angeblich jemanden umgelegt haben will. Dies stimmte nicht. Der Kollege war einmal aber als Mörder abgestempelt. Es ist in diesem Zusammenhang wohl auch kein Zufall, daß der jetzt betroffene Kollege als „Linker“ ist – wenn es etwas Schule macht, kann natürlich auf ganz legale Weise Ruhestörtchen betrieblen werden.

Betriebszelle Hanomag
KB/Gruppe Hamburg



Was haben wir davon?

Jeder technische Fortschritt in der Produktion kapitalistisch angewandt, erweist sich für die Kollegen als Schlag ins Gesicht.

- dank der guten Koordination der Arbeitsgänge beim Zielsetzungsband haben die Kollegen zwischen durch keine Ruhepausen mehr, die bessere Kontrolle über die Dauer der einzelnen Arbeiten macht für die Kapitalisten schnell feststellbar, wo sie noch Zeit häufen können, das ständig weiterlaufende Band treibt zu schnellerer Arbeit an;
- die lohnreifegetestierten Olivetti-Maschinen zerkleinern jeden Handgriff des Kollegen, auch jede noch so

beiden, nachdem sie bis ins Kleinste zerlegt worden sind, an Frauenabteilungen abgegeben werden. Die Frauen selbst verdienen bei dieser Arbeit keinen Pfennig mehr. Zum Teil sind auf den Lohnrechnungen die alten Lohngruppen dick durchgestrichen und durch eine Lohngruppe 2 oder 3 ersetzt. Direktor Neumann dazu: „Die Facharbeiter sind heute klar überbezahlt. Die Frauen machen doch schon fast überall die gleiche Arbeit und können sie ebenso gut“.

Deutlicher konnte er die Absicht, die Löhne weiter zu drücken, kaum ausdrücken. Die Männer werden schlechter und die Frauen bleiben schlecht bezahlt.

Was die Rationalisierungen für die Kollegen bringen, läßt sich so folgen-

Knaul Mannheim

Bemänteln, was das Zeug hält

In AK Nr. 49 berichteten wir über den furchtbaren Knaulstrahl Reith, über die Verurteilung von Staatsanwalt Strauß und Justizministerin in Baden-Württemberg, den Polster-Skandal im Mannheimer Knaul zu verurteilen oder zu verdrängen, und geben Aussagen von mißhandelten Gefangenen wieder.

Am 4.9.74 konnte man aus dem Justizministerium Baden-Württemberg hören, daß in zwei Wochen mit ersten Gefangenen zu rechnen sei (SZ 4.9.74).

Folgendes drang bisher in die Öffentlichkeit:

Der Gefängnisdirektor Edmund Reith befindet sich für nicht absehbare Zeit im Urlaub (FR 5.9.74).

Der Knaulstrahl E. Reith aus Mannheim ist nun auch in diesem Verfahren freigesprochen worden, obwohl eindeutige Zeugenaussagen von Häftlingen vorliegen, die beweisen, daß Reith von den Folterungen gewußt hat, er duktile und mitverurteilte, indem er z.B. mißverständliche und unzutreffende Knaulbescheide und Erklärungen für Todesurachen schrieb. So bezeichnete er eine Verbrennung 2. Grades mit einer Zigarette als „leichte Verwundung“ und stellte im Falle des von Wärrern ermordeten Gefangenen Vast den zweideutigen Obduktionsbefund „Tod durch äußere Einwirkungen“ aus, obwohl auch an der Außenseite der Zelle Blut war und die Todesursache eindeutig war.

Außerdem behandelte Reith die meisten Häftlinge nicht, sondern stampelte sie von vornherein als Simulanten ab.

Sehr schnell reagierte man allerdings im Falle des Gefängnisleiters Dieter Freilich. Er wurde Anfang September vom Dienst suspendiert. Sein „Vergehen“:

Als einer der wenigen Personen um Knaul hatte er bereits 1972 auf die Mißstände in Mannheim hingewiesen.

Freilich „im Gefängnis“ starb auf mysteriöse Weise in der Berufsgerichtszeit die trotz 30 ° Celsius Außentemperatur beheizte Zelle der Straßburger betrug sechs Wochen. Die Obduktion ergab eine Gehirnhautentzündung. Damit gab man sich zufrieden. Ich kann mich damit nicht zufrieden geben. („Welt“, 13.9.74).

13.9.74)

Der Arzt mußte zwar vom Dienst suspendiert werden, darf aber seine Privatpraxis, in der er sowieso schon immer den größten Teil des Tages „arbeitet“, hatte er weiterhin.

In dem Verfahren gegen die Schlächter des gefängnisuntern Rollkommandos, das in der Pfingstnacht über 100 Gefangene mißhandelt hatte, sind alle drei festgenommenen Wärter bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Vier weitere Beamte sitzen wegen Verdacht auf Totschlag und Bestechung noch in Untersuchungshaft.

Von vier weiteren Wärrern, die der Bestechung und Beihilfe zur Flucht

beschuldigt sind, sitzen noch zwei in U-Haft.

Die Untersuchung über den Tod eines 1968 angeblich an „Gehirnblut“ gestorbenen Häftlings ist bereits wieder eingestellt worden. Justizminister Bender: „Die Überprüfung hat eine Wiederaufnahme nicht gerechtfertigt.“

Der Tod des drogenabhängigen Häftlings Stefan K. (Juni 73) soll jetzt endlich untersucht werden. Obwohl der Amtsrichter damals auf den Zustand des Häftlings aufmerksam gemacht und eine Verführung beim Anwaltstrahl angeordnet hatte, da akute Selbstmordgefahr bestand, ließ Reith ihn in eine Einzelzelle einweisen, wo er sich noch in der gleichen Nacht erhängte.

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 10.9. konnte man den lapidaren Satz lesen: „Ein Sprecher des Staatsgericht Justizministeriums teilte mit, im Bereich Mannheim würden 350 400 eingetragene Verfahren kontrolliert. Mit Ausnahme eines Falles hätten sich bisher keine Anhaltspunkte für ein Verstoß gegen die Staatsanwaltschaft ergeben, pflichtgemäß von Ermittlung eines Ermittlungsverfahrens dem Ministerium Bericht zu erstatten.“

Anstatt zu untersuchen, was tatsächlich im Mannheimer Knaul passiert ist, stützt man sich offenbar auf die Kraft darauf, herauszufinden wann und welche bürokratischen Wege irgendwelche Berichte gegangen sind. Ein ziemlich dumm-dreistes Ablenkungsmanöver!

Ein neues Ablenkungsmanöver

Angeichts der auch in diesem Artikel beschriebenen Situation im hundertjährigen Strafvollzug ist es geradezu schonwitzig, wie Justiz und Presse versuchen, neben kleinen Berichten aus den Gefängnissen marktschreierisch andere Probleme der Gefangenen hervorzuheben, um von der Misere insgesamt abzulenken.

„FR“ 13.9.: „Liebe hinter Gittern erlaubt“, wird da bestürzt gefragt. Und Justizsekretär Erich Bartsch aus Niedersachsen will damit eine „Humanisierung des Strafvollzugs anstreben.“

„FAZ“ 11.9.: „Präventiv sollen Gefangenen vier Stunden besuchen dürfen“, sagt Nordrhein-Westfalens Justizminister Dieter Posner und „beklagt“ gleichzeitig, daß ein neues Entlassungssystem und eine Sozialversicherung nicht möglich ist.

Klage „gleichzeitig, daß ein neues Entlassungssystem und eine Sozialversicherung nicht möglich ist.“

Am dicksten trägt natürlich die „Hamburger Morgenpost“ auf die Boulevardpresse schreift) eben immer voran, wenn es was zu verkleinern gilt.

„Liebe hinter Gittern entschärfen“ ist die Überschrift im Artikel vom 11.9. auf der ersten Seite. Im Artikel wird dann sozusagen hinter vorgehaltener Hand von „delikatier Reform“, „intimen Teletext“ und „Liebeszellen“ geredet.

Ein Film „Laß jucken Knacki“ wird sicherlich nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Redaktion des Arbeiterkampfes

Leitung: Beierdorf

KB/Gruppe Hamburg

Ohrfeige für die HSW-Kapitalisten VK-Vorstandsmitglieder gewannen Prozess auch in 2. Instanz

Am Mittwoch, den 2. Oktober, fand vor dem Landesarbeitsgericht Hamburg die Berufungsverhandlung der HSW-Kapitalisten gegen die drei gewählten VK-Vorstandsmitglieder statt.

Die Drei waren im Januar (!) auf Antrag des rechten Betriebsrates wegen „Störung des Betriebsfriedens“ gekündigt worden. Nachdem der Arbeitsgericht in erster Instanz die Kündigung in allen Punkten zurückwies, nahmen die Stahl-Kapitalisten einen neuen Anlauf.

Friech schoben sie in ihrer „Berufungsgründung“ völlig neue, erlogene Gründe nach:

- Kollege J.B. habe ca. 20 Tage unentschuldig gefehlt.
- Kollege G.G. hätte im Sommer 73 einen „Türkenaufstand“ (!) angezettelt etc.

Alle das „hat die Geschäftsführung mit jetzt in Erfahrung gebracht“, schrieben sie im August 74(!).

Mit der Erfahrung im Hinterkopf, daß die 2. Instanz in der Regel die Wünsche der Herren Kapitalisten zu berücksichtigen weiß, abgesehen mit oben genannten „neuen Gründen“, erschienen HSW-Personalchef Käppler, sein Rechtsvertechter und die rechte BR-Gruppe vor Gericht.

Hier allerdings lief es auch noch etwas anders als sie es sich vorgestellt hatten.

Der Fort hat der Richter das „unentschuldig Fehlen“ der Kollegen abhandelt, als dieser plötzlich eine Lohnabrechnung auf den Tisch des Hauses legte aus der eindeutig hervorging, daß HSW für die fragliche Zeit Lohnfortzahlung gewährt hatte! Käppler mußte daraufhin zugeben, daß J.B. sich doch entschuldig hatte. Da aber eine Krankmeldung zu der Zeit nicht bei der Krankenkasse vorlag, behauptete dieser saubere Herr: „Eine Krankmeldung hat für mich erst Gültigkeit, wenn sie auch bei der Krankenkasse vorliegt.“

Hier sah der Richter sich gezwungen, den Personalchef von HSW zu belehren. Des weiteren war er aber sehr bemüht, ihm in dieser Angelegenheit auf die Sprünge zu helfen.

Als dieser dann schließlich auf verschiedene Fragen des Richters immer eine andere Version vorbrachte, verlor auch das Gericht die Geduld und machte Käppler darauf aufmerksam: „Sie sind hier in einem Gerichtsverfahren, da müssen Sie schon mal die Wahrheit sagen!“

Obwohl dieser Punkt ganz klar für die Kollegen ausgegangen war, diktierte der Richter diesen Punkt als „strittig“ ins Protokoll!

Als es um den „Türkenaufstand“ ging, schilderte der Kollege das Zusammentreffen und dem Gericht, unter welchen unumstößlichen Bedingungen die ausländischen Kollegen bei HSW arbeiten müssen. Als er dann begründen wollte, daß ein Streik dieser Kollegen berechtigt war und ist, daß dieser auch von außen nicht „angezettelt“ werden muß und kann, da fiel ihm der Richter bereits ins Wort: „Politik wollen wir hier nicht hören. Sie antworten mir auf das, was ich hier frage!“

Nachdem nun die nachgeschobenen Gründe behandelt waren, begann der Richter – ohne weiter zu verhandeln – sein Werk. Er versuchte zu „schlichten“:

„Das Gericht ist zu dem Schluß gekommen, daß das Arbeitsverhältnis nicht mehr zumutbar ist... Die Kläger (die Kollegen, Red.) wollen um Betrieb doch nur das Demokratieverständnis vervollkommen, (!?), dabei gehen sie auch gegen den Betriebsrat und die IGM vor, das ist besonders verwerflich... Als Außenseiter der meiste aber trotzdem, daß eine Kündigung nicht ausreichend begründet ist (!). ... Dennoch denken wir dann, das Arbeitsverhältnis aufzulösen... Selbstverständlich werden sie dann eine Abfindung in Höhe bis zu 12 Monatslöhnen bekommen...“

Die drei Kollegen und ihr Anwalt lehnten ein solches „Angebot“ strikt ab. Der Anwalt ... durch die

bisherige Gerichtspraxis und die Zahlung von relativ hohen Abfindungen haben es die HSW-Kapitalisten immer geschafft, die konsequentesten Interessenvertreter erduldet zu füttern. Dabei geht es darum, die realistischen Kollegen einzuschüchtern, sie vom Kampf für ihre berechtigten Interessen abzuhalten. Die HSW-Kapitalisten werden in dieser Politik von der Betriebsrats-Mehrheit und der IGM Ortverwaltung unterstützt. Die drei Kollegen – und mit ihnen alle Arbeiter und Angestellten – haben das Recht hiergegen zu kämpfen.

Um dieses Recht und den Arbeitsplatz geht es in diesem Prozeß. Es darf aber nicht nur Recht gesprochen werden, sondern wir verlangen, daß ein Gerichtsbescheid auch in der Praxis durchgeführt werden muß. Daher verlangen wir Wiedereinstellung.

Damit war ein „Vergleich“ von den Kollegen abgelehnt.

Nun meinte der HSW-Anwalt, es sei an der Zeit, einmal die Machtverhältnisse klarzustellen. Die Stimme seines Herren sprach:

„Die Kläger werden nie wieder in den Betrieb kommen, ganz egal, was hier beschlossene wird. Dann zahlt HSW eben ein bißchen Geld und wenn HSW will, dann werden die drei wieder gekündigt.“ (!) Noch bedeutet eine Wiedereinstellung je kein Recht auf Arbeit. Wir werden so sehen, wie lange die Drei das dann noch mitmachen!“

Eine derart offene und brutale Drohung und Einschüchterung der Kläger und des „unabhängigen“ Gerichts hat es sicherlich bisher kaum gegeben.

Dennnoch blieb diese offen ausgesprochene Erpressung vom Richter unversprochen. Er schloß die Verhandlung.

Nach einer Stunde Beratung wurde dann das Urteil verkündet:

Die Berufung der HSW-Kapitalisten wird in allen Punkten abgelehnt!

Dieses Urteil ist sicherlich ein großer Erfolg des konsequenten Kampfes der HSW-Kollegen vor Gericht und der Unnachgiebigkeit gegenüber den kapitalistischen Krämergeiern.

Trotzdem bleibt die HSW-Kapitalisten noch das Bundesarbeitsgericht in Kassel und die Möglichkeit einer neuen Kündigung wegen „Unzumutbarkeit“. Dann ginge der ganze von vorne los!

HSW Betriebszelle
KB Gruppe Hamburg

Anzeige

Anzeige



Einmal Faschismus, das reicht!

Schallplatte einer Hamburger Agit-Prop-Gruppe mit 4 Agitationaledern

Die Nazifalle Carrero Blanco Trinken! Einmal Faschismus, das reicht!

Preis DM 6,-, zuzügl. Porto

verwandtschaft mit dem Nazi-„Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ nicht zu übersehen ist (siehe ARBEITERKAMPF 44: Die große Sabotage).

Auch auf der Betriebsversammlung stand Scholz' mißes Mann Scheinheiligkeit bodenlos und die vielen Unfälle auf der Werft und betrauerte wutrecht, es solle jetzt endlich ein bißchen mehr dagegen getan werden. Denn „Die Ausfälle durch Arbeitsunfälle kosten dem Unternehmen jährlich mehrere Millionen Mark.“

Für ihn und seine Kollegen ist die Arbeitslosigkeit eine Frage der Klassenkalkulation und wenn's billiger wird gehen sie auch über Leichen.

In dem Werdegang von Scholz als „Führer zum Kapital“ wird deutlich, wie nah bei der Politik der Klassenzusammenstoß und der offene Verstoß an den Arbeitenden stehen.

Betriebszellen Werften
KB/Hamburg

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW-Jugendvertreter

HDW - Hamburg

Eine üble Sauerei

Auf der letzten HDW-Betriebsversammlung im Werk Roß sprachen Kollegen auch die steigenden Unfälle und die miserable Arbeitsicherheit auf der Werft an. Besonders die Stalagen auf den Schiffen und immer wieder Quelle schwerer Unfälle durch Abtauer.

Der sogenannte „Arbeitschutz“ dessen Aufgabe es an sich ist, die Einhaltung der ohnehin ungenügenden Unfallverhütungsvorschriften zu garantieren, führt ein Schlimmeres und. Zudem ist diese Aufgabe von ihm gar nicht mehr zu leisten. Während früher z.B. jedes Schiff einen Stalag-Beschützer hatte, heute aber nur noch ein Stalag-Beschützer auf dem Schiff, der in der Regel nicht mehr zu erreichen ist.

Die Kollegen haben sich zu einem Komitee nach einer Explosion auf dem Containerschiff vor einem Jahr.

Dieses wurden 16 Kollegen z.T. von verschiedenen Werften, die ihre rechtlichen Interessen durchsetzen wollten. Die Kollegen mußten monatelang auf die Intervention im Krankenhaus beschränkt werden.

Nachdem jedem verunglückten Kollegen (vor der Presse) großzügig drei Wochen Sonderurlaub vergewahrt wurde, hat bis heute kein Kollege was davon gesehen.

Betriebszellen Werften
KB Gruppe Hamburg

Ortholstein

VK-Vorsitzender entlassen – Gewerkschaftsausschluß steht bevor

Am 30.8.74 wurde der Vorsitzende des IGM-Vertrauenskörpers der Firma Kuhnke in Ortholstein (ca. 800 Beschäftigte) fristgemäß zum 31.12. dieses Jahres gekündigt.

Der unmittelbare Anlaß für die wenige Tage zuvor stattgefundenen Betriebsversammlung hatte der VK-Vorsitzende W. die mangelnde Arbeitssicherheit im Betrieb angeprangert und die Existenz einer Telefonabhöranlage der Geschäftsleitung aufgedeckt.

Daraufhin war in der Belegschaft einige Unruhe entstanden. Die Kollegen protestierten empört gegen dieses Vorgehen der Kapitalisten.

Wenige Tage später wurde W. zur Geschäftsleitung gerufen, die versuchte, seine Kritik an der unzureichenden Arbeitssicherheit vom Tisch zu wischen und behauptete, daß er diese Punkte nur deshalb vorgebracht hätte, um Unruhe in die Belegschaft zu tragen. Weiter wurde dem VK-Vorsitzenden vorgeworfen, er hätte den ungefähren eine Woche nach der Betriebsversammlung erschienenen METALLER (Zeitung des KB/Gruppe Kiel und Ortholstein) geschrieben und zumindest die Informationen darüber geliefert.

Der rechtssozialdemokratische Betriebsrat Gutsche unterstützte diesen Punkt ausdrücklich, nachdem er den vorangegangenen Vorwürfen durch wohlwollendes Schweigen zugestimmt hatte.

Als W. Beweise für seine angebliche Mitarbeit am METALLER verlangte, forderte der Prokurist Treiber ihn auf, nach noch diejenigen zu nennen, die als Informanten des METALLER in Frage kämen und stellte ihm klar vor die Alternative entweder Entlassung oder Kollegen denunzieren.

Da es der Geschäftsleitung nicht gelang, den Kollegen W. einzuschüchtern, versuchte sie, ihn zu bestechen. Sie bot ihm eine Entlassung zum 1.9. „in beiderseitigem Einvernehmen“ an, verbunden mit einer einmaligen Abfindung in Höhe von 10.900 DM (!).

– allerhand, um sich sein Stillhalten zu erkaufen.

Der Kollege lehnte den „Einkaufsvorschlag“ ab und forderte sein Verbleiben in der Firma. Er wurde entlassen und mit sofortiger Wirkung für die folgenden drei Monate beurlaubt. Der VK-Vorsitzende erhob sofort Klage gegen seine Entlassung, der Prozeß ist inzwischen angelaufen.

Die Geschäftsleitung hat indes versprochen, daß jeder Kollege, der sich mit dem VK-Vorsitzenden solidarisiert, ebenfalls mit seiner Entlassung rechnen hat!

In den Abteilungen versuchen viele Meister, entweder seine Entlassung totzuschweigen oder sie betreiben massive antikomunistische Hetze gegen ihn. Kollegen, die über seine Entlassung diskutieren, werden aufgefordert – bei Androhung von Verwarnungen und weiteren Maßnahmen – den Mund zu halten.

Persönlichen Bekannten von W. wird „geraten“, sich nicht mehr mit ihm zu treffen. Dabei will die Geschäftsleitung vom Betriebsrat tatkräftig unterstützt. Der Betriebsratsvorsitzende Gutsche z.B. ließ es sich nicht nehmen, zwei Kolleginnen bis in eine Kneipe nachzuspielen.

„Gute Zusammenarbeit“ zwischen Geschäftsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaftsbürokratie

Überhaupt hat der Betriebsrat die von den Kapitalisten gelobte „Gute Zusammenarbeit“ in diesem Fall wider den Beweis gestellt.

Nachdem er von der Geschäftsleitung ausdrücklich zur Stellungnahme aufgefordert worden war, tagte er am 28.8. Da er sich für seine Entscheidung Rückendeckung bei der Gewerkschaftsführung holen wollte, vertagte er die Sitzung auf den 30.8. Eine für den 29.8. vom VK-Vorsitzenden einberufene VK-Sitzung wurde von den Betriebsräten und einigen Vertrauens-

leuten auf Betreiben Gutsches boykottiert, sinngemäß etwa mit der Begründung, daß durch die Vorwürfe des Kapitalisten auch das Vertrauen des Betriebsrats und dieser Vertrauensleute dahin sei.

Am 30.8. tagten dann der Betriebsratsvorsitzende Gutsche, Gewerkschaftssekretär Harder von der Lübecker Ortsverwaltung und der Prokurist Treiber hinter verschlossener Tür. In seinem Kündigungsschreiben befürwortet der VK-Vorsitzende, daß seiner Entlassung vom Betriebsrat mehrheitlich zugestimmt worden war.

Wenige Wochen später erhielt W. ein Schreiben von der Lübecker Ortsverwaltung, in dem es heißt, daß da er nicht mehr bei der Firma Kuhnke beschäftigt sei – auch seine Funktion als VK-Vorsitzender entfällt.

Der Kollege hat in seinem Antwortschreiben richtiggestellt, daß er bis zum 31.12. bei Kuhnke beschäftigt ist, und daß die von der Geschäftsleitung ausgesprochene Beurlaubung von der Gewerkschaftsarbeit gleichzusetzen ist. Im Gegenteil käme es darauf an, die letzten drei Monate verstärkt für die gewerkschaftliche Arbeit zu nutzen.

Anzunehmen ist, daß die Gewerkschaftsführung jetzt, nachdem sie mit ihrem „Irrtum“ nicht landen konnte, eine deutlichere Sprache sprechen wird.

In seinem Schreiben hat der Ortsverwaltungs-Vorsitzende Elternmann bereits eine Reaktion auf die von W. verteilte „Persönliche Erklärung“ zu seiner Entlassung angekündigt, und der Anwalt der Kuhnke-Kapitalisten wußte auf dem ersten Termin im Arbeitsprozeß zu berichten, daß der VK-Vorsitzende aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden soll!

Zur Vorgeschichte:

Die Entlassung des Kollegen W. hat eine längere Vorgeschichte, deren

wichtigste Stationen wir hier kurz streifen wollen.

Im Mai letzten Jahres hatte die IGM-Jugendgruppe Eutin, an deren Aufbau der VK-Vorsitzende maßgeblich beteiligt war, ein Flugblatt herausgebracht, um weitere Kollegen für die Jugendgruppe zu gewinnen.

Der Kollege W. erhielt eine Verwarnung, da er als Leiter der Jugendgruppe mit dem Flugblatt den „Arbeitsfrieden gestört und den Unternehmensfrieden beleidigt“ hätte. Der Betriebsrat Gutsche verweigerte jede Unterstützung: „Ihr seid selber schuld“!

Wenig später versuchte W. damals noch stellvertretender VK-Vorsitzender, die in einem Bummelstreik gegen die mörderische Akkordheize getreten waren.

Wieder erhielt er eine Verwarnung von der Geschäftsleitung, und IGM-Sekretär Harder ließ ihn wissen, daß er sich um so etwas überhaupt nicht zu kümmern habe, da es allein Sache des Betriebsrats – der weder vor noch nach dem Bummelstreik etwas gegen die wahnwitzigen Zeitkürzungen unternommen hatte.

Als IGM-Sekretär Harder auf einer Betriebsversammlung im letzten Jahr den Betriebsabschluß verlas, hatte W. laut „Buh“ gerufen. Auf der darauf folgenden VK-Sitzung wurde er von Harder, der extra aus Lübeck angereist war, abernacheinander aufgefordert, sich von seinem „Buh“-Ruf zu distanzieren. Der Kollege dachte allerdings nicht daran, sondern machte klar, daß er den Betriebsabschluß nach wie vor für spalterisch und unzulässig halte.

Daraufhin drohte Harder ihm selbst mit dem Gewerkschaftsausschluß! Er warf ihm vor, Mitarbeiter des METALLKAMPF (der inzwischen in den METALLER aufgenommen wurde) zu sein, und „die Sache ist klar“, wenn am nächsten METALLKAMPF etwas über diese VK-Sitzung stünde, womit W. praktisch verboten wäre, über diese Vorfälle zu berichten.

Deutlich wird, daß es hier um die Entlassung eines Gewerkschafters geht, dessen Arbeit konsequent an den Interessen der Kollegen ausgerichtet ist, und der durch seine Politik das bislang durch den Betriebsrat gesicherte „gute Auskommen“ zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft zu gefährden droht.

Für die Kollegen ist W. eine reale Alternative zum jetzigen Betriebsrat geworden. Nicht umsonst haben sich

Kapitalisten und sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre darum bemüht, ihn noch vor den im Frühjahr anstehenden Betriebsratswahlen loszuwerden.

Wie geht es weiter?

Kurz nach seiner Kündigung hat der VK-Vorsitzende eine „Persönliche Erklärung“ zu seiner Entlassung von Kuhnke verteilt, in der er auf die Hintergründe der Entlassung, das Verhalten von Betriebsrat und IGM-Führung und die Weiterführung der gewerkschaftlichen Arbeit eingegangen ist.

Auf einer Versammlung haben Kuhnke-Kollegen und der VK-Vorsitzende über diese Fragen diskutiert. Dabei wurde eine ziemlich einschüchternde der Kollegen und eine Verschärfung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Kollegen und der Linken in VK und Betriebsrat festgestellt.

Der VK, auf Initiative der Linken und gegen den Widerstand des rechten Betriebsrats übernahm erst aufbauend, ist vom BR-Vorsitzenden mit der Auflösung bedroht worden, falls hier weiterhin Politik gemacht wird, und Bezichte im METALLER stehen.

Übrigens ist das der einzige (!) VK in einem ortholsteinischen Betrieb, die gewerkschaftliche Organisation beträgt auch hier nur ungefähr 30 % und ist in den anderen Betrieben dieser Gegend aufgrund der „aktiven Arbeit“ der Lübecker Ortsverwaltung lediglich eine Randerscheinung.

Wahrscheinlicher als die unmittelbare Auflösung des Vertrauenskörpers ist allerdings vielmehr, daß die rechten Gewerkschaftsführer versuchen werden, den VK vollends in den Griff zu bekommen, um ihn in eine Kontrollinstanz gegen die Belegschaft und ein Hülfsmittel des rechten Betriebsrats zu pervertieren.

Dem muß auch weiterhin die konsequente Ausrichtung an den Interessen der Belegschaft entgegengesetzt werden. Die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Kuhnke-VK-Sitzung sieht dementsprechend vor:

Metallinfunde
Arbeitssicherheit
Abhöranlage
Akkordheize
Unterbezahlung der Frauen in „Leichtlohn-Gruppen“.

KB/Gruppe Kiel
Metallzeile II

Neues von Heinz Scholz und seinen Jüngern

„Die persönliche Beleidigung, der politische Rufmord und das permanente Aufwiegen gegen die gewerkschaftliche Arbeitnehmerorganisation sind die Norm.“

Dieser Satz ist Teil einer Entscheidung der IG Metall-Führung, mit der die neu in die Satzung aufgenommenen Ausschlussparagrafen rechtlich fertig stellen wollen. Als „Rufmord“ und „Beleidigung“ werden die unsere politischen Angriffe auf die Leute, die vorgeben, „Arbeitnehmerinteressen“ zu vertreten, in Wahrheit aber in Worten und Taten alles tun, die Durchsetzung unserer Interessen zu verhindern und sich auf unsere Kosten einen einträglichen Posten und ein persönliches Karrierevergnügen verschaffen. Derartige Verhalten und solche korrupte Machenschaften werden wir auch weiterhin enttarnen!

Ein besonders offensichtlicher, aber nicht untypischer Fall ist das aktive SPD-Parteimitglied Heinz Scholz. Vom IGM-Vorstand wurde er zum Bezirksleiter im Bezirk Nord mark ernannt. Hier beschäftigte er sich als Nachfolger Heinz Ruhnau (heute einer von Hamburgs SPD-Männern in Bonn) so erfolgreich gegen die Forderungen der Kollegen und „bewährte“

sich durch seinen Antikomunismus, daß die HDW-Kapitalisten ihn 1973 in ihre Reihen aufnahmen! Er wurde Personalvorstand bei HDW!!! Noch heute fühlen einige seiner SPD-Kollegen im HDW Betriebsrat sich bemüht, ihn auf Betriebsversammlungen mit „Unser Kollege“ anzusprechen!

Doch Heinz Scholz findet Nachahmer. Da ist Heinrich Döbel, freigeistlicher Betriebsrat bei HDW, 2. VK-Leiter, Vorsitzender des Hamburger VK-Leitungsausschusses, Mitglied des Bezirks-VK-Ausschusses der IGM, „hoffnungsvoller“ Junggewerkschaftsführer. Auch er hat mit

den Lehrlinge bei HDW haben erfahren, wie er mit allen Mitteln versucht, sie an der Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber den Kapitalisten zu hindern und Döbel ist maßgeblich beteiligt an der Hetzkampagne gegen drei Jugendvertreter, die die IGM-Führung aus der Gewerkschaft ausschließen wollen.

Zwei dieser Jugendvertreter versuchten Döbel's Vorbilder in der HDW-Geschäftsleitung bereits zu entlassen, nur durch Gerichtsbeschlüsse wurde dies verhindert.

Ein weiterer Fall von persönlichem Karrierestreben ist Sigi Hahn. Bis vor kurzem war er Bildungssekretär in der IGM-Ortsverwaltung! Diesen Posten hat er jetzt aufgegeben und wechselt über in die Behörde für Schule, Jugend und Berufshilfe, in der sein Chef jetzt Senator Apel

Büromaschinenhersteller rationalisieren

Die zum AEG-Konzern gehörenden Olympia-Works fassen ihre Schreibmaschinenproduktion zusammen (vergl. AK 46). Schwerpunkt soll hierbei das Werk in Wilhelmshaven werden, sowie neue Werke in Jugoslawien, Mexiko und Spanien!

Bis Ende 1975 sollen sich noch 2500 von zur Zeit 3250 Beschäftigten bei Anker arbeiten. Walter-Büromaschinen. Das Werk Gertruden ist jetzt endgültig geschlossen (vergl. AK 46 und 48), im Werk Niederstotzingen werden nur



Demonstration gegen die Schließung der Olympia-Works in Kaufbeuren

Die Schreibmaschinenproduktion in den beiden Werken in Kaufbeuren wird eingestellt, Werk II wird geschlossen. 700 Arbeiter und Angestellte werden bis 1975 entlassen.

Das Olympia-Werk in Neuenhain/Taunus macht ebenfalls dicht und entläßt die 170 Beschäftigten. Anker-Works, Bielefeld. Der Büromaschinenhersteller gab eine Reduzierung der Belegschaft bekannt.

noch Restaufträge erledigt. Während von den einmaligen 1600 (Anfang des Jahres) Arbeitern und Angestellten nur noch 330 arbeiten, planen die Kapitalisten, 50 100 Arbeiter neu einzustellen, um die restlichen Aufträge schnell zu erledigen!

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Gehalt der hauptamtlichen IGM-Führer geschätzt zu umgehen, indem er nur mittelmäßig es gibt die Gehaltsklassen 4 5,6,7 und 8 Gruppe 4 beträgt bis 1.835, im Monat, Gruppe 7 2.593, bis 2.845, und 8 schließlich 4.160. Er gab allerdings nicht an, wie nur was verdient. Das werden wir nachholen. Die Schreibtre sind in der Regel in Gruppe 7, Müller, Schreiber, Mohr & Co. in Gruppe 8! Verschwiegen wurden auch die hohen

Spendenbeiträgen der Gewerkschaftsführer. Man vergesse dieses normale Gehalt eines Gewerkschaftsführers einmal mit dem normalen Arbeitslohn eines Arbeiters oder Angestellten und rechne sich die Zahl der Überstunden aus, die nötig sind, um auf solche Summen zu kommen!

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



hindern und sich auf unsere Kosten einen einträglichen Posten und ein persönliches Karrierevergnügen verschaffen. Derartige Verhalten und solche korrupte Machenschaften werden wir auch weiterhin enttarnen!

Ein besonders offensichtlicher, aber nicht untypischer Fall ist das aktive SPD-Parteimitglied Heinz Scholz. Vom IGM-Vorstand wurde er zum Bezirksleiter im Bezirk Nord mark ernannt. Hier beschäftigte er sich als Nachfolger Heinz Ruhnau (heute einer von Hamburgs SPD-Männern in Bonn) so erfolgreich gegen die Forderungen der Kollegen und „bewährte“

lerweise offen das vollzogene von ihm „Arbeitnehmervertreter“ gelöst! bereit in der Vergangenheit vertrat, seit dem 1. Juni ist Döbel Abteilungsleiter in der Arbeitswirtschaftsplanungsabteilung bei HDW in Kiel!

Ein Glücksfall für die Kollegen bei HDW ist es allerdings, daß Döbel aus allen seinen „Arbeitnehmerämtern“ ausbeidet!

Döbel hat sich in der Vergangenheit besonders durch seinen scharfen Antikomunismus „bewährt“.

Ganz offensichtlich soll sich Hahn hier als die Ausbildungsexpertise betonen. Auf diesem Gebiet hat er sich bereits als IGM-Sekretär gegen die Forderungen der Lehrlinge ausgesprochen. Wir erinnern hier nur daran, wie er auf Vortragsveranstaltungen die Stufenbildung der Kapitalisten und den Blockschulunterricht als großartige „Fortschritt“ anzupreisen versuchte.

Auch folgendes scheint uns nicht untypisch von ihm. Auf der Vertreterversammlung am 28.9. versuchte Otto M. die IGM-Kassenwart, wie vielfach von Kollegen gestellte Frage nach dem

Texaco, Hamburg

Einheitlicher Betriebsrat bleibt bestehen

GEWERKSCHAFTSFÜHRER ERNEUT AUF DEN BAUCH GEFALLEN

Auch mit ihrem vorerst letzten Coup zur Verhinderung der Betriebsratsneuwahlen bei der Texaco Hamburg sind die Gewerkschaftsführer auf den Bauch gefallen. Das Hamburger Arbeitsgericht lehnte die einstweilige Verfügung der Gewerkschaft HBV (hinter der auch die IG Chemie-Führer standen) auf Aufhebung der geplanten Neuwahlen zum Betriebsrat für die Hauptverwaltung und das Werk Wilhelmshurg auf Antrag des Betriebsrates, in dem die Linken inzwischen wieder die Mehrheit stellen, und den Wahlvorstand ab. Damit kann die Betriebsratswahl ordnungsgemäß vom 11. bis 13. November durchgeführt werden.

Anschließend waren die Rechten im Bereich Hauptverwaltung von ihrer Gewerkschaftsführung dahingehend beraten worden, daß die Entscheidung des Arbeitsgerichts zu ihren Gunsten ausfallen würde. Diese Leute verzichteten daher auf das für sie bei der derzeitigen Stimmung im Betrieb ohnehin äußerst mühevollen Geschäft, eine eigene Kandidatenliste aufzustellen und dafür auch noch die benötigten 100 Unterschriften zusammenzusammeln.

Daher stehen die Rechten aus der Hauptverwaltung nun auch noch ohne eigene Liste da, denn der Termin für die Einreichung von Betriebsrats-Wahllisten beim Wahlvorstand ist allerdings längst verstrichen. Allerdings ersparen sich die Rechten Betriebsrats-„Größen“ wie Tenge (IG Chemie), Sandberg (vor Kynast Wahl 1972 Betriebsratsvorsitzender, HBV) oder Freisöhren (Ex-CDU-Stadtrat, „Unabhängige“) durch ihr Versagen die „offizielle“ Quittung für ihr arbeiterfeindliches Treiben durch das Wahlergebnis, das für alle diese Herrschaften fraglos ziemlich peinlich ausgefallen wäre. Sie werden jetzt zwar lauthals jammern, daß sie im nächsten Betriebsrat nicht mehr dabei sind, im stillen aber ganz froh sein, daß ihnen eine Blamage per Wahlergebnis erspart geblieben ist.

Nur in Wilhelmshurg gelang es einem Kreis rechter Angestellten-Vertrauensleute, eine Antikommunisten-Liste der IG-Chemie mit Kodolitsch-Getreuen zusammenzustellen. Listenführerin ist die einzige Rechte aus der Vertrauensleutekörpers (VK)-Leitung Wilhelmshurg, Zarth, dann Kodolitsch-Freunde wie Weidner und Schimmel und -Freundinnen wie Lena Speidel, Ilse Hölender und Wally Schröder, letztere gleichzeitig Mitglied der DKP (!). Diese Leute treten damit gegen die linke Angestellten-Gewerkschaftsliste Hauptverwaltung und Wilhelmshurg an. Diese Liste wird von den inzwischen aus der IG Chemie ausgeschiedenen Kynast und Trampert geführt, es folgen dann 14 weitere linke Vertrauensleute und Gewerkschaftler, darunter der von der IG Chemie-Verwaltungsstelle geschaffte VK-Vorsitzende der Hauptverwaltung, W. Henze. Die 135 Angestellten des

Wilhelmshurger Labors (gegenüber 1.280 der verschiedenen Verwaltungsgebäude) sind auf der linken Angestellten-Liste allein mit vier Kandidaten vertreten, darunter auch ein Mitglied der VK-Leitung Wilhelmshurg.

Allen Kandidaten, die mit Kynast und Trampert auf einer Liste stehen, hat die IG Chemie-Führung unter Hinweis auf die im Frühjahr beschlossenen, erst jetzt aber veröffentlichten „Richtlinien zur Betriebsratswahl“ Maßnahmen angedroht, für den Fall, daß sie ihre Kandidatur aufrecht erhalten. (Auf diese undemokratischen „Richtlinien“ die jede eigenständige Kandidatenaufstellung zu den Betriebsratswahlen unmöglich machen werden wir im nächsten AK eingehen (S. 18).)

Neben der linken Liste kandidiert im Angestelltenbereich noch die DAG, die sich in der Auseinandersetzung um die einstweilige Verfügung wieder auf die Seite der Linken gegen die Gewerkschaftsführer der IG Chemie und HBV und die Texaco-Gewerkschaftsleitung gestellt hat. Anschließend haben die DAGler gemerkt, daß sie völlig untergehen würden, wenn sie sich gegen die Linken und deren recht breite Zustimmung im Betrieb auf die Seite der Rechten stellen würden und versuchen daher, im Windschatten der linken fortschrittlichen Politik den Wahlkampf zu führen, wobei sie für sich dadurch Stimmen erhoffen, daß sie sich „fortschrittlich“, aber nicht durch Kommunisten belastet, präsentieren.

Noch ungünstiger sieht es für die Gewerkschaftsführer im Arbeiterbereich aus. Da alle aktiven Gewerkschaftler zum Kreis der Linken um deren betriebliche Zeitung „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft“ gehören und die IG Chemie-Führer auch hier keine eigene Liste auf die Bausteine stellen konnten, zogen sie es vor, einer Arbeiter-Liste ihren Segen zu geben, die von dem linken Betriebsratsgruppen-Vorsitzenden H. Riede geführt wird, gefolgt u.a. von J. Schlichting, dem derzeitigen VK-Vorsitzenden Wilhelmshurg. Unter den Arbeitern wird es somit eine „Persönlichkeitswahl“

zum Betriebsrat geben, da keine weitere Liste existiert.

DGB Rechtsstelle und Texaco-Bosse vor Gericht – Hand in Hand gegen die Linken

Die Arbeiter und Angestellten der Hamburger Texaco-Betriebe Hauptverwaltung und Wilhelmshurg sind der Unternehmensform nach zwar in einem Konzern, aber verschiedenen Gesellschaften beschäftigt, entweder bei der „Deutschen Texaco Aktiengesellschaft“ oder der „Deutschen Texaco Verkauf GmbH“, einer 100%igen Tochter der Texaco AG. Die Texaco AG umfaßt dabei im wesentlichen die Bürogebäude Mittelweg mit ca. 400, Steinbüchel mit ca. 300, Kreuzweg und Seehausen mit zusammen ca. 200 und das Labor Wilhelmshurg mit knapp 200 Beschäftigten. Die „Texaco-Verkauf-GmbH“ ist wiederum unterteilt in die „Zentrale Hamburg“, deren Angestellte (ca. 300) über zehn Stockwerke verteilt teilweise Schreibtisch an Schreibtisch neben ihren Kollegen der Texaco AG im Bürohaus am Steinbüchel sitzen, und die „Gebietsdirektion Hamburg“, deren ca. 130 Angestellte im Mittelweg ihre Arbeit ebenfalls Seite an Seite mit ihren Kollegen der Texaco AG verrichten und deren 25 Arbeiter in einem Lager gegenüber dem Wilhelmshurger Labor arbeiten. Die Arbeitsplätze der Texaco AG und Texaco Verkauf GmbH sind daher entweder aus organisatorischen Gründen (gleiches Bürohaus usw.) oder durch gesellschaftliche sogenannte soziale Einrichtungen (Kantinen, Aufenthaltsräume, Betriebsrat etc.) untereinander auf vielfältige Weise verbunden, wogegen die Trennung in AG und GmbH (als Tochterfirma) vom Kapitalisten aus verwaltungstechnischen und steuerrechtlichen Gründen durchgeführt wurde. Seit 1968 wurde daher von den Arbeitern und Angestellten nach einer Abstimmung in einer Betriebsversammlung mit 431 Ja-Stimmen bei nur drei Nein-Stimmen zu einem gemeinsamen Betriebsrat gewählt, wofür sich damals auch die Kapitalisten ausgesprochen, ebenso die Gewerkschaftsführer der IG-Chemie.

Ein solcher gemeinsamer Betriebsrat liegt unbedingt im Interesse der Kollegen, da nur so die Aufspaltung der Kollegen in verschiedene Betriebsratsbereiche mit unterschiedlicher Interessenvertretung verhindert werden kann. Doch schon vor der letzten Betriebsratswahl 1972 zeigte sich, daß den Gewerkschaftsführern die Interessenvertretung der Kollegen durch einen einheitlichen Betriebsrat einen Schoßdruck wert ist, wenn dadurch ihre Machtpositionen bedroht sind. Damals sah der alte Betriebsrat unter Sandberg, seine zukünftige Niederlage gegen die IG-Chemie-Linken (damals noch) voraus und versuchte daher, das Wilhelmshurger Labor in einer Teilbetriebsversammlung für einen eigenen Betriebsrat abzuspalten, um somit relativ mehr Stimmen im Bereich der Verwaltungsgebäude einzusammeln. Dieser Plan schlug u.a. deswegen fehl, weil die IG-Chemie-Verwaltungsstelle in einem von Holst (Vorsitzender der Verwaltungsstelle) und Kodolitsch unterzeichneten Brief sofort einschritt.

Für den Fall, daß Sandberg die Teilbetriebsversammlung mit dem Ziel einer BR-Spaltung durchführen würde, drohten Holst und Kodolitsch juristische Schritte an: „Die für die obige Teilbetriebsversammlung vorgesehene Tagesordnung enthält u.a. Punkte, deren Behandlung ... die Aufspaltung der Betriebsratswahl nach sich zieht. Wir nehmen an, daß der Betriebsrat sich dieser Auffassung nicht widersetzt und wir ohne Verzug eine entsprechende Nachricht schriftlich zugestellt bekommen, damit weitere Schritte unternommen werden können.“ Dieser Brief stammt wohlgerne aus dem Januar 1962, als die IG Chemie-Führer noch nicht voraussehen konnten, daß die Linken der IG Chemie Liste ihre fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit fortsetzen würden. Der Widerstand der IG Chemie-Sekretäre durchzusetzen bereit sind.

Heute haben sich die Linken der Kontrolle durch Kodolitsch und Co. entzogen, die daher ihre Argumente von gestern am liebsten vergessen lassen möchten und sich jetzt bedingungslos hinter den Antrag der Reaktionskräfte der HBV stellen, um auf diesem Weg die einheitliche fortschrittliche Gewerkschaftspolitik um einen gemeinsamen Betriebsrat der Hamburger Texaco-Arbeiter und Angestellten in den Büros der Hauptverwaltung und dem Labor Wilhelmshurg zu verhindern. Dabei wollen die Gewerkschaftsführer den Betriebsrat in fünf Einzelbetriebsräte zerlegt wissen, denn erst bei dieser Zahl ist eine Begründung vor Gericht für eine Zerlegung möglich bei der sich die einzelnen „Argumente“ nicht selbst widersprechen (Ein Beispiel: Wenn die Gewerkschaftsführer vor Gericht für die Abtrennung des

Labors aus „räumlichen Gründen“ plädieren, dann müssen sie der eigenen Logik folgen, z.B. ebenso für die Abtrennung der 25 Lagerarbeiter (!) in einem eigenen Betriebsrat plädieren usw.). Da es hierzu von dem Arbeitsgericht eine „Hauptverfahren“ eingerichtet haben, wollten sie nun per „Einstweilige Verfügung“ die angefallene Betriebsratsneuwahl und damit ihre voraussehbare Niederlage bis zur „endgültigen Entscheidung“ herausziehen. Hand in Hand mit der DGB-Rechtsstelle, Frau Hendricks, erklärte der Kapitalistenvertreter vor Gericht, früher habe man einen einheitlichen Betriebsrat für richtig befunden, jetzt sprächen aber viele Dinge (!) dagegen. Daher sei es den Kapitalisten auch nicht zuzumuten, daß jetzt erst eine Wahl durchgeführt würde, die dann wieder angefochten werden könne.

H. Kynast als Vertreter des Betriebsrates vor Gericht legte zunächst die Notwendigkeit eines einheitlichen Betriebsrates als Unbedingtes dar, wogegen neu vorgeschlagen werden, weil das Arbeitsgerichtliche Hauptverfahren in mehreren Instanzen sich über Jahre hinziehe und in dieser Zeit bei einem zurückgetretenen Betriebsrat die Interessenvertretung der Kollegen nicht gewahrt wäre. Dieser Begründung schloß sich das Gericht unter Vorsitz des Arbeitsgerichtspräsidenten Hoffmann an und wies auf Antrag des Betriebsrates und Wahlvorstandes die „Einstweilige Verfügung“ der Gewerkschaftsführer ab.

Auch wenn jetzt noch die Entscheidung im Hauptverfahren aussteht, so haben sich damit die Positionen der Texaco-Bosse und Gewerkschaftsführer erheblich verschlechtert. Denn wenn sich jetzt die Kollegen einen neuen einheitlichen Betriebsrat wählen – entsprechend nach einer klaren Abstimmung (auf der letzten Betriebsversammlung 600 : 10, siehe AK 50) – und danach die erneute Auflösung des Betriebsrates auf Antrag der Gewerkschaftsbosse vollzogen werden würde, wird die Empörung über soviel Schwereisen noch höher schlagen. Demnach versucht der Kapitalistenvertreter vorübergehend vor Gericht zu argumentieren. Das könne ihm nicht zugemutet werden, wenn ein gewählter Betriebsrat wieder aufgelöst würde. Da sei der „Unruhe“ entschieden zu viel.

Texaco-Betriebsrat KB/Gruppe Hamburg

Sozialdemokratische „Säuberungsaktion“ bei „Arbeit & Leben“

Am 26. September wurde Diethard Kars, pädagogischer Mitarbeiter und BR (Betriebsrat)Vorsitzender von „Arbeit und Leben“ (A+L) von der Landesvereinigung A+L kalte gestellt. Dieser Coup wurde offiziell als „Beurlaubung“ bezeichnet, es hätte wohl dem DGB so schlecht zu Gesicht gefallen, den BR-Vorsitzenden seiner eigenen Bildungseinrichtung fristlos zu entlassen. Obendrein erhielt Kars Hausverbot (!) für die Räume des DGB (außer der Rechtsstelle).

Die Gewerkschaftsführer sind nun hingegen dabei, die Zerschlagung ganzer Gewerkschaftsstrukturen und Massenabschüsse linker Arbeiter zu ergänzen durch die „Säuberung“ gewerkschaftlicher Bildungseinrichtungen.

Die Kallstellung von Kars ist der neueste Schachzug der niederschleichen Gewerkschaftsrechten im Rahmen der Zerschlagung der letzten linken „Inseln“ im Dunstkreis des Gewerkschaftsapparats. Bemerkenswert ist allerdings bei A+L, daß es hier nicht um eine eigene DGB-Einrichtung handelt, sondern um eine Bildungsvereinigung mit der Volkshochschule, also eine am Rand des DGB angesiedelte Institution.

Verschärfte „Säuberung“ geplant

Offensichtlich ist eine größere „Säuberungsaktion“ bei A+L zu erwarten. Wärfür sprechen mehrere Anzeichen.

Bereits im Sommer hatte die IGM Osterverwaltung die Zusammenarbeit mit A+L aufgehündigt, da an

geblich eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ nicht mehr gegeben sei. Damit hatte der OV (Osterverwaltung) Vorsitzende und berufsamtliche Sozialpartner Kantenhardt den Startschuß gegeben. Bereits am 3. Juli legten die DGB-Führer noch ein Briefchen auf die pädagogischen Mitarbeiter wurden nachdrücklich darauf hingewiesen, daß A+L den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen“ des DGB unterworfen sei.



DGB Vorsitzender: Ärger bei der Arbeit

Einen Tag nach der Beurlaubung von Kars gab die A+L-Arbeitsgemeinschaft Leitungen „Arbeitskreis Richtlinie“ für die Beurlaubung von Mitarbeitern und Referenten heraus. (Unterzeichner: S. Krüger, DGB-Kreisvorsitzender und A+L-Befehlshaber (Stadl), deren zweifellos wichtigster Punkt dieser ist:

„Von den Mitarbeitern ... wird erwartet, daß sie die Beschlüsse und die Satzung des DGB als verbindlich anerkennen.“

• Berücksichtigt man die vielseitigen

Bemühungen der Gewerkschaftsrechten zur Formulierung der Organisation in eine sozialdemokratische Stützmaschinerie, werden die „Unternehmensbeschlüsse“ sicher eine Beschulung sein, die künftige A+L-Mitarbeiter zurechtstellen anerkennen sollen.

In der Manier schnüffelfinder Achtgroßchenjungs

Grund zu höherer Wachsamkeit ist nicht allein, daß Kars gefeuert wurde, – was die Kampagne gegen ihn einflüßte wurde, wußt ein bezeichnendes Licht auf die Mentalität jener Metiersozialdemokraten, denen die Freiheit des Verleumdungs und Lumpens das höchste verteidigungswertige Gut zu sein scheint.

Die Dreckskampagne inszenierte Albert Fiege, A+L-Vorsitzender Göttingen-Land und stellvertretender DKV-Kreisvorsitzender in einer Person. Dieser Mann lancierte im „Göttinger Tageblatt“ (GT) am 27. September einen Artikel mit der offenkundigen Absicht, Kars in die Nähe eines Kriminellen zu rücken, Fiege ist laut „GT“ schon im letzten Jahr „rückwärts“ geworden, daß Kars beim KBW mitarbeitete. Er sei Kars dann über Lohnabrechnungen „auf die Schliche“ gekommen.

Kontrollmatten für Referenten mitten mit Geschäftskontennummern der „Kommunistischen Volkszeitung“ des KBW übereingestimmt.

Im Gewerkschaftsraum habe man schon lange „nach Kanälen und verdächtigen Stellen“ gewacht. Fiege brüstet sich nun, die „Schallenteile“ gefunden zu haben. Um „sicher“ zu gehen, haben Fiege und Krüger Kars Post geöffnet, als dieser in Urlaub war!

Kars reagierte auf diese bewußt heftig und heftigsten Unterstellungen und betraute-kriminellen Schuß folpraktiken mit einer Gegenankündigung im „GT“ (28. Sept.), in der er u.a. zu den von Fiege behaupteten

Lohnabrechnungen schreibt, daß er sie gar nicht habe vornehmen können, da er gar nicht unterschreibungsrechtigt war.

Im übrigen hat Kars Anzeige wegen Verletzung des Postheimtums gegen Krüger und Fiege gestellt.

Soweit es sich bis jetzt überblicken läßt, will man Kars „einemehrheitlich“ möglichst weit weg aufs Land schicken, um ihn zu neutralisieren. Mit ihm sollen exemplarisch alle noch le-

genden Linken in den DGB-Bildungseinrichtungen eingeschüchtert werden – mit Methoden bis in die Fiege, die Achtgroßchenjungs alle Ehre machen.

Empörend an der Kampagne gegen Kars ist neben der frechen Demagogie Fieges noch die Tatsache, daß dieser Schöffel und Verleumder von den Geldern der Arbeiter lebt.

KAG Göttingen

KONTAKTADRESSEN des KB

- Bremerhaven
F. Kopsell
285 Bremerhaven 1
Postfachkarte 00 31 60
- Eutin
H. Lankau
242 Eutin-Großmannedorf
- Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postfachkarte A 02 26 83
- Frankfurt
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/B 90
Kurfürstendamm 8
- Hamburg
Postadresse
J. Reents
7 Hamburg 13
Rutschbahn 35
- Kiel
W. D. Schell
23 Kiel 1
Postfachkarte 098 831 A
- Oldenburg
Th. Propp
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITER KAMPF

- Bremen
Arnold Neugebhorn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Buchertisch
- Göttingen
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 19 Uhr
- Hannover
Alexander Rudnick
3 Hannover Linden 1
Postfach 60
- Lübeck
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Huxter 68
- Westberlin
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
7 Berlin 21
Stephanstr. 60
Weitere Vertriebsgruppen

Westberlin

Weitpert will 850 Druckerarbeiter auf die Straße schmeißen!

Ina Westberliner Druckhaus Tempelhof hat schon seit Anfang des Jahres verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen (siehe AK 46). Der letzte Angriff auf die Belegschaft war die Entlassung von 23 Kollegen, vornehmlich aus dem Tiefdruck, aber auch Kollegen aus Offset und Papierlagen. Das die nicht die letzten Maßnahmen der GL bleiben werden, beweist die Ankündigung einer neuen „Mitarbeiterbewertung“, noch der die Entlohnung der Kollegen nach ökonomischen Gesichtspunkten („Beitrag zur Mehrarbeit“), aber auch besonders nach politischen Gesichtspunkten („Verhalten gegenüber Vorgesetzten“, „Fehlzeiten“ und „Fehlverhalten im Hinblick auf die Arbeitsordnung“) betrieben werden sollte. Mit der beabsichtigten Einführung dieser politischen Entlohnung sollte dem Widerstand und den Kollegen gegen weitere und mit Sicherheit schärfere Maßnahmen von vornherein entgegengehandelt werden.

Weitpert droht mit Schließung des Druckhauses Tempelhof

Den Tiefdruck landeten Weitpert und sein Aufsichtsrat vor nunmehr zwei Wochen

Bude dicht oder 300 Entlassungen. Am Donnerstag, dem 12.9., erfuhren es die Kollegen der Spätschicht als erste. Der BR teilte mit, daß der Aufsichtsrat dem Herrn Weitpert folgenden Vorschlag hat:

Angesichts des „äußerst schwerwiegenden Weggangs“ der drei Zeitschriften „Neue Welt“, „Echo der Frau“ und „Frau“ (alle Verlag „Welt am Sonntag“), wird der Betrieb zum 31.12.74 geschlossen! Für den Fall, daß es weitergehen sollte, sei aber nicht sicher, daß der Betrieb wirklich am Leben erhalten werden könne, es könne genauso gut im nächsten Jahr die endgültige Pleite erfolgen. Macht der Betrieb zum 31.12.74 zu, so wird es wenigstens „dann“ möglich sein, zu

den könne, es könne genauso gut im nächsten Jahr die endgültige Pleite erfolgen. Macht der Betrieb zum 31.12.74 zu, so wird es wenigstens noch einen Sozialplan geben. Für die Zeit danach könne nichts garantiert werden.

Soweit die Information des BR. Das erste, was die GL dann am Freitag tat, war, ihre Abteilungsleiter rumschicken, die den Kollegen versicherten, daß die Schließung des Betriebes noch lange nicht beschlossene Sache sei, Weitpert wolle ja erstmal versuchen, die zur Weiterführung des Betriebes notwendigen Aufgaben zu beschaffen und damit wenigstens 500 Arbeitsplätze zu sichern (also 300 Arbeiter zu entlassen). In diesem Sinne verhandelte er mit Senat, Gruner & Jahr und Burda über Rückgewinnung bzw. Neubeschaffung von Aufträgen. Mit diesen „Informationen“ zogen die Kollegen im Wochenende für den darauffolgenden Montag wurde eine Betriebsversammlung angesetzt.

Die Betriebsversammlung

Welche der beiden Maßnahmen (Schließung oder Senkung der Beschäftigtenzahl auf 500) er nun ergreifen würde, darüber wollte Weitpert die Beschäftigten erklärend vorerst im Unklaren lassen. Auf der BV machte er seine Schritte von dem „noch laufenden Verhand-

lungen abhängig. Er behauptete, wie sehr es ihm am Herzen liegt das „Beile für alle“ zu erreichen. Neben dem Hinhalteeffekt versuchte er aber noch etwas anderes zu bewirken. Die Kollegen auf „seine Probleme“ zu orientieren.

Lang und breit „schilderte“ Weitpert („Kollegen, wenn ihr wüßtet, wie unglaublich hart die Konkurrenz ist!“) Und es gelte bis zum „bitteren Ende“ weiterzuarbeiten. Störaktionen seien jetzt sehr am Platze!

Diese Orientierung wurde flankiert von dem dramatischen Auftritt des Abteilungsleiters Bannher. Dieser Abteilungsleiter war bis vor acht Jahren ein recht reges und „kämpferisches“ BR-Mitglied gewesen. Die Kollegen reden heute noch positiv von ihm, wenn sie die „lahme“ Haltung des rechten BR-Vorsitzenden Epplé kritisieren.

Bannher's Engagement verschwand jedoch schlagartig, als er von der GL die Stelle des Verbandsabteilungsleiters angeboten bekam. Er legte die BR-Arbeit nieder und seitdem war nichts mehr von ihm zu hören gewesen.

Nun, mit einem Male, trat dieser Mann wieder auf den Plan, indem er rhetorisch (und unter großem Beifall der Kollegen) zuerst GL und BR „scharf angriff“ („Fehlentscheidungen“, „schlechte Informationspolitik“ etc.), dann aber vorschlug, zur Lösung der nun sicherlich anrollenden großen Probleme eine Kommission aus der eben noch „scharf kritisierten“ GL und dem BR zu bilden, die die Situation im „Interesse aller und des Betriebes“ bewältigen soll.

Der Vertreter der Gewerkschaftsführung, Ferlemann, unterstützte den Kurs der GL, indem er eindringlich auf die „äußerst miese“ wirtschaftliche Lage der Druckindustrie hinwies. Die Erhaltung des Betriebes sei unmöglich. Da könne man eben nichts machen.

Weitpert hielt dann das Schluß-

wort. Die Erhaltung des Betriebes sei unmöglich. Da könne man eben nichts machen.

Weitpert hielt dann das Schlußwort, das wiederum auf Hinhalten und Darstellen der „Unternehmerproblematik“ orientiert war, und sich durch nichts, was vage Andeutungen anbietet, von seinem ersten Beitrag unterschied.

Kollegen meldeten sich nicht zu Wort. Hatte es auf früheren BV's noch Stellungnahmen von fortschrittlichen Kollegen gegeben, so schwiegen sie dieses Mal.

Das hatte u.E. folgende Gründe: 1. Im Bewußtsein der Kollegen spielt immer noch der Standpunkt der Kapitalisten eine sehr große Rolle. Nicht „was müssen wir jetzt gegen den Angriff Weitperts auf unsere Arbeitsplätze tun“, sondern „was hätte Weitpert tun müssen, damit der Betrieb erhalten bleibt“ wurde überlegt.

2. Diese „politisch-ideologische“ Schwäche der Kollegen läßt ihren besonderen Ausdruck in ihrer passiven Unterstützung der Aussagen Bannher's. Einmal akzeptierten sie

die Orientierung auf die „soziale Marktwirtschaft“ und auf „Fehler“ im Rahmen einer auch für den Arbeiter positiven Gesellschaftsordnung, zum anderen begrüßten sie die „kämpferische“ vorgeschlagene Lösung, die Erledigung des „Problems“ Weitpert und BR vertrauensvoll zu überlassen.

In der Woche nach der Betriebsversammlung liefen Abteilungsleiter Meister und einige leitende Angestellte durch den Betrieb und bearbeiteten die Kollegen mit Ausführungen über die schwierige wirtschaftliche Lage der ganzen Branche, über die ungeheure Konkurrenz seitens der noch größeren Druckereien, über die möglichen „Fehlentscheidungen“ handlungsergebnisse mit Senat, Burda, Gruner & Jahr usw. auf.

So versuchte die GL, die Kollegen „einmal von ihren eigenen Problemen abzuholen“, zum anderen Weitpert zu einer „tragischen“ Gestalt zu machen, der eigentlich weitermachen wollte, aber den Gesetzen des Marktes gehorchend, absolut nicht weitermachen könne. Nur die „Verhandlungen“ können noch die Wende für 500 Kollegen bringen. Konkrete „Verhandlungsergebnisse“ wurden selbstverständlich nicht benannt, die zweite angesetzte BV zum Thema wurde immer wieder verschoben („weil die Verhandlungen immer noch laufen“).

Druß-Landesbezirksvorstand greift ein

In einer Presseerklärung betonte der Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier, daß es alles daran zu setzen werde, wenigstens die 500 Arbeitsplätze „zu sichern“, die bei Weiterarbeit übrig blieben. Die Entlassung von mindestens 300 Kollegen war also schon von ihm akzeptiert. Was die Gewerkschaft, vertreten! allerdings unter „nichten“ verstehen dazu noch später.

Auf einer zum Thema einberufenen Funktionärerversammlung, erhohte der Vorsitzende „Kollege“ Ballentin, ab, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, da dort sowieso immer dieselben reden würden, und, was das für Leute seien (nämlich die „Roten“), das wisse man in zuwei-

zuberufen, da dort sowieso immer dieselben reden würden, und, was das für Leute seien (nämlich die „Roten“), das wisse man in zuwei-

Her wird ganz klar mit antikomunistischer Hetze (gegen die „Zerredner“ der gewerkschaftlichen Diskussion gegen die „Roten“), die durch ihre Beiträge eine konstruktive Arbeit wohl unmöglich machen) ein demokratisches Recht abgebaut. Die Mitgliederversammlung als Forum der Kollegen.

Von dieser Mitgliederversammlung sind in den letzten Jahren z.T. sehr fortschrittliche Impulse ausgegangen (lineare Tarifforderungen, Resolution gegen den Ausschuß von Metke und Reisser, etc.). Dieses Gremium ist zwar nicht beschlußfähig, aber hier bestand zumindest die Möglichkeit einer Diskussion über die Aufgaben der Druckarbeiter unter den Kollegen breit zu führen. Leider der Gewerkschaft darf an der MV teilnehmen!

Es ist also eine der Aufgaben der Druckarbeiter, diese Versammlung umgeben herbeizuführen.

Die zweite Betriebsversammlung – ein Schritt zur „Betriebsgemeinschaft“ oder zum Widerstand der Arbeiter?

Kurz vom Einberufen der zweiten Betriebsversammlung vorläufig

lichte die GL zwei Vorgehensmaßnahmen, in denen neben dem nochmaligen Schließen der so miesen Ertragslage und der darauf folgenden Schließung erstmalig die Alternative „Konkret“ formuliert wurde.

Für den Fall, daß nicht geschlossen wird, sei mit überstürzten Einsparungen zu rechnen die Beschäftigtenzahl und Arbeitsbedingungen müßten der Ertragslage angepaßt werden.

Am Tage der zweiten BV hatte die GL noch eine Überraschung für die Kollegen bereit.

Alle Arbeiter und ein Teil der Angestellten erhielten ihre Kündigung (mit Vorbehalt) zum 22.12.74. Damit schenkte die Schließung beiseite dem Kündigungsschreiben beigefügt war der Einspruch des BR („aus arbeitsrechtlichen Gründen“).

Zur BV war Prominenz geladen. Ein Vertreter des Wirtschaftsensors, Druß-Landesbezirksvorsitzender Ballentin und der stellvertretende Präsident des Westberliner Abgeordnetenhauses Peter Lorenz (CDU). Letzterer wurde bei Namensnennung jedoch nicht mit Beifall bedacht, vielmehr kamen Mißfallensäußerungen wie Buhrufe und Pfiffe. Daraufhin verzichtete Herr Lorenz, kritisiert offenbar auf seinen Redebeitrag, die ganze Versammlung verbrachte er als Zuschauer.

Kapitalist Weitpert betonte noch einmal, daß es keine Unterbrechungen der Produktion geben darf. Ob es weitergeht oder wie es weitergeht, darüber sagte Weitpert nichts durch fest, da jene „Verhandlungen“ immer noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Zur Rettung des Betriebes aber sei es nötig, daß „alle die Ärmel aufkrempeln und anpacken“. Hierfür gab noch keinen Beifall der Kollegen (auch nicht nach der Aufforderung von Betriebsrat Epplé, wenigstens Höflichkeit beifall für die Aussagen Weitperts zu geben (!). Dem folgte nur eine vereinzelt, aber emphatisch klatschende Angestellte, die mangels Gefolgschaft aber abrupt abbrach.

Der Senatvertreter gab an, daß der Senat seinen Teil zur Erhaltung des Betriebes beitragen wird. Die Auszahlung der Septemberlöhne z.B. sei nur durch eine Finanzspritze des Senats möglich gewesen (!!).

des Betriebes beitragen wird. Die Auszahlung der Septemberlöhne z.B. sei nur durch eine Finanzspritze des Senats möglich gewesen (!!).

„Kollege“ Ballentin gab seiner „Befürchtung“ Ausdruck, daß die Andeutung im Rundschreiben der GL in puncto Weiterarbeit bedeuten könne, daß nur noch Tariflöhne bezahlt werden sollen. Das gehe natürlich nicht. Mäßiger Beifall.

BR-Epplé entwickelte Weitperts Linie des „gemeinsamen Anpackens“ weiter. Beim „Ärmelaufkrempeln“ wird der BR nicht der letzte sein, wird er erwarten, daß Weitpert die Ärmel bis über die Ellenbogen aufkrempelt.

Dieser „unternehmerkritische“ Appell an die „Betriebsgemeinschaft“ erhielt einen für Epplé ungewöhnlichen Beifall.

Auf die Spitze trieb es Abteilungsleiter Bannher. Nachdem einige fortschrittliche Kollegen Stellung bezogen hatten, hielt er praktisch eine Art Schlußwort. Heute sei das öftem-

mal nicht nur reden, sondern sollte es auch tun. Sein Vorschlag die Kollegen arbeiten erstmal für weniger Lohn und bekommen für die Lohndifferenz Quittungen, die, wenn es dem Betrieb wieder besser geht, in bare Münze getauscht werden sollen. Mit anderen Worten: Wenn's dem Betrieb schlecht geht, greifen die

Arbeiter „ihrem“ Kapitalisten einhaken unter die Arme. Ein kleiner einseitiger Kredit von jedem macht insgesamt eine große Summe. Der Kapitalist wird's auch können, wenn es ihm wieder besser geht.

Was wurde nun von den Kollegen dieser Orientierung auf die „Betriebsgemeinschaft“ entgegengesetzt? Fünf Kollegen meldeten sich zu Wort. Ihre Beiträge waren im großen und ganzen durchaus fortschrittlich (Druckhaus sei „typisch für die kapitalistische Ordnung“, der Arbeiter war zwei Weltkriege gut genug zum Kriechen, jetzt und wir gut genug, um auf der Straße zu sitzen“, „der Gewerkschaftsvorstand istst uns im Stich“ usw.).

Zum anderen jedoch waren die Äußerungen der Kollegen mehr ein Konstatieren ohne Konsequenzen, zudem die Aussagen sehr reformistisch geprägt waren („unverantwortliches Verhalten des Unternehmens“, „Jetzt könnten wir die echte Mitbestimmung sehr gut brauchen“).

Nur ein einziger Kollege hatte sich auch Gedanken über die notwendigen Forderungen der Belegschaft gemacht und einen Vorschlag unterbreitet (DM 4.000,- Sockelbeitrag für jeden entlassenen Kollegen, weitere DM 2000,- pro Jahr Betriebszugehörigkeit).

Die antikapitalistischen Äußerungen wurden mit viel Beifall aufgenommen, das gleiche galt auch für die reformistischen Aussagen. Die Forderung wurde sehr widersprüchlich aufgenommen, vereinzelt offene Zustimmung, größtenteils jedoch als etwas zu hoch und „unrealistisch“ eingeschätzt. Die meisten Kollegen äußerten in den darauffolgenden Diskussionen in den Abteilungen, daß man zwar endlich etwas tun müsse, aber niemand wußte, in welcher Richtung. Kampfmaßnahmen seien doch nicht möglich etc. Die Beiträge der fortschrittlichen Kollegen hatten offenbar der Desorientierung der Kollegen nicht entgegenwirken können.

Bannher organisiert im Weitpert'schen Sinne die „Betriebsgemeinschaft“

Bannher organisiert im Weitpert'schen Sinne die „Betriebsgemeinschaft“

Die GL hatte ihr Ziel auf der BV deutlich beim Namen genannt „Betriebsgemeinschaft“.

Die Desinformation, das Orientieren auf „Unternehmensprobleme“ sollte die Diskussion der Kollegen falsch machen. Das ist z.T. gelungen. An dieser Ausrichtung wird nun als „neue“ Störkraft die „Volkswirtschaftsdeologie“ angehängt. Alle müssen anpacken, jeder muß Verzicht leisten.

Die neueste Information der GL ist, daß es nun doch weitergehen soll. Unter weichen Bedingungen es für die Kollegen weitergeht, das kann man nur ahnen, wenn man weiß, daß Abteilungsleiter Bannher bereits mit Unterschriftenlisten herumzieht, um Kollegen für seinen reaktionären Vorschlag zu gewinnen. Der Verzicht soll zu einer Bewegung werden, die „verschoren Druckhausgemeinschaft“ im Kampf gegen List und Tücke der Konkurrenz ist. Das angebliche Ziel ist abzuweichen, daß die GL in diesem Zuge gleichzeitig die direkte Disziplinierung der Belegschaft vorantreiben wird (Einführung der „Mitarbeiterbewertung“).

Druckgruppe KB/ Gruppe Westberlin

Hamburg:

Wie im Großen, so im Kleinen: DJU-Vorstand schießt nach links

Am 23.9. ist die Mitgliederversammlung der DJU (Deutsche Journalistenunion in der IG Druck Papier) ebenso wie die Delegiertenversammlung eine Woche später – geplant!

Sie wurde noch vor Eintritt in die Tagesordnung nach anderthalb Stunden abgebrochen, weil der DJU-Vorstand auf gar keinen Fall, daß den wollte was die offenkundige Mehrheit der Anwesenden wünschte eine Diskussion über die erfolgten 12 Ausschüsse aus der IG Druck und Papier und das Verhalten des DJU-Vorstandes in diesem Zusammenhang.

Drei der ausgeschlossenen Kollegen nahmen an der Mitgliederversammlung teil.

Anderthalb Stunden lang suchte der Vorstand mit immer neuen Spitzfindigkeiten zu beweisen, daß die Mitgliederversammlung zwar beschließen dürfte (was aufgrund eines früheren Beschlusses ohnehin üblich war), Güte zur Mitgliederversammlung (MV) auszuweisen, daß aber Ausschüsse niemals Güte sein könnten.

Ein anderslautender Antrag sei satzungswidrig und dürfe nicht abgestimmt werden.

Auf die Frage, was das bestimmte, erklärte Brumm: „Wir stellen das als Vorstand fest.“

Der Kollege, der den entsprechenden Antrag gestellt hatte, zog ihn daraufhin „unter Protest“ zurück.

Nun stellte Brumm selbst den Antrag auf Zulassung von Gästen mit dem Zusatz: „wobei ich die drei Ausschüsse nicht als Gäste betrachte.“

Diese Formulierung empörte die Mehrheit der Kollegen. Trotzdem stellte der Vorstand den Antrag zur Abstimmung. Das Ergebnis niemand, auch nicht Brumm, unterstützte den Antrag, viele stimmten dagegen oder enthielten sich. Dieses eindeutige Votum gegen die Brumm'sche Fälschung wurde vom Vorstand „als nicht in ein Votum gegen die Zulassung von Gästen über Haupt“.

Brumm ist – nebenbei bemerkt – das nun folgende Rollen spiel. Während der Hamburger Dru-

sführer Heinz Wolf in seinem getrennten Heftblatt, das er nach der von ihm ausgelösten Delegierten Versammlung breit verteilte, den uninformierten Kollegen außerhalb der DJU die Versuchung aufzuleisten, die Mehrheit habe sich gegen die Anwesenheit von Gästen ausgesprochen, wachte der DJU-Vorstand so doch nicht, diese offenkundige Lüge vor den DJU-Kollegen zu verteidigen.

Im „Info 8/74“ heißt es: „Auf unserer letzten MV wurde versucht, satzungswidrig Abstimmungen zu erzwingen, um ausgeschlossene Mitglieder Teilnahme und Redeerecht zu verschaffen. Trotz mehrfacher Aufforderungen waren die im Räume anwesenden Ausschüsse nicht bereit, die Versammlung zu verlassen. Deshalb war der Vorstand der DJU gezwungen, die MV vor Eintritt in die Tagesordnung zu schließen.“

Die Behauptung des Satzungsverstoßes ist offensichtlich ein Blödsinn, nach der Satzung ruhen sämtliche Rechte und Pflichten eines ausgeschlossenen Mitglieds auf einer Ge-

werkschaftsmitgliedschaft. Das ist so, wie es aber naturgemäß gerade kein Mitgliedrecht existiert, daß hier ein überaus fadenscheiniger – Vorwand gesucht wurde, die Auseinandersetzung mit den Ausschüssen zu verhindern.

Wer wurde ausgeschlossen?

Nahmen wir St. St., den ehemaligen Betriebsrat bei Springer, der sich als einer der wenigen um die Belange der Angestellten kümmerte und dessen Aktivität es zu danken ist, daß die IG Druß zum ersten Mal im Betriebsrat die Mehrheit stellte.

In einem abgekarteten Spiel zwischen dem reaktionären BR Vorstand Jürgen, der Springer-Gewerkschaftsleitung und der Druß-GL wurde St. St. aus dem BR (Betriebsrat) katapultiert. Er wurde als Kandidat gehandelt, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und schließlich auch aus dem Betrieb gefeuert.

Oder Bj R, ehemaliger Vertrauenssprecher bei Brock und Chr B, Jugendvertreterin bei Bro-

schek. Sie beide haben wesentlich dazu beigetragen, daß ein Vertrauensentwurf in diesem Betrieb überhaupt erst aufgenommen wurde. Nach dem Ausschuß beider und dem Raumschuß des Kollegen R. aus dem Betriebsrat ist die VK-Arbeit vorerst liquidiert.

Oder unsere DJU-Kollegen U.K. ihrem Einsatz ist es zu verdanken, daß zum erstenmal und gegenüber sensiblen 1.5 maligen im Nord gegen geplante Massenveranstaltungen kollektiven Widerstand leisteten – und die Forderungen mindestens brachten.

Sind das etwa die „Söhne gutachter Bürger“, die „mit um der Spiel der Revolution bereiten“ wollen wie Heinz Wolf in seinem Heftblatt schreibt? Sind das diejenigen, die für ihre Ziele einspannen wollen, nur „nützliche Idioten“ sein? (sogar, daß die Wirklichkeit betrachtet, offensichtlich).

Journalisten Gonnemann KB/Gruppe Hamburg

DruPa-Führer auf hartem Spalter-Kurs!

Nach einem knappen halben Jahr Zwangsurlaub land am 10.9 die erste Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier. Diese Versammlung stand im Zeichen der Massenabschlüsse und der Rationalisierungspläne in der Hamburger Druckindustrie, sowie dem von den DruPa-Führern im Juni vollzogenen Massenaustritt von 12 (!) linken Gewerkschaftern und Kommunisten! Bevor die Kollegen überhaupt die Möglichkeit hatten, diese Fragen zu diskutieren, brach der Vorstand die Versammlung ab! Als Vorwand diente ihm die Anwesenheit einer ausgeschlossenen Gewerkschaftsfraktion!

Nach in der selben Woche ließen Heinz Wolf und Co eine kostspielige antikommunistische Schmähschrift „Was wollen die Chausen“, die wortwörtlich von den ÖTV-Führern übernommen ist (deren Schmutzstück wiederum auf die kleine Vorlage von „Lügenbaron“ Freiherr von Koderitz, Hamburger IG Chemie-Führer, zurückgeht), massenhaft in den Betrieben verteilen. Die selben Spaltungsmaschinen und ein ähnliches Flugblatt hatte schon eine Woche vorher der „linke“ DJU (Journalisten in der DruPa)-Vorstand verbreitet, der damit wohl sein Gesandtschaft im Form einer Vorführung abgeliefert hat.

Vorstand läßt Versammlung platzen

Gleich zu Beginn der Delegiertenversammlung am 30. September kam Ortsvereinsvorsitzender Wolf auf die 12 Ausschlüsse zu sprechen, und das hörte sich etwa so an: Im Frühjahr hätten sich verschiedene linksradikale Gruppen in der ALTERNATIVE zusammengeschlossen und die Arbeit in der Delegiertenversammlung (DV) fortgesetzt. Nachdem sie sich regelmäßig getroffen und Informationsblätter gegen den Vorstand herausgegeben hätten, habe der Landesverbandsrat (LVR, unter Vorsitz Wolf!) auf Antrag des Ortsvereinsvorsitzenden (unter Vorsitz Wolf!) gegen zwölf Kollegen in Hamburg und einen in Lübeck den Ausschluss beschlossen. In den Flugblättern werde veröffentlicht, den Ausgeschlossenen sei rechtliches Gehör verweigert worden.

Es ist schon toll, wie hier Tatsachen verdreht werden, daß sich die Balken biegen!

Tatsache ist, daß der Vorstand am 3. Juni 11 Kollegen mitteilte, daß er beabsichtige, diese auszuschließen und daß die DV Gelegenheit zu rechtlichem Gehör am 11. Juni verhielte. Da diese „Vorladung“ für die Betroffenen zu einem Canons unter Ausschluss der Öffentlichkeit werden sollte, legten sie gemeinsam mit der ALTERNATIVE fest:

„Wir werden uns nicht der Gewerkschaftsführung anverleihen und uns nicht für ihr rechtfertigen.“

Wir werden die Gewerkschaftsführer auffordern, das beabsichtigte Ausschlußverfahren vor der Ge-

werkschaftsöffentlichkeit auszuweichen.

Wir werden uns nicht auseinanderdividieren lassen, sondern uns das Recht nehmen, auch weiterhin mit dem Arbeitskreis ALTERNATIVE geschlossen aufzutreten und die Mitglieder zu informieren.“

Nachdem Wolf erst einmal die Tatsachen auf den Kopf gestellt hatte, diffamierte er den Versuch der Ausgeschlossenen, gemeinsam mit 70 weiteren Kollegen das Verfahren öffentlich zu machen und zur Unterbrechung ihrer berechtigten Forderung in das Hotel zu gehen, in dem der Ausschluss vollzogen werden sollte, als „kriminalen Akt“.

Diesen Versuch der Kriminalisierung linker Gewerkschafter verband er denn auch noch mit der Drohung, den angeblich entstandenen Schaden in Höhe von 4500 DM (!) von denen, „die sich als Derbissanten des Aufmarsches gezeigt haben“ einzutreiben.

Nach dem Versuch (zwischen 12 linke Gewerkschafter durch den Ausschluss zu isolieren und durch Veröffentlichung der Namen und Adressen (!) den Kapitalisten die Betroffenen zum Ruin zu antreiben, sollen die Ausgeschlossenen nun auch finanziell ausgeblutet werden! Verschärft wird dieser Angriff noch dadurch, daß gezielt drei Kollegen bedroht werden in der Absicht, diese härter zu treffen und aus der Gruppe der Ausgeschlossenen möglichst herauszubrechen!

Die Ausgeschlossenen müssen darauf achten, daß sie nicht nur geschlossen diesen Angriff von der finanziellen Seite zurückweisen, sondern grundsätzlich jeden Versuch einer Aufspaltung – und damit Schwächung – zurückweisen und bekämpfen!

Der Anlaß der Spaltung

Der Anlaß der Spaltung

Nachdem die vollzogenen Ausschlüsse bis heute in keiner Weise von den DruPa-Führern begründet worden sind, nicht der Funke eines Beweises für ein angeblich „gewerkschaftsfeindliches Verhalten“ der zwölf vorgelegt wurde beschlossen die betroffenen Gewerkschafter ihr Recht auf offene, demokratische Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaft geltend zu machen u.a. dadurch, daß sie ihre Teilnahme an der DV geschlossen und entschlossen durchsetzen wollten! Was die Geschlossenheit angeht, so gehen die politischen Differenzen, die zur Spaltung der ALTERNATIVE geführt haben (s. AK 49, S. 17) auch durch die Reihen der Ausgeschlossenen. Eine Absprache der 12 kam nicht zustande. Was die Entschlossenheit

angeht, ließ sich die Mehrheit der Kollegen vom Anblick zweier älterer Zerkerer an der Eingangstür zur DV, sowie von den Anwesenheit des offensichtlich als Schläger avancierten Betriebsratsvorsitzenden von AUERDRUCK, Heinemann, einschüchtern! Während diese Kollegen und Genossen sich nun auf verbalen Protest beschränkten, gelang es einer ausgeschlossenen Kollegin, das entstandene Wirrwarr zu nutzen – und an den verdutzten Zerkerern vorbei – in den Saal zu gelangen!

Unterdessen hatte ein Delegierter im Saal den Antrag gestellt, „daß die Ausgeschlossenen mindestens bei der heutigen Sitzung noch anwesend sein dürfen, damit wir selber hören und uns ein Bild machen können.“

Begründet wurde der Antrag u.a. damit, daß die DV im Frühjahr schon einen Beschluss mit 65 39 Stimmen gefaßt habe, daß der Vorstand den Ausschlussantrag gegen das AUER-Betriebsratsmitglied W. zurücknehmen solle.

Zwei weitere Redner unterstützten diesen Antrag, und forderten dann die im Saal anwesenden ausgeschlossenen Kollegen auf, das Wort zu ergreifen! Was diese dann auch entschieden tat!

Kaum hatte sie begonnen zu sprechen, drehte ihr der Vorstand das Mikrofon ab, was auf scharfen Protest bei einem Teil der Anwesenden stieß! Heinz Wolf forderte dann „den Eindringling“ auf, den Saal zu verlassen und drohte mit der Polizei! Diese Provokation Wolfs steigerte die Unruhe im Saal.

Das Spaltungsmanöver

In dieser Situation landete Wolf einen demagogischen Schachzug, der die Mehrheit der anwesenden, empörten Kollegen selbst in die Falle

zu den Problemen, die sich für die Kollegen stellen, Stellung beziehen und weiterhin sich an den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen beteiligen.

„Da ich nicht die Absicht habe, die Polizei zu holen, gebe ich der ehemaligen (!!) Kollegin noch einmal Gelegenheit zu entscheiden, ob die DV stattfinden kann oder nicht. Ich bedauere außerordentlich, daß wir wegen einer einzigen Person eine so wichtige Sache wie die Lage in der Hamburger Druckindustrie nicht besprechen können.“

Demagogisch spielte Wolf die Frage der Ausgeschlossenen gegen die alle Kollegen betreffende Diskussion über die Lage der Druckindustrie aus. Er spitzte diese demagogische Alternative noch zu, indem er das „Nicht zustandekommen der Rationalisierungsdiskussion“ auf die Anwesenheit „einer ehemaligen Kollegin“ zurückführte!

Erschert wurde ihm dieser Dreh dadurch, daß

Die Mehrheit der Kollegen die Verlogenheit des Vorstandes nicht durchschaut, wenn dieser „angereichte der Situation in der Druckindustrie die Solidarität aller“ fordert, wogegen diejenigen als „Gewerkschaftsfeinde“ diffamiert und ausgeschlossen werden die in der Auseinandersetzung immer den Standpunkt vertreten haben, daß die Solidarität im gemeinsamen Kampf für unsere Interessen entwickelt werden muß, und daß eine unabhängige Voraussetzung dafür die breite demokratische Auseinandersetzung um den richtigen Weg ist!

Die anwesenden Linken und Kommunisten im Saal suchte nicht in der Lage waren, die Demagogie dieser „Alternative“ Wolfs zu entlarven und zurückzuweisen.

Angesichts dieser Situation wäre es klüger gewesen, wenn die ausgeschlossenen Kollegen sich unter Protest aus dem Saal zurückgezogen hätte, jedoch nicht ohne vorher deutlich zu machen, daß es nicht im Interesse der Ausgeschlossenen liegt, wenn diese im Interesse der Kollegen notwendige Auseinandersetzung über die anstehenden Rationalisierungen und Massenentlassungen durch ihre weitere Anwesenheit verhindert wird.

Stattdessen entschloß sich die Kollegin zum Bleiben. Daraufhin erklärte Wolf die DV für beendet! Das Spaltungsmanöver war gelungen!

Für die Ausgeschlossenen kann das aber nicht heißen, aufgrund dieser Niederlage weiterhin auf ihr Recht auf Teilnahme an der DV zu verzichten. Es kommt darauf an, daß sie sich zur nächsten Versammlung besser vorbereiten, indem sie

geschlossenen auftreten

durch eigene Informationsblätter zu den Problemen, die sich für die Kollegen stellen, Stellung beziehen

in der täglichen Praxis im Betrieb sich nicht isolieren lassen, sondern gemeinsam mit den Kollegen innerhalb und außerhalb der DRUPA die Auseinandersetzung zu führen

Dabei gilt es immer wieder deutlich zu machen, daß die Spalter der Gewerkschaften jene Leute sind, die ohne zu zögern die Organisation kampfunfähig machen, indem sie die Auseinandersetzung um eine im Interesse der Kollegen notwendige Politik mit allen Mitteln verhindern und auch vor Massenabschlüssen nicht zurückweichen, wenn sie glauben, damit antikapitalistische, klassenbewußte Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung unterdrücken zu können

Und die Schande der DKP

Das Spaltungsmanöver des Vorstands war bei vielen Kollegen auf Empörung gestoßen, dabei aber nicht so sehr unter dem Blickwinkel, daß es sich hier um ein Spaltungsmanöver handelt, sondern mehr unter dem Aspekt „Wollte die Ausgeschlossene es denn lassen sollen? Anderen dagegen die „einsige Partei der Arbeiterklasse“, die DKP! Sofort nach Abbruch der Versammlung griffen die Revisoren die ausgeschlossene Kollegin an. „Spalter, Provokateur – das kannst du mal sehen, was du angestellt hast. Wegen sich kommen wir nicht zur Diskussion über die Rationalisierungen...“ Die DKP haut voll in den Vorstands Kerbe. Besonders hervorgehen haben sich zwei „linke“ Betriebsräte von Springer, die besonders entrüstet waren, wo doch bei Springer rationalisiert wird. Auf den Vorschlag eines Kollegen, sich durch diese Provokation Wolfs nicht daran hindern zu lassen, gemeinsam die Fragen der Rationalisierungen sowie der Ausschlüsse zu diskutieren, hatten diese beiden kein Interesse mehr. „Wir gehen lieber in Bier trinken.“

Sprache und gewann was einer Ecke, die im offiziellen DKP-Sprachgebrauch „marxistisch“ ist, moralische Unterstützung. Sehr affig half der KBW mit, der ALTERNATIVE („wir haben ja schon immer gesagt, das ist spalterische RGO-Politik!“) die Schuld für die geplante DV in die Schuhe zu schieben. Überraschend ist eigentlich nur, wie schnell der Abstieg des KBW in den rechten Stumpf gegangen ist. Quo Vadis KBW?

Nachdem die DKP wohl festgestellt hat, daß viele Kollegen das Vorgehen des Vorstandes als „undemokratisch“ ablehnen, mußte ja wohl oder übel auch der Vorstand „kontrolliert“ werden. In der Springer-Beizeitung der DKP Nr. 5 hört sich das dem so an:

„Wir unterstützen nicht diese Provokation (!) der Kollegin. Wir verstehen es aber, daß der Ortsvereinsvorsitzende Heinz Wolf die Versammlung mit einer so wichtigen Tagesordnung zugunsten (!) der Auseinandersetzung der Linksoptionisten abreicht.“ (Seite 6)

Nach der obligatorischen Abgrenzung (Seite 6).

Nach der obligatorischen Abgrenzung nach links wird der Vorstand dahingehend kritisiert, daß er den Kommunisten so viel „Wert beizumessen“ keine Kritik dieser Pseudo-„Kommunisten“ am Massenaustritt – im Gegenteil! In ihrer September-Ausgabe unterstützt die DKP noch die Ausschlüsse, indem es dort heißt:

„Die sich kommunistisch nennen den Gruppen von Schläger wie KPD, KB, KBW, KPJ/ML nehmen eine gewerkschaftsfeindliche Haltung ein... Objektiv bezogen die gegenwärtige RGO und andere Gruppen... das Geschäft der politischen Rechten.“ (Nr. 4, Seite 6)

Bleibt nur noch zu erwähnen, daß dieses Zitat die Antwort auf die Frage nach der Meinung der DKP zu den 12 Ausschlüssen ist.

Druck-Komitee KB-Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsorgan verleumdete Kollegen

Ein Bubentückel besonderer Art hat sich die Redaktion des vom Hauptverband der IG Druck und Papier herausgegebenen Verbandsorgans der djv „die feder“ geleistet. In einem anderthalb Seiten langen Artikel in der jüngsten Ausgabe (Nr. 10/1974) läßt sich ein Günter Baumann über das Thema „Heimat“ und auch für die Leser, Zuhörer, Zuschauer und Beschriebene“ mit Anlaß und Vorzeichen der „Neue Heimat“ darin heißt es u.a. „Aber es gibt noch eine ganz andere Art von Journalismus, nämlich diejenigen, die es aus mancherlei Gründen gar nicht erst für notwendig halten, mit den Betroffenen, über die sie schreiben, zu reden. Als einer von mehreren sei hier der Hamburger Journalist Dieter Stäcker genannt, der vor einiger Zeit bei der Hauptbestimmungsfähigkeit in der Kfz-Industrie einen in allen wichtigen Punkten falschen Bericht an den „Vorwärts“ und leicht vorurteil auch an andere Zeitungen geschickt hat. Stäcker ist nie auch nur zu einem einzigen Informationsgespräch bei der „Neuen Heimat“ gewesen.“

Man kann sich leicht aussuchen, was es für die berufliche Tätigkeit eines Journalisten bedeutet: wenn man – in der Zeit, die ihm zugeordnet ist – unterstellt wird, einen „in allen wichtigen Punkten falschen

Bericht“ geschrieben zu haben und sich darüber nicht einmal informiert zu haben.

Eine Schuldigkeit der „feder“? Ein bedauerlicher Ausrutscher, der in der Hitze der Arbeit mal passiert sein kann? Hans Böttner, der zu der Zeit ständige Redakteur der feder war, hat auf der Mitgliederversammlung der IG am 14. Oktober diesen Vorwurf zurückgewiesen. Er habe Stäcker ja nicht gekannt, es sei auch nur ein Leserbrief gewesen, er sei mit der Herstellung von zwei Zeitungen überfordert gewesen, er habe den Günter Baumann auch nicht gekannt. Aber man wolle auf keinen Fall eine Resolution fassen, sondern der Kollege Stäcker solle gegen die „feder“ klagen, damit die Vorwürfe geklärt werden.

Diese Antworten nahmen ihm die Kollegen zu recht nicht ab. Dieter Stäcker ist als Korrespondent der beiden Frankfurter Rundschau und der Kollegen ebenso bekannt wie der ehemalige Münchner Korrespondent Eckart Spoo. Daß der Artikel von Baumann nur ein Leserbrief war, dieses Märchen konnte Böttner den Kollegen nur aufhellen, weil die meisten die feder nicht richtig kennen haben. Der Jacke Hamme, aber ist die Person des Günter Baumann. Dieser hat nämlich Referatsleiter Öffentlichkeitsarbeit, also Public Relations, des Großunternehmens

„Neue Heimat“. Der Chef jener Abteilung also, die ständig mit allerlei Besichtigungswenken wie Einladungen zu populären Festen und luxuriösen Bootfahrten einern und manchen Drohungen andererseits Journalisten dazu anhält, positiv über die „Neue Heimat“ zu schreiben. Kein Journalist, der schon länger als ein paar Tage in der Branche arbeitet, weiß nicht, was Günter Baumann ist. Absolut denkbar, daß ein Mann wie Hans Böttner ihn nicht kennen sollte. Zumal dieser Herr Baumann schon mal einen unbezahlten Public Relations Artikel in der „feder“ veröffentlichte. Dieser Artikel hatte die Kollegen hatten das seinerzeit schon heftig kritisiert. Herr Baumann hat also auch diesmal wieder eine unbezahlte Anzeige der „Neuen Heimat“ verfasst haben.

Aber das ist nur eine Seite der Medaille. Der wichtigste Aspekt ist noch ein anderer: Dieter Stäcker ist ein liberaler Journalist. Er war einer der wenigen, die sich bei dem Ereignis in der Elektrobranche um eine Berichterstattung bemüht haben, die die Interessen der Arbeitnehmer selbst verständlich den Unternehmerinteressen entgegensteht.

Dieser Kollege soll jetzt in einer eindeutig konzentrierten Aktion zwischen dem Großkonzern „Neue Heimat“ und der Gewerkschaftsführung eingeschüchelt, wenn nicht mundtot gemacht werden.

Die Mitgliederversammlung der djv hat in einer bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme angenommen Resolution an den Gewerkschaftstag das Vorgehen der „feder“ mißbilligt. Journalisten-Zelle KB/Gruppe Hamburg

Carl Zeiss-Stiftung (Mainz und Oberkochen): Raub der Pensionsgelder der Kollegen geplant

Ein Angriff auf die Pensionsgelder der ca. 14.000 Beschäftigten der Carl-Zeiss-Stiftung in Mainz und Oberkochen (Hessen/Württemberg) plant die Geschäftsleitung dieser Betriebe. Nach den bisherigen Bestimmungen der Stiftungsstatuten steht zum Beispiel einem Arbeiter oder Angestellten nach 40-jähriger Betriebszugehörigkeit 90 % seiner Bruttolohns als Pension zu, dies ist auch in den Arbeitsverträgen der Kollegen verankert. Möglich war dem, daß die Pensionsrücklagen bei der Zeiss-Stiftung bei 7 % liegen, wohingegen in der Industrie nur ein Durchschnitt von 0,6 % üblich ist.

Diese Gelder will die Geschäftsleitung jetzt jedoch drastisch reduzieren, um sie ebenfalls für den Profitvertrieb nutzbar zu machen. Dazu bedarf es aber der Unterschrift des Betriebsrats unter eine entsprechende Betriebsvereinbarung.

Diese Herren wissen wohl, wie IG Metall und IG Chemie und damit grundsätzlich einverstanden unter der Voraussetzung, daß die Geschäftsleitung die paritätische Mitbestimmung einführt wird.

In den Verhandlungen ist man sich auch schon darüber einig geworden, wie der Raub an den Pensionsgeldern auszuheben soll. Die Stiftungsbeschäftigten hätte nach der geplanten Neuregelung nach 35 Jahren Tätigkeit einen Anspruch auf 75 % seiner Netto-Bezüge. Das bedeutet eine erhebliche Verschlechterung.

Abgeschlossen wurde der Kuhhandel nur deshalb noch nicht, weil die Zeiss-Geschäftsleitung keinen außerbetrieblichen Gewerkschaftsvertreter bei dem sonst paritätischen Modell der Mitbestimmung akzeptieren will.

Es gehört schon eine beachtliche Portion Verkommenheit mitens der Gewerkschaftsführer dazu, zugunsten der Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten zu opfern. Aber an diesem Beispiel zeigt sich erneut, daß man den Gewerkschaftsführern in dieser Hinsicht nicht zu wenig vertrauen sollte.

KB-Gruppe Frankfurt Braunschweig Metall

Die Personalsituation zu Beginn des neuen Schuljahres

„Die Lage ist generell nicht so schlimm, aber an einzelnen Schulen ist es doch aus.“ So Oberlehrer H. H. Meck vier Wochen nach Unterrichtsbeginn (Weiser-Kurier, WK) 17. 8. 74. Im Frühjahr kamen auf 60 Planstellen nach 180 Bewerbungen nur 100 Bewerberinnen. Auch zum Schulbeginn im August waren sowohl die finanziellen Mittel als auch die personellen Mittel bereitgestellt, aber eine ausreichende Zahl von Bewerbungen war nicht vorhanden. Allen Lehrern für Grund, Haupt und Realschulen ist es im Vorbereitungsdienst befindlichen ausgemessen, wurde mitgeteilt, daß ihre Einstellung sehr fraglich sei, da keine Stellen vorhanden seien und Näheres erst im Juni gesagt werden könne. Einer Reihe von Bewerbern wurde deshalb empfohlen, sich wegen der schlechten Aussichten gleich in einem anderen Bundesland zu bewerben. Diese Auskünfte wurden bis zum Juni dieses Jahres gegeben mit der Konsequenz, daß ein großer Teil der Bewerber in andere Bundesländer abwanderte. (Vorstand der FDP-Bürgerrechtsfraktion, WK 22.8.)

Als Ergebnis dieser Hinhaltetaktik hält der WK 14.11.74 fest: „Nur die Hälfte der ursprünglich rund 200 Bewerber für die Grund-, Haupt- und Realschulen stand noch zur Verfügung und konnte eingesetzt werden.“

An einzelnen Schulen ist die Situation schlechter als je in einem Jahr zuvor (so der Sprecher der Bildungsdeputation, Horst-Werner Franke, SPD).

In den Gymnasien blieb jede 9. Lehrerstelle unbesetzt. An den gewöhnlichen Berufsschulen fehlen 40 % der Lehrer! Und wo der Unterricht in halbwegs geordneten Bahnen verläuft, geschieht dies häufig nur dank der Verpflichtung von Teilzeitkräften und dank höherer Schülerzahlen in den einzelnen Klassen.

Besonders katastrophal sah es zu Beginn des Schuljahres an einigen Grund- und Hauptschulen und an den Gesamtschulen aus in den Schulen Kornstraße, Lehmhorster Straße, Regensburgerstraße, Borchshöhe, Katernberg, Wilkedamm und am Schulzentrum Obervelland fallen bis zu 25 % der vorgesehenen Stunden aus. In der benachbarten Mittelpunktschule Lemwerder (Weiser-Kurier) müssen die Schüler gar mit 60 % des vorgeschriebenen Unterrichts auskommen. Klar: Sonderkinder und schwache „Deppen der Nation“, wozu dann noch besonders fördern?

An den Gesamtschulen Ost und West fehlen zwei Wochen nach Schulbeginn noch vierzehn bzw. neun Lehrkräfte. Der Unterricht kann nur nach einem Notplan erteilt werden. 94 Kollegen teilen dies in einem Brief an den „Weiser-Kurier“ vom 5.9. mit:

Durch wen ist dieses Chaos verursacht worden?

Zur Lage an den Bremer Schulen

„Lehrerschwemme“ abgeblockt – Ausbildung verschlechtert

ben der Schulleitersprecher und ein Mitglied des Elternrats in ihrem Brief „WK“ 29.8.1. daß die Gesamtsituation für unsere Kinder dadurch nicht verbessert wird. Wir befürchten außerdem, daß sich durch die Personalverschiebungen innerhalb der Lehrerschaft Unsicherheit und Unzufriedenheit einstellen, was sich auch wieder auf unsere Kinder negativ auswirkt.“

Zusätzlich wurde Bewerbern von auswärts mitgeteilt, daß sie nur dann mit der Aufnahme in den Bremer Schuldienst rechnen könnten, wenn sie sich bereit erklärten, an einer der beiden Gesamtschulen zu unterrichten. Also eine schlichte Erpressung! Dabei muß man wissen, an diesen Gesamtschulen zu unterrichten, gewinnt immer mehr den Charakter einer Bestrafung, angesichts der stiefmütterlichen Behandlung, die die Gesamtschulen „genießen“.

Um der Bourgeoisie und der CDU nicht auf die Fährte zu treten, läßt die SPD die Gesamtschulen mehr und mehr in die Isolation geraten. Sie gibt damit der Renegation über den Verlust der Illusionen, mit denen die Lehrer ehemals dorthin gegangen sind, neue Nahrung abstrichen. An den pädagogischen Reformvorstellungen treffen jedoch auf wachsenden Widerstand der Kollegen.

Wo alte Trüme schwinden, ist die Chance gegeben, Klarheit über die Grenzen der SPD-Politik zu gewinnen.

Drittens ist eine ganze Reihe von Referendarbewerbern die einen 12-stündigen Lehrauftrag übernommen hätten, nicht eingestellt worden. Sie sind auf der Aussicht auf Einstellung im Februar '75 vertrieben worden. Zu guter Letzt schickt die Behörde den schwarzen Peter den Schulen selber zu, sie sollen die Lücken selbst stopfen, durch vermehrte Überstunden, Erteilung fachfremden Unterrichts, durch Kürzung der Stundenlohn- und höhere Klassenfrequenzen, also auf dem Rücken von Schülern und Lehrern. Im Übrigen weiß kein Kollege sicher, ob er nicht morgen abkommandiert wird, um anderorts eine Lücke zu stopfen. – Der Kampf um bessere Ausbildungsbedingungen ist damit in die Konkurrenz der Kollegen an den einzelnen Schulen und zwischen den Schulen verlagert. Ein Blick auf die Flächverteilung der Festholdungen und eine Übersicht über die verschiedenen Schultypen zeigt, wie unter dieser Misere am meisten leiden muß die Kinder der Arbeiterklasse.

Schulbildung in den Bereichen Physik und Chemie vorzusetzen.

Auch der Übergang auf weiterführende Schulen ist dadurch stark gefährdet. Wenn die gegenwärtige Entwicklung in dieser Richtung weiterläuft, würde das den Realchulschulstufung entscheidend abwerten (alle Angaben aus „WK“, 14.11.74).

Weitere „Alarmmeldungen“ kommen von Real- und Hauptschulbereich der Gesamtschule (Weiser-Kurier) 29.8.1. Dort kann ab Klasse 7 überhaupt kein naturwissenschaftlicher Unterricht erteilt werden, und fachfremde Lehrer müssen zur Aufrechterhaltung des Deutschunterrichts eingesetzt werden. („WK“, 21.12.74)

An vielen Grundschulen ist der Förderunterricht für lese- und rechtschreibschwache Schüler eingestellt worden.

Die Sparmaßnahmen wirken sich ferner dahingehend aus, daß Bestellungen für Bücher und Unterrichtsmittel gekürzt werden müssen, daß die Herstellung von zusätzlichem Unterrichtsmaterial eingeschränkt wird – kurz, daß die Qualität der Ausbildung leiden muß.

Diese Tendenz ist nicht auf die Schule beschränkt, sondern kommt in einer radikalen Kürzung der Mittel für studentische Tutores an der Bremer Universität ebenso zum Ausdruck.

Wie ist die Politik der Bremer SPD einzuschätzen?

Aus dem Verhalten des Senats und der Unverschämtheit, mit der er jede Verantwortung von sich abzuwälzen versucht, muß man schließen, daß eine bewußte Politik des Hintergrundbildes, der einige Zufälligkeiten entgegenkommen, daß hier nicht zufällig, nicht „chaotisch“ reagiert wird, sondern ausgehend von der Sparpolitik der Bundesregierung bewußt kalkuliert wird. In den letzten Jahren ist in vielen Teilen des Bundesgebietes und Westberlins von den betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern unmißverständlich deutlich gemacht worden, daß sie sich hinsichtlich lang anstehender Versprechungen nicht mehr auf die Zukunft vertragen lassen. In zahlreichen Veranstaltungen, Kampagnen, kleinen Schulstreiks und anlässlich mehrerer angeordneter Warnstreiks der GEW (in Hesse, Hamburg, Westberlin) beginnen die Lehrer, die sich in Westdeutschland immer ganz überwiegend der herrschenden Klasse verpflichtet fühlen, ihrem Unmut gegen diesen Staat freien Lauf zu lassen.

Die SPD mußte die 100 Jahre alte Forderung nach Spaltung der Klassen-

ler Kollegen (besonders der Lehrstudenten und Referendare), die um ihren (zukünftigen) Arbeitsplatz fürchten.

Langfristig wird damit eine beängstigende Stimmung in der Öffentlichkeit vorbereitet, um Forderungen der Lehrer, die auf eine Verbesserung der Ausbildung der Kinder zielen, leichter abwehren zu können. Die Propaganda von der „Lehrerschwemme“ ordnet sich somit ein in die Verstärkung der staatlichen Fachaufsicht bei der Lehrerbildung.

Aufgabe der linken GEW-Kollegen ist die Widersprüche in der bürgerlichen Propaganda von der „Lehrerschwemme“ aufzudecken, ihren politischen Zweck zu entlarven!

Wie reagiert die Bremer GEW auf die Situation an den Schulen

Vom senatsabhängigen Landesvorstand können wir schweigen (s.o.). Auch der Personalrat hält sich in Schweigen und tut alles dafür, eine Personalversammlung zu verhindern. Der Ortsverein Bremer-Stadt der GEW (VBLL) brauchte innerhalb bis zum 10.9., um auf seiner Delegiertenversammlung (DV) eine Entscheidung zu vorbereiten, in der es heißt:

Schulkampf

In dieser Broschüre werden die wesentlichen Artikel des ARBEITERKAMPF Nr. 24–42 zu Fragen des Schulkampfes nachgedruckt. Die Aussagen, die hier hauptsächlich über die Elternbewegung an den Schulen gemacht werden, sind in unseren Augen keineswegs „der Weisheit letzter Schluß“. Man gewinnt aber anhand dieser Zusammenstellung einen guten Überblick darüber, wie hier – vor allem in Hamburg – Arbeiterpartei Altona proletarische Massenpolitik, die die Namen wirklich verdient, aufgebaut wurde, und wie sich die Kommunisten bemüht haben, ihrer Rolle als bewußtes Element in diesen Kämpfen gerecht zu werden.

102 Seiten Kleinformat 2. Preis 3,50 DM

Eltern und Schüler der Schule Arnkiels fordern mehr Lehrer



„Die Verantwortung für die Zustände an den Schulen trägt der Bremer Senat und seine Schulbehörde. Es kann nicht Aufgabe der Lehrer sein, diese Zustände durch vermehrte Überstunden zu kitten. Die Delegiertenversammlung fordert alle Lehrer auf, keine weiteren Mehrarbeitsverpflichtungen zu übernehmen und sich gegen solche Umsetzungen zur Wehr zu setzen, die allein die Planlosigkeit der Schulbehörde decken sollen. Die Delegiertenversammlung fordert den Senat für die Bildung, Wissenschaft und Kunst auf, bis zum 1. Oktober öffentliche Angaben darüber zu machen, wie der jetzige untragbare Zustand geändert werden kann.“

Dies ist ein erster Schritt auf Gegenwehr auf zentraler Ebene dem Leberbriefen von Lehrern, Betriebsgruppen, Eltern und Fachgruppenvorsitzenden der GEW in den Bremer Zeitungen.

Bei verärgerten Briefen und Protestresolutionen blieb es allerdings bisher. Noch behalten diejenigen, die überhand die Misere in einem zutun Planungsvertrag der Schulbehörde begründet sehen und auf eine bessere Personalplanung in der Zukunft hoffen.

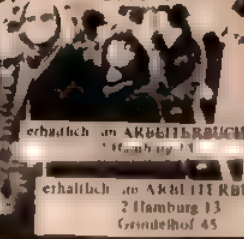
Dem entsprechen auch die vom VBLL an die Behörde gerichteten Forderungen nach Verstärkung der Personalrat und Einrichtung einer Planungs-Ressort im Grund, Haupt und Realschul- und Gesamtschulbereich. Solche Forderungen sind nicht dazu geeignet, das Ausmaß der Klassen in der nächsten Kraft etwas zu ändern.

Die verschiedenen linken Fraktionen im VBLL haben bisher kaum zur Klärung der Lage, geschweige denn

mensstellung einen guten Überblick darüber, wie hier – vor allem in Hamburg – Arbeiterpartei Altona proletarische Massenpolitik, die die Namen wirklich verdient, aufgebaut wurde, und wie sich die Kommunisten bemüht haben, ihrer Rolle als bewußtes Element in diesen Kämpfen gerecht zu werden.

102 Seiten Kleinformat 2. Preis 3,50 DM

Eltern und Schüler der Schule Arnkiels fordern mehr Lehrer



„Die Verantwortung für die Zustände an den Schulen trägt der Bremer Senat und seine Schulbehörde. Es kann nicht Aufgabe der Lehrer sein, diese Zustände durch vermehrte Überstunden zu kitten. Die Delegiertenversammlung fordert alle Lehrer auf, keine weiteren Mehrarbeitsverpflichtungen zu übernehmen und sich gegen solche Umsetzungen zur Wehr zu setzen, die allein die Planlosigkeit der Schulbehörde decken sollen. Die Delegiertenversammlung fordert den Senat für die Bildung, Wissenschaft und Kunst auf, bis zum 1. Oktober öffentliche Angaben darüber zu machen, wie der jetzige untragbare Zustand geändert werden kann.“

Dies ist ein erster Schritt auf Gegenwehr auf zentraler Ebene dem Leberbriefen von Lehrern, Betriebsgruppen, Eltern und Fachgruppenvorsitzenden der GEW in den Bremer Zeitungen.

Bei verärgerten Briefen und Protestresolutionen blieb es allerdings bisher. Noch behalten diejenigen, die überhand die Misere in einem zutun Planungsvertrag der Schulbehörde begründet sehen und auf eine bessere Personalplanung in der Zukunft hoffen.

Dem entsprechen auch die vom VBLL an die Behörde gerichteten Forderungen nach Verstärkung der Personalrat und Einrichtung einer Planungs-Ressort im Grund, Haupt und Realschul- und Gesamtschulbereich. Solche Forderungen sind nicht dazu geeignet, das Ausmaß der Klassen in der nächsten Kraft etwas zu ändern.

Die verschiedenen linken Fraktionen im VBLL haben bisher kaum zur Klärung der Lage, geschweige denn

Verschlechterung der Ausbildung

Walter Franke, Vorsitzender der SPD-Bürgerrechtsfraktion, erklärte am 23. Mai 74: „Der Marsch in Richtung auf kleine Klassen beginnt mit dem Schuljahr 74/75. Das sollte eine Beruhigung der Gemüter bewirken, die seit Jahren von der SPD eine Politik im Interesse der Schüler erwarteten und zum Teil noch erwarten.“

Jetzt sieht die Lage natürlich ganz anders aus. Schulleiter berichten erleichtert, daß durch Schaffung höherer Klassenfrequenzen der Unterrichtsausfall weitgehend gemildert werden konnte. Trotzdem gibt es „in ganz Bremen kaum eine Schule, an der der naturwissenschaftliche Unterricht ohne Einschränkung läuft. In der Regel fallen Physik, Chemie, aber auch Biologie, Kunst, Werken und Sport in ganzen Klassenstufen aus. Der Mathematikunterricht wurde wie an der Schule Kornstraße auch an den meisten Gymnasien um eine Woche stunden je Klasse gekürzt.“

Die Berufsschule Steffensweg teilt mit, daß ihr 16 Studienräte, 11 Fachlehrer und 3 Sozialpädagogen fehlen und darunter insbesondere der praxisorientierte Unterricht leidet.

Der Realschulbereich hat den Zentralen Elternrat (ZEB) berichtet: 3 Wochen nach Unterrichtsbeginn ist eine Resolution von 20 4igen Stundenausschüssen an den Realschulen, besonders nachteilig für die Schüler ist dort das Fehlen von Physik, Chemie und Biologielehrern.

Mangelnder Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern bedeutet für die Schülerschichten, daß sie mit zunehmenden Schwierigkeiten bei der Erlangung von Lehrstellen in jenen Berufen rechnen müssen, die eine gute

Verschlechterung der Ausbildung

Die FDP sah sich genötigt, um ihr bildungsfreundliches Image zu pflegen, am 22.8. (s.o.) im „WK“ der Bremer Öffentlichkeit mitzuteilen, daß „die Schulbehörde versagt“ habe, und sie brachte eine Große Anfrage in der Bürgerversammlung ein.

Die SPD wies dann in der Debatte jede Verantwortung von sich und erklärte zynisch: „Wir streiten hier also derzeit nur um statistische Zahlen.“ (WK 5.9.)

Für die betroffenen Eltern und Lehrer mußten in einer Flut von Leserbriefen und Resolutionen unvermeidlich auf die Misere an ihren Schulen aufmerksam machen, ehe ihr Unmut bewirkte, daß der WK vier Wochen nach Schulbeginn einen anseitigen Artikel brachte, der die Lage schonungslos beschrieb und die „Hinhaltetaktik des Senats bei der Einstellung von Bewerbern anprangerte.“

In der wütenden, aber ohnmächtigen Beschwerde darüber, wie der SPD-Senat die Bewerber hinhält, wie sie weg waren, schienen mehrere eine in der Aufdeckung der Hintergründe helfen soll, alle bürgerlichen Parteien bemerkenswert zurück. Wahrscheinlich demzufolge durch dieses Senats eine vorsichtige Politik der Mittelmäßigkeit.

Wie sehen die Sparmaßnahmen aus?

Auswärtig verfügte die Behörde in einem „Alarmplan“ die zwangweise Versetzung von Lehrern aus ihrer Stammschule in diejenigen Schulen, in denen die größten Lücken zu stopfen waren. Die Lücken, die dadurch neu entstehen, und nicht so wichtig: „Wir müssen aber feststellen“, christe

Wie lernen die Arbeiterkinder und Lehrer gemeinsam den gleichen Gegner zu bekämpfen

Das erfordert weniger spektakuläre Aktionen, weniger große zentrale Kundgebungen, die die GEW-Führung als Ventil des Unmuts anbietet, als vielmehr langfristige, konsequente Bemühungen unter den Lehrern und unter den Eltern.

Ein Genosse der Sympathisierungsgruppe des KB in Bremen

GEW-Urabstimmung, Westberlin Ein gelungenen Feldzug der Bourgeoisie

Wie im AK 50 berichtet, ist die Urabstimmung über einen einseitigen Warnstreik der Westberliner Lehrer zur Unterstützung ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung negativ ausgefallen. Die sorgfältige Vorbereitung der Niederlage durch den Westberliner Senat, die bürgerliche Presse und die GEW-Führung, und deren politische Zielsetzungen, wurden aber erst klar, wenn man die Ereignisse in Westberlin genauer betrachtet.

Schon im April 74 hatte die Vertreterversammlung der GEW/Wb beschlossen, im September Urabstimmung und Streik durchzuführen. Durch geschickte Taktiken gelang es der GEW-Linke dann, den reaktionären Schaeffer-Vorstand zum Rücktritt zu zwingen und den jetzigen Kujawa-Vorstand (Westberliner SPD-Linke) zu wählen. Zahlreiche Austritte von rechten Streikenden aufgrund einer angeblichen „kommunistischen Unterwanderung“ der GEW/Wb und ihres Vorstandes (!) und eine antigewerkschaftliche und den Lehrerbürokratisierenden Medienhose ermöglichten dem GEW-Vorstand, sich vor den Kollegen das fortschrittliche, kämpferische Miteinander überzusetzen, am gleichzeitig eine Niederlage zu organisieren.

Den ganzen August hindurch „bedauerte“ der GEW-Vorstand lediglich die Minderheitskraft des Senats hinsichtlich der Verschiebung der Verhandlungstermine. Erst drei Wochen vor dem ursprünglichen Urabstimmungstermin, also am 29. 8. (erklärte man die Verhandlungen für gescheitert, worauf die Kollegen zwölf Tage später (!!) das erste Informationsflugblatt in der Hand hatten, auf dem dann nicht einmal die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit der Forderung nach zusätzlichen Planstellen verbunden war, so daß viele Kollegen Sorge hatten, sie trügen ihre Forderungen auf dem Rücken der Kinder aus).

Kollegen Sorge hatten, sie trügen ihre Forderungen auf dem Rücken der Kinder aus.

Verwundung und Unmut unter den Kollegen wirkten sich besonders gravierend aus, da der Senat seit Anfang des Monats also vor dem ersten Flugblatt der GEW in einseitiger Zusammenarbeit mit der Presse schwere Angriffe nicht nur gegen die Forderungen der Kollegen sondern gegen das Beamtensstreikrecht führte, die er ununterbrochen durch tendenziöse Lehrernews unterstützen ließ. Direkt wurde die Kollegen sechs Tage vor der Abstimmung durch eine geräuschvolle vom Vorgesetzten überreichte „Rechtsbelehrung“ eingeschüchelt, deren Empfang in doppelter Ausführung (eins zum Lesen, die andere für die Personalkarte, um spätere Disziplinarverfahren zu erleichtern!) schriftlich von jedem Kollegen sofort quittiert werden mußte. Die Änderungen des Senats gingen von Rüge, Verweis über Gehaltssteigerung (bis 50 %), Vorrückung und Entlassung bis zur Streichung des Ruhegehaltes!

Schulsenator Löffler begrüßte, daß Schulleiter an GEW-Kollegen adressierte Post öffnen und als „verantwortliche Stellen“ weiterleiten. Mit voller Unterstützung aller Abgeordneten-Parteien ließ der Senator an dem Tag Abstimmungstages am 500 Westberliner Schulen pünktlich Funktiefen getrouillieren, zur „Präsenz der Zwischenfällen“.

Bullen betrat eine Grundschule im Bezirk Kreuzberg, in der viele Gewerkschafter arbeiten, durchsuchten das Lehrerzimmer nach GEW-Flugblättern und „wiehen mal nach dem Rechten“ Dringlichen wurde das Rektorzimmer der GEW-Vorsitzenden Kujawa in deren Abwesenheit durchsucht.

Schullehrerinnen und Hausmeister waren an diesem Tag beauftragt, eine Stunde früher zum Dienst zu kommen, um Autonomieren der fahrenden GEW Wahllokale und die an der Abstimmung teilnehmenden Kollegen zu notieren, ggf. sofort die Polizei zu rufen.

Diese Maßnahmen wurden lautlos von Kommentaren der bürgerlichen Presse flankiert: „DGB gegen Streik“ (71 9, 82) - „Berliner Zeitung“, „Eltern gegen den Streik“ („Der Abend“, 15 9), „Tausend Berliner Lehrer verließen ihre Gewerkschaft“ (18 9, 82) - „Auch vor üblichen Verordnungen schreckte man nicht zurück“, Kujawa. Ich habe die Urabstimmung gar nicht gewollt“, (28 9, 82).

Der hauptsächlich von den Revisionisten (SEW) getragene „Sozialistische Lehrerbund“ (SLB) ist während dieser Ereignisse überhaupt nicht nach außen aufgetreten. „Die Wahrheit“ der SEW begnügte sich in üblicher Weise mit der Darstellung des bloßen Sachverhaltes, der „Kämpferbereitschaft“ der Kollegen und vermied jegliche Kritik an der GEW-Führung.

Ein Flugblatt des KBW stellte die Klassenlage der Lehrerschaft und die Perspektive einer möglichen Zusammenarbeit mit den Eltern in richtiger Weise heraus, verkannte allerdings die grundsätzliche Störfunktion der Streikrecht im öffentlichen Dienst und damit der Arbeiterklasse überhaupt. Zudem wurde nach der Urabstimmung die Niederlage der Kollegen in einen Erfolg umgemünzt, da sie angeblich gelernt hätten, „sich ihre Rechte nehmen zu müssen, um überhaupt erfolgreich zu sein“, (Ortsbeilage der „KZV“ vom 2.10.).

Unser Meinung nach reißt sich der massive Angriff des Westberliner Senats in die anlaufenden Angriffe der westdeutschen Bourgeoisie auf das Streikrecht der gesamten Arbeiterklasse ein.

Direkt Angriff auf das Streikrecht der gesamten Arbeiterklasse soll gerade deshalb mit aller Schärfe bei den Lehrern Kollegen an, weil sie ein besonders schwaches Glied in der Kette sind, weil es ihnen, auch wegen ihrer Arbeitsituation an der Schule, ihrem „Beamten“-status und ihren scheinbaren Privilegien (häufige Ferien) bisher nicht einmal auszuweichen gelungen sei, eine eigenständige, selbstbewusste Interessenpolitik zu entwickeln. Unter diesen Umständen ist das Ergebnis der Urabstimmung verständlich.

Unser Vorgehen in der GEW muß darauf ausgerichtet sein, die Arbeit und die Diskussion in den Schulgruppen (unterste GEW-Zellen an den Schulen), also an der Gewerkschaftsbasis, zu verstärken. Dort ist im Gespräch über die Erfahrungen der Kampagne die Rolle und Absichten der GEW-Führung und der Klassencharakter der Schule und der Maßnahmen der Staatbürokratie aufzudecken.

Weiter müssen wir versuchen, die Zusammenarbeit mit den Eltern und Schülern zu fördern, mit dem Ziel, deren Mitwirkung an der Veränderung der Unterrichtsbedingungen, wie auch unserer Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Vor allem aber muß innerhalb der GEW-Linken diese Niederlage gründlich analysiert werden, um ein solches Scheitern jetzt zugunsten opportunistischer Zurückweichen vor den „Mehrheitsverhältnissen“ vorzubeugen.

Vertriebskollektivs Neukölln des KB / Westberlin

Leserbrief: Faschistischer Betriebsrat in der Teppichfabrik

Vor ein paar Tagen besuchten wir von der Schule aus die Teppichfabrik in Geesthacht. Wir waren im Deutsch-Unterricht gerade bei Wallfahrts-, Industrieportraits und wollten uns deshalb die Verhältnisse in einem Großbetrieb ansehen. Da uns der Betriebsrat durch den Betrieb führen sollte, glaubten wir in der anschließenden Diskussion Fragen zur objektiven Situation im Betrieb stellen zu können.

Die Führung war so aufgebaut, daß man zwar genug Zeit hatte, die verschiedenen Arten von Kunstfasern zu begutachten, aber nicht, um sich über die Arbeitsbedingungen zu informieren und den Arbeitern Fragen zu stellen. Einige von uns taten es aber trotzdem. Sobald der Betriebsrat dies beobachtete, raste er mit der Klasse weiter.

Die Führer der Deutschen Postgewerkschaft haben 2.058.505 DM veruntreut!

Der Tarifvertrag läuft aus. Nach wochenlangen Verzögerungen durch die Gewerkschaftsführer und ihre Freunde in den Ministerien (z.B. Genscher, OTV-Mitglied) kommt es zu Schwerpunktsitzungen nach der berühmten „Nadelstichaktion“ (bekanntlich gibt es Stellen am Körper, wo man Nadelstiche kaum spürt). Das Ergebnis: 11 %, mindestens DM 170,-, wird als großer Erfolg verkauft. Angesichts der beiden ersten Verhandlungsangebote - 0 %, 7,5 % - und der stehenden Argumente wie „Ökonomie“, „Volksgemeinschaft“ usw. der Gegner am Tisch, ist das ja auch „ne ganze Menge“.

Gewerkschafts-Geld für die Post

Dr. Frankfurt - 2.058.505 DM hat die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) der Deutschen Post für die Postler gezahlt. Das Geld ist aber nicht an die Postler gegangen. Löhne und Gehälter waren gekürzt worden.

aus: „Hamburger Morgenpost“ (SPD), 8. Oktober 74

Logisch, daß der Staat auch solche Schwerpunktsitzungen angreift und Schadenersatz fordert. Neu jedoch, daß diese in der Gewerkschaftsbasis stützenden Freunde ihnen ohne großes Pläwern (Gerichte usw.) die Mitgliedsbeiträge in den Taschen schmelzen. Diese Gelder im nächsten Rechenschaftsbericht unter der Rubrik „Bürgernutzen“ verbucht werden? Man darf gespannt sein! Von den Bezügen der Herren Loderer, Vetter oder Klunker wird wohl kaum abgezogen! Wahrscheinlicher ist, daß in der nächsten Tarifrunde kein Geld für Informationsmaterial, Flugblätter und dergleichen vorhanden ist, weil die Kollegen in der letzten Tarifrunde ja so großen Schaden angerichtet haben. Arbeiter-Genossin von HDW KB/Gruppe Hamburg

Als wir uns mit einem frühstückenden Arbeiter unterhielten und dieser vorsichtige Andeutungen auf die schlechten Arbeitsbedingungen im Betrieb machte, meinte der Betriebsrat, wir sollten gefälligst aufpassen, anstatt zu kritischen. Das, was der Arbeiter erzählte, wäre nicht so wichtig.

Als wir mit der Führung fertig waren, hatten wir genug Material für die anschließende Diskussion gesammelt. Zum Beispiel fragten wir den Betriebsrat, wie er sich erkläre, daß Türken Druckarbeiten wie auflagen, Lasten schleppen und so etwas machen müßten (wo man natürlich nicht so viel Geld verdient), und die besser bezahlten Tätigkeiten fast ausschließlich an Deutsche verteilt und Daraufhin erwiderte er, daß man es schon mit Türken bei diesen Tätigkeiten versucht habe, diese aber wohl zu faul und zu dumm dafür seien.

Als wir ihn fragten, was er von den Refa-Leuten (Rationalisierungsspezialisten, Am d. Red.) halte, sagte er: „Wer behauptet, daß die Refa-Leute zur Verschlechterung der Arbeitsituation beitragen, das sind die Maoisten. In Wirklichkeit kommt die Rationalisierung am Arbeitsplatz allen zu Gute.“

Ein Arbeiter, der bereits vierzehn Jahre im Betrieb arbeitet, vier Kinder hat und jeden Tag die anstrengendste Arbeit im Betrieb - das Bedienen der Webmaschine - machen muß, verdient ganze DM 1.600,- brutto!

Daraufhin fragten wir den Betriebsrat, ob denn noch nie seit dem 22jährigen Bestehen des Betriebes für höhere Löhne gestreikt worden sei. Er erwiderte: „Zum Glück nein! Denn

einen Streik hätte ich für ein verbrecherisches Mittel!“

In Bezug auf Jugendarbeit äußerte er sich auch und wie! Er meinte, diese Jugendlichen seien eine Sache, der der Kopf fehle. Dort könne es in die Kasse spucken und keiner mache es weg. Wenn er das sagen in der Stadt hätte, wäre das sowieso ganz anders! (Er lachte wohl ein wenig, wie die Wiedereinführung der HJ er jugend?)

Das fragten wir ihn auch. Aber so etwas wollte er ja gar nicht sagen. Er es genüge ja, wenn es 15 km (etwa) so etwas gäbe (gemeint war die DDR)?

Als ein Schüler ihn fragte, ob es für ihn ein Betriebsrat, das „a Vertreter der Arbeiter“ sein sollte, nicht irgend etwas negatives im Betrieb gäbe, antwortete er: „Schließlich könnte der Kapitalist nicht ohne die Arbeiter leben (Zwischenruf: Ja, das stimmt!) und die Arbeiter nicht ohne die Kapitalisten!“ (Erneuter Zwischenruf: „Nein, das stimmt nicht!“) Daraufhin packte er seine Sachen und brüllte: „Wenn das so ist, brauchen wir gar nicht weiter zu diskutieren! Mit Kommunisten rede ich nicht! Wenn ich Kommunist wäre dann hätte ich auch keine kapitalistische Wurst gegessen und keine kapitalistische Cola getrunken!“ (Diese Erfahrungen haben wir bei der Diskussion erhalten.)

Mit gemischten Gefühlen zog die Klasse ab. Bis paar, darunter ein Jüder, meinten, man hätte seinen Mund halten sollen, da dieser Mann doch mit dem Betrieb groß geworden und sicher stolz auf ihn sei (JU = Jung-Union, CDU-Jugendorganisation). Doch vielen wurde klar, daß selbst im Betriebsrat die Faschisten noch nicht ausgestorben sind. Einigen wurde sogar klar, daß sie wieder hochkommen drohen. Diese Einsicht ist ein erster Schritt zur Bereitschaft dafür, eine solche Entwicklung zu bekämpfen. Ein Sympathisant

Hamburg GEW: Schlag auf Schlag

Von Tag zu Tag deutlicher wird, daß auf dem Mainzer Kongress (Anfang Juni) der GEW die Weichen für einen radikalen neuen Kurs gestellt wurden. Nicht nur eine einmalige Stärkung der zentralen Gremien in der GEW durch die neue Satzung war beabsichtigt, sondern zum Zug das Abwürgen jeder kritischen Aktivität der Gewerkschaftsbasis. Jüngstes Beispiel in der AJLE (Arbeitskreis Junger Lehrer und Erzieh.)

Bereits im Februar schlug der GEW-Vorsitzende Frister die Auflösung des Hamburger AJLE, in dem SSG/KBW den Ton angeben, durch den Bundesaustausch der GEW vor. Um den Widerstand der Gewerkschafter nicht „unnötig“ zu wecken wurde damals die Sache erst einmal verschoben bis „nach Mainz“. Obwohl der Bundes-GEW auch nach der Mainzer Satzungsänderung gar nicht das Recht zusteht, über Gliederungen der einzelnen Landesverbände zu entscheiden, wurden auf der Hauptversammlung am 6. Oktober „Richtlinien für den AJLE“ verabschiedet. Amtsgewalt über Frister - GEW-Vorsitzender. Laut Antragstext sollen die AJLE sich zukünftig ausschließlich mit den „besonderen Interessen“ der Junglehrer und danach nur „innergewerkschaftlich“ beschäftigen dürfen. Das ist eindeutig eine Markierung. Weiter soll JA aktive und passive Wahlrecht zum AJLE nur noch bis zum Alter von 30 Jahren gehen sein (bisher bis zum 8. Dienstjahr). Als (du wollest denn noch das, (tr) wehrst du?“ vorgeschrieben werden (schriftliche Wahl ohne vorherigen Besuch der Wahlversammlung).

Nun, ganz so heiß wurde nicht gegeben. Die AJLE sollen sich jetzt „insbesondere“ mit den Interessen der Junglehrer beschäftigen und Unruhen sollen nur dann vorgeschrieben werden, wenn weniger als 20% der Junglehrer zur Wahlversammlung kommen.

Es bleibt aber Tatsache, daß diese „Richtlinien“ unter Umgehung der Mitglieder und unter Brechung der jeweiligen Landesstatuten zustande gekommen sind. In Hamburg z.B. sind Pflichten und Rechte des AJLE Bestandteil der Landesstatuten, die nun von den Mitgliedern auf einer Hauptversammlung mit 2/3 Mehrheit geändert werden könnte.

Spätestens am 31.10. wird es in Hamburg zum Schlag kommen. Für diesen Tag sind bereits seit zwei Monaten Neuwahlen für den AJLE angekündigt - werden sie nach den Regeln der Hamburger Satzung durchgeführt oder nicht nach den neuen „Richtlinien“? SSG/KBW kommen dem Vorstand auch hier zwei Schritte entgegen. Die Kandidaten sind bereits alle im Vorfeld geschrieben. Altersbereich und außerdem legt man großen Wert auf Einhaltung der 20%-Klausel. Frage an den KBW werden Junglehrer über 30 Jahre aus der Junglehrerversammlung am 31.10. ausgeschlossen?

Gespannt darf man auch auf die Reaktion der DKP sein, die seit geraumer Zeit argumentiert, daß sie den vor einem Jahr verlorenen AJLE wiedergewinnen will. Hält sie sich an die neuen Richtlinien oder kämpft sie etwa mit gegen den neuen Versuch, die Mitglieder der GEW einfach auszuschalten?

Daß die Gewerkschaftsführer nicht einmal bereit sind sich an die von ihnen selbst beschlossenen Satzungen zu halten, zeigt der Landesverband Hessen besonders deutlich. Dort wurde die Schiedskommission, obwohl sie nach der neuen Bundesstatute eindeutig von der Landesvertreterversammlung gewählt werden muß, kurzerhand vom Landeshauptauschuss „gewählt“. Allerdings waren nur die Hälfte der hiesigen Hauptauschussmitglieder zu diesem schützenden Geschäft bereit. Die anderen verließen den Sitzungssaal. Mit 52 Anwesenden war der Hauptauschuss danach gerade noch beschlußfähig. Von diesen 52 hatten sich allerdings auch nur 43 überhaupt für die Wahl einer Schiedskommission ausgesprochen. Kann Kandidat für die Kommission erhält mehr als 30 Stimmen. So fällt den GEW-Führern offensichtlich nicht einmal leicht, um den höheren GEW-Funktionären immer die mehrheitliche Unterstützung für ihre unverhältniß Maßpolitik zu finden.

Eine Frage zum Abschluß: wozu brauchen die Gewerkschaftsführer überhaupt eine Satzung und so sie auch noch so sehr auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten werden sie sich doch nicht daran halten?!

Bündnis-Kommunisten KB/Gruppe Hamburg

ÖTV-Jugendgruppe in der Zange

An der Universität Hamburg arbeitet seit einiger Zeit eine Jugend-Gruppe von ÖTV-Kollegen. Die Kollegen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die bis zum 1.10.1974 gegründete Gewerkschafts-Arbeitsgruppe der Institutionen einzubringen und mehr Kollegen für eine aktive Interessenvertretung zu gewinnen.

Bisher wurden nur innerhalb der Gruppe theoretische und gewerkschaftliche Probleme diskutiert. Vor einigen Monaten war wurde von den Kollegen auf einer Mitgliederversammlung eine Resolution gegen die Exkommunikation von den anwesenden Vertretern der Ortsverwaltung und einigen Personalrat wurde eine Abstimmung der Kollegen über diese Resolution verhindert, da fraglich war, ob sich die Mehrheit

gegen die Resolution ausgesprochen hätte. Stattdessen sollten alle Vorstände mit dieser Resolution für eine Unterschriftensammlung an geschrieben werden. In der Tat geschah nichts. Die Gewerkschaftsgruppe beschloß darauf, mit einem „Offenen Brief“, in dem dieses Vorgehen kritisiert wurde, vor die Kollegen zu treten.

Auf diese offen vorgetragene Kritik reagierte die Ortsverwaltung prompt und unumverträglich. Es wurde den Kollegen verboten, vor Öffentlichkeiten zu machen, die nicht durch die Zensur der Gewerkschaftsführer gelassen ist. Wenn die Kollegen sich nicht an diese „Spielregeln“ halten, müssen sie mit der Auflösung (!) der Gruppe rechnen. Außerdem wurde allen Kollegen, die

älter als 25 Jahre sind und die Teilnahme an der Jugendgruppe unterlag. Die Gewerkschaftsführer erwiesen sich hier einmal mehr als die wahren „Spalter der gewerkschaftlichen Organisation“.

Die Erfahrungen der Kollegen in anderen Gewerkschaften zeigen, daß diese ersten Angriffe der Ortsverwaltung auf die gewerkschaftliche Arbeit nur ein Anfang sind.

Die Kollegen der ÖTV-Jugendgruppe sollten sich auch die Erfahrungen der Kollegen anderer Gewerkschaften zunutze machen, daß nur ein offenes Ausdragen der Meinungsverschiedenheiten vor den Kollegen ein Garant für das erfolgreiche Überleben in dieser Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftsführern sein kann.

Eine ÖTV-Genossin KB/Gruppe Hamburg

Die ÖTV in der Bundeswehr — Dienst im Interesse der Militaristen

Bereits mit 1944 haben Soldaten in der Bundeswehr das Recht, sich in der ÖTV zu organisieren. Seit 1971 ist in dem sog. „ÖTV-Erlaß“ des westdeutschen Verteidigungsministeriums festgelegt worden, daß die Soldaten auch gewerkschaftliche Versammlungen durchführen dürfen. Mit einer „kleinen“ Einschränkung allerdings: das einzige Recht, was die Soldaten in der Praxis tatsächlich haben, ist, daß sie sich organisieren dürfen — mehr auch nicht!

Somit stellen die 1.420 (!) Soldaten, die in der „ÖTV-Abteilung Soldaten“ organisiert sind, davon meist Beamte und Zeitsoldaten, nichts anderes als ein demokratisches Ansehen für die Bundeswehr dar, und eine kümmerliche sozialdemokratische „Alternative“ zum reaktionären „Deutschen Soldatenverband“, mit 120.000 Soldaten, die weitaus größte Stützorganisation. Derweilen kommt dazu auch die Politik der ÖTV-Führung zum Ausdruck, nicht nur zu den Kapitalisten, sondern auch zur Bundeswehrführung ein partnerschaftliches, vertrauensvolles Verhältnis herzustellen.

Wer vom sog. „ÖTV-Erlaß“ eine Interessenvertretung für die Belange und Forderungen der Soldaten und insbesondere der Wehrpflichtigen erwartet hatte, sah sich getäuscht.

Weder im „wehr-report“, der Zeitschrift der ÖTV-Abteilung Soldaten, noch in der Praxis ist je von den Problemen, der Disziplinierung der Soldaten und den Forderungen der Wehrpflichtigen auch nur die Rede gewesen!

Vielmehr hat sich die ÖTV-Führung um bessere Ausbildung und bessere Aufsteigsmöglichkeiten von Zeit- und Berufs Soldaten, den „Führungsproblemen“ der Offiziere usw. gekümmert.

So fand man in „wehr-report“ 9/73 einen „langen Artikel zur „Ausbildungsform“ der Unteroffiziere, wobei die ÖTV sich dafür einsetzt, daß der Übergang von ausgedienten Zeitsoldaten in den Zivilberuf erleichtert wird, neue Fachschulen für Unteroffiziere gebaut werden usw. Damit betreibt die ÖTV-Führung das Werbeprogramm der Bundeswehrführung nach wie „Bundeswehr ist krisensicher“, „große Aufsteigsmöglichkeiten“.

„...zivilberufliche Ausbildung“ und dergl. mehr.

So stand zum Thema „Mitbestimmung“, dem Paradesford sozialdemokratischer Politik, im „wehr-report“ u.a., daß der Kompanierat (Kompanierat gibt es in der Bundeswehr noch gar nicht, nach Vorstellungen der ÖTV-Führung soll der „Kompanierat“ aus dem Kompaniechef, Vertretern der Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgraden bestehen, Amm. 4 Red.), „natürlich nicht jeden Befehl diskutieren kann“. „Der Dienstbetrieb selbst könnte dann wie gehabt nach den geltenden Prinzipien von Befehl und Gehorsam ablaufen.“ Weiter heißt es, daß der „Kompaniechef in diesem Gremium als Primus inter pares durch Erfahrung und persönliche Autorität ohnehin die beherrschende Rolle spielen würde“.

Der sozialdemokratischen ÖTV-Führung geht es also mit ihren Mitbestimmungstheorien eher darum, die Soldaten an ein paar untergeordnete Befehlsentscheidungen mitreden zu lassen, um ihnen das Gefühl zu geben, als hätten sie etwas zu entscheiden. Damit wird ideologisch bezweckt,

lassen, der jedem nur demokratisch gesonnenen Menschen durch seinen demagogischen und verlogenen Inhalt ins Auge springt.

Die Kollegen im AKT führten zwar Diskussionen über dieses Schweinepapier, verzichteten aber auf eine eigene Stellungnahme, da der Be-

zugene Stellungnahme, da der Be- zugsgesundheitsausschuss (BJA) bereits eine Protestnote ausarbeitete und diese auch mit einer knappen Mehrheit dort verabschiedet wurde. Man schickte sie auch als Leserbrief an das ÖTV-Magazin.

Sofort nach Bekanntwerden der Protestnote wurde ein Einschüchterungsgespräch zwischen BJA und der ÖTV-Bezirksleitung angesetzt, das darin bestand, daß Bezirksleiter und Fachsekretäre auf die fortschrittlichen Kollegen einwirkten: „Kollegen wie steht ihr zur Satzung, wie zum Grundgesetz und wie zum parlamentarischen System?“. Glücklicherweise haben sich die angesprochenen BJA-Kollegen nicht einschüchtern lassen. Kurze Zeit nach diesem „Gespräch“ formulierte die ÖTV-Magazinkommission den bisher schärfsten Angriff in unserem Bereich auf das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der Gewerkschaft. Die BJA-Protestnote wird nicht als Leserbrief gedruckt (man beachte das: das letzte ÖTV-Magazin, in dem neben einem „Klarstellungen“ des KBW (wo dieser sich nachdrücklich von den „Chaoten“ distanzieren) nur reaktionäre Beiträge zu diesem Thema zu finden waren) und 2. wenn der BJA diese Resolution nicht sofort zurückzieht, wird er durch den ÖTV-Bezirksvorstand aufgelöst!

Die Gewerkschaftsführung erhofft sich von diesem Schritt die totale Spaltung des BJA und des ÖTV-Jugendbereiches. Wehrheimchen er- hoffte sie sich noch weiter, daß Teile der alleingewesenen studentischen Teams als BJA-Mitglieder selbst Auschlussanträge gegen die Befürworter des Protestschreibens stellen und somit faktisch die Jugendarbeit in diesem Bereich wieder unter ihre direkte Kontrolle übergeben.

Der Ausgang dieses Spaltungsmanövers steht bis jetzt noch offen. Es zeigt sich aber schon jetzt, daß die Gewerkschaftsführung nicht zuzulassen will, daß sich auch nur die kleinsten Ansätze von kämpferischem Bewusstsein innerhalb der Gewerkschaft verbreiten.

Die fortschrittlichen Kräfte im Bereich der ÖTV sollten sich durch diese Schritte der Gewerkschaftsführung nicht einschüchtern lassen. Gerade jetzt sind die guten Ansätze gewerkschaftlicher Betriebsarbeit in diesem Bereich weiter auszubauen und die Bemühungen um die Hebung des politischen Bewusstseins der Kollegen zu verstärken. Innerer gewerkschaftliche Angriffe auf unsere Arbeit und Meinungsfreiheit müssen wir in Zukunft durch die Veröffentlichung dieser Schweinereien bekämpfen. Auf diktatorische und undemokratische Maßnahmen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung wie Auflösung von einzelnen oder mehreren AKTs und Ausschlüsse von Kollegen aus unserer Gewerkschaft müssen wir vorbereitet sein, um unser gewerkschaftlich, politischen Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutensystem organisiert weiterführen zu können.

Im Rahmen der verstärkten Kommunistenheute in den DGB-Gewerkschaften erlaube ich die Hamburgs ÖTV-Führung einen Sonderdruck („was werden die Chaoten?“) zu versen-

Angestelltenzelle Transport
KB-Gruppe Hamburg

daß die untergebenen Soldaten sich selber mehr für die militärischen Belange einsetzen sollen, mehr Disziplin“ zeigen usw. Die Klassenverhältnisse in der bürgerlichen Armee sollen so insgesamt verschleierte werden.

In einem weiteren Artikel mit der Überschrift „Demokratie in der Bundeswehr“ bettet die ÖTV-Führung — wie die Gewerkschaftsführung insgesamt — gegen fortschrittliche Menschen und Kommunisten dort heißt es z.B.:

„Lernen mögen auch jene gewalttätigen Studenten, die ihre Lehrer niederschlagen, gar verprügeln, glaubend, das löse Probleme, behauptend, das sei emanzipiertes Verhalten. Gewalttätige Soldaten allerdings, die mangelnde Tatkraft, gleich mit Gewehren herumfucheln, kann sich keine Gesellschaft leisten, auch nicht auf dem Lernkonto.“ (Ausz. „wehr-report“ der ÖTV 5/1972).

Ferner betreibt die ÖTV-Führung wie die Gewerkschaftsführung insgesamt — voll der Rationalisierungen im Interesse der Kapitalisten. Diese Rationalisierungen sehen in vielen Betrieben und auch in der Bundeswehr so aus, daß die Kapitalisten im Bereich des Managements kräftig „aufräumen“, „Arbeitsplatzbeschreibungen“ durchführen, um so sehen, wo wegrationalisiert werden kann, um am Ende aufgrund der vorliegenden Arbeitsplatzbeschreibungen die verschiedensten Arten von sog. „gerechten Leistungsbewertungen“ gegen die Kollegen durchzusetzen. Genau so sehen auch die Besoldungsvorstellungen der ÖTV-Abteilung Soldaten unter der Überschrift „Sold wie in der Industrie“ heißt es:

„Jede Funktion muß so klar be-

schrieben werden, daß datenmäßige Erfassung und damit planmäßige Erfassung und Führung (maschinell) möglich werden.“

Jeder in beschriebenen Funktion wird ein Beruf, eine Tätigkeit, zugewiesen, um eine Übersicht über bandige Berufe und einhergehende Ausbildung zu erlangen.

Gleichartige Funktionen werden in Funktionsgruppen gleicher Besoldungsgruppen zusammengefaßt („wehr-report“ 1/1974).

Es ist sogar bekannt, daß sich einige Betriebe der metallverarbeitenden Industrie die Bundeswehr als Vorbild für ihre Rationalisierungsvorhaben herangezogen haben.

Fällt die ÖTV-Abteilung Soldaten betreibt innerhalb der Bundeswehr im wesentlichen eine Politik, die darauf abzielt, die militärische wie ideologische Ausrichtung der Bundeswehr im Interesse der Kapitalisten zu fördern — mit dem Mittelchen „Reformpolitik“.

Der völlige Verzicht der ÖTV-Führer, den Kampf gerade der vielen Tausend wehrpflichtigen Kollegen in den Kasernen gegen die Repressionen der Offiziere, gegen die Disziplinierung, für höhere Besoldung usw. zu unterstützen, zeigt deutlich, daß die ÖTV-Führung überhaupt kein Interesse daran hat, die noch schwachen und vereinzelt auftretenden spontanen Kämpfe der Soldaten in der Bundeswehr zu unterstützen, sondern alles daran setzt, zu beim Alten zu lassen.

Militärismus-Kommission
des KB / Gruppe Hamburg

ÖTV-Hamburg:

EINSCHÜCHTERN, SPALTEN, AUFLÖSEN, AUSSCHLIESSEN

Methoden sozialdemokratischer Gewerkschaftsführung

Seit einigen Jahren existieren in der ÖTV Hamburg mehrere Jugend- und Arbeitskreise, in denen Auszubildende und junge Angestellte (Beamte) bis zur „Jugendgrenze“ von 25 Jahren mitarbeiten. (Das Alter von 25 Jahren wurde vom DGB willkürlich als „Jugendgrenze“ festgelegt).

In den Arbeitskreisen bestimmen vorwiegend eingesetzte studentische „Teams“ (Schulungsleiter) die Inhalte der Gewerkschaftsarbeit. Nach Wunsch der Gewerkschaftsführung sollen hier reformistische Bildungskonzeptionen in sogenannten Stufenbildungen (Anfänger, Fortgeschrittene, Erfahrene, werden in getrennten Stufen zur Schulung zusammengefaßt) mit interessierten jungen Kollegen durchgezogen werden. Inhaltlich sollen hier möglichst Diskussionen über „Ausbildung“ losgelöst von der betrieblichen Praxis am Mittelpunkt stehen.

Es sollen hier Berufsbilder für Handelskammern und den Öffentlichen Dienst entworfen werden, womit man die Kollegen jahrelang beschäftigt Schulungsanalysen, Gedanken über neue Gesetzestexte und von der Praxis abgehobene Schulungen entlassen ebenfalls das Vorstellen der ÖTV-Führer. Der Fachsekretär für den Angestelltenbereich Transport schlug seinem Jugend- und Arbeitskreis sogar einmal das Erteilen von Nachschulungen für Berufsschüler des Speditionsgewerbes vor, weil dort die Ausbildung besonders schlecht ist! Dies ist ein lebhaftes Beispiel für die Vorstellungen der Gewerkschaftsführung von „konstruktiver Gewerkschaftsarbeit“.

Der Arbeitskreis Transport (kurz AKT) war der erste Arbeitskreis innerhalb der ÖTV-Jugend, der den Rahmen der reinen „Jugendgewerkschaftsarbeit“ schon vor Jahren durchbrach.

Die aktiven Kollegen des AKT hatten es satt, sich von einem „Bildungskonzept“ zum anderen und von einer „Aktion zur Berufsausbildung“ in die nächste zu retten. Sie arbeiteten sich ihre gewerkschaftliche Perspektive eigenständig und schafften als erste das spätere System der Stufenbildung für ihren Arbeitskreis ab.

Der AKT wählte sich seine „Team“ aus den eigenen Reihen und enthielt die ihrer eigentlichen Funktionen (Schulungsleiter mit Sonderstatus). Sie richteten sich gemeinsam eine Kasse für Beizeiten und außerordentlichen Ausgaben ein und behandelten die Probleme der Auszubildenden aus der Einsicht heraus, daß die wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen wie z.B. die höchste Ratschuldung in diesem Bereich: Angestellte und Auszubildende gleichmaßen betreffen.

Ebenfalls erkannten die Kollegen des AKT schnell, daß der Hebel für die gewerkschaftliche Stärke nur der gemeinsame Kampf von Angestellten und Lehrlingen gegen ungerechtfertigte sein kann.

und daß eine reine gewerkschaftliche Grenzarbeit in die Sackgasse führt.

Man begann damit, die politisch interessierten Kollegen in den Betrieben in gewerkschaftlichen Betriebsgruppen zu organisieren, die inzwischen einen für Angestelltenverhältnisse beachtlichen Umfang angenommen haben. Dies entging natürlich auch nicht den ÖTV-Gewerkschaftsführern, die ihrerseits über ihren Bildungssekretär, Dieter Meike und die neuangeworbene Jugendsekretärin Marianne Hoppel/Lohe, (die schon als Jugendbildungsreferentin des DGB ihre einschlägigen Vorstellungen über Bildungsarbeit entwickelte) einen unverhüllten Angriff auf den AKT starteten. Es erschienen beide auf einer der letzten Sitzungen des Arbeitskreises um, offensichtlich nach vorheriger Absprache mit der Bezirksleitung der ÖTV die fortschrittlichen Ansätze der Gewerkschaftsarbeit zu liquidieren.

Sie erklärten frech, daß jeder Kollege über 25 Jahre nichts mehr im AKT (besonders auf den von der ÖTV finanzierten Wochenendseminaren) zu suchen hätte, mit der „Begründung“ daß es ja genügend „Bildungsmöglichkeiten“ auch für ältere Kollegen gibt. Außerdem meinten sie, daß der „Jugendarbeitskreis“ auch wieder „Jugendarbeit“ zu machen habe.

Argumente der etwa 30 anwesenden Kollegen, daß die älteren Kollegen aufgrund ihrer Erfahrungen unentbehrlich geworden seien und man so weiter arbeiten wolle, wie bisher, weil man nachweislich erfolgreich war (kontinuierliches Arbeiten verhältnismäßig vieler Kollegen in diesem Bereich, der nur zu 1 % (!) gewerkschaftlich organisiert ist) wurden von den beiden Sekretären einfach übergingen. Schließlich mußte sich Sekretär Meike den Vorwurf der geplanten Spaltung und des Bürokratismus gefallen lassen, ohne daß er überzeugende Argumente dagegen vorbringen konnte. Es war seinen Aussagen klar zu entnehmen, daß er die Anweisung zur Zerschlagung der AKT Arbeit von höchster Stelle in der Tasche trug. Die willkürlich geplanten formalen Angriffe auf die Arbeit konnten so vorerst ontariert und zurückgewiesen werden.

Einer der wesentlichen Gründe für die gezielten Angriffe auf den AKT ist in der prinzipiellen Ablehnung der sog. Extremistenerlasse und der DGB-Ausschlusspolitik, gerade durch den AKT und anderer Teile der ÖTV Jugend zu sehen. Eine Resolution zu den 13 Ausschlüssen aus der IG-Chemie bei Reichold und ein offener Brief zur Auflösung des AK-Gewerkschaftspolitik (der über 100 aktive Mitglieder hatte) führten schon vor einiger Zeit zu massiven Drohungen der Gewerkschaftsführer dem AKT gegenüber.

Im Rahmen der verstärkten Kommunistenheute in den DGB-Gewerkschaften erlaube ich die Hamburgs ÖTV-Führung einen Sonderdruck („was werden die Chaoten?“) zu versen-

ÖTV-Führer blasen zur Jagd auf Linke

„Endlich aufgewacht!... Unsere Generation sollte sich an die Vergangenheit erinnern (1933-45). Hier hinterließ schon einmal ein „Politik-Idiot“ Wunden, die bis zum heutigen Tag nicht verheilt sind.“ Wir leben uns fast in die Zeiten der Zusammenbruchs der Weimarer Republik zurückversetzt, die schließlich in der schrecklichen Hitler-Diktatur endete.“

Diese Zitate sind Leserschriften auf den Artikel des „ÖTV-Magazin“ Nr. 7 „Extremismus — Feinde der Gewerkschaften — Feinde der Demokratie“ entnommen.

In diesem Artikel wird allerdings

beileibe nicht auf die zunehmende Faschisierung hingewiesen, sondern in der bekannten antikomunistischen Art und Weise gegen die Linken geschossen.

Die Linken werden als große Verchwörerbande mit offener Betätigung“ die zwar „unserem andern teitriten im Kampf gegen die Gewerkschaften“ (aber) einzig und dargestellt „Als eigenlicher Feind erinipup sich gar nicht der Kapitalismus, der nur abstrakt und gelegentlich (!) erwähnt wird — Ziel-scheibe der gegangenen (!) Angriffe sind die Gewerkschaften und ihre Funktionen.“ Seit Jahr und Tag wird mit Hilfe „linksterroristischer Hetzblätter deren gearbeitet, die gewerkschaftliche Organisation zu zerstören und ihre Schlappe zu nehmen.“ „Seit dem Ende des nationalsozialistischen Gewaltregimes hat es in der BRD niemanden (!) gegeben, der es gewagt hat, in derart betrüblicher Weise gegen die Gewerkschaften zu agitieren.“

Um den Mitgliedern des Kampf gegen die Kommunisten und Linken in den Gewerkschaften auch plausibel zu machen, beschreiben die Gewerkschaftsbosse auch vor kurzer Ungehörigkeit zurück. Wenn „Linksterroristen je das Sagen hätten“ wäre mit „millionenfachen Massenmorden (!!) zu rechnen.“ Und „Sie arbeiten mit Parolen (!), die schon einmal eine verhängnisvolle Rolle spielten und die demokratischen Kräfte in ihrem Kampf gegen die Faschisten schwächten.“ Welche Parolen mögen die Gewerkschaftsführer da binden im Sinn haben? „Etwas die unserer Organisation „Antifaschismus“ heißt nur Gewalt.“

In der Weimarer Republik waren an jedenfalls die SPD-Gewerkschaften, die die „linksterroristische“ Forderung nach Einheits im Kampf gegen den Faschismus subvertierten und teilweise gar mit den Faschisten

Die Rechten applaudieren....

„Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus“, sagt das Sprichwort, und so wundert es wenig, daß auf solche Hetzartikel die oben zitierten Antworten kommen. Aus den Zuschriften geht hervor, daß es sich meist um Leute mit Funktionsposition handelt, die schon lange auf das Signal zum „Lomchlagen“ warten.

Sie fragen sich, „wann endlich wird die ÖTV offiziell auf das Treiben dieser unherrlichen (!) Kräfte unmissverständlich reagieren... und hoffen (jetzt) auf weiteren Beistand im Kampf gegen die Chaoten.“ (Wohl nicht ganz ernst zu nehmen scheint ein Leserbrief, der sein Gefallen äußert, „weil (der Artikel) einmal grundsätzlich (!) die Gegner unserer freien Gewerkschaft analysiert (!)“). Sie wollen die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte ungläubig machen. Danach (!) hoffen sie dann, endlich ihre Revolution durchführen zu können... Ich würde so sehr begreifen, wenn auch weiterhin solche Informationsrückstände (!!!) ersetzten.

LINK-Gewerkschaften als „Linksterroristen“

Offenbar aus dem Dunkelkreis des KBW stammen zwei Leserschriften, in denen protestiert wird, daß auch der KBW in die Liste der „gewerkschaftsfeindlichen Kräfte“ aufgenommen wurde.

„Ich möchte auch auf einen Fehler hinweisen. Ihr habt offensichtlich den KBW mit dem Kommunistischen Bund (Nord) verwechselt. Im Unterschied zur KPD/NL, zur KPD und zum KB (Nord) vertritt der KBW keinen RGO-Standpunkt.“ In beiden Zuschriften wird den Gewerkschaftsführern noch einmal die Lektüre der „Leitlinie“ und der „Gründungsdokumente“ des KBW wärmstens empfohlen.

Diese Abblöderungsversuche an den Vorstand waren natürlich vergebliche Liebesmüh. „Programatische Forderungen (Führer) in der Auseinandersetzung mit Linksterroristen nicht weiter.“ Auch der KBW sei „gewerkschaftsfeindlich“, hieß es in der Antwort.

Der Artikel im „ÖTV-Magazin“ ist offensichtlich Auftakt einer Ausschließungskampagne auch in dieser Gewerkschaft. Am 14. Oktober brachten die Nachrichten eine Meldung, nach der 21 Kollegen mit dem Hauptverstand ausgenommen worden sind.

Eine ÖTV-Genossin

KBW : Ab durch die Mitte — hinein in den Sumpf

„Politische Kurzsichtigkeit kann man einmal, kann man auch zweimal verzeihen, wenn Kurzsichtigkeit jedoch zur Politik erhoben wird, so grenzt sie an Verbrechen.“
J. Stalin, Werke Bd. 8, S. 102

An komischen, manchmal auch tragischen Auftritten hat es in der Geschichte des KBW bisher eigentlich nie gemangelt — was diese Leuten jedoch zur Zeit aufzuführen, stellt alles bisherige will in den Schatten.

Wie die „Rote Fahne“ (der „KPD“) vom 9.10.74 berichtet, ließ die örtliche KBW-Führung in Gießen ein Flugblatt zu einer Veranstaltung der Faschisten Löwenthal verteilen, worin es heißt, daß „wir auch gegenüber Löwenthal eine offene Auseinandersetzung darum führen (wollen), wer des Volkes Feind und wer des Volkes Freund ist.“

Auf diese offene Debatte (!) müssen wir drängen, und falls Löwenthal (!) sich davor scheut, will wir, weil er die Faschisten, die auch durchzusetzen. Falls das so kommt, schlagen wir vor, mit der Perle „Löwenthal laßt den Geschwätz, steht uns Red und Antwort jetzt“ (!) eine Diskussion zu erreichen.

An die Freunde von GRF (KPD) und GRM (KPD/ML): Wir wissen, daß ihr diese Veranstaltung verhindern wollt. Wie aus dem Flugblatt hervorgeht, halten wir das für sehr wichtig (!) und keineswegs für kommunistische Politik (!!!).
„... denn Euch auf (!), diesen Unschin (!) sein zu lassen.“

Wir sind nicht bereit, Euch bei irgendwelchen Schwierigkeiten beizustehen (!), die aus der Unmöglichkeit Eures Verhaltens sich ergeben sollten (!!!).

Bei dem Treiben der Gießener Gruppe des KBW handelt es sich keineswegs um eine einmalige „unvollständige“ Beteiligung im „antifaschistischen Kampf“ dieser Organisation, sondern lediglich um den bisher krassesten Ausdruck der zutiefst opportunistischen Linie des KBW.

So kommt in der „KVZ“ vom 2. Okt. '74 eine KBW-Kandidatin

haben, daß auf der besagten Darmstädter NPD-Veranstaltung „unter den ca. 150 Leuten viele (!) Arbeiter, Bauern, kleinere Angestellte und Jugendliche (waren)“ („KVZ“, ebenda).

Bereit es sich bei einer derartigen „Einschätzung“ nicht gerade an, in Zukunft den Schwerpunkt (!) der politischen Überzeugungsarbeit auf das Publikum der Faschistenveranstaltungen zu legen, wo doch die Leute „im Gegensatz zu den anderen bürgerlichen Parteien (!) — schon mit dem „System“ unzufrieden sind und nach einem „Ausweg“ suchen“ (!)?

Nach Meinung der KBW-Strategen „ist es (wichtig), gerade dort (!) auf den Faschistenveranstaltungen — Ann. AK) konkret zu argumentieren und die Diskussion darauf zu zielen, daß die Privateigentümer an Produktionsmitteln abgeschafft werden muß (!), daß eine Wirtschaft aufgebaut wird, die dem Volk und nicht dem Profit dient (!)“ („KVZ“).

Wie diese Linie in der Praxis aussieht, läßt sich sehr gut am Verlauf der Darmstädter Faschistenveranstaltung zeigen. Auf die Auslassungen von KBW-Vertretern, daß „es schlecht für die Armen und gut für die Reichen oder Nationen ist, wenn sich arme und reiche, Arbeiter und Kapitalist, gegen Arbeiter und Kapitalisten anderer Nationen zusammenschließen“, wandte ein NPD-Sprecher ein, daß man ja an der DDR sehen könne, „daß das Klassenkampf ist zur Diktatur führe“ (!).

Diesen „Vorwurf“ wollten die „Genossen“ natürlich nicht auf sich sitzen lassen und erwiderten dem Faschisten — „daß dies die DDR Ann. AK) kein System der Arbeiter und Bauern sein kann, wenn man eine Mauer braucht (!!!), um die Leute vom Weglaufen abzuhalten.“

natürlichen Sprächen (von der „Mauer“) auf den Veranstaltungen der Faschisten „Übereinstimmung“ mit den Todfeinden der Arbeiterklasse herstellen zu wollen.

Metze gegen Kommunisten und konsequente Demokraten

Bereits eingangs zitierten wir das Flugblatt der Gießener KBW-Gruppe, die konsequenten Antifaschisten „auflegen“ wollten, die V e r - t e i - d i g u n g der Faschisten-Veranstaltung zu unterlassen — weil die KBWler das „für schädlich und keineswegs für kommunistische Politik“ hielten. Es ist „verständlich“, daß die KBW-Leute verärgert sind, wenn sie durch den militanten antifaschistischen Kampf demokratischer und kommunistischer Organisationen nicht zu der „offenen Auseinandersetzung“ und „Diskussion“ mit den Faschisten gelangen können. Wie lange soll es noch dauern, bis man KBWler Seite an Seite mit den Faschisten gegen die Stören — gesehen sehen wird, die dem KBW die schöne „Diskussion“ kaputtmachen wollen?

Was werden die Holden vom KBW bloß zu den klassenbewußten italienischen Arbeiter m a s s e n sagen, die nicht nur k e i n e m Faschisten „Recht“ zubilligen, sondern auch schon mehrfach im Zusammenhang mit antifaschistischen Demonstrationen die Parteibüros der braunen Ratten und auch Büros der Demokratie Christens auseinandergerissen haben?

Nur Dutzendhunderter von der Art der KBW-Führer bringen es fertig, zwischen dem politischen Kampf gegen den Faschismus und dessen gewalttätiger Unterdrückung einen Widerspruch zu konstruieren (wobei noch angemerkt werden muß, daß der KBW wieder in seiner zentralen Zeitung noch in seiner sonstigen Agitation j e n a n s den Kampf gegen die Politik und Ideologie der Faschisten geführt hat (!)).

Für Kommunisten und konsequente Demokraten hat noch nie die Forderung „Diskutiert mit den Faschisten, wo ihr sie trefft!“ gegolten, nach der der KBW vorliegt. Es ist eine durch zahllose Kämpfe des internationalen Proletariats gesicherte Erfahrung, daß Mao tsung-Losung richtig ist, die lautet:

„Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft. Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!“

... Lösung richtig ist, die lautet:

„Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft. Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!“

Metal-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

LESERBRIEF

Über meine Erfahrungen als Behindert in der kapitalistischen Gesellschaft.

Ich bin 1947 als Spastiker geboren worden und habe nach neun Sonntagschuljahren den Volksschulabschluß erhalten. Dann machte ich eine Lehre als Datenverarbeiter. Durch Krankheit mußte ich die Lehre abbrechen und hatte einen halbjährigen Krankenhausaufenthalt.

Von der Sonderschule bin ich in ein Berufsförderungswerk vermerkt worden, wo ich in der Datenverarbeitung tätig bin. Der Betrieb hat 700 Mitarbeiter, davon 400 körperlich und geistig Behinderte. Neunfünftel kommen in eine Vorbereitungswerkstatt, wo man getestet wird, wie man zu gebrauchen ist. Bei milderer Teilleistungszeit drei Jahre. Während dieser Zeit verdient ich 0,54 DM in der Stunde. Nach dieser Zeit kam ich in den Betrieb und verdiene nun 0,75 DM in der Stunde. Der gezahlte Höchstlohn beträgt bei uns 1,36 DM in der Stunde. Ich habe eine Monatslohn von ungefähr 90 DM von dem mich der Markt für den Betriebsbus abgezogen werden. Davon kann ich natürlich nicht leben. Ich bekomme 110 DM Pflegegeld vom Staat, 100 DM vom Sozialamt und außerdem 50 DM von meinem Vater.

Der Unternehmer macht mit mir einen Nettogewinn von 500 DM pro Behinderten, den er vom Staat bekommt, weil er was beschäftigt und dann natürlich den normalen Profit den er aus dem von uns hergestellten Artikel erhält.

Die Arbeitsbedingungen sind bei uns genauso wie in den anderen Betrieben, obwohl uns die Arbeit oft sehr anstrengt (1/2 Std. Mühe, wir ruft Minuten zu spät kommt, dann wird eine Viertelstunde vom Lohn abgezogen).

Ich finde, daß in diesem System Behinderte Menschen in der ersten und Ansätze ihnen zu helfen, befehlen sie brutal aus, und dadurch reagieren viele behinderte Kollegen die eigentlich Freunde der Arbeit hatten.

Es ist aber schlicht Ausdruck einer verwerflichen Kurzsichtigkeit, mit den gleichen antikommu-

Ein AK-Leser

Westberlin

SEW-Schläger verprügeln AK-Verkäufer

Am 18.9. habe ich zusammen mit einigen anderen Genossen nach einer Chile-Veranstaltung der SEW den AK-BITTERKAMPF verkauft. Der Verkauf an die SEWler lief sehr schlecht. Von diesen „Genossen“ bekam ich Reden zu hören, die ich sonst nur von den Faschisten gewohnt bin. „Chalotenschein“, „alle von der Bourgeoisie gekauft“, „hau ab, oder du kriegst Drecksche“, „geh doch lieber in den Osten (!)“ und dergleichen Scheiß mehr. Ich hielt meine Arbeiterkämpfe unverändert weiter in den Strom. Pöbelhaft wird mir der Vorzeig-AK aus der Hand gerissen. Ich drehe mich um und sage „Der kostet 50 Pfennig!“ Der Mann mit der SEW Plakate geht weiter. Ich hinter ihm her hab ich so leicht an der Hand und sage „Ich mir die Zeitung wieder her!“ Ich mach mich frei, zerreiße den AK und geht weiter. Da sag ich zu ihm „Du Sau!“ und ruckzuck schon hat er mir eine verpöhl. Ich konnte mich nicht wehren, das Kräfteverhältnis war zu ungünstig, die SEW-Ordner standen in Massen herum und warteten nur auf eine Gelegenheit, sich zu prügeln. Ein SEWler solidarisierte sich mit mir. Er begann mit seinen Partei-Genossen zu diskutieren, er war ziemlich empört. Die anderen herumstehenden SEWler hielten diese „Methode der politischen Auseinandersetzung“ allerdings für richtig. Trotzdem versuchte ich weiter AK's zu verkaufen.

Die SEW hat sich an keiner der Aktivitäten während der Chile-Solidaritätswoche beteiligt. Das hatte zu Unstimmigkeiten innerhalb der Partei geführt. Sie bezirkgruppen beteiligten sich sogar auf eigene Faust an der Demonstration des Chalkomtees. Sie bekamen dafür auf der Veranstaltung ihre Schelte von Danehus (Vorsitzender der SEW). „Wir demonstrieren dann, wenn die Partei es anordnet.“ Als Danielus dann eine Chile-Demonstration für die nächste Woche ankündigte, waren die SEW „Rebellen“ offensichtlich wieder mit ihrem Vorstand verärgert.

In SEW-Kreisen wurde nach der Veranstaltung übrigens das Gerücht verbreitet, „Chaloten“ hätten die Redner auf der Veranstaltung mit Steinen beworfen. Es zeigt, wie weit die Verhetzung von SEW-Mitgliedern und

Sympathisanten bereits gelungen ist, wenn solche ungläubigen Lügen, die noch dazu leicht nachzuprüfen sind (es waren immerhin ca. 3000 Menschen anwesend) in SEW-Kreisen offenbar „geschluckt“ werden.

Ein Genosse der Bezirksorganisation Nord des KB / Westberlin

Nazi-Feier zum „Führer-Geburtstag“ straffrei

Wie bereits im AK berichtet, hatte am 20. April ein Haufen Faschisten in Westerland (Sylt) „Führer-Geburtstag“ gefeiert. Diese Zusammenkunft fand statt in einer Gastwirtschaft, die extra mit allerlei Nazi-Plakaten dekoriert worden war.

Wachsame Antifaschisten hatten gegen diese Provokation sofort beim Landgerichtbezirk Flensburg wegen der Durchführung einer Versammlung im Sinne der verbotenen Nazi-Partei Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft sah diesen Tatbestand aber nicht als gegeben an. Sie ermittelt lediglich gegen den Wirt und einen Barkeeper wegen der „Verwendung verbotener nationalsozialistischer Kennzeichen“ (Hakenkreuz). Die Zusammenkunft selbst sei — so erklärte jetzt die Staatsanwaltschaft — „eher ein Gag (!) junger Leute“.

Keineswegs habe es sich um eine rechtsradikale Gruppe gehandelt. Im Grunde sei auch die Verwendung von Nazi-Symbolen „sicherlich“ gewesen. Wenn jetzt dennoch immerhin in diesem Punkt „ermittelt“ wird, dann wohl eher, um den Nazis einen Tip zu geben, in Zukunft bei derartigen Vorhaben die Hakenkreuzfahne einigelt zu lassen. Damit ist es nicht zu witzig wird. Die Methode, faschistische Aktivitäten juristisch zu decken und die Faschisten als harmlos, Spinner oder Witzbolde hinstellen, kann dadurch keineswegs verdeckt werden.

Hüten wir uns vor solchen „Witzbolden“ und vor denen, die ihnen ungehindertes Auftreten verschaffen!

KB/Gruppe Flensburg

Anzeige
74 Seiten 13, DM
ungehindertes Auftreten verschaffen!
KB/Gruppe Flensburg

Anzeige
74 Seiten 13, DM

ZUR POLITIK DES KBW(NRF)

zu bestellen bei: Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35



Was nicht in unsere Köpfe geht, wird überkleistert. — Nach diesem Motto offenbar führten einige KBWler ihren Leinwand und überklebten eine Reihe von Chile-Plakaten des KB in Hamburg-St. Georg mit ihren eigenen Plakaten. Nun ist es ja nichts Neues, daß der KBW mit allerhand Tricks und unsauberen Methoden überall seine Art „politischer Auseinandersetzung“ zu betreiben versucht. In Bremer B versuchten KBW-Vorgänger Genossen beim AK-BITTERKAMPF Verkauf zu behindern, indem sie erklärten Bremen sei schließlich KBW-Territorium und die hätten was uns mit dem AR-BITTERKAMPF nicht einzumachen und unseren Genossen Prügel androhen. Unsere Genossen ließen sich jedoch nicht einschüchtern, Prügel und „territorialer Anspruch“ blieben „rote Wolke“.

KBW : Erst KB-Plakate überklebt — dann „tätige Reue“

Was nicht in unsere Köpfe geht, wird überkleistert. — Nach diesem Motto offenbar führten einige KBWler ihren Leinwand und überklebten eine Reihe von Chile-Plakaten des KB in Hamburg-St. Georg mit ihren eigenen Plakaten. Nun ist es ja nichts Neues, daß der KBW mit allerhand Tricks und unsauberen Methoden überall seine Art „politischer Auseinandersetzung“ zu betreiben versucht. In Bremer B versuchten KBW-Vorgänger Genossen beim AK-BITTERKAMPF Verkauf zu behindern, indem sie erklärten Bremen sei schließlich KBW-Territorium und die hätten was uns mit dem AR-BITTERKAMPF nicht einzumachen und unseren Genossen Prügel androhen. Unsere Genossen ließen sich jedoch nicht einschüchtern, Prügel und „territorialer Anspruch“ blieben „rote Wolke“.

„Ja, ja, das ist wohl nicht richtig, aber laßt uns die Sache doch in Ruhe diskutieren.“ Nachdem wir aber zum Ausdruck brachten, daß es uns nicht darum ginge, lange zu „diskutieren“, verlegten sich die KBWler auf „Bild-Zeitungssargen“. Mit solchen Rockermethoden erreicht ihr überhaupt nichts! — was einen Genossen veranlaßte, diese Antimerke mit einer (rechten) Ohrfeige zu beantworten. Das ergreife, um die verurteilte KBW-Mannschaft zur Einsicht zu bringen. So gelautet, war es dann auch kein großer Schritt mehr, eigenhändig die Plakate abreißen, unter Aufsicht unserer Genossen, zu überkleben — mit den ursprünglichen Plakaten. Selbstverständlich sollte der Betreffende diese ungeheure Begebenheit seiner Gesellschaft zu melden. Man kann nur hoffen, daß sie in dem allgemeinen Läuterungsapparat, bezüglich der richtigen Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse, mit einbezogen wurde.

Ein Genosse aus St. Georg

Leserbrief

Vor nicht allzulanger Zeit ging ich auf den Großneumarkt einkaufen. Dort verkaufte auch unter anderem politische Gruppen ihre Zeitungen, so die DKP der KB und der KBW. Diesmal ging ich neben dem Interesse der Wochenendblätter noch mit einem besonderen Anliegen dorthin. Ich wollte mit dem KVZ Verkäufer sprechen, der der mir mal gesagt hatte, daß der KBW eine Broschüre herausgeben würde in der anlässlich des 25. Jahrestags der DDR einmal ganz konkret nachgewiesen werden sollte, daß es sich bei der Politik der SU um eine imperialistische und bei der DDR um die Politik eines Imperialismus abhängigen Staates handelt. Bisher hatte ich nämlich eine solche Broschüre nicht bekommen können. Als ich gerade kurze Zeit bei dem KBW-Genossen stand, kam ein schon etwas älterer Mann an und legte dem KBWler nahe, doch „in die Zone“ zu fahren. Er wollte ihm auch einen Zuschuß zum Fahrgehalt geben. Der KBWler antwortete, daß er „auch mit vie-

len Sachen in der DDR nicht einverstanden sei, und daß es sich bei der DDR nicht um ein sozialistisches Land handle. Ich unterbrach den KBWler mit der Bemerkung, ob er denn nicht merken würde, daß es dem Mann bei der Diskussion gar nicht um den Sozialismus geht, sondern nur darum, gegen die DDR zu hetzen. Unterbrechend nickte der Mann mir zu, der sich wohl jetzt erst richtig verstanden sah. Der Mann bekräftigte seine Ansicht auch noch indem er die vielen Vorteile, die wir angeblich in der BRD haben, aufzählte. Mit der Entschuldigung, er hätte noch woanders etwas zu tun, zog der KBWler ab. Zur Krönung des ganzen zeigte uns der Faschist noch eine Titowierung, die er am Arm hatte. Seine ehemalige Dienstnummer bei der SS.

Dieser Faschist hatte nur einen Arm und es hätte einen schlechten Eindruck gemacht, wenn man einen Einarmigen schlägt.

Ein Metallgenosse

... für die heimischen Landtagswahlen zu Wort, die mit der Behauptung „Rechts ist nie radikal“ zu verhehlen versteht. In diesem Artikel (von geradezu richtungsweisendem Niveau) wird geschildert, wie eine Gruppe von KBW-Mitgliedern in Darmstadt zu einer Wahlveranstaltung der NPD geht, um dort „mit den Leuten, die in der jetzigen Lage an NPD-Veranstaltungen hingehen und sich für die Vorschläge der Faschisten interessieren“ zu diskutieren („KVZ“, ebenda).

Es hat sich nichts geändert in der „Begründung“, die in der „KVZ“ für dieses Vorgehen geliefert wird. „Während auf die Veranstaltungen der anderen bürgerlichen Parteien meist Leute kommen, denen man antizipiert (!), daß sie viel Zeit haben“, kommen zu den Faschisten nach Meinung des KBW „Menschen, die mit dem System unzufrieden sind und nach einem Ausweg suchen“.

Die KBWler wollen feststellen

ren (!!!) („KVZ“).
Bislang! So macht man weiter! Das sind Beiträge, zu denen jeder Faschist applaudieren kann. Das ist aber auch die einzige Ebene auf der mit den Faschisten „diskutiert“ und Einvernehmen erzielt werden kann — wenn man, was der KBW Israel anlegt.

Auf Veranstaltungen der Faschisten übernahm über die DDR zu diskutieren und dort unsere Kritik am Revisionismus vorzutragen, wobei es sich für Kommunisten allein schon deshalb, weil es weder den faschistischen Rattenfängern selbst, noch ihren verworrenen Sympathisanten aus dem entferntesten Umkreis ein bißchen zu tun hat, sondern ausschließlich um eine sozialistische Metze, die aus rein demagogischen Zwecken an der DDR festgenagelt wird!

Es ist aber schlicht Ausdruck einer verwerflichen Kurzsichtigkeit, mit den gleichen antikommu-

Bezirksorganisation Altona/
Kfz Gruppe Hamburg



„Radikalen“-Jagd nach Bombenexplosion

Am Montag, dem 7.10., explodierte in einer Bremer Wohnung ein selbst gebastelter Sprengsatz. Zwei angebliche Anarchisten (die bürgerlichen Zeitungen schreiben von einer „Nachfolgeorganisation der Baader-Meinhof-Gruppe“) verließen fluchtartig die Wohnung. Einer von ihnen wurde nach kurzer Verfolgungsjagd durch einen Bereitschaftspolizisten in Zivil gefasst. Der andere konnte entkommen.

Eingeliefert wurde diese neue Welle der Jagd auf „Radikale und Anarchisten“ schon in den letzten Wochen durch sich häufende Meldungen von angeblichen, allerdings meist mißglückten Anschlägen in den Medien der bürgerlichen Presse werden nun eine ganze Reihe solcher Anschläge in den Zusammenhang mit dem

Bremer Ereignis gebracht. Außer dem mißglückten Anschlag auf den Hamburger Innensenator Kluge sind das Anschläge auf den Hamburger Gefängnisarzt Mairrose, zwei Banküberfälle in Hamburg, ein Anschlag auf die Hamburger Justizbehörde im Februar, ein weiterer auf den Sitz der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie (BDI) in Köln und eine Drohung gegen Flughafen oder das Gefängnis in Hamburg-Fuhlsbüttel. Nach dem 7.10. ging es dann prompt weiter. In Frankfurt wurden im Shell-Hochhaus, in der Zentrale der „Avia“, Autowerkstatt (bis vor kurzem Tochterfirma des berüchtigten ITT-Konzerns, der am Putsch in Chile beteiligt war), zwei 10-Kilo-Bomben entdeckt. In zahlreichen Bremer Kauf-

häusern gingen Bombenwarnungen ein. So war auch stels in den bürgerlichen Zeitungen die Rede von „massenwirksamen“ Zielen, wie Kaufhäuser. Um die Hetzjagd zu vervollständigen, meldete der Bremer Kriminaldirektor Meyer: „Wenn die erst richtig losgelegt hätten, wären Menschenleben in Gefahr gewesen.“

In der Woche nach dem 7.10. überschlugen sich die Bremer Zeitungen „Bremer Nachrichten“ und „Weser-Kurier“ mit Balkenüberschriften wie: „Wo sind noch Anarchisten-Quartiere?“ („BN“ 9.10.) oder „Die Bomben sollten am Dienstag hochgehen“ („WK“ 10.10.). Die Bevölkerung wurde täglich um Mithilfe gebeten, d. h. zur Bespitzelung aufgefordert. Besonders junge Leute, die in der letzten Zeit Wohnungen oder Wochenendhäuser gemietet haben, und „verdächtige“ Erkennungszeichen. Höfliches Auftreten, gepflegter Eindruck und Mitbewusstsein!

Die Bremer Kaufhäuser wurden mehrmals geräumt, und in der Wohnung, in der der Brandsatz vorzeitig hochging, wurde angeblich eine Schrift mit dem Titel „Kleine Anschlagstrategie für Norddeutschland“ gefunden. In dieser Schrift soll die Rede sein von geplanten Anschlägen in Bremen, Hannover, Kiel und Hamburg. Zitat aus dieser ominösen Schrift: „Bremen Dienstag vormittag in den Kaufhäusern ... jeweils zwei Brandsätze installieren. Es müssen Taschenbrandsätze mit Säurebatterien sein, die spätestens nach einer halben

Stunde zünden.“ Die Anschläge sollten sich gegen drei Kaufhäuser und ein Konsulat richten.

Ein gewisser Franz, Leiter des 10. Kommissariats (Politische Polizei) erklärte gegenüber dem „Weser-Kurier“ (9.10.): „Aber muß davon ausgehen, daß noch mehr Sprengstoff vorhanden ist. Auch in Bremen.“

Im Rahmen dieser Hetzjagd wurden in Hamburg 19 Wohnungen, angebliche „Anarchistenester“, durchsucht. In Bremen gab es Hausdurchsuchungen, besonders von Wohngemeinschaften, wie wir erfahren haben, auch Wohnungen von Genossen des KBW.

Am 11.10. wurde an der Universitätsbibliothek eine Großrazzia durchgeführt. Man entblödete sich nicht zu erklären, die Razzia richte sich gegen die Diebe von Baustelleneinbauten. 80 Bullen sperrten die vier Ausfahrtstraßen der Uni ab und durchsuchten die Wagen.

Die Existenz einer Handvoll Anarchisten (in Bremen soll es davon zehn geben!) wird dafür genutzt, die Ideologie der „wahrhaften Demokratie“ in der Bevölkerung zu verankern. Dahinter stehen die längerfristigen Ziele der westdeutschen Kapitalisten die „Faschisierung von Staat und Gesellschaft als Voraussetzung ihrer aggressiven Ziele“.

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Fortis. juristische Schikane

Aber „abgerichtet“ wurde der Todeschütze darauf nicht?

Der Vernehmungsrichter interessierte sich übrigens offenbar gar nicht für die Sache, sondern dafür, ob Kai Ehlers den Artikel selbst geschrieben habe oder wer sonst der Verfasser sei.

Da der Richter auf diesen dreisten Vorstoß natürlich keine Antwort bekam, erklärte er, nunmehr müsse mit einer Anklageerhebung seitens der Polizeibehörde gerechnet werden.

Die Polizei ist offenbar in besonderem Maße bemüht, gegen Kritik an ihren Praktiken juristisch vorzugehen. Sie setzt dort an, wo entweder brutale Polizeimethoden beim Namen genannt werden, oder wo die Rolle der Polizei und speziell der „Sondereinheiten“ wie MEK, als Instrument der Bourgeoisie aufgefressen wird – wo gezeigt wird, daß dies im „Brutalismus“ eben den „Todeschuß“ bedeutet, das unter verschärfen Umständen auch zum „Todeschuß“ auf Arbeiter werden kann, die um ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte kämpfen (siehe Chile, siehe Deutschland unter dem Faschismus usw.).

Gerade wegen dieser objektiven Rolle ist die Polizei in besonderem Maße bemüht, ihr ohnehin nicht glänzendes Ansehen in der Bevölkerung nicht noch weiter sinken zu lassen; deshalb das juristische Vorgehen gegen kritische Darstellungen der Polizei, wie in den beiden genannten Fällen.

Es ist nämlich klar, daß die Polizeibehörde solche Prozesse finanziell viel besser durchstehen kann als die kommunistische Presse – selbst wenn die Polizei einmal wider Erwarten bei einem Richter „an den Falschen“ geraten und einen Prozess in den Sand setzen sollte.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, mit welchem Eifer die Polizei gegen verschiedene Zeitungen mit Beschlagnahmungen und Verhaftung von Verkäufern vorging.

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

„Roter Morgen“ der „KPD/ML“ vor allem aber auch „Rote Fahne“ der „KPD“ und sogar die „KVZ“ des KBW, die über den Tod des Arbeiters Günther Routhier berichtet hatten (G Routhier starb an den Folgen einer Verletzung, die er während eines Polizeieinsatzes zur „Räumung“ eines Geschäftsaas erlitten hatte – er war Sympathisant der „KPD/ML“). Hier wurde – zumal die bürgerliche Presse den Vorfall wie auf Kommando folgte – direkt versucht, die Verbreitung der Wahrheit über den Tod von Günther Routhier zu unterdrücken.

Im Mai hatte Kai Ehlers bereits mehrere politische Vorladungen erhalten wegen „Sachbeschädigung“ etc. Hierbei geht es um das „illegale“ Kleben von Plakaten zum 1. Mai. Einige Firmen haben darüber hinaus von sich aus Rechnungen für das „Reinigen“ von Wänden etc. geschickt. Außerdem bekam Genosse Ehlers politische Vorladungen wegen irgendeiner nicht näher bezeichneten „Verleumdung und Beleidigung“ (7.3.74), und wegen einer weiteren „Beleidigung“, die angeblich um Mautauftrag des KB enthalten sein soll (20.5.74).

Versuche wie dieser werden zukünftig sicher noch zusehmen. Die Bourgeoisie begleitet ihre Bestrebungen, die Kommunisten zu isolieren („Abgrenzungsbeschlüsse“ bei SPD, DGB, DKP, Berufsverbote, Maßnahmen gegen konsequente Demokraten, die zur Zusammenarbeit auch mit Kommunisten bereit sind) und schrittweise in die „illegale“ abzurufen auch mit Versuchen, was einerseits (finanziell) auszuplündern und andererseits (aus Angst vor weiteren Geldstrafen) aus einzuschüchtern.

Dieser Absicht ist nur durch die Entwicklung einer breiten Solidaritätsfront für die Verteidigung der Meinungsfreiheit und Pressefreiheit zu begegnen.

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Genossen, Sigi: ...

Anarchisten in Darmstadt Leserbrief

Am 26. August überfiel ein Großaufgebot der Polizei die Wohnung der Familie Buchholz und schleppte den Genossen Siegfried ins Gefängnis. Der gegen ihn erhobene „RAF“-Vorwurf wurde mit keinem einzigen Indiz begründet. Obwohl alle Schlüssel da sind, werden die Dachkammern der übrigen Hausbewohner aufgebrochen, wird im Keller ein tiefes Loch gebuddelt – gefunden wird nichts. Drei weitere Genossen, Gäste bei Familie Buchholz, werden in einem Park aufgegriffen und verhaftet. Die schwangere Genossin Geli Buchholz wird zum Glück verschont.

Aus Mangel an Beweisen – die man ja erst bei dem Überfall zu finden hoffte – wird eine mehrwöchige Hetzkampagne in der Presse gestartet mit Bildern und Personalien der Betroffenen, um von der Bevölkerung „Hinweise“ zu bekommen. Nachdem auch das nichts fruchtet kann endlich Polizeichef Hofmann der Presse die frohe Botschaft bringen: „Mit dem Tötung werden dieser Anwälte wissen wir, daß wir die richtigen gefaßt haben.“

Daß Genosse Buchholz von einem linken Anwalt verteidigt wird (hätte er zu einem rechten gehen sollen?) soll also als „Beweis“ herhalten! Der Haftprüfungstermin wird Woche um Woche verschoben.

Genossen, Sigi: laßt es sein!

schweren Krankheit (Bechterewsche Krankheit), bekommt zwar Medikamente, nicht aber die lebenswichtigen Bäder, Massagen und ein Spezialbett. Er sitzt wie alle anderen in Isolierhaft, weil er nicht „geständig“ ist (was soll einer gestehen, der nichts getan hat?). Wie schwer seine Gesundheit und wie sehr sein Leben bedroht wird, wird im Keller ein tiefes Loch gebuddelt – gefunden wird nichts. Drei weitere Genossen, Gäste bei Familie Buchholz, werden in einem Park aufgegriffen und verhaftet. Die schwangere Genossin Geli Buchholz wird zum Glück verschont.

Genossen, Sigi: braucht ärztliche Fürsorge und seine schwangere Frau braucht ihren Mann zuhause. Schreibt Solidaritätsbriefe an den Genossen und verlangt vom Haftrichter die sofortige Freilassung. An den Haftrichter der IVA 61 Darmstadt Eberstadt, Marienburger Str. 74 und an Siegfried Buchholz, gleiche Adresse!

Freiheit für die Darmstädter Genossen, Freiheit für alle Gefangenen! Schluss mit dem Justiz- und Polizeiterror!

Genossen des Darmstadter

Disziplinierung anti-militaristischer Kräfte in der Bundeswehr

In allen gesellschaftlichen Bereichen beobachten wir eine verstärkte Verfolgung fortschrittlicher und oppositioneller Kräfte. Immer deutlicher zeigt sich der Krisencharakter des kapitalistischen Systems, was für die Bourgeoisie und ihre Lakaien natürlich Anlaß genug ist, gestützt gegen jede sich bildende Kritik vorzugehen, um präventiv alle Anzeichen breiterer oppositioneller Aktivitäten zu erschlagen.

Der ehemalige Gefreite Klaus Oellers aus der Prinz-Abricht-Kaserne wurde wegen Wehrtafelsetzung angeklagt und wird demnächst vor Gericht gestellt.

Er hat im Ausschuß Kampf der BRD-Imperialismus und Militarismus mitgearbeitet, der durch Flugblätter, Wandparolen und Aufkleber u.a. aufzieht.

- daß die BRD-Rüstungsmaterialien Privatgeheim sind,
- daß Offiziere fachtechnischer Länder in der Bundeswehr ausgebildet werden
- daß die Bundeswehr Bürgerkriegsmanöver durchführt

Weiterhin hat er mit Kollegen in der Kaserne militaristische Fragenkomplexe, wie z.B. den Vietnamkrieg, diskutiert. Gegen ihn wurde mit geradezu fachtechnischen Methoden vorgegangen: Er wurde von MAD-Leuten beschattet, Nachbarn von ihm wurden tags- und nachts über belästigt, seine Freundin von MAD-Spitzeln angepöbeln.

Gegen Klaus Oellers und weitere 17 Bundeswehrsoldaten wurde ermittelt, aber nur gegen K.O. wird der Prozeß vorbereitet. Ihm wird vorgeworfen, fortgesetzt und planmäßig „Wahrheitsforschung“ betrieben und vorwiegend und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt zu haben.

Zitat aus der Anklageschrift: „In Übereinstimmung mit den Zielen der KJV, der Jugendorganisation der maoistischen KPD als deren Mitglied oder Sympathisant gehandelt zu haben und dabei das Ziel verfolgte die Bundeswehr als Organ zum Schutz der BRD zu zerstören und die freiheitlich demokratische Grundordnung durch die bewaffnete Revo-

lution der Arbeiterklasse zur Erringung der Diktatur des Proletariats zu besetzen.“

Auffällig die Analogie des Vorgehens gegen fortschrittliche Kräfte in der Buwe und in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Die Methode, einzelne (zumeist die Initiatoren) herauszugreifen und exemplarisch abzurufen, ist genauso simpel wie wirkungsvoll, denn dadurch wird einerseits ein abschreckendes Exempel statuiert und andererseits durch die Illegalisierung oppositioneller Organisationen die Solidarisierung breiterer Bevölkerungsteile verhindert.

Dieser Angriff der Reaktion richtet sich nicht nur gegen K. Oellers, sondern gegen alle fortschrittlichen Kräfte, die gegen die zunehmende Militarisierung und Faschisierung der Gesellschaft kämpfen.

KPD-Verbot – Notstandsgesetzgebung – Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten des BGS – Vorbeugende Berufsverbote – Gewerkschaftsausschüsse Abgefahrt mit der Zug in Richtung Faschismus! Aufhalten kann ihn nur noch der gemeinsame Kampf aller anti-faschistischen und anti-militaristischen Kräfte.

Die geplante exemplarische Verurteilung von Klaus O. (der Prozeß findet voraussichtlich Ende Oktober statt), kann die Grundlage für weitere Disziplinierungen anti-militaristischer Arbeit in der Buwe sein.

Ein KB-Genosse

Wieder Verkaufsbehinderungen

Nachdem unsere Zeitungs-Verkäufer schon mehrmals Schikanen der Polizei ausgesetzt waren, entwickeln diese sich in letzter Zeit zu größerem Ausmaß. So wurde der Verkauf an unseren Ständen verboten und diese sind nur noch als Informationsstelle zugelassen. Am 12.10. gingen die Bullen dann massenweise gegen unsere Verkäufer und auch gegen die des KBW vor. Ihre Aktion schien diesmal im wesentlichen noch zur Einschüchterung der Genossen und zur Feststellung ihrer Personalien zu dienen, denn konkrete Einsatzbefehle lagen nicht vor, jeder Bulle handelte auf eigene Faust. So wurde die Bestätigung des Stadt- und Polizeiamtes, daß für unseren Verkauf keine Erlaubnis erforderlich ist, von einigen anerkant, von anderen dagegen wurde behauptet, die Erlaubnis wäre inzwischen ungültig bzw. zumindestens für diese Straße nicht mehr zutreffend. Einem Verkäufer wurde die Bestätigung sogar wegen „Verdacht auf Urkundenfälschung“ (!) abgenommen. Da zwei Verkäufer der „KVZ“ keine solche Bestätigung vorlegen konnten, wurden sie zur „Fest-

stellung der Personalien“ mitgenommen.

Das Argument eines KBWlers bei den sich anschließend bildenden Diskussionsgruppen war, daß das Gesetz eben nicht vom Volke sei und der KBW sich deswegen auch nicht daran halten brauche. Als die erhoffte Zustimmung der Massen ausblieb und im Gegenteil die Mehrheit der Passanten die Verkäufer „nach dröben“ schicken wollte, begannen wieder der nun schon bekannte antikomunistische Mist zu stinken. Verzwweifelt versuchten sich die KBW-Genossen selbst bei denen anzubeden, die ganz offen von Verbot, Verbrennung etc. der Linken geleiteten Anstalt diese Typen in eine Reihe zu stellen mit den konkreten Angriffen auf die Linken und ihre Bekämpfung zu propagieren, stellt sich der KBW mit seinen „Argumenten“ wie hier, da gibt es keine Meinungsfreiheit, wir kämpfen für die Freiheit in ganz Deutschland – in eine Reihe mit den Rechten.

Genossen, Sigi: ...

Kapitalistische „Basisarbeit“

Im „Arbeitsgeber“, offiziellen Organ der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA), fand sich jüngst wieder (Ausgabe 18 vom 20. Sept. 1974) ein interner Artikel zum Thema „Unternehmer-Politik“ seines Schriftstellers „Mehr Basisarbeit mit uns!“ – Basisarbeit der Kapitalisten in ihren eigenen Betrieben.

Der Artikel beginnt mit der Feststellung, daß die Unternehmer vor rund zwei Jahren „offenbar keine massenwirksame Ideologie vertrieben“, daß sie (zur „kühnsten Entfaltung“ der „Jugend usw.) an einen enormen Ideologiedefizit litten. Nun hat seitdem „im Lager der Unternehmer eine erfreuliche intensive Suche nach einem neuen Selbstverständnis stattgefunden“ – und hat, wie sollte es auch anders sein, zu dem Ergebnis geführt, daß das Kapitalist „in seiner Funktion nicht zu ersetzen“ sei, daß er bei der Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche „hervorragende Trümpfe auf der Hand“ habe, daß es also „beziehen“ werde Herausgefunden haben diese Ergebnisse u.a. noch kleine Köpfe wie die Professoren Schelsky und Steinbuch ... und Hans Martin Schleyer ... Und da man sich hier zum Beispiel „im Kern einig“ ist (und wie sollte es auch anders sein), muß man jetzt auf die „alles entscheidende Umsetzung der erarbeiteten Argumentation in die Alltagspraxis“ sinnen. denn es droht bereits die Gefahr, „daß die gedruckte Standpunkt-Suche weit über den notwendigen Zeitpunkt hinaus betrieben wird.“

Wir wollen uns das etwas genauer ansehen was hier unter dem Motto „Der Worte wären also genug gewechselt“ dargelegt wird. „Es besteht ernsthaft die Gefahr, daß an die Stelle des gefährlichen Theorie-Defizits von gestern schon bald ein sich selbst genügendes und darum ebenso gefährliches Literatur-Überschül tritt. Die Tendenz einer „Nabelschau als Selbstzweck“ ist jedenfalls nicht mehr zu übersehen. Worum es heute aber ankommt, ist das neu gewonnene Selbstbewußtsein, die frisch erarbeitete Argumentations-Politik umzusetzen in die politische Kleinarbeit.“

Wer das „Ohre an der Masse“ hat (Lenin) weiß, daß die bisher von der Unternehmenseite in der Bevölkerung erzeugte politisch-weltanschauliche Vakuum von den Gewandbetern und Fliegantien aller Schattierungen mit Eifer zu füllen versucht wird. Die Entscheidung über Sein oder Nichtsein der freien sozialen Marktwirtschaft wird in unserer Demokratie auf diesem prozesshaften Terrain fallen und nicht auf der theoretischen Ebene ...

Die jüngsten Reflexionen in den Kreisen der wirtschaftlichen Führungskräfte fanden weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Angestellte haben wiederum unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die hieb- und stichfesten Analysen, Argumente, Polemiken der Schelsky, Freudfeld, Schleyer – um nur diese zu nennen – sind nicht einmal endungsweisend bis zum vielbeschworbenen Mann auf der Straße und seiner Frau in der Küche gedungen.

In den Betrieben hat sich sogar die Klinkenverstellung vom Unternehmer als Profitgieriger, Ausbeuter, Schmarotzer und Unterdrücker zunehmend verdrängt. Warum es den Unternehmer – auch im Interesse der Arbeitnehmer – geben muß, wie Gewinne und Arbeitsplätze zusammenhängen, was die soziale Marktwirtschaft eigentlich ist – das alles, und anderes mehr, ist in den wuchtigen und damit gesellschaftlich entscheidenden Bevölkerungskreisen nach wie vor nicht bekannt. Es muß dort aber bekannt werden, wenn unser derzeitiges demokratisches System die bevorstehenden schweren sozialen Spannungen überleben soll! Nicht nur die in Frage kommenden Verbände, Institute und Interessengruppen sollten dies jetzt als ihre Schwerpunktaufgabe sehen, sondern auch jeder einzelne Unternehmer. Und der vor allem.

An konkreten Vorschlägen für die „Basisarbeit der Kapitalisten in ihren eigenen Betrieben“ werden in diesem Artikel folgende genannt:

- „nach jeder Flugblattaktion vom Systemüberwindern postwendend ein Gegenflugblatt der Betriebsleitung“
- „Leserbriefe von Unternehmern oder Managern ... in der Tages- und Wochenpresse“
- „Betriebsversammlungen, die von der Unternehmensleitung (außer zu den vorgeschriebenen Zeitpunkten) allein zu verständlichen – Information der Arbeitnehmer sowohl über die aktuelle Betriebsituation als auch über die längerfristige Wirtschaftslage einberufen werden“
- „Kurz- und mittelfristige, die statt heile Welt und Unveränderlichkeit zu spiegeln offensivere Wirklichkeitbe-

wertigung betreiben“

Bei alledem wird wiederum nachdrücklich hinzugesagt, daß dies „in der Sprache der Arbeitnehmer“, „in der Sprache des Volkes!“ und „in einfachen Worten!“ geschehen soll. Und zum Schluß des Artikels:

„Sollten die nächsten Jahre auf diesem existenzentscheidenden politischen Alltagsacker genau so fruchtbar sein, wie die letzten Monate es auf dem literarischen Felde der Selbstanalyse zweifellos gewesen sind, dann – und nur dann – wird das freie, verantwortungsbewußte Unternehmertum noch lange das Schiff „Soziale Marktwirtschaft“ durch die Brandung steuern – allen Jungs- und Chotenstürmen zum Trotz!“

Man sieht, die Kapitalisten machen sich sehr ernste Gedanken über ihre Zukunft, und es ist bei dieser Gelegenheit gut, daran noch einmal die unangenehmsten Thesen einiger Linker zu erinnern, wonach die Bourgeoisie keine bewußt handelnde Klasse sei und „nicht planmäßig“ vorgehe usw. Man könnte im Gegenteil manchmal wünschen, daß die Diskussion innerhalb der Linken doch nur ebenso ernst, planmäßig und bewußt stattfinden möge, wie dies im Lager unseres Klassenfeindes unter entgegengesetztem Vorzeichen, d.h. mit ihrem entgegengesetzten Interesse, der Fall ist!

Der Hinweis, daß „schwere soziale Spannungen“ bevorstehen, findet sich bereits seit einigen Jahren in der Diskussion auf Kapitalisten-Seite. Seitens der Linken ist seit dem französischen Kampfmaj 1968 hat die Diskussion darüber, und wie die Kapitalisten dem begegnen wollen, zugenommen. Und mit der Krise 66/67 und den darauffolgenden Septembertreiks 1969 sind die Zeichen dieser bevorstehenden „schweren sozialen Spannungen“ auch in der Bundesrepublik wieder sichtbar geworden und haben sich seitdem angehäuft, bis hin zu den spontanen Streiks im Sommer letzten Jahres und den vermehrten Kämpfen in anderen sozialen Bereichen: Wohnungsbau, Schulen, Jugendzentren usw.

Was uns nun wichtig erscheint, ist die in dem zitierten Artikel abgehandelte Tatsache, daß die Theorie-Diskussion im Kapitalistenlager bereits einen Punkt erreicht hat, an dem sie durch die „alles entscheidende Umsetzung der erarbeiteten Argumentation in die Alltagspraxis“ ab-

geschlossen werden muß. Jedenfalls nach Meinung des Verfassers. Mit anderen Worten: die Theorie-Diskussion ist die Abklärung der Bourgeoisie für ihre Strategie im nächsten größeren Zeitraum. Man hat hier die Zeit der harten Durchsetzung dieser Strategie. Auf der gesellschaftspolitischen Ebene insgesamt ist es nicht schwer, das Ringen um eine neue CDU/CSU-Regierung in diesem Zusammenhang zu sehen. Und was den Kapitalistenverband BDA betrifft, so hat diese Entwicklung personell sicher ihren Ausdruck gefunden in der Krönung des ehemaligen SS-Mannes und heutigen CDU-Mitglieds Hans Martin Schleyer zum BDA-Boss, der um baden-württembergischen Metallarbeiterstreik 1971 seine Feuerprobe für die Kapitalisten ablegte.

Was in dem hier allierten Artikel bereits an praktischen Vorschlägen für die kapitalistische „Basisarbeit“ vorgetragen wird, ist sicher erst am Anfang. Und es ist notwendig, sowohl die Diskussion darüber im Kapitalistenlager weiter zu verfolgen, als auch zu enthalten, in welcher Weise die Kapitalisten diese Dinge jetzt konkret in den einzelnen Betrieben durchzusetzen beginnen, bzw. bereits damit begonnen haben. Das ist eine Aufgabe unserer Betriebsarbeit für die nächste Zeit.

Zweifellos ist nicht zu unterschätzen, daß den Kapitalisten damit gewisse Einbrüche gelingen können, im Sinne einer praktizierten „Volksgemeinschaft“ bzw. „Betriebsgemeinschaft“ nach Nazi-Vorbild. Aber ebenso zweifellos ist, daß die Kommunisten und die sich herausbildenden Arbeiter-Avantgarde in den Betrieben dabei noch ein Wörtchen mitreden werden. Kapitalistische „Basisarbeit“ in den Betrieben wird die Klassenwidersprüche vielleicht für einen Teil der Arbeiterklasse weiter verkleinern können – aber es wird diese Widersprüche nicht zum Verschwinden bringen und ihr stärkeres Aufbrechen verhindern können. Da ist die Berufung der Kapitalisten auf Lenin, daß man „das Ohr an der Masse“ haben muß, doch auch belustigend – denn es geht nicht nur um das Ohr, sondern darum, daß die Kapitalisten niemals ihre entgegengesetzten Interessen verheimlichen können, und vergoldete Ohren ohnehin nicht die sensiblen sind. Und auch wenn das Schiff „Soziale Marktwirtschaft“ noch für längere Zeit steuerunfähig ist, so ändert das nichts an der historischen Tatsache, daß dies ein stinkendes Schiff ist.

KB / Gruppe Frankfurt

Frankfurt: MP's gehören zum Alltag



Die Frankfurter Polizei hat ein „neues“ Mittel eronnen, um die Frankfurter Bürger vor sich selbst zu schützen. Mit der fadenfaden Begründung, daß in der Vergangenheit Autofahrer mit hohem Tempo auf kontrollierte Beamtin zugefahren seien, sollen Verkehrskontrollen in Zukunft von bewaffneten Polizisten durchgeführt werden.

Bewaffnete Polizisten sind in Frankfurt allerdings nicht vollkommen neu. Sie helfen z.B. während der von der Bourgeoisie durchgeführten „Rechts-Meinung Kampagne“ in Frankfurt mit MP's ausgerüstete Polizisten vor öffentlichen Gebäuden herum natürlich ausschließlich zum Schutze dieser Häuser, das versteht sich. Zu dieser Zeit fanden auch bewaffnete Verkehrskontrollen statt. Ähnliche Aktionen führte die Polizei im Zusammenhang mit der Räumung der besetzten Häuser Buchenheimer Landstraße/Schumannstraße im Februar dieses Jahres durch.

Weitere Erfahrungen liegen von bewaffneten Zivilisten vor. Als im Beispiel der Maschinenbaukonstrukteur Dieter Wolf in der Niddastraße einparken wollte, stürmten drei bewaffnete Männer auf ihn zu,

als der verängstigte Wolf den Rückwärtigen einlegte, schossen die Bewaffneten auf das Auto. Wolf flüchtete zu Fuß weiter, wurde von den Bewaffneten eingeholt, geschlagen, in Handschellen gelegt – und erfuhr, daß er es mit Polizisten – und nicht mit gewöhnlichen Gangstern – zu tun hat. Diese zivile Streife hatte sich zu ihrem Vorgehen dadurch veranlaßt gesehen, daß Wolf eine rote Ampel überfahren habe. – Dieses „Vergehen“ hätte Wolf also beinahe das Leben gekostet.

Dies gibt einen Vorgeschmack, was die Frankfurter Autofahrer in Zukunft erwarten kann. Wichtig ist aber auch zu sehen, wie die systematische Verdröhnung durch gelegentlichen Kinnstich und ständige Propaganda der Notwendigkeit von bewaffneten Polizisten in Frankfurt nun einen Stand erreicht hat, wo die der SPD unterstellende Polizeiführung Verkehrskontrollen unter Einsatz von Waffen anordnen kann und das nur nicht weil mehr passiert, als daß in der „Frankfurter Rundschau“ eine muckige Notiz dazu steht.

Branchenzelle Metall KB/Gruppe Frankfurt

Bestellt!

Beim VERLAG ARBEITERKAMPF

UNSER WEG Sondernummern

- Zum Nehest-Problem: Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF 60 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 2
- Die Ermordung der Frau in Palästina: Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema 24 Seiten DM 1,-
- Chile: Vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur 3. geänderte und erweiterte Auflage 58 Seiten DM 4,-
- Chile: Reform oder Revolution – Auseinandersetzung mit den „Strategen“ revisionistischer Parteien 62 Seiten DM 3,-
- Von Pinelli zu Feltrinelli – politischer Mord in Italien: In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bespitzung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italiens enttellt 44 Seiten DM 1,50
- Zur Außenpolitik der VR China: Ausführliche Stellungnahme zum Wandel der chinesischen Außenpolitik Nachdruck von ARBEITERKAMPF Artikeln 50 Seiten DM 2,50
- Amis raus aus Indochina I: Nachdruck von KB Reden, ARBEITERKAMPF Artikeln und wichtigen Dokumenten 2. erweiterte Auflage, 26 Seiten DM 0,50
- Nachdrucke von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung:
 - Teil I: Aus dem Inhalt: „Links“/opportunistische in der Gewerkschaftsfrage muß zurückgegriffen werden. Kampf dem Faschismus. Zur Rolle der SPD. „Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse“. Die Arbeiter brauchen ihre Partei – über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden? Europas Proletariat vor dem Sturm 58 Seiten DM 1
 - Teil 2: Aus dem Inhalt: Zur Gewerkschaftsfrage, Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Mitbestimmung? (Chemie-Tariffrage 71) Ein großer Kampf und ein schwacher Abschlus. Volkskrieg und politische Lösung. Zur Kritik der KAI 15 Jahre KPD-Verbot. Aktionswoche 1 zur Metalltarifrunde 71 – Verlauf der Aktions-einheit. Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse 62 Seiten DM 2
- Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1968/69: Eine ausführliche Analyse der Flensburg KB-Gruppe 18 Seiten DM 1,-
- 16 Seiten DM 1
- Wohnungsprobleme in der BRD: Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF vom März 72 4. erweiterte Auflage. keine 5. Auflage wird vorbereitet! 64 Seiten Kleinformat DM 1,50
- Sie haben den Präsidenten...: Schallplatte des Hamburger Straßenkesslers mit 4 Agitationsliedern DM 5
- Schulkampf: Artikel des ARBEITERKAMPF Nr. 34 – 42 zu Fragen des Schulkampfs 92 Seiten Kleinformat DM 2
- Wenn nützen die Bomben bei Springen? Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anlässlich der Bader-Meinhof Kampagne der Bourgeoisie 32 Seiten DM 1,50
- Zum Aufbau eines sozialistischen Studentenbundes Teil 2 40 Seiten DM 1,50
- Zur Politik des KBW (NRF): Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG 75 Seiten DM 3,-
- Aktionswoche oder „Partei“-laden Politik? Inwieweit ist die Regionalkommission Wasserwerke der KPD gegen den KB 8 Seiten DM 0,50

UNSER WEG, Zeitschrift der Kommunistischen Studenten zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

- 16: Ausführliche Analyse der Metalltarifrunde 1971 zur Diskussion im Kommunistischen Bund 20 Seiten DM 1,50
- 16 / 17: Zur Auseinandersetzung mit den ABG / München 40 Seiten DM 1,50
- 18: Kampf zweier Linien in der KP-China: Die Leistungsfähigkeit und den Arbeitstil verbessern. Die politische Arbeit im Stadtkreis 32 Seiten DM 1
- 19: Zur Putschsituationen 32 Seiten DM 1
- 20 / 21: Zum 1. Mai 1973: Die chinesische Kulturrevolution 62 Seiten DM 2

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

- Anzahl
- 23 Beholdene Illusionen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Gewerksamen
Neue antikomunistische Broschüre
37 Seiten DM 2,80
- 23 Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der KPD
Selbstkritik Marks RWB
Propaganda der Faschisten
Arbeitsordnung Blohm & Voß
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile Konferenz
40 Seiten DM 2,50

Bücher und Broschüren

- Palladina
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PP-LLP
Allgemeine Führung
120 Seiten Buchformat DM 6,-
- Die chinesische Kulturrevolution
in Dokumenten. Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten Buchformat DM 8,-
- UNSER WEG Revisionsnummer
180 Seiten Buchformat DM 4 50
- Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
260 Seiten Buchformat DM 6
- Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten Buchformat DM 4 50
- Kampf dem Faschismus
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten Buchformat DM 6 50
- Deutsche Revolution von 1918 bis 1923
192 Seiten Buchformat DM 8

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind

- Eine teils, sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten Buchformat DM 6,-
- Iwan Popow – Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 4,-
- Iwan Popow – Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,-
- Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften
Beiträge auf dem 10. Plenum der FKKI Juli 1939 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten Buchformat DM 3,-
- Hermann Renneke – Eintritt halten!
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift vom 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunnismus in der KPD
100 Seiten Buchformat DM 3,-

Preis zuzüglich Porto/Posten

Abonnement

- ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich
- REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint schwedischsprachig
- DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint schwedischsprachig
- Vier 6 Ausgaben DM 4 80
Vier 12 Ausgaben DM 9 80
Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 8,-
Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

Vier 6 Ausgaben DM 8,-

51

Anschritt

(Datum)

(Unterschrift)

kostenlos

Verlags-Katalog

In diesem Katalog und unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit uns interessierten Kollegen und Freunden.

Linker Lehrer gefeuert – rechter befördert

Kürzlich wurden zwei Fälle bekannt, wie im schleswig-holsteinischen Schuldienst der sogenannte Extremisten-Prüf gegen linke Lehrer und faschistische Jugendverderber „gleich“ angewendet wird.

Wegen „mangelnder Bewährung“ wurde im August der Studienassessor Jörg-Dietrich Schipp, zuletzt Lehrer im Fachbereich Sozialwesen an der Fachhochschule in Kiel, aus dem Beamtenverhältnis auf Probe entlassen. Der Grund Schipp ist DKP-Mitglied. Wegen seiner „intervenitiven Tätigkeit“ für die DKP habe er laut Kultusministerium „nicht die Gewähr dafür, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzuwirken“. Dies stelle einen „so schwerwiegenden Eigenschaftsmangel dar, daß die Lösung des Beamtenverhältnisses

auf Probe geboten war“.

Zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß am 8. Februar der frühere NPD-Landtagsabgeordnete Dr. Uwe Rheinmann zum Studiendirektor in Neustadt (Ostholstein) befördert worden ist.

Für die Beförderung dieses berüchtigten Faschisten – für seine Partei übrigen als Landtagsabgeordneter nicht minder „intervenitiv“ – sei „allein das Laufbahn- und Leistungsprinzip maßgeblich“ gewesen.

Das ist genau der Kern der Demagogie von der „gleichen“ Behandlung „rechter und linker Extremisten“. Die DKP-Mitgliedschaft des fortgeschrittenen Lehrers ist für den bürgerlichen Staat ein schwerwiegender Eigenschaftsmangel. Man schmeißt ihn raus. Den faschistischen NPD Funktionär duldet man nicht nur, man be-

fordert ihn auch noch für den bürgerlichen Staat in ein Fachamt oben „geplant“.

Dabei ist Rheinmann durchaus kein Einzelfall. Zum Beispiel sein „Kollege“ Hans Dückert, Direktor der Kreisfachschule in Itzehoe.

Dieser rechte Vogel hatte auf einem Klassenrat das faschistische Horst-Wessel-Lied gesungen und „Sieg Heil“ gerufen. Seine Sekretarin hatte er als „rote Sau“ und die Schöllermeisterin der Schule als „rote Hure“ bezeichnet.

Das war vor einem Jahr. Daniels hatten 26 Lehrer Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Dückert einreichen. Erst jetzt, nach einem Jahr, wurden staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet, die erfahrungsgemäß wohl irgendwann im Sande verlaufen oder wegen „Geringfügigkeit“ usw. eingestellt werden. Die Dienstaufsichtsbeschwerden aber wurde wegen dieser Ermittlungen teilweise ausgesetzt. Das heißt: Dieser Nazi darf weiterhin sein Unwesen unter den Berufschülern treiben!

KB/Gruppe Flensburg

Bullenüberfall auf Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen!

Kiel

Während der Demonstration am Sonnabendvormittag, dem 5. 10., gegen die KVAG-Preiserhöhung, nahmen etwa 100 Polizisten 80-100 Demonstranten mitten in der von Passanten voll besetzten Holstenstraße in die Zange und schlugen gezielt auf die Köpfe von Demonstranten und Passanten ein. Dabei griffen sich u.a. 4-6 Bullen zwei Mädchen aus dem Demonstrationszug heraus, drehten ihnen brutal die Arme auf den Rücken, daß auch die Mädchen vor Schmerz krümmten und schleppten sie fort. Das den Bullen all das noch ungeheurer Spaß machte, zeigten Ausprüche wie „Los, schlag den roten Schweinen ordentlich ein paarmal über die Rippe“.

Ein Bulle reagierte auf die Frage einiger empörter Passanten, mit welchem Paragraphen man diesen Einsatz begründen wolle, folgendermaßen: „Halt deine Schnauze, das geht dich einen Dreck an. Wenn du nicht gleich verschwindest, kommt du auch mit.“ Die Bullen vernichten bei ihrem Einsatz nicht einmal mehr den Anschein von Bindung an die bürgerlichen Gesetze zu wahren. Einem Demonstranten, der den Dienstsausweis eines Polizisten sehen wollte, wurde kurz bedroht: „Sie sehen ja, daß ich eine Uniform an habe. Das genügt!“

Preiserhöhung im Auftrag des Kapitals

Preiserhöhung im Auftrag des Kapitals

Wenn die Fahrpreiserhöhung von durchschnittlich 25% und damit auch der Bullenansturm dient, ist nicht schwer zu erraten. Während die Werktätigen vom Kieler Magistrat immer mehr ausgeplündert werden (auch die Gas- und Wasserpreise sollen schon wieder erhöht werden), stellen die Herren Millionen für die Erschiebung von zukünftigen Industriegeräten bereit. Dabei wird den Kapitalisten noch für Jahre ein Sonderzins für Gas, Wasser und Strom garantiert. So wurde unter anderem der gewerkschaftsfeindlichen coop in Wellsee kostenlos der Bauplatz für einen neuen Schlachthof zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang wandert es nicht wenn die Vertreter

von Arbeitnehmerinteressen wie die Stadtverordneten und SPD-Mitglieder Steputat/Mak-Gewerkschaftsfunktionär und Kuster (örtliche DGB-Größe) selbstverständlich für die Fahrpreiserhöhungen stimmten, während der bereits durch offene faschistische Äußerungen aufgefallene SPD-Gewerkschafter Kähler diesmal in der Ratssitzung dazu ausersahen war, der SPD das „arbeitnehmerfeindliche“ Felgenblatt zu liefern (einzige Gegenstimme).

Der Preiserhöhung war eine Propagandakampagne vorausgegangen, die bei den Werktätigen um „Verständnis“ werben sollte. Hier tauchten all die bekannten Sprüche auf, mit denen die Kapitalisten allgemein Preistreiber und Lohnraub zu rechtfertigen pflegen. So meldete der „Kieler Express“ bereits am 24.8.1972: „Kieler Verkehrs AG vor der Pleite!“ Am 7.3.1973 zitierten die „Kieler Nachrichten“ den Stadtrat Renger: „Im August wird die KVAG dann zahlungsunfähig sein. Wir müssen dann zum Konkursrichter.“ Solche und ähnliche Horrorgeschichten häuften sich auffällig im letzten Vierteljahr, um der Arbeiterklasse mit einer „Stilllegung des öffentlichen Nahverkehrs“ zu drohen, falls sie nicht bereit ist, mehr zu zahlen. Besonders demagogisch ist dabei der Versuch, sich die hiesigen Gefühle der Werktätigen bei der Ausplünderungspolitik demagogisch mit dabei der Versuch, sich die besten Gefühle der Werktätigen bei der Ausplünderungspolitik zunutze zu machen, indem damit gedroht wurde ohne Fahrpreiserhöhungen die Altersheime, Kinderheime und Schulen angeblich nicht mehr finanzieren zu können.

Daß solche Gruselstories nichts als reine Propagandakampagne sind, zeigt folgendes: dreiviertel der KVAG-„Defizite“ entstehen durch Gebühren, Steuern etc. an den Eigner der KVAG, die Stadt Kiel. Die „Mutterschiff“ der KVAG, die „Verorgung und Verkehr GmbH“, macht trotz solch nebulöser Buchführungstricks noch reichlich „Gewinn“ für die Stadtkasse.

Die Beschränktheit der KBW-Komitees

Der Magistrat oder sogar einzelne

Göttingen

Stadt plant Fahrpreiserhöhungen

Ab 1. Januar 1975 sollen die Bustarife in Göttingen um 15 bis 20% erhöht werden. Die Einzelfahrscheine werden dann 1,10 DM kosten. Die Göttinger Verkehrsbetriebe haben ein Defizit von drei Millionen Mark. Um das zu decken und die nötigen Investitionen vorzunehmen, sei eine Erhöhung notwendig sagt Stadtdirektor Bleibmau. Das Göttinger Tageblatt (GT) erklärt dazu in einem Kommentar am 10. Juli: Nahverkehr sei nun einmal ein Verlustgeschäft. Es werde schließlich immer weitere Anforderungen an Dichte, Häufigkeit und Umfang des Verkehrs gestellt. Dazu steigende Personalkosten. Wenn geht da nicht die Luft aus?

Gewinne bleiben privat – Verluste werden „gesellschaftet“

Was den Ausbau des Verkehrs netzes angeht, so ist in Göttingen deutlich zu sehen, daß hier eine Orientierung am Interesse der Bevölkerung nach guten, häufigen Verbindungen in die schon weiten legenen Randgebiete keineswegs stattfindet. Das weiß jeder, der in Göttingen oder Hollensen Berg wohnt. Die zentralen Bushaltestellen im Zentrum befinden sich jedoch in unmittelbarer Nähe von Hotel und Kaviar, hier ist das Verkehrsnetz in seiner Dichte unbeeinträchtigt. Man sieht also, was sich Rat und Stadtdirektor vor allem

orientieren. Dem „GT“ geht es nicht um das Interesse der Göttinger Bevölkerung an einem gut ausgebauten und billigen Nahverkehrsnetz, sondern darum die Maßnahmen der Stadtdirektor und der Stadträte zu rechtfertigen, damit wir uns mit diesem Verlustgeschäft auf unsere Kosten abfinden.

Anstatt die Stadtdirektor aus Steuern zu unterstützen, wird die private Industrie durch Subventionen, Steuererlasse und Investitionsanleihen gemästet. Längstes Beispiel in Niedersachsen ist die systematisch vom Staat geförderte Ausbau des Unterelbtrums zum „Eldorado“ für Großindustrie, da die Lage am Meer den Kapitalisten erhebliche Standortvorteile bietet. Dabei werden neben der Schaffung billiger Energiequellen und dem Ausbau von Hafenanlagen und Verkehrswegen den Unternehmern „Investitionsschulden“ von zehn bis 25% zufließen, insgesamt 600 Mill. DM. Damit vergrößert sich der Mill. Defizit der Göttinger Verkehrsbetriebe eine geradezu lächerlich geringe Summe.

Das Gleiche im Kleinen hatten wir hier in Göttingen beim Hertha-Bau auf dem Reithal-Grande. Fast wurden über eine Mill. DM aus dem Steuersäckel für Anbau und Planung des neuen Rathauses verschwendet um dann das Grundstück für einen Appell und ein El. an Hertha zu veräußern. Doch davon wird in der bürgerlichen Presse systematisch ab-

gelenkt. Stattdessen werden für das Defizit der Verkehrsbetriebe von Bleibmau und vom „GT“ besonders die steigenden Personalkosten angeführt. Aber nicht um deutlich zu machen, daß die Fahrpreiserhöhungen höhere Löhne erfordern sondern um die Dinge auf den Kopf zu stellen.

Die höheren Fahrpreise sollen als Folge von Lohnerhöhungen erscheinen und nicht als Folge der kapitalistischen Profitluft. Durch den richtigen Demagogie soll in der Bevölkerung Mitleiden gegen berechnete Lohnforderungen geweckt und so eine Spaltung erreicht werden, indem das Interesse nach ausreichendem Lohn einerseits und ausreichendem Verkehr andererseits gegeneinander ausgespielt wird. Hierbei wird natürlich unverhüllt in die massive Hetze gegen die ÖTV Streiks zu Beginn dieses Jahres angeknüpft, die für die bürgerliche Presse Anlaß waren insbesondere gegen die Busfahrer zu hetzen, die mit ihren Lohnforderungen der „Volks-„Gemeinschaft“ schaden würden und überdies noch als „Spitzenverdiener“ bezeichnet wurden.

Was bedeutet die Erhöhung der Bustarife?

Zum einen eine Verhäuflichung der Lebensbedingungen, da die werktätige Bevölkerung gezwungen sein wird, einen höheren Anteil des

Ausschluß von linken Verteidigern geplant!

In Zukunft soll es möglich sein, Verteidiger in Strafprozessen (d. h. politischen Prozessen) z. B. wegen „Teilnahmeverdachts“ von der Verteidigung auszuschließen. Das sieht ein vor kurzem vom Bundestag verabschiedetes „Verteidigerausschließungsgesetz“ (VAG) vor. Dieses Gesetz soll der Klassenjustiz die rechtliche Handhabe dafür bieten, eine wirkliche Verteidigung im Interesse der „Angeklagten“ unmöglich zu machen.

Nicht zufällig gab es die ersten massiven Behinderungen für die Arbeit der Verteidiger in den schon geläufigen „RAF“-Prozessen. Die betroffenen Anwälte haben ihre Aufgabe als Verteidiger in politischen Prozessen ernst genommen. Sie haben die Prozesse im Interesse der „RAF“-Mitglieder geführt und sie haben darüber hinaus öffentlich darauf aufmerksam gemacht, welcher Sonderbehandlung die politischen Gefangenen in der BRD ausgesetzt sind.

Was bringt das neue Gesetz?

In Zukunft soll ein Verteidiger dann ausgeschlossen werden können, wenn er

- „der Teilnahme an der Tat, die Gegenstand der Untersuchung bildet, oder der Begünstigung oder der Hehlerei hinreichend verdächtig oder deswegen bereits verurteilt ist“
- hinreichend verdächtig ist, durch die Verteidigung Parteiworte zu bezeugen“ (d. h., wenn er in einem Prozeß sowohl den Angeklagten als auch den Kläger vertritt)
- mehrere Beschuldigte verteidigt und die gemeinschaftliche Verteidigung der Aufgabe der Verteidigung widerstreitet, oder als Zeuge vernommen werden soll.“ (aus „Rote Robe“, 2/74, S. 62)

Der Kern dieses Gesetzes ist der sogenannte Teilnahmeverdacht. Wird er zum gesetzlichen Ausschließungsgrund erhoben, wird es bald in politischen Strafprozessen eine wirkliche Verteidigung nicht mehr geben.

Denn ein Teilnahmeverdacht in politischen Strafverfahren ist sehr leicht zu begründen. In der Weimarer Republik wurde der KPD die permanente Vorbereitung eines hochverräterischen Umsturzes der KPD die permanente Vorbereitung eines hochverräterischen Umsturzes vorgeworfen und laufende von Mitgliedern deswegen verurteilt. War die Praxis des Hochverratsparagrafen Anfang der 20er Jahre zunächst die, daß man verurteilt wurde, wenn man ein bestimmtes Unternehmen „in's Auge gefaßt“ hatte (1), so erfolgte die Verurteilung später allein deshalb, weil das Programm der KPD den Umsturz vorsehe und deshalb jeder Anhänger dieses Programms fortgesetzt Hochverrat betriebe.

In diesem Sinne wurde z. B. 1928 ein Verteidiger von Kommunisten wegen Teilnahmeverdachts mit der Begründung ausgeschlossen, daß er vermutlich (!) Material für einen Zeitungsartikel geliefert habe, „welcher ersichtlich dem Zweck diene, durch öffentliche Kritik ... auf Zeugen einzuwirken“ (Rote Robe 2/74, S. 63).

Heute bringt die Bourgeoisie ihre Erfahrungen aus der Geschichte wieder zur Anwendung. In politischen Prozessen sollen fortschrittliche Menschen und Kommunisten wegen ihrer politischen Überzeugung zu „Kriminellen“ oder „Hochverrättern“ gemacht werden. Gleichzeitig nimmt man ihnen die Möglichkeit einer wirklichen Verteidigung, indem man ihnen einen Pflichtverteidiger vor die Nase setzt, der das Vertrauen des Gerichts, aber nicht des Angeklagten hat.

Von der Diskriminierung zur Kriminalisierung der „RAF“-Anwälte

Für die politischen Gefangenen in der BRD, die in den meisten Fällen in völliger Isolationshaft gehalten werden, ist der Kontakt mit ihren Anwälten die einzige Möglichkeit der Kommunikation nach außen, die einzige Möglichkeit, ihre Gedanken einem Menschen ihres Vertrauens mitzuteilen. Die Anwälte der „RAF“ sorgten ihrerseits dafür, daß das, was sich hinter den Gefängniswänden abspielte, auch an die Öffentlichkeit gelangte.

So protestierten 1973 sieben Rechtsanwälte vor dem Bundesge-

richtshof in einem vierstägigen Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen. Gleichzeitig veröffentlichten sie zahlreiche Presseerklärungen, in denen sie die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen anprangerten und die zunehmenden Eingriffe in die Rechte ihrer Verteidigerarbeit verurteilten.

Die Hetze in der Presse

Die Behinderung der Verteidiger in den „RAF“-Prozessen wurde von einer beispiellosen Hetzkampagne, vor allem in der Springer-Presse, abgedeckt (vgl. auch AK 24: „Die RAF vor Gericht“).

P. Bönlisch schrieb in der „Bild“ vom 21./22.5.73: „Wissen Kanzler und Staatsanwaltschaft, daß das Kommunikationszentrum der Radikalen bekannt ist? Es sind 45 namentlich bekannte linksradikale Anwälte. Über sie hat das Bundeskriminalamt unseren Politikern erklärt (wörtliches Zitat): Diese Anwälte üben erzwungenermaßen folgende Tätigkeiten aus: Sie präparieren Zeugen, die bei einem Geschehen gar nicht zugegen waren, um angeklagte Bandenmitglieder - gleichsam mitleidig - zu entlasten. Sie übernehmen den Transport von Gegenständen, die der Ausübung von Straftaten dienen, z. B. den Transport von Sprengkörpern ...“. In der „Welt“ ging man noch einen Schritt weiter: „... die Entscheidung wird erst gefällt sein, wenn der Hintergrund (!) der Anarchie nicht nur aufgehellt, sondern wiewegig (!) ist. Um es konkret zu sagen: Wenn die Liste der Sympathisanten nicht mehr nur eine Liste, sondern ein Vernehmungsprotokoll ist, dem eine richterliche Entscheidung rasch zu folgen hat. Nennt die Namen! Der Hintergrund wird weggefeilt (!), wenn jenen Anwälten, die offenbar vergessen haben, daß sie Rechtsanwälte sind, die Gerichtsbarkeiten gewiesen wird ...“. In den letzten Jahren (im Exilantenkampf gegen die Anarchisten) erst dann, wenn es auch die Helfer der Helfershelfer nicht mehr gibt.“

Und diese Hetze trug auch ihre „Früchte“: auf das Büro des Hamburger Rechtsanwalts Groenewold wurde ein Brandanschlag verübt; alle bekannt gewordenen „RAF“-Verteidiger und ihre Familien werden beständig mit anonymen Briefen und Anrufen belästigt, in denen von wüsten Beschimpfungen bis zu Morddrohungen das ganze Repertoire feindsichtiger Verhetzung enthalten ist.

Zunehmende Behinderung der Verteidigung

Die Versuche, linke Verteidiger ganz von politischen Prozessen auszuschließen, begannen 1970: damals wurden die Anwälte Eschen und Ströbele von der Verteidigung Horst Mahlers mit der Begründung ausgeschlossen, „aus der Bezeichnung Sozialistisches Anwaltskollektiv“ ergebe sich, daß diese Anwälte nicht nur Bürgerpartner seien, sondern praktisch als Personen identisch“ („Die Ausschaltung der Verteidiger politischer Gefangener“, Dokumentation, Hamburg 1974, S. 5).

Unter dem Vorwand der Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ wurde der Anwalt des Sozialistischen Patientenkollektivs, Becker, 1971 von der Verteidigung ausgeschlossen. Rechtsanwalt Schilly wurde 1972 von der Verteidigung Gudrun Ensslin ausgeschlossen, Begründung: er habe angeblich Kasiber geschmuggelt.

Alle Verteidigerausschlüsse mußten zwar wieder zurückgenommen werden; jedoch ließ die Begründung erkennen, wohin der Hase läuft.

Weitere einschneidende Mittel zur Beseitigung einer wirksamen Verteidigung stellt das Öffnen, die Zensur und die Beschlagnahme von Verteidigerposten dar. Die von den Rechtsanwälten eingeleiteten Beschwerden wurden als „unbegründet“ zurückgewiesen. Eine weitere Diskriminierung besteht in den Leibvisitationen der Anwälte. Besucher der U-Gefangenen, einschließlich der Rechtsanwälte, müssen sich körperliche Durchsuchungen (Mantel und Jacke ausziehen, Taschen entleeren, Abtasten der Kleidung u. s. w.) gefallen lassen. In einigen Fällen geht das so weit, daß sich die Anwälte vollkommen ausziehen müssen und ihre Geschlechtsstelle abgeleuchtet werden.

Beschwerden der Verteidiger führten sogar zu einer noch schärferen Diskriminierung. So wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) angeordnet, „daß die Verteidiger nur nach Waffen und Werkzeugen durchsucht werden dürfen. Gerade diese Einschränkung hält aber die Diffamierung aufrecht, verstärkt sie sogar, weil in ihr die Anwälte verdächtigt werden, eventuelle Befreiungsversuche der von ihnen betreuten Gefangenen zu unterstützen und verhindert praktisch auch jetzt nicht, daß weiterhin Akten durchsucht werden können, da ja auch in ihnen Waffen usw. versteckt sein können“ (Dokumentation S. 23).

Einleitung von Ehrengerichtsverfahren

Schon heute besteht die Möglichkeit des Berufsverbots für Verteidiger nach der BRAO (Bundesrechtsanwaltsordnung), das unter Mitwirkung der Rechtsanwaltskammern und nur durch ein „Ehrengericht“ erfolgen kann. Es gab und gibt verschiedene Versuche, gegen die „RAF“-Anwälte Ehrengerichtsverfahren einzuleiten, mit dem Ziel, sie auch ihrer materiellen Existenz zu berauben. So z. B. Verfahren wegen „standeswidrigem Verhalten“ gegen die sieben Anwälte, die gegen die Isolationsfolter protestiert hatten. Ihnen wird vorgeworfen, dadurch „ihre Pflicht schuldhaft verletzt zu haben“, daß sie z. B. die Organe der Justiz „verächtlich gemacht und in der allgemeinen Meinung herabgesetzt“ hätten. Wenn diese Argumentation durchkommt, heißt das nichts anderes, als das die Benennung z. B. der Isolationshaft als Folter oder die „einseltige“ Verteidigung zugunsten des Angeklagten als Verächtlichmachung der Justiz empfunden werden und dem Anwalt Berufsverbot einbringen kann. Leider ist es so, daß der Widerstand gegen diese Maßnahmen seitens der organisierten Anwaltschaft äußerst schwach ist. Rechtsanwalt Hanow schreibt dazu: „Selbst die Kollegen in ihrem unpolitischen Selbstverständnis verhalten in abwartender Distanzierung und

scheuen sich in schwebende Verfahren einzugreifen“.

Zudem ist die derzeit gültige - auf den ersten Blick liberale - BRAO als Rechtsgrundlage für die Zulassung von Anwälten nicht etwa Ausdruck einer breiten demokratischen Gesinnung vieler Anwälte, sondern dient gerade dazu, den allen Faschisten den Zugang nicht zu verwehren. So kann ein Bewerber - im Unterschied zum Staatsdienst - nicht deshalb abgewiesen werden, weil er „nicht die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“. Einem Bewerber kann die Zulassung nur versagt werden, wenn er „die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ in „strafbärer Weise nach dem sich die Rechte erfolgreich im Anwaltsberuf niedergelassen haben, bei zunehmenden politischen Prozessen diese „liberale“ Regelung verschwinden wird.

Vornahme des Verteidigerausschließungsgesetzes

Nach den diversen Schikanen gegen linke Rechtsanwälte sah die Bundesverfassungsgerichts seine Position zusammen. Trotz aller selbigen Worte kommen hier die Justizisten doch relativ „frei“ mit der Sprache heraus: „Das Bundesverfassungsgericht erkennt nicht, daß mit dem Ergebnis (gemeint ist hier, daß der Ausschluß von Schilly zurückgenommen werden mußte, d. Verf.) ein höchst unbefriedigender Rechtszustand aufgedeckt worden ist, dessen Aufrechterhaltung sich mit dem Interesse an einer geordneten Strafrechtspflege in keiner Weise vereinbaren läßt. Der Gesetzgeber wird daher die Voraussetzungen des Verteidigerausschlusses in naher Zukunft zu regeln haben.“ (zitiert nach Dokumentation, S. 41)

Während an dieser „Regelung“ noch gearbeitet wird, praktizieren reaktionäre Vorreiter in der Richterschaft die Regelungen des VAG bereits. So ordnete der Bonner Richter Schmitz-Justen in einem Prozeß gegen fünf Studenten, die wegen der „Umfunktionierung“ einer RCDS-

Veranstaltung angeklagt waren, jedem Angeklagten noch einen Pflichtverteidiger zu „Begründen“ wurde das vom Gericht folgendermaßen: Es bestünde die Gefahr eines Interessenkonflikts, wenn ein „mehrere Angeklagte verteidigender Anwalt an Zeugen Fragen stellt, die zugunsten des einen und gleichzeitig zu Lasten des anderen Angeklagten gehen.“ (Rote Robe, bekämpft) Der Hintergrund für diese Regelung ist aufschlußreich: „Nach dem Krieg waren viele wegen ihrer NS-Belastung für ein Staatsamt nicht mehr tragbare Juristen in die Advokatur gegangen. Sie blieben dort unangefochten, auch wenn sie ihre fachliche Gesinnung nicht geändert hatten.“ („Die Zeit“, 23.11.73). Dieser Hintergrund macht deutlich, daß 3/74, S. 118.) Natürlich ist es eine zynische Angelegenheit, wenn das Gericht, mit dem bewußten Ziel, bestimmte Verteidiger auszuschließen, dies unter dem Mantel des besonderen Schutzes für den Angeklagten zu tun vorgibt.

Schmitz-Justen fand noch einen weiteren „Ausschlußgrund“: ein Verteidiger war mit einer braunen (statt der vorgeschriebenen weißen) Krawatte erschienen und dies ist, so Schmitz-Justen, „eine eklatante Mißachtung der vom Bundesverfassungsgericht klargestellten Grundsätze“.

Man sieht, kein Argument ist diesen Reaktionen zu dumm, um fortschrittliche Anwälte aus Gerichtsverhandlungen rauszuhalten.

Es ist unsere Aufgabe, mehr als bisher den Versuch der Bourgeoisie, demokratische Rechte auch in den Gerichten abzuschaffen, mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit zu begegnen. Dies ist sowohl im Interesse der fortschrittlichen Anwälte nötig, um ihnen den Rücken zu stärken, als auch im Interesse der politischen Gefangenen, um die ihnen von der Bourgeoisie auferlegte Isolation durchbrechen zu helfen. Eine weitere wichtige Aufgabe besteht in der konkreten Entlastung der Klassenjustiz in den jetzt stattfindenden Prozessen gegen fortschrittliche Kollegen und dem Bemühen, weitere fortschrittliche Anwälte für eine Arbeit zu gewinnen, die sich allein an den Interessen der Betroffenen orientiert.

IKAH („Arbeiterhilfe“)

Forts. Fahrpreiserhöhungen

Lohnes für Busfahrten auszugeben; und zum anderen die Förderung des Individualverkehrs, da wegen der steigenden Fahrpreise immer mehr Menschen gezwungen sein werden, mit dem Auto zu fahren.

Und das ist auch beabsichtigt: Schließlich soll das Göttinger Verkehrsproblem nicht durch den Ausbau des Nahverkehrsnetzes gelöst werden, sondern z. B. durch den Bau der Osttangente (vier bis sechsspurige Autostraße) mitten durch Wohn- und Klinikviertel. Zudem wird diesem ungenienden Bauprojekt billiger Wohnraum gepflegt. Wer aber hat ein Interesse an einer immer größer werdenden Autolawe, die die Wohngebiete und die Klinikviertel mit Lärm und Gestank verpestet? Nicht die Göttinger Bevölkerung, sondern zumeister die Automobil- und Ölkonzerne, die sich von einem stärkeren Individualverkehr höhere Profite versprechen.

Wohnraumzerstörung und Fahrpreiserhöhung

Durch die Wohnraumzerstörung in der Innenstadt werden immer größere Teile der Bevölkerung in die Wohngebiete am Rande der Stadt vertrieben. Neben der hohen Miete müssen sie die steigenden Fahrpreise bezahlen, um zur Arbeit und zum Einkaufen zu kommen. Hier zeigt sich der Zusammenhang zwischen „Stadtzerstörung“ und Fahrpreiserhöhung ganz klar: Auf der einen Seite der Abriss des Johannisviertels und des Reistadtviertels, damit Karlstadt und Hertie „im Dienste der Kunden“ ihre Parkhäuser bauen können, auf der anderen Seite der Bau der Osttangente und die Fahrpreiserhöhung im Dienste der Automobilkonzerne.

Zwei Seiten der Göttinger Kommunalpolitik im Interesse einer Sache: nämlich dem Wohle der Kapitalisten - bezahlt aus unseren Steuergeldern.

Wo stehen die bürgerlichen Parteien?

Was sagen die bürgerlichen Parteien in Göttingen zu den Fahrpreiserhöhungen? Der Rat hat zwar noch keine Beschlüsse gefaßt, aber es ist abzusehen, daß er den Fahrpreiserhöhungen zustimmen wird. In der letzten Fraktionssitzung am 22.8. betonte die SPD lang und breit, daß diese Leistungen (das öffentlichen Nahverkehrs) ausreichend und preiswert zur Verfügung stehen müßten, um vor allem die Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen zu befriedigen. („GT“, 23.8.).

Trotzdem hat sie keine Entscheidung gegen die Fahrpreiserhöhung gefaßt, sondern stattdessen versprochen, „die Tarife noch einmal auf ihre Struktur hin zu überprüfen“.

Solche Versprechungen von den bürgerlichen Parteien und dem Rat kennen wir:

- z. B. vom alten Reistadt, der abgerissen wurde mit dem Versprechen des Rates, dort ein Rathaus zu bauen. Das Ergebnis war Hertie.
- z. B. von Neustadt-West, das abgerissen wurde mit dem Versprechen, Sozialwohnungen zu bauen. Das Ergebnis waren Eigentumswohnungen.
- z. B. von Neustadt-Ost, wo laut Ratsbeschluss vom 26.72 erst die Baubanken ausgefüllt werden sollten. Das Ergebnis waren die Abrisse von Petrolienstraße 3 und 2 und Neustadt 28 im Sommer.

Weder SPD noch FDP und schon gar nicht CDU haben solche Maßnahmen jemals abgelehnt, sondern im Gegenteil gemeinsam vorangetrieben!

Im Sommer 1971 gab es in Göttingen eine breite Implosion gegen die Buspreiserhöhungen. Der Rat aber scherte sich einen Druck um die Interessen der Göttinger Bevölkerung. Er lehnte es schließlich ab, auf einer Ratssitzung die von einer Protestdemonstration beauftragte Delegation auch nur anzuhören.

Was ist zu tun?

Deswegen dürfen wir uns keine Illusionen machen, daß der Rat etwa doch die Fahrpreiserhöhungen zurückweisen wird. Es wird vielmehr entscheidend darauf ankommen, unter den Werktätigen, unter der arbeitenden und lernenden Jugend den Protest gegen die Fahrpreiserhöhung zu organisieren und in diesem Kampf die politische Klarheit über Freund und Feind zu schärfen. Hier von ausgehend, werden KAG und SSB in Betrieben, Gewerkschaften, an Schulen, an der Uni und im Stadtteil zur Organisation des Protests gegen die Tarifierhöhungen beitragen.

Dabei wird es eine große Rolle spielen, die jüngsten Auseinandersetzungen um die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt und die Erfahrungen mit der Politik des dortigen SPD-Stradates miteinzubringen: Die Proteste gegen eine Erhöhung von bis zu 230% (!!) wurden von der Polizei mit äußerster Brutalität, z. B. durch Einsatz von Giftgas, erschlagen. Dies nicht zu vergessen, wird notwendig sein, wenn wir verantwortungsbewußt in die Durchführung von Abwehrmaßnahmen herangehen.

Ein Beispiel für Verantwortungslosigkeit liefert in diesem Zusammenhang wieder einmal der KBW, der den Menschen als Abwehrmaßnahme gegen die Fahrpreiserhöhungen nichts weiter zu empfehlen vermag, als „Öffentlichkeit“ der Ratsitzungen, auf der es um die Erhöhung geht, sowie namentliche Abstimmung der Ratsherren - so propagiert im Text einer Unterschriftensammlung, die seit einigen Wochen vom KBW durchgeführt wird. Die Leute vom KBW haben sich von vornherein derart in ihre stupide Beschränkung auf Entlarvung der Rats-Papageien verhasst, daß nach ersten Aktionsgemeinschaftsverhandlungen Ende August selbst die Jungs verblüfft feststellten: „Ihr habt viel von der DKP gelernt!“

KAG Göttingen Bezirkskomitee

Göttingen

Kampf gegen den Bau der Osttangente



Eingerissenes Haus Niko-Weg 33 in Göttingen: Wohnraum muß den kapitalistischen Profit-Interessen weichen.

Göttingens Städteplanung steht unter dem Motto „Einkaufsmetropole von Südniedersachsen“. Genau wie in anderen Städten der BRD (z.B. Frankfurt oder Hamburg) muß im Stadtzentrum billiger Wohnraum den Kaufhaus- und Versicherungskonzernen (Hertie, Gothaer, Versicherung etc.) weichen, um das Einkaufszentrum mit Fußgängerzone erschließen zu können. Im Zuge dieser Städteplanung ist es dann nötig, eine unmittelbare Umgehungsstraße des Stadtkerns zu bauen. Der erste Teil dieser vier bis sechspurigen Straße, der Westring, ist bereits seit Jahren fertig. Jetzt wird der zweite Teil – der sogenannte Ostling und die Osttangente (OT) – in Angriff genommen.

Die Kapitalisten wollen Göttingen profitorientierter machen

Nach der Zerstörung der Innenstadt sollen den Kaufhaus-, Bank- und Versicherungskapitalisten auch die entsprechend ausgebauten Straßen geliefert werden. In diesem Zusammenhang muß man sehen, daß jede Wohnraumzerstörung die Wohnsituation verschlechtert und dadurch Mietssteigerungen nicht nur für die unmittelbaren Betroffenen, sondern für alle Mieter der Stadt bewirkt. Denn: Billiger Wohnraum wird abgerissen. Die Mieter für Neubauwohnungen sind aber wesentlich höher. Außerdem steht z.B. hier in Göttingen für die nächste Zeit keine Planung für neue Sozialwohnungen an, sondern nur der Bau von Privat- oder Eigentumswohnungen. Das bedeutet also, daß sich die Zahl der Wohnungssuchenden erhöht – die Nachfrage steigt und damit auch die Mieten.

Für die Bewohner des Ostviertels wird durch den geplanten Bau der OT die Wohnqualität des gesamten Viertels durch zunehmenden Lärm und Gestank erheblich gemindert. Betroffen ist von diesem Plan auch das Klinikviertel, denn die Humboldtallee – diese Straße führt quer durch das Klinikviertel – soll ebenfalls vier-spurig ausgebaut werden, ungeachtet der Ruhezubefähigkeit der Patienten. Gleichzeitig ist von dem Häuserabriss auch noch ein Schulgebäude betroffen, wodurch sich die ohnehin schon große Schulumnot weiter verschärft.

Für die Bevölkerung bedeutet diese Planung, daß sie aus den billigen Wohnungen im Stadtkern rausgeschmissen und dann in Wohngebiet am Rande der Stadt (wie z.B. Hostenberg) angesiedelt werden. Dadurch müssen die Bewohner wesentlich mehr Zeit aufbringen um zum Einkauf zu kommen, weil die Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs zwischen Innenstadt und den Randgebieten alles andere als ausreichend sind – kilometerweit auseinanderliegende Haltestellen und Busfolgen von einer Stunde und mehr.

Außerdem sollen hier in Göttingen ab 1. Januar 75 die Bustarife noch erhöht werden. So muß dann die Bevölkerung neben den höheren Mieten in den Neubauwohnungen auch noch die steigenden Fahrpreise bezahlen.

Der Protest der Bewohner des Ostviertels

Gegen diese Pläne der Stadt ist eine breite Protestbewegung bei den betroffenen Bewohnern des Ostviertels entstanden. Träger dieses Protestes ist in erster Linie die „Initiative gegen den Bau der Osttangente“. Sie wurde von Studenten, die nach dem „Göttinger Modell“ in den Abruchhäusern wohnen, „gerufen“ ins Leben gerufen. Die meisten von ihnen arbeiten im KBW mit und die Initiative steht unter seiner politischen Führung.

Daneben existiert eine bürgerliche Vereinigung, die „Notgemeinschaft“. Das ist eine Gruppe, in der Professoren und sonstige „Persönlichkeiten des Göttinger Lebens“ den Ton angeben, und die sich auf eine ganze Reihe von Villenbewohnern in diesem Viertel stützen kann.

Die „Initiative“ gegen den Bau der Osttangente“ organisierte u.a. eine Unterschriftensammlung, gab einige Flugblätter heraus und stellte Stellflächen am Marktplatz auf, die vor allem den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Sanierung der Innenstadt und der Osttangente – als schneller Zubringer für die erhofften auswärtigen Besucher – deutlich machen sollten.

Die Stadtteilversammlung

Bisheriger Höhepunkt der Proteste war eine von der „Initiative“ einberufene Stadtteilversammlung am 12.9. An ihr beteiligten sich über 320 Menschen (hauptsächlich Bewohner des am stärksten betroffenen Teils des Ostviertels). Es kamen neben der „Initiative“ auch die „Notgemeinschaft“ sowie Vertreter der Stadtverwaltung und der im Rat vertretenen Parteien.

Die Stadtteilversammlung

war ein Erfolg

Die „Initiative“ hatte diese Veranstaltung gut geplant. Überall auf dem Weg zum Versammlungsraum waren Stellflächen aufgebaut, die noch einmal die Zusammenhänge für den Protest darstellten. Eingangs wurde ein Film gezeigt über den Abriss des Hauses Niko-Weg 33 – ein unpolitischer Film über die technische Durchführung eines Hausabrisse.

Danach hielt ein Mitglied der Initiative (KBW) das Hauptwort. Seine Störführung war, die Machenschaften der Stadttrats – vor allem die gute Zusammenarbeit mit den großen Konzernen bei der Planung der OT – zu kritisieren. Der Abriss der OT und der gesamten Sanierungspolitik in der Innenstadt – zu entlarven.

Im Rahmen der allgemeinen Diskussion kamen auch die Vertreter der Stadtverwaltung und des Rates zu Wort.

Allen voran versuchte es der SPD-Fraktionsvorsitzende noch einmal mit alter Demagogie. Frech behauptete er, sie seien in die Betriebe gegangen und die Arbeiter hätten ihnen gesagt, sie brauchen eine schnelle Straßenverbindung von den Wohngebieten zu den Arbeitsplätzen. Diese Dreistigkeit stieß aber auf der Stadtteilversammlung auf entschiedenen Protest.

Es wurde eine Resolution nahezu einstimmig verabschiedet, in der noch einmal der Bau der OT und des Ostlings im Interesse der Kaufhaus- und Versicherungskonzernen und ebenso die damit verbundene Wohnraumzerstörung entschieden abgelehnt wird.

Die bürgerlichen Illusionen

die „Notgemeinschaft“

War der Protest gegen diese Unverschämtheiten der Stadt noch von allen beteiligten Gruppen gemeinsam getragen gewesen und ein großer Erfolg, so war es jetzt die Hauptaufgabe, in der Auseinandersetzung darüber, wie der Kampf geführt werden muß, die Bewegung politisch zu festigen. Bei dieser Frage tauchten die ersten wichtigen Differenzen auf.

Die wohlhabenden Akademiker der Notgemeinschaft vertraten die Meinung, daß die schärfste Waffe gegen die Pläne zur OT die bürgerlichen Gesetze seien: Weil die Stadt in ihren Planungen unmöglich das „sozialistische Bundesimmisionschutzgesetz“ (neue Durchgangstraßen müssen mindestens 70 m von den nächsten Wohnungen entfernt sein, um die Bewohner vor Lärm und Abgasen zu schützen usw.) erfüllen kann, müsse man die Stadt auf gerichtlichem Wege zwingen, den Bau zu unterlassen. Solche Vorstellungen von der „Rechtsstaatlichkeit“ und Fische, die die Kapitalisten der Bevölkerung in die Ohren setzen, damit sie abgelenkt wird von der Entwicklung ihrer eigenen Kampfkraft.

Das jüngste Beispiel der Chemiekonzern Reynolds in Hamburg zeigt, daß die Kapitalisten sich auf ihre Justiz verlassen können: Obwohl der Fluor-Ausstoß des Werkes die gesamte Umgebung buchstäblich vergiften droht, darf Reynolds auf obersten Gerichtsbeschluss weiterproduzieren. Eine Kräh hackt bekanntlich einer anderen kein Auge aus. Die Stadt weiß



Protestversammlung Göttinger Mieter

also, weswegen sie der Dienstaufsichtsbewache von der Notgemeinschaft gelassen engesehen kann.

Stadtbaureal Willenstein: „Die Osttangente wird trotz Bundesimmisionschutzgesetz gebaut!“

... und ein richtiger Kampfschritt der „Initiative“ ...

Entgegen den Illusionen der „Notgemeinschaft“ schlug die vom KBW angeführte „Initiative“ einen richtigen ersten Kampfschritt vor: Die Studenten, die die Abruchhäuser bewohnen, wollten trotz ihrer Kündigung zum 30.9. weiter in den Häusern wohnen bleiben. Sie fordern gleichzeitig für die Bewohner aller Abruchhäuser, die nach dem „Göttinger Modell“ nur Nutzungsverträge besitzen richtige Mietverträge. Diesem richtigen Schritt möchte die „Notgemeinschaft“ nur mit groben Vorbehalten zustimmen. Denn sie könne den Studenten doch keinen Blanco-

Scheck ausstellen, wenn es nun zu Gewalttätigkeiten um die besetzten Häuser käme, dann würde sie ja möglicherweise „kriminelle Handlungen“ unterstützen!

... aber kein Versuch, die Bewegung politisch vorwärts zu bringen

Die KBW-Mitglieder der Initiative hatten nichts eiligeres zu tun, als zu versichern, sie wollten „Gewaltanwendung auf jeden Fall verhindern.“ „Dem war die Diskussion über diese „Bedanken“ beendet!

Nichts davon, daß es ja gerade die Polizei ist, die brutal gegen Hausbesetzer vorgeht, wie die Frankfurter Ereignisse zeigen, nichts davon, daß diese Brutalität im Verein mit der Hetze in Presse, Rundfunk und Fernsehen nur dem einen Ziel dient: diejenigen, die sich aktiv gegen die Wohnraumzerstörung im Interesse des Ka-

pitals wehren, mit allen Mitteln erst zu isolieren, dann zu kriminalisieren und der Bevölkerung Angst einzuspielen, sie davon abzuhalten, den Kampf für die eigenen Interessen zu beginnen.

Gerade in diesem Verhalten wird deutlich, wie wenig insbesondere der Initiative führende KBW ein Interesse daran hatte, die Bewegung tatsächlich politisch voranzubringen.

Daß dieser Opportunismus kein bloßer Ausrutscher auf der Versammlung gewesen ist, sondern (leider!) Methode des KBW, und wohn dieses Blick-Anhängen an vorhandene „Stimmungen“ führt, zeigte sich besonders nach der Stadtteilversammlung. Am Tag darauf war im „Göttinger Tageblatt“ ein über Hetzartikel über die Versammlung erschienen. Es hieß dort u.a.:

„Es ist ein Widerspruch, wenn die Vertreter der Notgemeinschaft und der Bürgerlichen Vereinigung, die sonst so sehr auf die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen drängen, einer Resolution zustimmen, die den gewollten unerschöpflichen Vertragsbruch zum Ziel hat. Insgesamt ein Abend, der die Diskussion um den Tangentenbau keinen Schritt vorwärts gebracht hat, der gleichseitig aber zu einer kuriosen Verbrüderung zwischen eher linken Studenten und eher konservativen Mitgliedern von Notgemeinschaft und Bürgerlichen geführt hat. Und ein möglicher Einwand, die Verwaltung hätte neben ihren kompetenten Fachleuten zur politischen Diskussion auch ihre verantwortlichen Spitzenvertreter entsenden sollen, erübrigte sich bald. Der Aufwand hätte nicht gelohnt.“

In der Ortsbeilage der „KVZ“ 19/74 setzt sich der KBW gegen die „Anschuldigungen“, es handle sich beim Widerstand gegen den Ostling um eine „eher kuriose Verbrüderung zwischen eher linken Studenten und eher konservativen Mitgliedern von Notgemeinschaft und Bürgerlichen“ zur Wehr:

„Es geht darum, sich gegen das ungehinderte Ausbreiten der kapitalistischen Marktgesetze auf dem Rücken der Bevölkerung zu wehren zu setzen.“

Und dazu bedarf es des größtmöglichen Zusammenschlusses, gleich, ob man die von der Wohnraumzerstörung Betroffenen Arbeiter, Angestellte, Rentner oder Studenten sind, gleich, ob sie nun konservative oder kommunistische Anschauungen haben oder Kommunisten sind. Die Lehren über den Charakter dieser Gesellschaft darüber, was das Sagen hat und wem die Ratsparteien dienen, diese Lehren erteilen nicht wir Kommunisten ihnen, sondern der tagtägliche Anschauungsunterricht des Handelskapitals und der Politik der Ratsparteien.

Man fragt sich dann nur, warum noch so viele Menschen Illusionen in die „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ unseres „Rechtsstaates“ setzen.

Unsere Fehler ...

Aber auch wir haben auf der Versammlung nicht entscheidend eingegriffen, sondern nur punktuell etwas gesagt. Auch uns also ist der Vorwurf zu machen, daß wir den Kampf gegen Wohnraumzerstörung und gegen die Förderung des Individualverkehrs nur halbherzig unterstützt haben: Zwar war von uns schon im Sommer ein Flugblatt erstellt worden. Mit ihm hatten wir vor allem versucht, den Spaltungsmanövern in der Presse entgegenzuwirken, und wir verteilten es auch in den Wohngeheimen am Stadtrand.

Aber weder im Ostviertel noch in anderen Wohnbezirken oder unter den Studenten bemühten wir uns wirklich um die Entwicklung und Festigung der Kampffront, sondern „kommentierten“ lediglich den vorhandenen Protest von außen her.

Die Erfahrungen mit der Stadtteilversammlung – die auf der einen Seite ein Erfolg der Stärke der Protestbewegung war, auf der anderen Seite aber auch die ganze politische Schwäche des spontanen Kampfes zeigte – wurden umfassend innerhalb unserer Organisation diskutiert.

... und unsere politischen Aufgaben innerhalb der Protestbewegung

Zusammen mit den Mitgliedern der „Initiative“, die mit uns sympathisieren, müssen wir alle uns zur Verfügung stehende Kraft darauf verwenden, an der Festigung der Bewegung zu arbeiten.

Das „Göttinger Modell“

Was heißt das nun genau? – Die Stadt hat im Rahmen der Städteplanung bestimmte Straßenvorhaben. Den Platz für die Trassenführung schafft sie durch Abriss von Häusern. Dieser Abruch muß so langsam und vorsichtig geschehen, daß es in der Bevölkerung die unter enormer Wohnraumnot leidet, nicht zu massiven Widerständen kommt. So werden lange vorher die Familien nach und nach zum Ausziehen gezwungen. Danach werden die Häuser dem Studentenwerk übergeben. Dieses setzt bis zum endgültigen Abruch Studenten in die leeren Häuser. Die Mieten sind dort zwar ziemlich niedrig (Kostenmieten), aber die Studenten haben nur einen „Nutzungsvertrag“, keinen Mietvertrag. Sie sind daher beim Abriss der Häuser gezwungen auszusuchen, ohne Anspruch auf Ersatzwohnungen. Von Seiten der Rats und der Presse wird dieses „Göttinger Modell“ als sozialer Akt gepriesen,

der die Wohnmiserie – besonders der Studenten – beheben helfe. Tatsächlich aber werden die Häuser doch abgerissen – genau dann, wenn es der Stadt im Interesse des Handels- und Bankkapitals polit. Die Interessen der Werktätigen und der Studenten an billigen Wohnraum werden gegeneinander ausgespielt. Die Stadt kann – durch den Nutzungsvertrag – kurzfristig und ohne neue Wohnungen beschaffen zu müssen, über die Häuser verfügen. Außerdem hängt sich die Stadt ein soziales Mäntelchen um und überläßt die Dreckarbeit, der Haus-schmeißen, dem Studentenwerk. Damit wird der tatsächliche Gegner verschleiërt. So entpuppt sich das „Göttinger Modell“ also als ein Mittel, um die werktätige Bevölkerung und die Studenten zu spalten und dadurch einen gemeinsamen Kampf gegen die Wohnraumzerstörung von vornherein zu erschweren.



Forti. Pleiten

In Wahrheit können natürlich Devisengeschäfte dieser Größenordnung – allein der Verlust belief sich schließlich auf über eine Mrd. Mark – weder dem Finanzkapital noch dem Staat, noch im Ausland verborgen geblieben sein. Ihre Dollar-Spekulationen wickelte die Herstatt-Bank z.B. über die New Yorker Chase Manhattan Bank des US-Vizepräsidenten Rockefeller ab – zum Zeitpunkt der Schließung hatte sie dort noch ein Guthaben von 156 Mio. Dollar (knapp 600 Mio. Mark).

Zum Spekulieren gehören im Übrigen immer zwei. Mit wem hat Herstatt seine riesigen Devisengeschäfte gemacht? Muß man nicht schlußfolgern, daß andere Kredit-Institute kräftig mitgespielt haben und daß noch Herstatts Devisenverluste (die zum guten Teil von mittelständischen Sparerinnen und von den Steuerzahlern mitgetragen werden müssen – die Stadt Köln hatte 190 Mio. Mark bei Herstatt liegen!) bei anderen Finanzkapitalisten als Gewinnen niederschlagen? Ein „gutes Jahr für (Groß)Banken“ auch in dieser Hinsicht?

Über die „persönliche Integrität“ von Gerling, seinem Finanzchef, weiter u.a. geben folgende Berichte Auskunft:

- Unmittelbar vor der Schließung der Herstatt-Bank wurde deren gemieteter Grundbesitz pro forma „verkauft“ – an Gerling;
- Unmittelbar vor der Schließung der Bank wurden schätzungsweise „weit über 100 Mio. Mark“ im Ausland, wahrscheinlich in die Schweiz, verschoben (Gerling: „80 Mio. Mark, die veruntreut wurden, sind bereits sichergestellt worden.“);
- unmittelbar vor der Schließung der Herstatt-Bank „verkaufte“ die zum Gerling-Konzern gehörende Gerling Global Bank (Hamburg und Düsseldorf) einen 25%igen Anteil bei Herstatt pro forma – an eine der undurchsichtigsten Gesellschaften des undurchsichtigen Gerling-Konzerns;
- unmittelbar vor der Schließung der Bank hoben u.a. die Karnevalsgesellschaft „Rote Funken“ (100.000 Mark) und die „Kölner Rundschau“ ihre Gelder bei Herstatt ab – „Sechster Sinn“;
- Am 28. Dezember '73 kaufte die Herstatt-Bank zum Tageskurs eine halbe Tonne Gold per Datum 28. Juni '74 – in der Hoffnung, daß der Goldpreis weiter steigen würde. Als sich diese Erwartung erfüllte, wurde das Geschäft flugs auf Herrn Gerling persönlich umgeschrieben, der mit einer runden Mio. Mark Gewinn davon zog („Stern“, 33/74).
- Gerlings Finanzchef Weiter machte es umgekehrt: Er schloß auf eigene Rechnung ein Devisentermingeschäft über 500.000 Dollar ab – und ließ es auf eine Gerling-Versicherung umschreiben, nachdem schon 40.000 Mark Verlust entstanden waren („Stern“...)

Über die „persönliche Integrität“ von Gerling, seinem Finanzchef, weiter u.a. geben folgende Berichte Auskunft:

• Unmittelbar vor der Schließung der Herstatt-Bank wurde deren gemieteter Grundbesitz pro forma „verkauft“ – an Gerling;

• Unmittelbar vor der Schließung der Bank wurden schätzungsweise „weit über 100 Mio. Mark“ im Ausland, wahrscheinlich in die Schweiz, verschoben (Gerling: „80 Mio. Mark, die veruntreut wurden, sind bereits sichergestellt worden.“);

• unmittelbar vor der Schließung der Herstatt-Bank „verkaufte“ die zum Gerling-Konzern gehörende Gerling Global Bank (Hamburg und Düsseldorf) einen 25%igen Anteil bei Herstatt pro forma – an eine der undurchsichtigsten Gesellschaften des undurchsichtigen Gerling-Konzerns;

• unmittelbar vor der Schließung der Bank hoben u.a. die Karnevalsgesellschaft „Rote Funken“ (100.000 Mark) und die „Kölner Rundschau“ ihre Gelder bei Herstatt ab – „Sechster Sinn“;

• Am 28. Dezember '73 kaufte die Herstatt-Bank zum Tageskurs eine halbe Tonne Gold per Datum 28. Juni '74 – in der Hoffnung, daß der Goldpreis weiter steigen würde. Als sich diese Erwartung erfüllte, wurde das Geschäft flugs auf Herrn Gerling persönlich umgeschrieben, der mit einer runden Mio. Mark Gewinn davon zog („Stern“, 33/74).

• Gerlings Finanzchef Weiter machte es umgekehrt: Er schloß auf eigene Rechnung ein Devisentermingeschäft über 500.000 Dollar ab – und ließ es auf eine Gerling-Versicherung umschreiben, nachdem schon 40.000 Mark Verlust entstanden waren („Stern“...)

Forti. Göttingen/Ostfriesland

ten. Denn die Kapitalisten und ihre Freunde werden in nächster Zeit zweifellos verstärkt daran gehen, die Kampffront zu schwächen und zu zerbrechen. Die Häuser, die abgezogen werden sollen, bleiben von den Studenten weiter bewohnt und in der Presse wurde schon gedroht, man wolle doch nicht erst erwarten, bis in Göttingen „Frankfurter Verhältnisse“ herrschen (wo bekanntlich mit ungläublicher Brutalität und Sadismus die Bewohner aus den von ihnen besetzten Häusern geknüpelt wurden).

Unsere Aufgabe kann nicht darin bestehen, den Kampf lediglich auf den Stadtrat zu orientieren, wie es der KBW tut.

Wie eine Platte, die einen Sprung hat, will er auch nach der Stadteilverammlung alle Ohren allein auf das spitzen, was der Stadtrat auf seinen Sitzungen zu den Forderungen der Protestbewegung von sich geben wird, weil er sich davon zum Hunderttausenden Male die entscheidende Entlastung der bürgerlichen Machtinstrumente verspricht.

Unsere Aufgabe ist es, politische Fortschritte zu ermöglichen: d.h. – möglichst frühzeitig eine Auseinandersetzung um die besetzten Häuser vorzubereiten, die bedeutet auch, aus den Erfahrungen der Kämpfe gegen Wohnraumzerstörung in anderen Städten (z.B. Frankfurt und Hamburg) zu lernen.

– möglichst breiten Teilen der Bevölkerung die Illusionsmacheri und Spaltungsmaschinen der Feinde zu verdeutlichen und gemeinsam dagegenzuwirken – nicht nur im Ostviertel, und darauf hinzuwirken, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Mieterinitiativen und anderen Zusammenschlüssen gegen Angriffe auf die Lebensbedingungen der weitaus größten Bevölkerung in Göttingen entsteht.

KAG, Göttingen, Bezirksorganisation

Israel-British Bank

Wenige Tage nach der Herstatt-Schließung, am 9. Juli, wurde der Israel-British Bank von der israelischen Staatsbank das Geschäftslizenz entzogen. Die Israel-British Bank war, wie es hieß – durch die Herstatt-Pleite „in Liquiditätsschwierigkeiten geraten“ (war also angeblich nicht unerheblich bei den Geschäften der Herstatt-Bank engagiert).

Die Israel-British Bank gehörte der englisch-israelischen Kapitalistenfamilie Williams. Sie hatte acht Filialen in Israel und eine in London. In Großbritannien war sie an zwei Versicherungsgesellschaften und einer Baufinanzgesellschaft beteiligt, in der BRD an Audi NSU.

Die Israel-British Bank wurde von der Bank of Israel übernommen.

Bass & Herz

Die Frankfurter Bank Bass & Herz schloß ihre Schalter in der ersten August-Hälfte. Noch 14 Tage vorher hatte das Bundesaufsichtsrat für das Kreditwesen erklärt, sie bestünde „keinerlei Anlaß zur Sorge“.

Bass & Herz war die Hausbank der „traditionreichen“ Kapitalistenfamilie Schiffgotsch, die vor allem in Bergwerke- und Energiegesellschaften (u.a. Elektra-München) engagiert war. Das Schiffgotsche „Imperium“ brach im August zusammen („eine der größten Nachkriegspleiten“ schrieb die Presse) und ließ die relativ kleine Bank Bass & Herz mit sich. Die rund 30 Mio. Mark privaten Einlagen bei dieser Bank sollten vollständig zurückgezahlt werden...

Gerätelt wurde, ob und welche anderen Banken von der Schiffgotschen Pleite noch betroffen sind, da die „Hausbank“ Bass & Herz mit ihrem recht kleinen Zugschnitt wohl nicht die einzige Bank des Konzerns gewesen sei.

Bankhaus Wolff KG

In der zweiten August-Hälfte schloß das Hamburger Bankhaus Wolff KG. Es hatte eine Jahresbilanz von rund 80 Mio. Mark.

Das Bankhaus war zum einen in Schwierigkeiten geraten, als nach der Herstatt-Pleite massiv Gelder abgezogen wurden. Zum anderen geriet das Bankhaus in den Untergangstrudel des italienischen Finanzkapitalisten und Spekulanten Sindona. Dieser Wirtschaftsverbrecher (gegen ihn besteht in Italien inzwischen Haftbefehl) war bei der Wolff KG mit 3,5 Mrd. Mark beteiligt, was bedeutet, daß die Bank etwa zur Hälfte ihres Kapitals von der Sindona-Gruppe kontrolliert wurde.

Frankfurter Handelsbank

Ebenfalls in der zweiten August-Woche wurde die Frankfurter Handelsbank geschlossen. Mit einer Bilanzsumme von nur 14 Mio. Mark gehörte sie zu den kleinsten der Branche (ein Drittel der rund 150 Privatbanken hat Bilanzsummen unter zehn Mio. Mark).

Lloyd Bank

Anfang September wurde bekannt, daß die Niederlassung der britischen Lloyds Bank in Lugano (Schweiz), eine der vier größten Londoner Banken, 33 Mio. Pfund (rund 200 Mio. Mark) Verluste aus Devisenspekulationen gemeldet hatte. Angeblich war auch hier ein Devisenhändler schuld, der „unautorisiert“ sogenannte „Unregelmäßigkeiten“ begangen haben soll...

Allgemeine Wirtschaftsbank

Ebenfalls Anfang September mußte die Allgemeine Wirtschaftsbank Wien geschlossen werden, nachdem drei Hypo-Banken ihre Einlagen abgezogen hatten. Die Bilanzsumme der Bank lag in '73 bei 140 Mio. Mark. Zeitweise war die Allgemeine Wirtschaftsbank die österreichische Depotbank des berühmten Schwindelers IOS (der z.B. den aus EDP ausgeschiedenen reaktionären Herrn Mende zeitweise als Vertreter beschäftigte). Die Allgemeine Wirtschaftsbank Wien gehörte zu rund 75% einem Herrn Krausland, der 1945 bis '49 österreichischer Minister für Wirtschaftsplanung war.

Benque de Credit International

Die Genfer Banque de Credit International (BCI) geriet im September in offensichtliche „Schwierigkeiten“. Diese Bank gehört zur zionistischen Rosenbaum-Gruppe. Die Rosenbaum-Gruppe ist „mit langem Störker im internationalen Immobilienmarkt engagiert“, d.h. sie betreibt Bau- und Bodenpekulation, besonders in Südamerika. Auf diese Spekulationen sollen auch die „Schwierigkeiten“ der Genfer Bank zurückgehen. Rosenbaum will sich nunmehr von der BCI trennen, sein Anteil soll von „einer anderen Gruppe, die Verbindung nach Israel hat“, übernommen werden („FAZ“, 27.9.).

Trennen möchte sich jetzt von Rosenbaum und seiner BCI auch die Hessische Landesbank. Die Helaba die eng mit der hessischen SPD-Spitze verflochten ist, hatte eine Beteiligung von 36,4% an der BCI (Eigenkapital der BCI: 95 Mio. Schweizer Franken, etwa 85 Mio. Mark); diese Beteiligung sicherte ihr einen 50%igen Stimmeneinsatz (Rosenbaum hat die andere 50% und



„Sündenbock“ Dany Dattel, Devisenspekulant bei Herstatt

60% des Kapitals! Die Helaba hatte sich von dieser

60% des Kapitals! Die Helaba hatte sich von dieser

Die Helaba hatte sich von dieser Beteiligung weder durch die gewagten Spekulationen des Herrn Rosenbaum abhalten lassen, noch dadurch, daß die Banque de Credit International als „Mafia-Bank“ einen Ruf hatte – nicht nur wegen ihrer „unseriösen“ Geschäfte, sondern auch im vollen Sinn des Wortes, als Anlagebank der Mafia der USA.

Die Helaba will jetzt die Sache dadurch erledigen, daß sie ihre Beteiligung an Tibor Rosenbaum zurückgegeben hat („FAZ“, 8.10.74). Das bedeutet zum einen, daß sie mit ziemlicher Sicherheit diese Beteiligung (Buchwert: rund 30 Mio. Mark, ein Klacks für die hessischen Steuerzahler) in den Schornstein schreiben muß. Fraglich ist allerdings, ob es damit für die Helaba ausreicht, um die Verluste der BCI abzudecken.

Hessische Landesbank

Aus der Sicht der CDU sicher nicht unerwünscht, ist die Hessische Landesbank überdies gerade rechtzeitig zum hessischen Wahlkampf voll ins Zielwettbewerb geraten.

Die Verluste der Hessischen Landesbank aus diversen Spekulationen werden auf rund 800 Mio. bis 1 Mrd. Mark geschätzt. Die Helaba spekuliert so ziemlich mit allem, was schlecht und teuer ist.

„Bei kaum einer Baufinanz-Krise von Format war die Helaba nicht mit der Partei“. So verbaute sie u.a. Millionen-Beträge in den Pleite-Bauobjekten „Sonnenring“ Frankfurt und „Schwabylon“ München. Auch beim in größte „Schwierigkeiten“ geratenen „Baulöwen“ Nr. 1 der BRD, Mosch, war die Helaba engagiert.

Die Helaba soll jetzt zunächst mit 280 - 300 Mio. Mark der Norddeutschen und Westdeutschen Landesbank „abgestützt“ werden. Der unmittelbare Schaden für die hessischen Steuerzahler wird auf zunächst 150 Mio. Mark beziffert, was sicher zu niedrig gegriffen ist.

In Zusammenhang mit der Helaba wurde der Vorwurf der persönlichen Bereicherung u.a. gegen den hessischen „Landeswater“ Oswald erhoben.

Cannon Street

Die zur Londoner Finanzgruppe Cannon Street Investments Ltd. gehörende Bank Cannon Str. Acceptances

geriet Ende September in Schwierigkeiten. Der Grund waren zum einen massive Einlagenabzüge „infolge des allgemeinen Mißtrauens“, zum anderen Verfall von Grundstückswerten und damit Zweifelhaftwerden von Sicherheiten.

Unter Führung der Bank of England wurde eine „Rettungsaktion“ eingeleitet. – Die Finanzgruppe, die bereits eine Bank in den Niederlanden und ein gewerbliches Unternehmen in Großbritannien abstoßen mußte, soll „tiefgreifend reorganisiert“ werden.

Bankque de Bruxelles

Die zweitgrößte belgische Bank, die Banque de Bruxelles, hat – wie Mitte Oktober bekannt wurde – in den letzten drei Monaten aus Devisengeschäften einen Verlust von noch nicht bekannter Höhe (40 - 100 Mio. Mark laut „FR“ vom 17.10.) „erzielt“.

Auch hier – wen überrascht es noch – sind „Unregelmäßigkeiten in Form irregulärer Devisentransaktionen festzustellen“, die natürlich „nicht den Richtlinien der Geschäftsführung“ entsprachen („FAZ“, 15.10.).

In den „Devisenskandal“ sollen auch „deutsche Händler und Banken“ verwickelt sein („FR“, 17.10.). Ein in Frankfurt „im Fachkreis recht bekanntes Unternehmen, welches sich mit der Vermittlung von Devisen und Eurodollars beschäftigt“ („FR“).

Eine „besonders enge Kooperation“ gab es zwischen der Banque de Bruxelles und der Dresdner Bank; es wurden auch „selbstverständlich laufend Devisengeschäfte getätigt“, diese aber – logisch – bei der Dresdner „ordnungsgemäß verbucht“ („FR“).

Sindona

Gegen den seit langem auf Pleitekurs schlingenden italienischen Finanzkapitalisten und Super-Spekulanten Michele Sindona wurde am 9. Oktober von einem Mailänder Richter Haftbefehl erlassen.

Der Haftbefehl bezieht sich vor allem auf kriminelle Machenschaften Sindona's über seine beiden Mailänder Banken.

Sindona begann nach dem Krieg angeblich „aus dem Nichts“. Als Günstling der US-Militärverwaltung soll er im Krieg besetzten Italien mit einem Obiswagen angefangen haben, und dem US-Imperialismus blieb er stets ergeben.

Später half er u.a. dem Vatikan, für die ungeheuren Beträge, die die katholische Kirche putzgläubigen Menschen aus den Taschen zieht, geeignete Anlagemöglichkeiten zu finden. Er erwarb und verkaufte Grundstücke und Baugesellschaften für den Vatikan, orientierte den „allerheiligsten“ Kapitalexport des Vatikan in die USA; kaufte und verkaufte komplette Industrieunternehmen im Auftrag von anderen Großkapitalisten und Konzernen.

Er besaß u.a. die Kapitalmehrheit der Bauträger-Gesellschaft Immobiliare di Roma, die er dem Vatikan abgekauft hatte. Diese Gesellschaft war international aktiv; u.a. baute sie in den USA den Watergate-Komplex.

An der US-amerikanischen Franklin National Bank war Sindona zu 20% beteiligt. Diese Bank geriet schon im Juni in die Krise – vor allem aus Devisenspekulationen war ein Verlust von geschätzten 80 Mio. Dollar (200 Mio. Mark) entstanden. Die Franklin National Bank wurde inzwischen von einem europäischen (!) Bankenkonsortium, zu dem auch die Deutsche Bank gehört, übernommen.

Vor dem Zusammenbruch Sindona's sind u.a. die von ihm kontrollierte Banca Unione (Rom) und die Mailänder Banca Generale di Credito betroffen.

Sindona hat nicht nur für den Vatikan und für die Christdemokratische Partei größere Spekulationsgeschäfte getätigt, sondern er soll darüber hinaus – wie man rechtsradikal dringenden politischen Sympathien folgend – die Christdemokratie mit immensen Summen direkt finanziert haben. Vermutungen linker Zeitungen zufolge ist Sindona außerdem in die Finanzierung der „Windrom“ – eine im Herbst '73 aufgeflogene faschistische Putschzentrale – verwickelt.

Die bürgerliche italienische Illustrierte „Panorama“ vom 12. Oktober schreibt unter Berufung auf einen „Mittebauer“ Sindona: Sindona habe den Christdemokraten 3 Mrd. Lire (etwa 12 Mio. DM) für das Scheiternsreferendum im Mai 1974 gezahlt (es ging dabei um den Versuch der rechten DC, einen Rechtsruck zu „legitimieren“); 2 Mrd. Lire

(8 Mio. DM) habe Sindona der DC im Juli gezahlt, um noch Unterstützung für sein zusammenstürzendes „Imperium“ zu erhalten. Ferner habe er der DC seit 1972 monatlich 750 Mio. Lire (3 Mio. DM) zukommen lassen.

Die kommunalistische Tageszeitung „il manifesto“ vom 13. Oktober berichtet, daß Sindona auch Nixon's Wahlkampf mitfinanziert habe.

„Für eine Vertrauenskrise besteht kein Anlaß“ ...

Nach der Schließung der Herstatt-Bank begannen alsbald die Versuche, die Angelegenheit herunterzuspielen. Herstatt sei „nicht typisch für das Bankgewerbe“ (Bundesbankpräsident „Klassen“). „Für eine Vertrauenskrise besteht kein Anlaß“ („Welt“, 28.6.74). Herstatt sei ein Einzelfall, die verurteilten Spekulationen des Devisen-Hausdars Dany Dattel seien an allem schuld usw.

Für die Bourgeoisie steht hier das „Vertrauen“ der arbeitenden Bevölkerung nicht nur im engen ökonomischen Sinn auf dem Spiel (die z.B. jetzt, beunruhigt, Sparkonten abheben könnte, zukünftig vielleicht weniger Lust zum Sparen hat etc.), sondern das „Vertrauen“ in den Kapitalismus schlechthin, als dessen Symbol die Banken erscheinen. Solche Pleiten, die deren Folge großenteils „der kleinen Mann“ als Späner oder Steuerzahler leiden muß, und die dabei zutage tretende Korruption bürgerlicher Politiker, sind nicht gerade eine Empfehlung für das System der „freien Marktwirtschaft“ und des „Unternehmerrisikos“.

Von solchen „letzterischen“ Gedanken sollen die Werktätigen abgelenkt werden mit dem Hinweis z.B. auf die Verluste der Hessischen Landesbank – und die sei doch „staatlich“, und sogar unter dem Einfluß der „linken“ hessischen SPD...

Tatsächlich beweist die Helaba nur eines: daß es nämlich hirverbrannt ist, im Kapitalismus die „Verstaatlichung der Banken“ als Heilmittel zu empfehlen (Juos, DKP). Von „normalem“ kapitalistisch geführten Banken unterscheidet sich „Verstaatlichung der Banken“ als Heilmittel zu empfehlen (Juos, DKP). Von „normalem“ kapitalistisch geführten Banken unterscheidet sich ein Unternehmen wie die Helaba nur dadurch, daß eventuelle Verluste noch unmittelbar dem Volk aufgeschoben werden können.

Einem solchen System zu mißtrauen, dafür besteht wirklich gründlicher Anlaß! Dieses System dient der Ausplünderung vieler und der Bereicherung weniger.

Was sind die Ursachen der Bankenkrisen?

1. Der beschleunigte kapitalistische Konzentrationsprozeß auch im Kredit-Gewerbe: 150 kleinere Banken (Privatbanken) bringen gerade 2,3 % der Bilanzsumme aller Kreditinstitute der BRD auf. Diese 150 Privatbanken zusammen bringen gerade die Hälfte der Transaktionen (Bankgeschäfte) zustande, die alleine von der Deutschen Bank abgewickelt werden. Diese Situation zwingt in gewisser Weise kleinere Banken, sich z.B. auf „bankenfremde“ Geschäfte wie etwa den Devisenhandel zu spezialisieren. Die Herstatt-Bank z.B. wurde schon 1973 vor einem Verlust nur dadurch bewahrt, daß im Devisengeschäft rund 65 Mio. Mark gewonnen wurden: „Unsere Ertragsquelle ist schlecht, aber einen Ausgleich konnten wir in anderen Sparten erzielen. Der Gewinn aus dem Devisentermingeschäft übertraf erheblich den des Vorjahres“ (Geschäftsbericht für 1973).

2. Die Bankenszusammenbrüche widerspiegeln auch direkt die allgemeine Krise in der Bauwirtschaft. Viele der in Schwierigkeiten geratenen Banken haben Verluste mit Bau- und Bodenpekulationen erlitten. Banken sind in den letzten Jahren verwickelt in „Stieglitzer Kriechen“ in Westfalen, „Schwabylon“ in München, „Sonnenring“ in Frankfurt – und man fügt die zahlreichen unverkauften „Eigentumswohnungen“ hinzu, wo ohne Rücksicht auf den Bedarf des Volkes Prunk- und Luxusruinen errichtet werden, die dann ein großer „Reinfall“ werden (für das Volk, das diesen Mist bezahlen muß), und die schließlich „fürn Appel und n'ßi“ irgendeinem Kapitalisten zugesprochen werden.

3. Wenn „renommierte“ Banken hunderte von Millionen Mark in Devisenspekulationen verlieren (Verluste, die nur deshalb nicht zur Pleite führen, weil diese Banken besser „gepolstert“ sind als Herstatt etc.), dann zeigt das auch die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes, und die aggressiv-abenteuerverien Formen, die dieser annimmt. Auf höherer Ebene zeigen z.B. die massiven Dollaraufkäufe der Bundesbank im letzten Jahr dieselbe Tendenz.

Kohl in China — „Weitgehende Übereinstimmung“?

Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte im September auf Einladung der chinesischen Regierung die Volksrepublik und hatte dort während eines zwölftägigen Aufenthaltes Gespräche mit führenden Vertretern der chinesischen Partei- und Staatsführung. Kohl hatte vor seiner Abreise in die Volksrepublik China gegenüber bürgerlichen Journalisten die Ziele seiner Reise so umrissen:

- „eigene Informationen über die asiatische Vormacht China vor Ort einzuholen und
- dort auch die eigenen Meinungen von Politik vorzutragen“ („FAZ“, 3.9.74).

Diese artigen diplomatischen Floskeln reichten den versammelten Presseleuten nicht. Sie wollten wissen, „ob er eine deutsche oder europäische Ostpolitik mit Hilfe eines ‚Pekinger Hebeis‘ machen wollte“ („FAZ“, 3.9.74).

Der CDU-Führer verneinte diese sehr direkte Frage — aber er fügte hinzu, daß man (spricht) der westdeutsche Imperialismus mit den RGW-Ländern am besten zurechtkäme, „wenn wir ohne Überschätzung unserer Möglichkeiten unsere Interessen in allen Teilen der Welt unterteilt weiterführen“ („FAZ“, 3.9.74).

Er (Kohl) sei jedoch voll Zuversicht, wie er gegenüber einem Reporter vom ZDF äußerte, daß es in zentralen Fragen deutscher und europäischer Politik weitgehende Übereinstimmung mit seinen chinesischen Gastgebern geben werde.

Wenn man Kohl glauben darf, wurden seine Erwartungen nicht enttäuscht: Nach seiner Rückkehr luxurierte Kohl sich „sehr zufrieden“, es gebe „eine Fülle von Gemeinsamkeiten“ („FR“, 16.9.74).

Wie Kohl zu berichten wußte, haben die chinesischen Politiker:

- „den Eindruck, daß nach dem Amtsantritt ihres neuen Bundeskanzlers die gesamte Lage in der Bundesrepublik allgemein gut ist“ (so Vizeaußenminister Tschiao Kuan-hua);
- ein „klares Bekenntnis zu der einen und einzigen deutschen Nation“ abgelegt („FAZ“, 7.9.74);
- der BRD „zu einem langen Atem in der Deutschlandfrage gerufen, da in der Sache der nationalen Identität noch nicht verloren sei“ („FAZ“, 7.9.74);
- „unter ehrenvollen Hinweisen auf Konrad Adenauer“ (!) empfohlen, die Sowjetunion nicht zu unterschätzen, aber auch nicht zu überschätzen und, wie Adenauer, eine klare realistische Linie zu verfolgen; — sich für eine Stärkung der NATO ausgesprochen. Dazu Kohl wörtlich in einem Interview mit der „Welt“ vom 19.9.: „Was die NATO betrifft, so ist in Peking großes Verständnis für die amtliche deutsche Politik festzustellen, die die CDU/CSU nachdrücklich unterstützt. Es ist von großer Bedeutung, daß die Regierung der VR China die NATO für eine Grundvorraussetzung vernünftiger Politik (?) hält“.

Die Linke muß sich damit auseinandersetzen

Wie zu erwarten, war Kohl China-Reise nicht nur für CDU, Springer- und andere, sondern auch für die DKP und ihre Zeitung „UZ“ ein gefundenes Fressen.

Das Präsidium der DKP gar, also deren oberstes Führungsgremium, entblödete sich nicht, eine Erklärung unter dem Titel „Komplotz CDU/CSU und maoistische Führung“ abzugeben, in der es u.a. hieß, China wolle „die Entspannung blockieren“ und „die Welt zurück in die Zeiten des kalten Krieges terren“ („UZ“, 18.9.). Die chinesischen Politiker hätten sich für „die Verdrängung des Weltfriedens ausgesprochen“ (ebenda). Als ob es nicht gerade die USA und die Sowjetunion wären, die getarnt hinter einer vorgetragenen „Entspannung“ lieberhafter das Weltfriedens mit „konventionellen“ und nuklearen Vernichtungswaffen betreiben, so verzeichnet die DKP allen Ernstes mit Wohlwollen, daß „die USA auch in Zukunft an der Entspannung der Weltlage mitwirken wollten“ („UZ“, 10.8.74).

Die DKP steigt vollends auf die tiefsten Stufen politischer Provokation hinauf, wenn sie der VR China die Ansicht zuschreibt, „daß es zwei deutsche Staaten nicht gebe“ („UZ“, 10.9.74). Die Tatsachen, nämlich die Existenz diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten China und DDR, verworfen diese Behauptung der DKP ins Reich der Phantasie. Hier wird mit plumpen Lügen versucht, die VR China zu diskreditieren, die wegen ihrer revolutionären Innenpolitik (allerdings kaum wegen ihrer momentanen Außenpolitik Richtung Westeuropa und USA!) auf viele fortschrittliche Menschen eine große Anziehungskraft ausübt. Zum anderen sieht die DKP hier eine günstige Gelegenheit, den verhassten westdeutschen „Maoisten“, denen sie an politischen Argumenten nichts entgegenzusetzen hat, auf dem Umweg über die chinesische Außenpolitik einzuschießen.

Dies sollte für die revolutionäre Linke allerdings kein Hindernis, sondern ein weiterer Grund sein, sich mit dieser Außenpolitik ernsthaft auseinanderzusetzen, statt sich weitgehend — wie bisher noch — auf die Taktik des Sich-dumm-Stellens zu mäßigen.

Ein anschauliches Beispiel für diese Taktik bietet — natürlich! — wieder die „KVZ“ des KBW. Die schreibt nämlich in ihrer Ausgabe vom 2.10., es gebe nun mal Staaten, die „durch Leute wie Kohl vertreten“ werden. China müsse dann eben „sich mit solchen Leuten unterhalten“. Dabei weiß doch wohl jeder, daß der westdeutsche Bundeskanzler nicht etwa Kohl, sondern Schmidt heißt. Kohl vertritt nicht die BRD, sondern die Oppositionspartei CDU. Die „KVZ“ schreibt zwar: „Will sie (die VR China — Anm. AK) mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalten, dann muß sie sich, wie die Dinge heute liegen, an die Regierung und die Opposition halten“. Was allerdings diplomatische Beziehungen mit der Opposition im Allgemeinen und mit Kohl im Besonderen zu tun haben, mag der Teufel wissen ...

Weiter ist es eine Tatsache, daß zwar sich alle möglichen reaktionären Oppositionspolitiker aus imperialistischen Ländern in Peking die Türklinken in die Hand geben, während auf der anderen Seite z.B. Politiker der revisionistischen Parteien Frankreichs und Italiens, ein revisionistischer Gewerkschaftsführer aus Großbritannien u.a. an der Reise nach China gehindert wurden, obwohl diese Leute (was immer man über ihre objektive Rolle denken mag) ganz sicher das Vertrauen von großen Teilen der Arbeiterklasse haben, was man von Kohl etc. wohl nicht so ohne weiteres sagen kann.

Wenn es ein sozialistischer Staat die reaktionären Oppositionspolitiker imperialistischer Staaten einläßt, was u.E. im Sinn der Politik der „friedlichen Koexistenz“ gar nicht erforderlich ist! — so bleibt immer noch die Frage, was und wie man mit ihnen bespricht.

Solange diese Besuche nicht von Seiten des sozialistischen Staates von klaren politischen Stellungnahmen begleitet werden, solange es bei zweideutigen Formeln und gar beim Anschein der Kompromisse bleibt, solange eventuelle Lügen und Entstellungen der bürgerlichen Politiker nach ihrer Rückkehr über den Inhalt ihrer Gespräche nicht entlarvt werden, werden die imperialistischen Politiker erhebliche Verwirrung stiften und die VR China geradezu als Verbündeten ihrer aggressiven imperialistischen Ziele hinstellen können.

Die „KVZ“ nimmt z.B. zu Behauptungen Kohls über die Haltung der chinesischen Seite zur „Deutschlandfrage“ Stellung und schreibt dazu, „daß Kohl entweder ein verwirrter Mensch ist oder daß er bewußt Verwirrung stiften will“. Letzteres ist sicher richtig. Nur würden wir diese Feststellungen gern einmal nicht bloß vom KBW, sondern auch von der VR China hören!

Es ist fast regelmäßig so, daß die reaktionären Politiker bei ihrer Rückkehr aus China schauerliche Dinge zu erzählen wissen über die Positionen ihrer Gesprächspartner. Döhltes Beispiel ist dafür wohl der Senator Jackson, der im Juli dieses Jahres von Peking aus gleich nach Jerusalem fuhr, um dort zu verkünden, „Peking sei an einer standhaften Haltung Israels im Nahen Osten interessiert, weil in dieser Region ein Bollwerk gegen die Sowjetunion notwendig sei“ („Hamburger Abendblatt“, 27.7.).

Wenn es das Lügen sind, warum hat sich die chinesische Regierung — die sogar gegen die Aufführung chinefeindlicher Filme in imperialistischen Ländern protestiert — auch nie zu diesen Behauptungen entschieden Stellung genommen? Ist der chinesischen Regierung unklar, welche Wirkungen diese Politik erzielt?

Ist es der ohnehinseiner Regierung gleichgültig, wenn imperialistische Politiker, die als Gast in China gewesen sind, nachträglich Lügen über ihren Aufenthalt verbreiten?

Die „KVZ“ findet es, abgesehen von der „Verwirrung“ Kohls, ganz richtig, daß sich die chinesischen Außenpolitiker mit Kohl auf die „eine deutsche Nation“ (Trinkspruch von Vizeaußenminister Tschiao Kuan-hua) zuzustellen. Denn für die Einheit der Nation sei der KBW ja schließlich auch ...

Abgesehen von der speziellen Unsinnigkeit dieser Position (vergl. dazu AK 43, Seite 20) sollte doch wohl klar sein, was es bedeutet, in dieser Frage nicht etwa mit einem Kommunisten, sondern mit einem Vertreter der CDU/CSU, die die „deutsche Wiedervereinigung“ als Eroberung der DDR auf ihre Fahnen geschrieben hat, „Gemeinsamkeiten“ zu haben bzw. vorzutuschen. Zumal wenn man — wie von Kohl behauptet und von chinesischer Seite anscheinend nicht dementiert — ausgerechnet den Erz-Antikommunisten Adenauer als Kronzeugen einer „Durchhaltepolitik“ gegen die Sowjetunion beschwört.

Es erscheint auch kaum noch ver-

nünftig, solche Behauptungen bürgerlicher Politiker über ihre Gespräche in der VR China nur als Lügen anzusehen, denen die chinesische Regierung vielleicht aus Gleichgültigkeit nicht widerspricht. Man erinnere sich, etwa daran, daß chinesische Außenpolitiker beim britischen Oppositionsführer Heath bei seinem Besuch in Peking im Mai dieses Jahres sagten: „Herr Heath tritt für die Einheit der westeuropäischen Länder ein, für die Stärkung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität. Er hat Großbritannien geführt, nach Europa zurückzukehren (das bezieht sich auf den Eintritt Großbritanniens in die EG — Anm. AK). Dies war ein wichtiges Ereignis im Interesse der westeuropäischen Völker in ihrem Kampf gegen den Hegemonismus“ („Peking-Rundschau“, 22/74, Seite 4) — dies in einer Situation, wo sich in Großbritannien (und anderen Ländern) massenhafte Kämpfe der Werktätigen gegen die EG entwickelten und Health Rücktritt nicht zuletzt durch diese Kämpfe erzwingen worden war!

Die Linke darf sich u.E. demgegenüber nicht hinter faulen Ausreden verstecken oder gar in eine Politik der sozialchauvinistischen „Vaterlandsvertheidigung“ gegen die „Supermächte“ verfallen, sondern muß eine solche Außenpolitik als gegen die Interessen der westeuropäischen Werktätigen gerichtet kritisieren. Das ist zugleich eine Unterstützung für alle fortschrittlichen politischen Kräfte in der VR China selbst.

Eine lehrreiche Veranstaltung

Leserbrief

Der „Referendarausschuß am Hanseatischen Oberlandesgericht“ hatte für den 3.10. zu einer Veranstaltung „Politische Gefangene in der BRD“ aufgerufen. Zwei Verteidiger von politischen Gefangenen, die Rechtsanwalt Groenewold und Küncke, sowie Prof. Brückner aus Hannover waren als Referenten geladen.

Während der Referate krakelte andauernd ein älterer Mann dazwischen: „Das stimmt alles nicht, was Sie hier sagen, ich bin auch Jurist... Ich wollte doch alle nur Bomben werfen in der DDR, da seid ihr rot... Bonas in den dicken Villen...“ Der Antrag wurde gestellt, den Provokateur aus dem Saal zu weisen, was auch die Zustimmung der Mehrheit der Teilnehmer fand. Doch man hatte die Rechnung ohne den Wirt (=dem Veranstalter) gemacht. Die Referendare (es ist kein Geheimnis, daß sie politisch dem KBW sehr nahe stehen) und Prof. Brückner beschworen, den Provokateur drinzulassen mit so durchschlagenden Argumenten wie, bei dieser

Veranstaltung könne jeder (!) mitmachen, mit einem Reaktor für mich man allemal fertig und dieser könne schließlich noch was von uns lernen (!!). Als dieser „Herr“, der offensichtlich nicht besonders lehrmäßig war, weiter seine provokatorischen Sprüche abließ, rief einige Veranstaltungsteilnehmer den Geduldsfaden und der Faschist wurde vor die Tür gebracht. Dabei mußten auch herbeigelaufen (KBW-Referendare abgewehrt werden, die das demokratische Recht“ der Reaktionsäre „auf Teilnahme an der Veranstaltung“ durchsetzen wollten. In dem allgemeinen Tumult beförderten Genossen der Arbeiterhilfe“ noch zwei Spitzel hinaus, die schon des Öfteren auf Veranstaltungen aufgefallen waren.

Eine Genosin begrüßte dieses Vorgehen und sagte zu den Veranstaltungsteilnehmern, was das hier für ein trauriges Bild abgibt, wo Spitzel und Provokateure ungehindert ihr Unwesen treiben dürfen, während alle wissen, daß die politischen Gefange-

Keine Verniedlichung des Klassenfeindes

Leserbrief

Liebe AK-Redaktion! Ich lese regelmäßig den ARBEITERKAMPF und finde die Zeitung sehr gut. Vor allem, weil der AK im Gegensatz zu anderen linken Zeitungen Vorfälle nicht nur schildert, sondern sie es meistens auch eine sehr gute Einschätzung dazu bringt. Beim AK-Lesen vorhin fiel mir allerdings etwas auf, was mich sehr geärrt hat. Anstatt dem Wort „Faschist“ wird nun der Kürzel „Fascho“ verwendet (z.B. Folterartikel). Ich meine, daß das nicht so ganz richtig ist. Vielleicht ist meine Begründung ein bißchen dürftig, aber ich habe halt doch ein ungutes Gefühl bei dem Wort „Fascho“. Der Faschismus ist doch immerhin der Todfeind der Arbeiterklasse und man sollte die Faschisten doch gerade deswegen in Veröffentlichungen wie dem AK beim wirklichen Namen nennen, und nicht irgendwelche verniedlichenden Kürzel dafür einsetzen. Man könnte dann ja auch Impis (= Imperialisten) oder Kapis (Kapitalisten) sagen. Vielleicht findet Ihr meine Kritik richtig und denkt beim nächsten AK dran! Mit antifaschistischen Grüßen (AK-Leser aus Pforzheim)

Anmerkung der Redaktion

Ja, wir halten diese Kritik für gerechtfertigt. Beim Artikelschreiben sollte darauf geachtet werden.

nen gerade aufgrund von Denunziationen in den Knaat mußten. Ein KBWR brachte daraufhin das schlaue Argument, daß „hier schließlich nur die Wahrheit gesagt würde“, und da könnten ruhig auch Spitzel und Provokateure zuhören. Das liegt haargenau auf derselben Linie wie die KBW-Versuche, mit NPD & Co. ins Gespräch zu kommen, um sie von der „Wahrheit“ (des KBW-Programms) zu „überzeugen“ etc. (vergl. „KVZ“ Nr. 21 sowie UW Nr. 24).

Wie schnell allerdings der Referendarausschuß bereit war, von der „Wahrheit“ abzurücken, d.h. sich dem Druck des Oberlandesgerichtspräsidenten zu beugen, enthielt eine Veranstaltungsteilnehmer: Die Veranstaltung war auf Plakaten „Politische Gefangene in der BRD“ angekündigt worden, als ein Unterthema wurde das Referat „Deformation des Rechtsstaates“ angekündigt. Diese Plakate, die auch in den Gerichtsgebäuden hingen, mußten dem Oberlandesgerichtspräsidenten, daraufhin schwärzte der Referendarausschuß freiwillig die Worte „Politische“ und „Deformation“. Es war dann noch zu lesen: „Gefangene in der BRD“ und „der Rechtsstaat!“ — Genosin des IKAH („Arbeiterhilfe“)

Inhalt

Betrieb und Gewerkschaft

DeG

Göttingen: Sozialdemokratische „Stöberaktion“ bei Arbeit und Leben (DGB)

Metalindustrie

Neues von Heinz Scholz und seinen Jüngern

Ohrberge für HSW-Kapitalisten — VLR-Vorstandsmitglieder gewonnen

Praxis auch in der 2. Instanz

Polizeiübung auf dem Gelände der HSW (Hamburger Stahlwerke)

Hanomag, Hamburg-Harburg: Krippe im Werk

Ochsenfurt: VLR-Vorstand entlassen — Gewerkschaftswahl steht bevor

HDW, Hamburg: Eine übte Saurei

HDW-Jugendvertreter aufällig ausgeschlossen

Rationalisierung in der Überwindung — Ein Leserbrief

VW, Bremen: Widerstand abgebrochen

Bronschauerwerderer rationalisieren

Kiel-Hell — Technischer Fortschritt — für was?

Carl-Zeiss-Stiftung (Mainz und Oberkassel) — Rausch der Potenzen

Chemische Industrie

Tessaco, Hamburg: Einseitiger Betriebsrat bleibt bestehen — Gewerkschaftler erneut auf den Busch gefallen

OTV

Hamburg: OTV-Jugendgruppe in der Lage

OTV-Führer bläst sich Jagd auf Züge

Die OTV in der Bundeswehr — Dienst im Interesse der Militärs

OTV, Hamburg: Einschleichen, spüren, aufpassen, ausschließen — Methoden sozialdemokratischer Gewerkschaftsführung

Dreiwedder

Westhörn: Wertvoll mit 500 Druckarbeiten auf der Straße setzen

Hamburg: Wie im Großen, so im Kleinen: DGB-Vorstand schließt

zum Ende

Drugs-Führer auf harten Spitzkurs

Gewerkschaftsorgan verurteilt Kollegen

Patz

Die Führer der Deutschen Postgewerkschaft haben 2.030 505 Marks

verloren

Textindustrie

Facharbeiter Betrübheit in der Typschreiberei — Ein Leserbrief

GGW

GEW-Urbeitsschutz, Westfalen

Hamburg, GfW-Schlag auf Schlag

Polizei der Kapitalisten

Kapitalistische Bauseinheit

Pfaffen und Skandale — Ein Argument für die „freie Marktwirtschaft“

International

Japan

Neue Offensive des japanischen Imperialismus

Nahost

Die PFLP stellt Mitarbeiter in der Führung der „palästinensischen Befreiungsorganisation“ ein

Chile

Miguel Enríquez im Kampf gefallen

Carlton Enríquez, Führer der Sozialistischen Partei Chiles, zum Tod

von Miguel Enríquez

Erklärung von Edgar Enríquez zum Tod seines Bruders, Miguel Enríquez, Generalsekretär des MIR

CDU-Geld für Chile-Putsch

Israel

Weg mit dem EE Long Kohl — Gefangenentrübsünde in Nordbalt

England

Labour bekämpft — Tories phlegmisch

Frankreich

Die „France“ sollte stängelt werden, ist (ist es besser?)

Paragel

Eintragige Solidarität mit den Arbeitern des „Journal de Commerce“

Portugal

Portugal nach dem gescheiterten Putschversuch der Rechten

Faschisten nach wie vor eine einschüchternde Gefahr

Zusammenarbeit von faschistischen Terrororganisationen und Ge-

heimwehr

Ein Reisebericht

Spanien

Reaktion schlägt wild um sich — Sträßenbewegung wächst

Boch

„Übliche Maßnahmen getroffen“

Italien

Die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Krise

Hartförmigkeit und Ermittlungen gegen Generäle, Geheimdienstler und

Polizei

Probleme des Mexicano-Leninismus

Kohl in China — weitgehende Übereinstimmung?

Westhörn, GfW-Schlag verurteilt AK-Verleumdung

Westdeutsche Linke

Erst KB-Plakate überleben — dann „Jünger Kaut“

Ab durch die Mitte — hinein in den Sumpf

Ein Leserbrief

Kampf den Faschisten

Keine Verniedlichung des Klassenfeindes — Ein Leserbrief

Strand, seine alten und neuen Freunde und die „vierte Partei“

Verkehrshilfsrat? Aber „keine feststehenden Folgen“

BRD-Politik

Frankfurt: MO's gehören zum Alltag

Kiel: Büllersbier auf Demonstration gegen Fahrplumänderung

Klimaschutz in Westdeutschland

Linker Lehrer gefasst — rechtlich befördert

Haus-Fürs-um „Pöbel-Geburt“ gestreift

Ausschluß von linken Verteidigern geplant

Stratowitz in der BRD

Kant, Mannheim: Bomben, was das Zeug hält

Kommunisten

Bremen: Wider Verfallsbeschränkung

Bremen: „Rudolph“ jagt nach Bombenexplosion

Anschlagsplan in Darmstadt — Ein Leserbrief

Juristische Schützen gegen den Prozessverweigerer des AB

BEITERAKP

Mitglieder in der BRD

Disziplinierung antikapitalistischer Kräfte in der Bundeswehr

Religion im Kapitalismus

Wie das Pöbel „Jesus“ Kindern das Brein befrachten will

Religion und Antikommunismus „Kompa, lieber Herr Jesus...“

haben den Kommunisten die Rube ein?

Gesundheitspolitik in der BRD

Über meine Erfahrungen als Behinderter in der kapitalistischen Ge-

schichte

Kommunalpolitik

Göttingen: Stadt plant Fahrplumänderungen

Göttingen: Kampf gegen den Bau der Ost-Tangente

Die „Göttinger Modell-

Studenten

Uni, München: Mensen nur nach Ausweis Kontrolle

Bündnispolitik im Kapitalismus

„Unternehmische Schinderei“

Ein Lage- und den Bremer Schulen: „Lehrerkrummung“ abgelehnt

Ausstellung verschärft

Jugendpolitik im Kapitalismus

Kampf gegen die Jugendpolitik des Hamburger Senats